Mehr Lust als Last

Der Gründungsrektor und die Präsidenten
der Carl von Ossietzky Universität
über ihre Herausforderungen und Erfolge
1974 – 2010

Herausgegeben von
Gerhard Harms und Peter Waskönig

BIS-Verlag der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg

Oldenburg, 2011

BIS-Verlag
der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg
Postfach 2541
26015 Oldenburg

Layout: Hille Schulte, BIS-Druckvorstufe

E-Mail: bisverlag@uni-oldenburg.de
Internet: www.bis-verlag.de

ISBN 978-3-8142-2239-4

Inhalt

Vorwort 5

Einleitung 6

Rainer Krüger
Die Universitätsgründung –
unkonventionell und doch erfolgreich! 11

Hans-Dietrich Raapke
Der erste Staatskommissar. 47

Horst Zillessen
Über den Umgang mit „institutioneller Pubertät“ -
Entwicklungsjahre der Universität 59

Michael Daxner
Mehr Lust als Last 87

Siegfried Grubitzsch
Offen für neue Wege 117

Uwe Schneidewind
Eine besondere Dialektik 145

Heide Ahrens
Das zweite Kommissariat 171

Anhang 185

Personenregister 199

Die Herausgeber

Dr. h.c. Peter Waskönig ist Unternehmer und war von 1986 bis 1994 Präsident der Industrie- und Handelskammer Oldenburg. Als Vorsitzender der Universitätsgesellschaft Oldenburg e.V. (1996–2003) hat er sich massiv für eine intensive Zusammenarbeit der Wirtschaft mit der Carl von Ossietzky Universität eingesetzt.

Gerhard Harms war von 1974 bis 2005 Pressesprecher und Leiter der Stabsstelle Presse & Kommunikation der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg. In dieser Funktion hat er mit allen Leitern der Universität zusammengearbeitet und intimen Einblick in die Entscheidungsfindungen an der Spitze gehabt.

Vorwort

Als langjähriger Vorsitzender der Universitätsgesellschaft Oldenburg e. V. (UGO) und Unternehmer, dem die Zukunft des Nordwestraumes im besonderen Maße am Herzen liegt, halte ich es für außerordentlich wichtig, der Carl von Ossietzky Universität besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Sie hat sich in ihrer jungen Geschichte zum vielleicht wichtigsten Hoffnungsträger der Region entwickelt. Deshalb schien es mir wichtig, aufzuzeigen, wie dieser Prozess in den letzten knapp 40 Jahren verlaufen ist. Und wer könnte das besser tun als die, die an der Spitze der Universität standen und deren Entwicklung unmittelbar erlebt haben? Es waren ein Rektor, vier gewählte und zwei kommissarisch amtierende Präsidenten. Sie alle leben noch und haben sich der Bitte nicht entzogen, über ihre Amtszeit zu schreiben und so aus ihrer Sicht die Geschichte der Universität von den Wurzeln bis zur Gegenwart zu schildern. Prof. Rainer Krüger beschreibt darüber hinaus die Jahre des Gründungsausschusses, den er vor seiner Wahl zum ersten Rektor leitete.

Dass ich Gerhard Harms, den langjährigen Pressesprecher der Universität, als Mitherausgeber und Realisator dieses Buches gewinnen konnte, hat mich besonders gefreut. Er hat diese Arbeit mit sehr großem Sachverstand und ebensolchem diplomatischen Geschick in Angriff genommen und erfolgreich zum Abschluss gebracht. Dafür gebührt ihm mein besonderer Dank. Er wurde bei den Detailarbeiten von vielen ehemaligen Kollegen aus dem Verwaltungs- und Wissenschaftsbereich unterstützt – insbesondere von seiner Nachfolgerin Dr. Corinna Dahm-Brey, der Dezernentin Helga Wilhelmer, der Mitarbeiterin der Stabsstelle Presse & Kommunikation, Katja Brandt, sowie vom Direktor der Universitätbibliothek, Hans-Joachim Wätjen, und dem Dokumentar Kim Braun. Sie haben zu einem Buchprojekt beigetragen, das in der deutschen Universitätslandschaft seines Gleichen sucht.

Peter Waskönig

Einleitung

Als Anfang des 18. Jahrhunderts die Stadt Celle als Infrastrukturmaßnahme zwischen einer Universität oder einem Zuchthaus wählen konnte, entschieden sich die Stadtoberen für das Zuchthaus. Sie hatten Sorge, eine Universität mit vielen jungen Menschen in der beginnenden Aufklärung in Deutschland würde ihr gemächliches Leben durcheinander bringen. Solche Befürchtungen hegte die Stadt Oldenburg nicht, als sie sich nach dem 2. Weltkrieg massiv darum bemühte, Universitätsstandort zu werden – auch dann nicht, als es in den 1960er Jahren an den Hochschulen zu brodeln begann. Doch nachdem die Universität Oldenburg 1973 endlich gegründet war, gab es bei manchen Bürgern doch Erschrecken über die „jungen Revoluzzer", die eine ganz andere Universität haben wollten, als man sich selbst vorgestellt hatte.

Die Universität Oldenburg sollte nach Vorstellungen ihrer Gründer eine reformierte, d. h. eine demokratische, kritische und weniger hierarchische Hochschule werden, die die Freiheit der Wissenschaft betont, allen offen steht und in der über Probleme der Gesellschaft nicht nur diskutiert, sondern auch interdisziplinär geforscht wird. Groß war der Wunsch, die Universität als Motor für Veränderungen zu sehen und nicht als Elfenbeinturm, in dem keiner Rechenschaft darüber ablegen muss, warum und wofür er forscht. Wissenschaft sollte – bei aller ihr obliegenden Freiheit – in gesellschaftlicher Verantwortung stattfinden, und auch Gruppen wie die Gewerkschaften, die bisher keinen Zugang zu ihr hatten, sollten daran teilhaben.

Über all das bestand relativ hohe Einigkeit in den Anfangsjahren der Universität, und die Namensgebung nach dem Friedensnobelpreisträger, radikalen Demokraten und Nazi-Gegner Carl von Ossietzky ist sicher ein Symbol dafür. Allerdings gab es diese Einigkeit eher nur abstrakt oder in solchen Momenten, in denen die Landesregierungen – welcher Couleur auch immer – den Aufbau der jungen Universität durch Einsparungen gefährdeten oder die Wissenschaftsfreiheit einzuschränken schienen. Die Einigkeit zerfiel, sobald Entscheidungen über den „richtigen" Weg anstanden. Dann lieferten sich Linke, Liberale, Konservative und die Dogmatiker und Pragmatiker aller Strömungen heftige Diskussionen, wovon oft nur die schrillsten Töne an die Öffentlichkeit drangen. Diese riefen mitunter Ratlosigkeit und Ablehnung hervor und manchmal den Eindruck, es werde an der Universität zu viel diskutiert und zu wenig gearbeitet.

Die Universität von damals darauf zu reduzieren, würde ihr jedoch bei weitem nicht gerecht. Das neue Denken über ihre Funktion in der Gesellschaft öffnete Türen zu Fragestellungen, die in der Wissenschaft bis dahin sehr selten waren oder sogar als Hirngespinste radikaler Schwarzseher belächelt wurden: Wie, so eine der Fragen, die in Oldenburg früh gestellt wurden, geht die Menschheit mit ihren Ressourcen um, und wie kann sie sich und die Natur besser gegen die Folgeschäden der industriellen Produktion schützen?

Heute gehört die Umweltforschung inklusive der Forschung zu erneuerbaren Energien zu den Bereichen, in denen Deutschland international sehr hohes Ansehen genießt und wirtschaftlich große Gewinne erzielt. Niemand stellt sie mehr in Frage, weil sie von existenzieller Bedeutung für die Menschheit ist. Die Weltklimakonferenz steht als Sinnbild dafür, und ein ehemals Oldenburger Wissenschaftler, der Anfang der 1990er Jahre das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) aufbaute und heute noch leitet, ist Ratgeber der Bundeskanzlerin in dieser globalen politischen Frage: Hans-Joachim Schellnhuber.

Damals aber konnte man mit der Umweltforschung kaum einen Blumenstrauß gewinnen. Im Gegenteil. Auch die etablierte Wissenschaft der traditionellen Universitäten und die Wirtschaft belächelten eher einen Mann wie den Physiker Joachim Luther, der bereits in den 1970er Jahren die Oldenburger Energieforschung begründete. Luther plädierte nicht nur für die intensive Erforschung „alternativer Energiequellen“, wie es damals hieß, sondern auch für eine stärkere Dezentralisierung der Energieversorgung, um u. a. Energieverschwendungen zu minimieren. Die Sinnhaftigkeit dieser Ideen stellt heute niemand mehr in Frage. Luther, der Anfang der 1990er Jahre von Oldenburg nach Freiburg als Direktor an das Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme wechselte, ist auch im Alter von 70 Jahren ein weltweit gefragter Experte. In Singapur leitet er nach seiner Emeritierung in Freiburg das Solar Energy Research Institute of Singapore (SERIS).

Diese Hinweise auf die international besonders renommierten Wissenschaftler mit Oldenburger Wurzeln zeigen das Dilemma der Universität in ihren Anfangsjahren besonders gut. Auch in einem Forschungsbereich, in dem sie voranging, Pionierarbeit leistete und sich von anderen Universitäten absetzte, fand sie erst einmal keine oder wenig öffentliche Anerkennung, sondern mehr Ablehnung. In der Lehre erfuhr sie damals mit dem Projektstudium, das Theorie und Praxis besser verbinden sollte, eine ähnliche Reaktion wie auch in der Lehrerbildung selbst,

deren einphasiger Modellversuch trotz einmütiger positiver Beurteilung durch die Gutachter, die vom Wissenschaftsministerium beauftragt waren, Anfang der 1980er Jahre eingestellt wurde, weil er vielen Konservativen zu emanzipiert erschien.

Dennoch gab es in den Spitzen von Politik, Wirtschaft und Kultur der Region immer wieder weitsichtige Persönlichkeiten, die wussten, welche Bedeutung die Universität für die Stadt einmal haben würde und dass man sie unterstützen musste – auch wenn sie mit den eigenen Bildern von einer Ordinarienuniversität kollidierte. Beispielhaft steht dafür Gerhard Wachsmann, der Vorstandsvorsitzende der Oldenburgischen Landesbank und Vorsitzende der Universitätsgesellschaft in den 1970er Jahren. Er war sich sicher, dass der strukturschwache Nordwesten ohne Universität weiter zurückfallen würde. Wachsmann suchte von Beginn an den Dialog mit der Hochschule, unterstützte sie und begann Netzwerke aufzubauen. Ein weiterer dieser weitsichtigen Unternehmer war ganz zweifellos Peter Waskönig, der wie kein anderer in den 1990er Jahren diese Netzwerke verdichtete und die Wirtschaft aufrief, nicht abwartend am Rande zu stehen, sondern auf die Universität zuzugehen wie er es von ihr selbst natürlich auch erwartete. Mit seinem großen und kreativen Engagement machte er die Universitätsgesellschaft zu einer der größten in Deutschland und trug erheblich dazu bei, dass sich die Oldenburger Universität zu einer unverzichtbaren Institution für die Region entwickelte und immer weiter entwickelt – wie an der jüngst geplanten Etablierung einer Universitätsmedizin mit der „European Medical School“ zu erkennen ist.

Spätestens 2008, als sich die Stadt Oldenburg erfolgreich im Wettbewerb als Deutschlands „Stadt der Wissenschaft“ gegen Städte wie Konstanz, Lübeck, Heidelberg und Rostock durchsetzte, müsste auch den letzten Skeptikern klar geworden sein, welche Qualität und Anerkennung die Universität Oldenburg inzwischen gewonnen hat. Ohne eine angesehene Universität wäre dieser Ritterschlag für die Stadt nicht möglich gewesen, die zu Recht die Wissenschaft ins Zentrum ihrer Zukunftsüberlegungen stellt. Viele Untersuchungen zeigen, dass in Europa die Bedeutung der Universitäten für ihr Umfeld stetig gestiegen ist – besonders in den Ländern, in denen Wissen und damit auch die Kreativität die Hauptressource sind. Wir sprechen inzwischen von einer Wissensgesellschaft. Städte wie Oldenburg befinden sich heute in einem Wettbewerb um die Ansiedlung wissensintensiver Unternehmen. Die Anziehungskraft auf hochqualifizierte Menschen ist damit zu einem der wichtigsten Standortfaktoren geworden.

Ohne Universität wäre Oldenburg nicht konkurrenzfähig, wobei es nicht nur um die Universität selbst geht, sondern auch um das, was durch sie unmittelbar und mittelbar bewirkt wird. Das sind nicht nur gut ausgebildete Absolventen und gute Forschung. Wer heute einen Blick auf das „Quartier 101“ in Oldenburg wirft, bekommt einen Eindruck davon, wie konkret und fassbar das werden kann: Am Rande der alten Fleischfabrik (Fleiwa) wurde 1993 das erste Gebäude für das aus der Universität hervorgegangene Informatikinstitut OFFIS errichtet. Heute ist dort ein „Wissensviertel“ entstanden mit vielen Firmen und vielen hochqualifizierten Mitarbeitern. Ähnliches gilt für die Marie-Curie-Straße, wo u. a. das Technologie- und Gründerzentrum Oldenburg (TGO) und das Hörzentrum entstanden sind.

Niemand wird bestreiten können, dass die Gründung und Entwicklung der Universität Oldenburg trotz mancher Stolpersteine, die ihr in den Weg gelegt wurden (oder die sie sich selbst in den Weg gelegt hat), eine Erfolgsgeschichte ist. Maßgeblich an diesem Erfolg beteiligt waren die, die bis 2010 an ihrer Spitze standen: ein Rektor, ein kommissarisch amtierender Präsident, dann vier gewählte Präsidenten und von 2008 bis 2010 wieder eine vom Wissenschaftsministerium eingesetzte kommissarische Präsidentin. Dass sie ihre Erfolge, aber auch Niederlagen und Enttäuschungen gleichwohl sehr unterschiedlich beschreiben, überrascht niemanden, der diese Persönlichkeiten erlebt hat. Ihre Berichte lassen zudem ahnen, wie sie die Universität geführt, sie auch durch schwierige Phasen gesteuert haben. Bei aller Unterschiedlichkeit des Führungsstils und des Umgangs mit den täglichen Anforderungen wird aber bei allen deutlich, wie sehr sich die Innenwelt einer Universität von ihrer Außenwelt unterscheidet. Und wie schwierig es ist, diese Welten zu verbinden oder gar sie aufeinander abzustimmen. Das aber ist kein spezifisch Oldenburgisches Problem. Universitäten sind komplexe Konstrukte, in denen die Einzelteile – Institute, Arbeitsgruppen u. a. – auf möglichst große Unabhängigkeit pochen. Zu Recht. Wissenschaftsfreiheit ist ein großes Gut, das nicht der Tagespolitik und der einfachen Verwertungsrationalität unterworfen werden darf. Zur Wissenschaftsfreiheit gehört auch, dass durch sie Wirklichkeiten offenbart werden, die nicht in den Mainstream passen. Den Mut dazu müssen Wissenschaftler haben und behalten – und das nicht im Elfenbeinturm, sondern auch in der Öffentlichkeit.

Trotz der komplexen Struktur der Universität sind inzwischen die Netzwerke zwischen der Universität auf der einen und Politik, Wirtschaft und Kultur auf der

anderen Seite fein gesponnen – überall da, wo es Berührungspunkte, gemeinsame Interessen gibt. Und das auf so vielen Ebenen, dass man von einer starken Verstrickung von Universität, Stadt und Region sprechen kann. Hoffentlich immer zum Nutzen aller, was allerdings nur möglich ist, wenn bei aller Kooperationsbereitschaft und realer Zusammenarbeit die Unabhängigkeit der Wissenschaft bewahrt wird und sie nicht Einzelinteressen zu großes Gewicht gibt.

Das dürfte auch ganz im Sinne der Bevölkerung der Stadt und der Region sein, die das damals gewollte, aber zunächst wenig geliebte Kind heute in einem für die Universität jugendlichen Alter von knapp 40 Jahren wirklich angenommen hat.

Gerhard Harms

Viele Diskussionen über den richtigen Weg der Reform-Universität: Der Autor bei einer Rede vor dem Konzil.

Rainer Krüger

Die Universitätsgründung – unkonventionell und doch erfolgreich!

1971 – 1979

Nur widerstrebend steige ich in die Aufgabe ein, über die Gründungsphase der Carl von Ossietzky Universität zu schreiben. Ihr Anfang liegt fast vierzig Jahre zurück. Erinnerung dünnt aus und konzentriert sich auf Situationen, über die hinaus das Gründungsgeschehen breiter ausgeleuchtet werden müsste. Stelle ich mich dennoch der Aufgabe, soll es nicht nach billiger später Rechtfertigung klingen. Ich muss versuchen, die eigentlich geleisteten Aufgaben im Gründungsauschuss und danach in der Rektoratszeit bis 1979 wenigstens in groben Zügen zu beschreiben.

Die spektakuläre Geschichte der Namensgebung, die Auseinandersetzung um den Radikalenerlass im Öffentlichen Dienst, das äußere Erscheinungsbild bärtiger Universitätsgründer und die von ihnen vermeintlich ausgehenden revolutionären Gefährdungen sowie ihre beklagte Unprofessionalität – alle diese Reibungspunkte

haben sich zu einem Gemisch verdichtet, das die Universitätsgründung in einem schlechten Licht erscheinen ließ. Selbst im Ringen mit Landesregierungen, die Ausbauziele der Hochschule – Studienplätze, Neubauten, Studiengänge – verwarf und neu erfand, gab es zwar auch Solidarisierungen in Stadt und Region, stärker aber war die Außenwahrnehmung, Gründungsausschuss und Gründungsrektorat müssten andauernd an der Obrigkeit herumnörgeln.

Es entstand und verfestigte sich ein negatives Klischee der Gründerzeit und ihrer Akteure. Die „vernünftige" Universität schien sich erst in der nachfolgenden Präsidentschaft zu entwickeln, eine Wahrnehmung, die der neuen Universitätsleitung nur gut tun konnte, aber zur Fortschreibung der Wahrnehmung einer „roten und chaotischen" Gründerphase führte.

Die Gründer selbst waren gefangen in ihrem als wichtig wahrgenommenen Elan, eine „Reformuniversität" gegen eine weitgehend ablehnende Außenwelt zu gestalten. Wir selbst waren in den Anfangsjahren zu wenig auf Außenwirkung bedacht und haben zu wenig in die Öffentlichkeit hinein gewirkt, uns ihr gegenüber zu wenig erklärt. Es bleibt aber die Frage, ob angesichts einer mit Vorurteilen gegenüber dieser Universitätsgründung gefestigten Phalanx eine stärkere Aufklärung über die Reformziele auf Resonanz gestoßen wäre.

Vom Ende her betrachtet halte ich fest: Bei meinem und meines Stellvertreters Ausscheiden aus der Universitätsleitung gab es eine funktionierende Hochschule mit 4.905 eingeschriebenen Studierenden (Stand Juni 1979) und neben den das gesamte Fächerspektrum umfassenden Lehramtsstudiengängen immerhin acht neue Diplomstudiengänge und drei Diplom-Aufbaustudiengänge. Die Einphasige Lehrerausbildung (ELAB) war ein von Sachkennern geschätzter Modellversuch. Planung und Finanzierung der ab 1980 realisierten Neubauten im Zentralbereich am Uhlhornsweg mit 107,6 Millionen D-Mark Baukosten harrten der Verwirklichung. Die Aufbauarbeit des Gründungsjahrzehnts war nicht vergebens.

Die Zeit im Gründungsausschuss (1971 bis 1974)

Als wir nach der Konstituierung des Gründungsausschusses am 26. März 1971 die Arbeit aufnahmen, konnten wir nicht ahnen, dass die Gründungsphase bis zum Frühjahr 1974 dauern würde. Wir: Das war eine fünfzehnköpfige Mannschaft, von denen sechs von der damaligen Abteilung Oldenburg der Pädagogischen

Hochschule Niedersachsen (PHN) gestellt wurden, zwei waren Mitglieder der Fachhochschule Oldenburg und sieben auswärtige Wissenschaftler und Studierende. Fast revolutionär muss es gewirkt haben, dass der Gründungsausschuss drittelparitätisch besetzt war: zu je einem Drittel Hochschullehrer, wissenschaftliche Mitarbeiter und Studenten. Diese Parität bestand bis zum Hochschulurteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 29. Mai 1973. Danach setzte sich der Gründungsausschuss in erweiterter Runde aus zehn Hochschullehrern, fünf wissenschaftlichen Mitarbeitern, fünf Studenten sowie zwei sonstigen Mitarbeitern zusammen. Der Gründungsauschuss kam bis zu seiner Auflösung im März 1974 zu 47 zwei- oder dreitägigen Sitzungen zusammen.

Für mich selbst war es überraschend, als einer der beiden Hochschullehrer der Pädagogischen Hochschule vom damaligen Kultusminister von Oertzen in den Gründungsausschuss berufen zu werden. Denn ich war nicht einer der im Kampf um eine Universitätsgründung seit Jahren gestählten Kollegen der Oldenburger Hochschule wie vor allem Hermann Helmers, Hans-Dietrich Raapke oder Wolfgang Schulenberg. Ich war erst im April 1970 als Dreißigjähriger, damit Benjamin des Kollegiums, nach Oldenburg auf den Lehrstuhl für Geographie gekommen. Ich verfügte nicht über große Erfahrungen im Diskurs um notwendige Hochschulreformen wie etwa Mitglieder der Bundesassistentenkonferenz oder der Verfassten Studentenschaften, die ihr Wissen in den Gründungsprozess einbringen konnten. Ich war nicht aktiver Teil der Studentenbewegung gewesen, wohl aber Hinzulernender im Strudel der Aktionen und Demonstrationen dieser Tage. Als junger Hochschuldozent war ich 1969 in meinem ersten Semester als Lehrender in Berlin mit dem erbitterten

Vorgeschichte

7. April 1792
Stiftung eines Landschulfonds durch Herzog Friedrich Ludwig von Oldenburg.

7. März 1793
Errichtung eines Lehrerseminars nach Plänen des Generalsuperintendenten Esdras Heinrich Mutzenbacher.

24. Juli 1807
Einweihung des ersten Seminargebäudes am Wall, 1846 Übernahme des Seminargebäudes an der Peterstraße.

Widerstand gegen die Notstandsgesetze konfrontiert. Der Hörsaal war mit Ketten verriegelt worden und wir zur Diskussion zu diesem Thema genötigt. Auch diese Erfahrung war lehrreich. Vielleicht versprach meine Person, etwas frischen Wind aus dem politisch hochtourigeren Berlin nach Oldenburg zu tragen. Sensibilisiert und offen für die Notwendigkeit einer Universitätsgründung als Reformalternative zur klassischen Universität war ich allemal.

So sehe ich mich – vielleicht noch etwas verloren – zwischen Kollegen, die sich aus Reformdiskussionen oder den Oldenburger Jahren des Kampfes um die Universität vertraut waren, im braven Anzug und noch ohne Bart auf der konstituierenden Sitzung des Gründungsausschusses in Hannover am 17. Februar 1971. Mein Äußeres veränderte sich danach in Richtung des Bildes, das in der Außenwahrnehmung das Bild des „Revoluzzers“ bedienen konnte, wenn man ein einfaches Klischee haben wollte.

Die interessierte Öffentlichkeit, nicht nur die dem Gründungsprozess ohnehin ablehnend gegenüberstehenden bildungsbürgerlichen Kreise und konservativen Politiker, konnte schwer verstehen, dass trotz professoraler Minderheit aufgrund der Drittelparität sachkundige Planung und Entscheidungen zustande kommen konnten. Mir ist jedoch nicht erinnerlich, dass wichtige Diskussionen und Beschlüsse nach Statusgrenzen gefallen wären. Die meisten inhaltlichen Festlegungen zur Studiengangsplanung, Organisationsstruktur der Wissenschaft und zu Dienstleistungen sowie zu Schwerpunkten der Forschung erfolgten mit unterschiedlichen Mehrheiten quer zu den Statusgruppen einer Universität.

Der wichtigste Vorteil einer gleichberechtigten Teilhabe von jungen Nachwuchswissenschaftlern und Studenten an der Gründung lag darin, dass sie Reforminitiativen und fachliche Prioritäten in die Diskussion brachten, die häufig quer zum wissenschaftlichen Mainstream lagen, aber innovatives Potenzial für eine zukünftige Profilbildung der Universität besaßen. Beispielsweise eilte die Fokussierung auf umweltwissenschaftliche Themen in den Sozial-, Wirtschafts- und Naturwissenschaften ihrer Zeit voraus.

Aufgabenfülle für das Ehrenamt

Was aber hatte der Gründungsausschuss zu leisten und wie konnte er der Aufgabenfülle gerecht werden? In einer ersten Planungsphase von März bis September 1971 entwickelte er die Grobstruktur der künftigen Universität und eine dazu passende Arbeitsorganisation. Praktisch ging es darum, in diesen ersten fünf Monaten die Einstellung des Personals, vor allem der hauptberuflichen Planer und ersten nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter sowie die Wahl zahlreicher Kommissionsmitglieder zu bewerkstelligen, sich aber auch um einfache Aufgaben wie die Anschaffung einer Büroeinrichtung zu bemühen. Der eigentlich für die Verwaltung der beiden Neugründungen beauftragte Kanzler der Pädagogischen Hochschule Niedersachsen (PHN) saß in Hannover und weilte nur sporadisch ohne großes Engagement in Oldenburg. Die Verwaltungsarbeit kam auf die drei Vorstände des Gründungsauschusses und unsere kleine Geschäftsstelle zu.

Die zweite Arbeitsphase bis zum Sommer 1972 war inhaltlich und organisatorisch entscheidend. Denn jetzt ging es um die Implementierung der für wesentlich gehaltenen Reformelemente. So wurden zum einen in den Planungskommissionen mögliche Studiengänge nach ihrem Bezug zu gesellschaftlichen Praxisfeldern ausgerichtet. Und ebenso waren sich entwickelnde neue Ansprüche aus fachlicher Forschung und hochschuldidaktischen Innovationen in die Curricula einzubringen. Daraus folgerte zum anderen, ein Modell für das Studium und die Universitätsorganisation zu finden, das sich den finanziellen Möglichkeiten stellte und doch Reformen von Forschung und Lehre öffnen konnte. Die damals noch geplante Integration des neuen Universitätsnukleus mit der Pädagogischen Hoch-

20. Oktober 1901
Das Oldenburgische Staatsministerium beschließt den vollen Ausbau des Lehrerseminars nach preußischem Vorbild.

26. März 1920
Das Lehrerseminar wird höhere Lehranstalt. Ein Jahr später werden Frauen in die Lehranstalt aufgenommen.

15. April 1926
Veröffentlichung des Studienplans und der Studienordnung für die Pädagogischen Lehrgänge, die das Lehrerseminar ablösen und eine zweijährige Lehrerausbildung mit ersten wissenschaftlichen Ansprüchen vorsehen.

schule und den regionalen Fachhochschulen zu einer Gesamthochschule, das Modell der „Einphasigen Lehrerausbildung“ und die Idee des Projektstudiums, Prinzipien der Universitätsstruktur und Mitbestimmung, die später Basis der Grundordnung werden sollten wie auch neue Zugangsmöglichkeiten für Studierende ohne Abitur. Dies alles waren Herausforderungen, für die der Gründungsauschuss umsetzbare Strukturen finden musste.

In der dritten Phase mussten die ausformulierten Lehrinhalte in Studiengangsplanungen mit zugehörenden Prüfungs- und Studienordnungen umgesetzt werden, eine Arbeit, die dann von einzelnen Studienkommissionen zu Ende geführt worden ist. Parallel zu der inhaltlichen Planung wurde an der Gestaltung der notwendigen Infrastrukturen gearbeitet:

- Im Bauausschuss waren es die Planungsschritte „Baubestandserhebung und Bedarfseinschätzung“ im Abgleich mit Studienplatzzielzahlen, ein „Bedarfsprogramm für Schnellbaumaßnahmen“, die „Anmeldung zum zweiten Hochschulrahmenplan“ und die „Planung des Allgemeinen Aufbau- und Verfügungszentrums“(AVZ).
- Im Unterausschuss Bibliotheks- und Informationssystem (BIS) wurde zunächst eine Bestandsaufnahme an den Bibliothekseinrichtungen in Oldenburg erstellt und dann Leitsätze einer Struktur des zukünftigen BIS erarbeitet. Das BIS selbst war damals ein gegenüber klassischen Universitätsbibliotheken völlig neues Organisationsmodell.
- In der Unterkommission Sozialwerk, das weit mehr als nur eine Dienstleistungseinrichtung für Studierende sein sollte, konzentrierte sich die Arbeit auf die Analyse der sozialen Lage der Studenten und eine Bestandsaufnahme der sozialen Einrichtungen sowie der zukünftigen Bedarfe.

Mit Stand 31. Dezember 1971 waren nach meiner Recherche 134 Mitglieder in die Strukturkommission, die fünf Planungskommissionen, in vier Unterkommissionen und zehn Berufungskommissionen gewählt worden, die alle mit ihrer Arbeit begonnen hatten. Dieser verzweigten „Planungsmaschinerie“ standen der Vorstand des Gründungsausschusses und dessen fünfzehn Mitglieder (ab Juni 1973 zwanzig Mitglieder) – allesamt ehrenamtlich arbeitend – gegenüber. Dazu kamen hauptamtlich eine Regierungsoberinspektorin, fünf Schreibkräfte und zwei wissenschaftliche Hilfskräfte sowie vier Planer.

Es war also eine sehr kleine Planungsmannschaft, die die Errichtung der Universität zu bewerkstelligen hatte. Welches größere Unternehmen würde mit einer so bescheidenen Planungskapazität den Aufbau eines Großbetriebs leisten können?

Rekrutierung wissenschaftlichen Personals

Die aufwändigste Arbeit betraf die Etablierung eines Grundstocks an wissenschaftlichem Personal. Der Lehrkörper der Abteilung Oldenburg der PHN umfasste im wissenschaftlichen Bereich 87 Stellen, davon 48 im Mittelbau. Ab 1973 gab es enorme Zuwachsraten. Allein im wissenschaftlichen Bereich wurden in diesem Jahr 108 neue Stellen geschaffen, danach bis 1979 weitere 166. Noch stärker wuchs die Zahl der Stellen im Dienstleistungsbereich zur Schaffung einer erträglichen Infrastruktur.

Die zehn Berufungskommissionen dürften allein in der Gründungsausschusszeit von 1972 bis Frühjahr 1974 mit fast neunzig Verfahren zu tun gehabt haben. Geht man davon aus, dass an der Universität Oldenburg wie an jeder anderen Hochschule Wissenschaftler ihre fachlichen und hochschulpolitischen Interessen durchzusetzen versuchen, ist klar, dass es bei Stellenbesetzungen zu harten Auseinandersetzungen in der Kommission und im Gründungsausschuss kommen konnte. Dennoch würde ich für die große Mehrzahl der Berufungen meinen, dass die Verfahren zur Auswahl qualifizierter Wissenschaftler führten, mit einigen Ausnahmen, bei denen Berufungslisten der ersten Jahre nicht überzeugend geraten waren. Die Zusammensetzung der Kommissionen mit mehreren auswärtigen

27. März 1929
Beschluss zur Errichtung einer Pädagogischen Akademie in Oldenburg durch den Landtag des Freistaates Oldenburg.

10. Dezember 1932
Die von der NSDAP geführte Landesregierung verfügt die Schließung der Pädagogischen Lehrgänge.

19. Oktober 1936
Beurkundung eines Staatsvertrages zwischen dem Land Oldenburg und dem Land Preußen zur Errichtung einer gemeinsamen Hochschule für Lehrerausbildung in Oldenburg, die aber nach Kriegsbeginn ihren Betrieb wieder einstellen muss.

Wissenschaftlern, die Beteiligung gestandener Kollegen der Abteilung Oldenburg der PHN und die hochschulpolitisch pluralistische Besetzung jeder Kommission erzeugten einen Filter, der meistens zu angemessenen Entscheidungen führte.

Doch blieb es nicht aus, dass sich häufig zwei unterschiedliche Welten begegneten, wenn sich auswärtige Hochschullehrer in Planungs- oder Berufungskommissionen wählen ließen. Die Gründung der Reformuniversität Oldenburg wollte sich vom Standard traditioneller Universitäten abheben. Das betraf Gestaltungsimperative und die Organisation von Forschung und Lehre. Als solche wären zu nennen: die Beteiligung aller Statusgruppen bei Entscheidungen zu Inhalten und Vermittlungsformen wissenschaftlicher Arbeit, hochschuldidaktische Innovationen im Sinne forschenden Lernens und dessen Organisation im Projektstudium, die Orientierung von Forschung und Lehre an gesellschaftsrelevanten Problemstellungen.

1972 – Vor dem Anfang schon fast das Ende

Für das Haushaltsjahr 1971 waren 21 wissenschaftliche Stellen genehmigt worden. Daraufhin konnten die ersten Berufenen nach Mitte 1972 den Dienst antreten. Die Freude war groß, denn somit wurde offensichtlich: Die Gründung nimmt Fahrt auf. Ihren Arbeitsbeginn empfanden die Neuberufenen jedoch nicht mit gleicher Freude. Denn sie konnten sich nicht mit vollem Elan am Gründungsgeschehen beteiligen, sondern mussten erst einmal den materiellen Boden in Form von Raum, Sachausstattung und Schreibdienst für sich erkämpfen. Ein Schreiben des Kultusministeriums, damals auch für den Hochschulbereich zuständig, antwortet 1972 einem neuberufenen Hochschullehrer: „1. Den Hochschullehrern wird nach Fertigstellung des Aufbau- und Verfügungszentrums [Oktober 1975!! d. Verf.] ein Dienstzimmer zur Verfügung stehen ... Zunächst muss leider eine provisorische Unterbringung erfolgen. 2. Die Textverarbeitungskapazität ist im Jahre 1973 noch sehr beschränkt. Den Einsatz wissenschaftlicher Hilfskräfte zum Schreiben schwieriger wissenschaftlicher Texte halte ich für zulässig. 3. Aus der Titelgruppe 71 können für Lehrstuhlinhaber allenfalls kleine Reiseschreibmaschinen beschafft werden ...“

So weit die trockene Sprache der Ministerialbürokratie. Wir konnten mitfühlen, welchen Schock dieser unfreundliche Empfang bei den Neuberufenen

ausgelöst hat. Helfen konnten wir nicht, denn Haushaltsmittel konnten wir nicht verteilen.

Während die kritische Öffentlichkeit von außen bereits Mitte der siebziger Jahre begann, wissenschaftliche (Höchst-)Leistungen von der Universitätsgründung einzufordern, waren die vor Ort tätigen Hochschullehrer und Angehörigen des Mittelbaues damit beschäftigt, Studiengänge und Forschungsschwerpunkte zu planen – und dies ohne den notwendigen materiellen Unterbau. Besonders betroffen waren die Naturwissenschaftler, die erst Ende 1975 im Aufbau- und Verfügungszentrum ihre ersten Labors beziehen konnten, nachdem sie diese zusammen mit dem Bauplaner hatten planen dürfen.

Aber immerhin – es schien aufwärts zu gehen im ersten Gründerjahr 1971. Denn in der siebten Sitzung des Gründungsausschusses am 8./9. Juli 1971 wurden 96 neue Stellen für Lehre und Forschung und 53 Stellen für nichtwissenschaftliches Personal zugesagt. Die kalte Dusche folgte fünf Monate später: Die Nordwest-Zeitung konnte am 8. Dezember 1971 mit der Schlagzeile aufwarten: „Universität Oldenburg wird 1972 nicht gebaut“. In der Tat hatte das Kabinett am Vortag in Hannover beschlossen, den Bau der Universitäten in Oldenburg und Osnabrück „zurückzustellen“. Die Regierung war offensichtlich zu der Einsicht gelangt, dass eine Hochschulgründung nicht ausschließlich mit Erstinvestitionen errichtet, sondern dann nur mit jährlich erheblichen Folgekosten betrieben werden konnte.

Dass wir Mitglieder des Gründungsausschusses sehr niedergeschlagen waren und bei einzelnen kurz der Gedanke aufkam, als Gründungsgremium zurückzutreten, ist wohl nachvollziehbar. Hinzu kam, dass das zähe Ringen um einen Fachbereich Jura am 5. Oktober 1971 verloren war, als die Landesregierung sich für den

1. Oktober 1945
Die neu gegründete Pädagogische Akademie in Oldenburg ist die erste Lehrerausbildungsstätte, die nach dem Krieg in den vier Besatzungszonen ihre Tore öffnen darf.

23. November 1946
Der Freistaat Oldenburg wird Teil des neu gebildeten Landes Niedersachsen, dessen Regierung allerdings die Forderung ablehnt, in Oldenburg eine Universität zu errichten.

Standort Hannover entschied. Die dafür in Aussicht gestellte Kompensation in Form eines Fachbereichs Zahnmedizin ließ sich, wie man weiß, ebenso wenig verwirklichen. Der Gründungsausschuss hatte in der Hoffnung auf den Aufbau eines medizinischen Fachbereichs von Anfang an eine „Planungskommission Medizin" eingerichtet, der Vertreter der Oldenburger Kliniken angehörten wie auch auswärtige Mediziner aus Universitätskliniken. Das Bemühen um eine medizinische Ausbildungsstätte geht also bis auf das Jahr 1971 zurück.

Der Tiefschlag aus Hannover löste vor Ort Betroffenheit aus, selbst bei der Nordwest-Zeitung, die der Hochschulgründung damals äußerst kritisch gegenüber stand. Sie sprach von einem „Skandal". Die Gefahr, dass die Universitätsgründung noch scheitern könnte, wurde allerdings nicht überall in Oldenburg und der Region als Katastrophe empfunden. Gab es doch seit dem 17. Dezember 1965 die „Gesellschaft der Freunde einer Universität in Oldenburg", kurz „Förderkreis" genannt, der zusammen mit der „Nordwestdeutschen Universitätsgesellschaft Wilhelmshaven" im Juni 1969 den Plan für eine „Nord-West-Universität" mit Naturwissenschaften und Medizin in Wilhelmshaven und Geisteswissenschaften in Oldenburg vorgelegt hatte. Die Pädagogische Hochschule schien dem „Förderkreis" kein adäquater Ausgangspunkt für die Entwicklung zu einer „Volluniversität" zu sein. Unter seinem damaligen Vorsitzenden, dem Vorstand der EWE, wurde gegen das Wirken des Gründungsauschuss öffentlich scharf polemisiert, was es für den Ausschuss schwer machte, für den Fortgang der Hochschulentwicklung zu kämpfen.

Doch in dieser Situation zeigte sich zum ersten Mal die Widerstandskraft von innen heraus, die in Form öffentlichen Protestes eine Mobilisierung pro Universitätsausbau bewirkte. Am 15. Dezember 1971 fand in der Innenstadt eine Kundgebung statt mit mehr als 2.000 Oldenburgern aus der Universität, aber auch der Stadt. Vorbereitet war die Kundgebung durch ein „Aktionskomitee für eine Reformuniversität Oldenburg". Selbst die Westdeutsche Rektorenkonferenz schaltete sich mit deutlichem Protest ein: Sie „wendet sich mit Entschiedenheit gegen den Beschluss des Niedersächsischen Kabinetts, alle finanziellen Mittel für die Hochschulen des Landes mindestens für 1972 zu streichen ... Besonders betroffen sind die beiden im Aufbau befindlichen Universitäten, die einen wichtigen Beitrag zur Infrastruktur des traditionell benachteiligten nordwestdeutschen Raumes leisten sollen."

Die Stimmung zur Kundgebung war aufgeheizt. Dafür hatten auch flotte Sprüche wie „Die Unternehmer brauchen Deppen aus nordwestdeutschen

Bildungssteppen“ gesorgt, ein Spruch, der an der Rückwand der Aula hing. Auf der Kundgebung sprach neben Oberbürgermeister Hans Fleischer und Vertretern des Gründungsausschusses auch der damalige SPD-Abgeordnete Joist Grolle: „Die Landesregierung mag beschließen, was sie will, die Realität der Universität in den Köpfen und Herzen der Menschen dieser Stadt und dieses Raumes wird sie nicht mehr umbringen können.“

Der Hebel, den Stillstand des Universitätsaufbaus zu überwinden, wurde vom Gründungsausschuss in einer möglichst raschen Integration der PH-Abteilung in die Universität gesehen: „Integration zum Wintersemester 1972“ lautete deshalb der Beschluss in jener Sitzung, mit dem man die entscheidende formale Fixierung zur Universitätsgründung hin erzwingen wollte. Dass diese Strategie letztlich der erfolgreiche Weg war, zeigte die Zukunft.

Noch aber, Anfang 1972, musste der Gründungsausschuss nach vergeblichen Interventionen hinnehmen, dass der für das Wintersemester 1972/73 geplante Beginn der neuen Universitätsstudiengänge auf das Wintersemester 1973/74 verschoben werden sollte.

Immerhin haben wir uns in dieser Zeit – ohne jegliche professionelle PR-Ressourcen, wie man heute sagen würde – um Öffentlichkeitsarbeit bemüht. Bleibendes Zeugnis dafür ist die vom Gründungsausschuss herausgegebene Schrift „Reformuniversität Oldenburg – ein Modell wird zur Alternative“. Das auch im Layout ansprechende Produkt schildert ausführlich die Segmente der auf Reformzielen und regionalem Nachholbedarf an tertiärer Bildung fußenden materiellen, personellen und didaktischen Planungsarbeit.

1. Januar 1948
Umbenennung der Pädagogischen Akademie in Pädagogische Hochschule (PH).

1. April 1969
Die Pädagogischen Hochschulen in Niedersachsen – darunter auch die PH Oldenburg – werden Abteilungen der Pädagogischen Hochschule Niedersachsen (PHN), die den Status einer Wissenschaftlichen Hochschule und 1971 das Promotionsrecht erhält.

Die Wende zum Besseren

Ebenso, wie letztlich die Abteilung Oldenburg der PH Niedersachsen das Fundament war, dessen Integration in die sich bildende Universität den Gründungsprozess entscheidend stabilisierte, war es der „Modellversuch Einphasige, Integrierte Lehrerausbildung“ (ELAB), der eine positive Wende der Hochschulentwicklung einleitete. Die konstruktive Wirkung der ELAB war dreifach: Zum ersten war das Reformmodell fast revolutionär, weil jetzt Lehrer nicht mehr getrennt nach Schularten, sondern gemeinsam nach Schulstufen gegliedert ausgebildet werden sollten. Für alle Lehrer waren nicht nur fachwissenschaftliche Anteile verbindlich, sondern gleichermaßen eine erziehungs- und gesellschaftliche sowie fachdidaktische Qualifizierung. Zweitens sollte die passende Organisation der Ausbildung im Projektstudium erfolgen. Vor allem aber sorgte die Einphasigkeit des Studiums dafür, dass im fünfjährigen Ausbildungsgang in drei Zeitstufen die schulpraktische Qualifizierung und damit das im traditionellen Studium nach dem ersten Examen nachfolgende Referendariat in den Studienverlauf integriert wurde.

Der Modellversuch war für die Landesregierung eine hilfreiche Unterstützung, die Orientierungsstufe (5./6. Schuljahr) durchzusetzen und mit der Errichtung von Gesamtschulen zu beginnen. Die Universität profitierte, weil zur ELAB das ganze schulische Fächerspektrum gehörte. Dafür mussten fachwissenschaftliche Ausbildungsanteile für zukünftige Lehrer bis zur gymnasialen Oberstufe angeboten werden. Also war es nahe liegend, parallel zum Lehramtsstudium entsprechende Diplomstudiengänge einzurichten.

Groß war unsere Freude, als der Niedersächsische Kultusminister Mitte Juni 1972 beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft den Antrag auf einen Bundeszuschuss gestellt hatte. Mit den Bundesmitteln von über 2,3 Millionen D-Mark und dem Eigenanteil des Landes Niedersachsen standen so für die Jahre 1972 bis 1975 über 3 Millionen D-Mark zur Realisierung des Modellversuchs zur Verfügung.

Ein weiterer Gunstfaktor der Universitätsgründung kam hinzu: Am 20. April 1972 wurde die „Universitätsgesellschaft Oldenburg“ gegründet und der aus unserer Planungskommission Medizin bereits bekannte Privatdozent Dr. Hans-Arnold Simon, Direktor der Kinderklinik, zum ersten Vorsitzenden gewählt. Er stand für eine nüchterne sachliche Zusammenarbeit von Repräsentanten des öffentlichen Lebens und den im Gründungsgeschehen engagierten Wissenschaftlern und

Studenten. Sein freundlicher, auf Ausgleich bedachter Kommunikationsstil brachte es mit sich, dass die geschilderte Ablehnungsfront gegenüber der Universität weniger geschlossen war und einige der Mitglieder des „Förderkreises“ sich fortan in der Universitätsgesellschaft engagierten.

Zum 1. Oktober 1972 wurde der Oldenburger Hochschulkollege und Landtagsabgeordnete der SPD, Joist Grolle, zum Staatssekretär im Kultusministerium ernannt. Da er für Hochschulbelange zuständig war, hatte jetzt der Gründungsausschuss einen Ansprechpartner, der für die Errichtung der Universität eintrat. Ob maßgeblich durch Grolle ausgelöst oder einer sich entspannenden Finanzlage des Landes geschuldet, jedenfalls konnte der Gründungsausschuss auf seiner 25. Sitzung im Oktober die Mitteilung entgegennehmen, dass im Haushaltsjahr 1973 108 neue Stellen zu erwarten seien. Auf der 27. Sitzung im Dezember 1972 wurden für 1974 weitere 145 Stellen angekündigt. In ihrer Geschichte hat die Universität Oldenburg nie wieder so hohe Zuwachsraten erreichen können.

Eine in ruhigeren Bahnen verlaufende Planungsphase schien zu erwarten zu sein. Doch neuer Zwist stand ins Haus, der dieses Mal auch die Zusammenarbeit im Gründungsausschuss betraf.

Holpriger Weg zur Integration der PH

Seit dem Frühjahr 1972 schwelte im Gründungsausschuss der Streit, wie das Ziel einer Gesamthochschule erreichbar sei: ein Stufenmodell mit der Einbeziehung der PH-Abteilung zuerst und danach der Integration der Fachhochschulen über die Einrichtung ingenieurwissenschaftlicher Studiengänge, oder aber

Gründungsgeschichte

23. Februar 1959
Aufforderung des Rates der Stadt Oldenburg an die Niedersächsische Landesregierung und den Landtag, in Oldenburg eine zweite Landesuniversität einzurichten.

März 1961
Veröffentlichung des Gutachtens von Prof. Dr. Wilhelm Müller-Wille (Münster) „Die Stadt Oldenburg als Standort einer Universität“.

10. September 1963
Bildung einer Sachverständigenkommission für Fragen der Gründung einer Universität im nordwestlichen Niedersachsen durch die Landesregierung unter Vorsitz von Prof. Dr. Hans Leussink, später Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (1969–1972).

die Integration von PH-Abteilung und Fachhochschulen in einem Zuge. Den Hannoveraner Vertretern lagen die Ingenieurwissenschaften am Herzen. Insofern bevorzugten sie eine Integration aus einem Guss. Der „Integrationsausschuss“ des Gründungsausschusses hatte hingegen mehrheitlich für die Perspektive votiert, zunächst als Kernbestand der neuen Universität die Integration der PH-Abteilung zu sichern. Demgegenüber hatte sich der Osnabrücker Gründungsausschuss stets auf eine vorrangige Integration der dortigen Fachhochschule konzentriert.

Zum Jahreswechsel 1972 auf 1973 traf der so genannte Integrationserlass beim Gründungsausschuss ein, der die Modalitäten der Verschmelzung von PH-Abteilung und Universität beschrieb. Mit der Integrationsabsicht wären die Wahlen zu den ersten Kollegialorganen verbunden gewesen und die Aufnahme des universitären Studienbeginns zum Wintersemester 1973/74. Dieser „Integrationsbrief“ wurde jedoch als juristisch nicht sattelfest eingeschätzt, worauf das Ministerium zur 32. Sitzung des Gründungsauschusses am 3. Mai 1973 einen „Vorentwurf eines Gesetzentwurfes über die Errichtung der Universitäten Oldenburg und Osnabrück“ vorlegte. Dieser wurde intensiv vom Gründungsausschuss beraten mit der Folge, dass der Kultusminister im September 1973 einen überarbeiteten Gesetzentwurf vorlegte. Dieses „Gesetz über die Organisation der Universitäten Oldenburg und Osnabrück“ wurde im Landtag mit knapper Mehrheit der SPD-Fraktion gegen geschlossenen Widerstand der CDU-Fraktion beschlossen und trat am 5. Dezember 1973 in Kraft. Damit war das juristische Fundament der Universitätsgründung gelegt!

Aus einem anderen Grund war jedoch ein einvernehmlicher Abschluss der Beratungen um das Integrationsgesetz in Gefahr. Am 29. Mai 1973 hatte das Bundesverfassungsgericht die Paritätenregelung des „Vorschaltgesetzes für ein Niedersächsisches Gesamthochschulgesetz“ aus dem Jahr 1971 für verfassungswidrig erklärt. Diese Entscheidung traf ein Kernstück der Universitätsgründung: die Drittelparität (fünf Hochschullehrer, fünf wissenschaftliche Mitarbeiter, fünf Studierende). Die Frage, ob der Gründungsausschuss unter veränderter Parität und dem Umstand, dass die Hochschullehrer in Fragen von Forschung und Lehre nicht überstimmt werden dürfen, weiter arbeiten solle oder nicht, bestimmte von da an fünf Sitzungen lang die Debatten des Gremiums. Es ging um das lange selbstverständliche Selbstverständnis des kollegialen Zusammenwirkens aller Mitglieder. Während sich die Osnabrücker Gründungsausschussmitglieder für einen Rücktritt entschieden hatten, wählten wir Oldenburger einen realistischeren Weg: Mit

sieben Ja- zu drei Nein-Stimmen sowie drei Enthaltungen wurde die neue Paritätenregelung im Juli hingenommen. Wenn ich mich rückblickend frage, ob die bis zum Sommer 1973 praktizierte Drittelparität der Universitätsgründung genutzt oder geschadet hat, würde ich zu ersterer Meinung neigen. In den damaligen Gründerjahren hatten die Vertreter aller Statusgruppen einen festen Fundus gemeinsamer Reformvorstellungen und den Willen, diese umzusetzen. Sie wussten, worüber sie sprachen und entschieden. Deshalb konnten auch die studentischen Mitglieder auf gleicher Augenhöhe und mit häufig eigenen innovativen Anregungen den Planungsprozess mitbestimmen.

Ein kurzer Rekurs: Die Namensgebung

Es war ein studentisches Mitglied, Hans Henning Adler, das am 6. Juni 1972 den Vorschlag in die Strukturkommission des Gründungsausschusses einbrachte, unsere Reformuniversität nach dem Friedensnobelpreisträger der Jahre 1935/36, Carl von Ossietzky, zu benennen. Diese schlug dem Gründungsausschuss am 25. Oktober 1972 im Text eines ersten Entwurfs einer Grundordnung den Namen „Carl von Ossietzky Universität Oldenburg“ vor. Die erste öffentliche Erwähnung des Namenswunsches vom 16. Februar 1973 durch Rüdiger Meyenberg setzte schließlich den Startschuss zum viele Jahre währenden „Namensstreit“. Ausgelöst wurde die öffentliche Debatte über eine Glosse von „Theobald“ in der Nordwest-Zeitung vom 29. Dezember 1972, die dem ernsten Ansinnen der Namensgebung sicher nicht gerecht wurde und nur das Vorspiel zum Preisausschreiben der gleichen Zeitung vom 30. April 1973 war, die Bevölkerung über

2. Januar 1964
Gründung des „Förderkreises einer Universität in Oldenburg“ mit später 4.500 Mitgliedern in der Nordwest-Region.

6. März 1969
Empfehlung der Sachverständigenkommission zur Gründung einer Universität in Oldenburg.

13. Mai 1970
„Denkschrift zur Gründung der Universitäten Oldenburg und Osnabrück“ des Niedersächsischen Kultusministeriums.

unterschiedliche Namensvorschläge abstimmen zu lassen. Das Resultat ist bekannt: Carl von Ossietzky rangierte erst an vierter Stelle hinter „kein Name“, Graf Anton Günther und Karl Jaspers.

So fing die unendliche Geschichte um den Namen Carl von Ossietzky recht harmlos an. Im Gründungsausschuss war die Namensgebung nur ein Thema unter vielen, das seine Zeit hatte, bevor es öffentlich wurde. In der Öffentlichkeit wurde es zwar durch die Aktionen der Nordwest-Zeitung allmählich bekannt, gewann an Brisanz aber erst, als die Grundordnung der Universität Oldenburg am 1. Februar 1975 durch das Ministerium „vorläufig“ genehmigt worden war, ohne die im §1 niedergelegte Bennennung nach Carl von Ossietzky. Es war bekannt, dass Kultusminister von Oertzen grundsätzlich gegen Namensgebungen für Hochschulen war. So blieb das Thema „vorläufig“ in der Schwebe.

Ich möchte die gesamte Leidensgeschichte, die die Namensgebung bis zu meinem Rücktritt als Gründungsrektor im Herbst 1979 zu durchleben hatte, in meinem Beitrag nicht weiter verfolgen. Viel ist darüber geschrieben worden. Und in Rainer Rheudes alle Facetten ausleuchtende Arbeit von 2009 „Kalter Krieg um Ossietzky“, (Oldenburg 2008) sind sämtliche relevanten Stationen und Positionen ausführlich beschrieben. Nur so viel:

Im Kontext der Einschränkungen von Wissenschaftsfreiheit durch den Radikalenerlass von 1972 standen die ersten „Ossietzky-Tage“, die wir am 4. und 5. Mai 1978 in Oldenburg organisiert hatten. Anlass war der 40. Todestag des Friedensnobelpreisträgers der Jahre 1935/36. In diesem Rahmen wurde das Ossietzky-Mahnmal mit dem Symbol des Stacheldrahtknotens an der Ammerländer Heerstraße enthüllt, und die Liga für Menschenrechte verlieh in der Universität die Carl von Ossietzky Medaillen an Willi Bleicher, den legendären ehemaligen Leiter des Tarifbezirks Nordwürttemberg-Nordbaden der IG Metall, und an den Bundesverfassungsrichter Helmut Simon. In ihren eindrucksvollen Beiträgen und durch die Anwesenheit unter anderem des ehemaligen Berliner Ersten Bürgermeisters Pastor Heinrich Albertz und Heinz Oskar Vetter, den Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, fühlten wir uns gestärkt, in unseren Willen zur Namensgebung und dem Widerstand gegen Berufsverbote nicht nachzulassen.

Mir selbst ist Willi Bleicher, Insasse im Konzentrationslager Buchenwald, der dort in einem Versteck einem kleinen Jungen das Leben rettete, durch die schlichte Klarheit und Klugheit seiner Worte in Erinnerung geblieben. Ein Bild von ihm hing in meinem Arbeitszimmer in der Hochschule, sehr zum Erstaunen der jungen

Studenten, denen ich deswegen häufiger vom Sinn der Namensgebung erzählen konnte. Ihrer wissenschaftlichen Verpflichtung ist die Universität mit der kritischen Gesamtausgabe der Texte Ossietzkys 1994 nachgekommen.

Das Ende des Gründungsausschusses ist der Anfang

Zum August 1973 trat der Gründungsausschuss in – durch die Änderung der Paritäten erzwungener – erweiterter Größe zusammen: 22 Mitglieder, drei zusätzliche Hochschullehrer aus der PHN-Abteilung Oldenburg und vier aus dem Kreis der neuberufenen Hochschullehrer. Zwei nichtwissenschaftliche Mitarbeiter kamen mit beratender Stimme hinzu. In dieser Zusammensetzung fanden noch zehn Sitzungen statt. Doch leider – so fand ich – war die fast familiäre Vertrautheit des kleineren Gründungsausschusses verloren gegangen. Zwar war bei allen Mitgliedern der Wille vorhanden, nun wenigstens zum Sommersemester 1974 die Universität eröffnen zu können. Und auch waren wesentliche Grundpfeiler des Gründungsprozesses – Personalplanung, hochschuldidaktisches Konzept, Organisationsgesetz, Organisation der Dienstleistungsbereiche – ausgehandelt und festgezurrt.

Dennoch entwickelten sich bei den jetzt immer konkreter werdenden Planungen und Entscheidungen kontroverse, bisweilen unversöhnliche Positionen. Hauptfelder dafür waren die zahlreichen Berufungsverfahren für die Stellen aus dem Haushaltsjahr 1973 und die Stellenwidmungen für das Haushaltsjahr 1974. Hierbei verschnitten sich fachlich konkurrierende mit hochschulpolitisch divergierenden Interessen. Weiterer

17. Juli 1970
Votum des Wissenschaftsrates für die Universitätsgründungen in Oldenburg und Osnabrück.

25. August 1970
Beschluss der Landesregierung zur Errichtung von Universitäten in Oldenburg und Osnabrück.

1. März 1971
Einsetzung eines Gründungsausschusses in Oldenburg, der zu je einem Drittel aus Professoren, wissenschaftlichen Mitarbeitern und Studenten besteht.

Zündstoff bot die curriculare Planung der neuen Studiengänge. Ebenso sollte sich die entmutigende Schlussfolgerung bewahrheiten, die der Vorsitzende, Hans Peter Riesche, bereits Anfang März 1973 im Gründungsausschuss geäußert hatte: „Rechtswissenschaft – schon vor einem Jahr gestorben, Medizin – wird es nicht geben, Technik – den Bach runter."

War es eine Portion Resignation oder die stärker hervortretende Fraktionierung im Gründungsauschuss – oder beides? Hans Peter Riesche wurde als wissenschaftlicher Mitarbeiter auf der Sitzung am 5. Dezember 1973 ebenso wie der studentische Vertreter Rüdiger Meyenberg wieder in den Vorstand gewählt. Ich sah mich einem Kollegen aus dem Kreis der Neuberufenen, Dieter Schuller, als weiterem Kandidaten gegenüber und wurde knapp wieder gewählt. Die gleichzeitig stattfindende Wahl eines „Übergangsrektors", der bis zum Antritt des Gründungsrektors fungieren sollte, entschied knapp Wolfgang Sprockhoff aus der PHN-Abteilung gegen Irene Pieper-Seier als Neuberufene für sich. So hatten sich bei den Hochschullehrern die Vertreter der Pädagogischen Hochschule durchgesetzt, auch wenn sie im Gründungsausschuss nicht die Mehrheit stellten. Hans Peter Riesche nahm die Wahlergebnisse, vor allem die Wahl Sprockhoffs, zum Anlass, nicht mehr das Amt als Vorsitzender anzutreten. Daraufhin wurde aus der Gruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiter für den Rest der Amtszeit des Gründungsausschusses Jürgen Weißbach zum Vorsitzenden gewählt.

Die Wahlen waren ein Vorgeschmack auf die künftigen politischen Gruppierungen und für mich persönlich die Aussicht, bei der Rektorwahl am 18. April 1974 gegen einen Gegenkandidaten antreten zu müssen. So ist es auch gekommen. Es gab zum ersten Mal einen scharf geführten kurzen Wahlkampf, bei dem ich die Positionen einer realistisch an den Außenbedingungen orientierten Entwicklungsperspektive vertrat. Dies war nicht so populär wie Versprechungen des Gegenkandidaten, der allen Hochschulangehörigen eine neue Welt der Universität jenseits traditioneller Maßstäbe in Aussicht stellte. Die Universität bewies Realitätssinn und wählte mich mit großer Mehrheit.

Blicke ich auf die Zeit im Gründungsausschuss zurück, komme ich zu dem Schluss: Sie war spannend und wahrscheinlich in dieser personellen Konstellation einmalig. Sie hat konkrete Arbeit mit gutem Resultat gebracht. Und es war bei aller (Über-)Forderung eine Zeit, in der wir auch fröhlich waren: wenn wir beispielsweise zum Wochenende hin, nachdem die vielen auswärtigen Mitglieder von Kommissionen uns verlassen hatten, mit unserem roten Genever

anstießen oder uns unter das Volk mischten, auf den vielen kleinen Feten, die die Studierenden der PHN-Abteilung trefflich zu organisieren wussten.

Die Zeit als Rektor (1974–1979)

Am 1. April 1974 hatten sich Konzil und Senat konstituiert. Als danach die erste Universitätsleitung zum 1. Mai 1974 ihr Amt antrat, hatten wir Glück. Es war eine „Mannschaft“ zusammengekommen, die sich verstand und vertraute. Neben mir und dem ersten Rektorstellvertreter, dem Germanisten Wolfgang Promies, war seit Dezember 1973 Jürgen Lüthje als Kanzler der Universität tätig. Er hat in den langen Jahren seiner Arbeit unschätzbare Dienste für die Neugründung geleistet. Mit dem am 1. Oktober 1974 von mir eingestellten Gerhard Harms als Leiter der Stelle für Presse und Öffentlichkeitsarbeit trat ein weiterer Mitarbeiter in unser Team, der neben seiner originären Aufgabe bald als Kommunikator in unterschiedliche politische und fachliche Kleinwelten der Universität hinein unersetzbar wurde. Meinhard Tebben und später Johannes Buchrucker haben als Rektoratsassistenten mit Umsicht unsere Arbeit mitgetragen. Als 1976 Friedrich W. Busch als neuer Rektorstellvertreter ins Amt kam, war sein engagierter und zupackender Arbeitsstil eine weitere Bereicherung für uns alle.

26. April 1972
Gründung der Universitätsgesellschaft Oldenburg e.V. mit Dr. Hans-Arnold Simon als erstem Vorsitzenden.

11. Juli 1972
Genehmigung des Modellversuchs zur Einphasigen Lehrerausbildung (ELAB).

26. Oktober 1973
Satzungsentwurf der Strukturkommission des Gründungsausschusses mit der Namensgebung der Universität nach dem Publizisten und Friedensnobelpreisträger Carl von Ossietzky (1889–1938).

In der Falle: Überschätzte Gestaltungsspielräume

Das lange Pingpongspiel um die Genehmigung der Prüfungsordnungen war vom Studienbeginn an über

zweieinhalb Jahre ein Dauerbrenner, dem ich mich zugebenermaßen nur mit viel Unlust zu widmen hatte. Denn in ihnen sollten nach meiner Meinung nur Mindestregeln für Prüfungsverfahren und die abzuleistenden wissenschaftlichen Kenntnisse festgeschrieben sein und experimentelle Spielräume der Studiengestaltung geöffnet bleiben. Viele der neuen Kollegen sahen in ihnen jedoch das Vehikel, um den Kanon innovatorischer Elemente des Oldenburger Reformmodells in einem Paket verschnürt zu verewigen: nicht nur wesentliche curriculare Bausteine, auch die Verbindlichkeit des Projektstudiums als Studienform, Gesellschaftsrelevanz und Interdisziplinarität, neue Formen der Leistungsbewertung, Stimmberechtigung von Studenten in Prüfungskommissionen.

Ich bin ein Anhänger des Projektstudiums gewesen und habe mich selbst aus meiner fachlichen Kompetenz in einem Projekt engagiert gehabt. Auch teilte ich die Absicht, teilweise punktuelle Prüfungen durch studienbegleitende Leistungsnachweise zu ersetzen. Die Auseinandersetzung mit dem Ministerium nahm jedoch Züge eines Glaubenskrieges an. Die Hartnäckigkeit der Reformer auf unserer Seite fand ihr Gegenlager im Ministerium. So kam es bis zum Regierungswechsel zu keiner Genehmigung von Prüfungsordnungen mehr, und damit war das Kind in den Brunnen gefallen, weil die seit Februar amtierende neue konservative Regierung keinen Anlass sah, der Universität innovative Spielräume zuzugestehen.

Der Streit um die Prüfungsordnungen eskalierte. Vorläufige Prüfungsordnungen, die das Ministerium Ende April der Hochschule aufzwang, führten zur Klage der Universität gegen den Oktroi beim Verwaltungsgericht Oldenburg. Mit bewundernswerter Geduld und Ausdauer vermittelte Kanzler Lüthje zwischen Fachbereichsräten, dem Senat und dem Ministerium. Ihm gelang es, alle Akteure, auch die Vertreter des Ministeriums, auf eine Kompromisslinie zu bringen. So wurden in letzter Minute vor einer gerichtlich gesetzten Frist Mitte September 1977 die Hochschulabschlüsse und Prüfungsordnungen rechtssicher gemacht. Die Universität hätte bei einer kompromissbereiteren Einigung mit der alten Landesregierung stärkere Reformkomponenten in den Studiengängen erhalten können.

Ausbauziele auf Achterbahnfahrt

Es muss der Albtraum jeder Unternehmensgründung sein, wenn der Hahn für Investitionsmittel auf- und abgedreht wird. Eine nachhaltige Perspektivplanung des

Aufbaus ist damit nicht möglich. So geschah es aber der jungen Universität, wobei es in der Summe der Bewegungen insgesamt abwärts ging.

Zuerst hatte der Ausbau hoffnungsvoll begonnen: Am 10. Oktober 1975 konnte das Allgemeine Verfügungszentrum am Uhlhornsweg endlich in Betrieb genommen werden – vor allem als ein erstes Domizil für die Naturwissenschaften.

Zum 1. Dezember 1975 war das Rechenzentrum mit 18 Stellen funktionsfähig. Für die Bibliothek gab es (bis 1977 zu verausgaben) 10 Millionen D-Mark für den Aufbau eines Büchergrundbestandes. Dafür standen laut Plan 1975 53 Bibliotheksstellen zur Verfügung. Im Februar 1976 wurde der Diplomstudiengang Psychologie genehmigt. Und seit Anfang 1975 gehörte der Botanische Garten zur Universität, ein Ort der Forschung und Lehre, den aber ich – wie viele andere auch – von der nahen Margaretenstraße aus zur Entspannung nutzen konnte. Entspannt schien man auch sein zu können, weil der Wissenschaftsrat nach einer Begehung im Dezember 1975 zum weiteren Ausbau neuer Hochschulen feststellte, dass die Neubaumaßnahmen für die Naturwissenschaften und Sport in Wechloy „vorbehaltlos in den Rahmenplan aufgenommen und möglichst rasch realisiert werden“ sollten. Gleiches galt als Empfehlung für den geplanten Zentralbereich am Uhlhornsweg. Als Zielzahl des Ausbaus war an 9.300 Studienplätze gedacht. Im Herbst 1976 sollte mit dem Bau der Zentralbibliothek begonnen werden. Dann aber ging es Schlag auf Schlag gegen die Universität. Ich möchte nur in Kurzform Fakten und wesentliche Auszüge aus Dokumenten aufzählen, dabei aber über ein Ereignis ausführlicher berichten:

- Die am 7. Februar 1976 überraschend ins Amt gekommene CDU-Minderheitsregierung unter Minister-

5. Dezember 1973
Landtagsbeschluss zur Gründung der Universitäten Oldenburg und Osnabrück mit gleichzeitiger Integration der Pädagogischen Hochschulen.

17. Dezember 1973
Jürgen Lüthje wird in sein Amt als erster Kanzler der Universität in Oldenburg eingeführt.

1. März 1974
Konstituierung der Gremien der Universität mit den Fachbereichen I Erziehung und Sozialisation, II Kommunikation/Ästhetik, III Gesellschaftswissenschaften und IV Mathematik/Naturwissenschaften. Verzicht auf Institutsstruktur im Interesse einer interdisziplinären Ausrichtung von Forschung und Lehre.

präsident Albrecht ließ am 1. März den Termin für die Anmeldung der Neubaumaßnahmen zum 6. Rahmenplan verstreichen.

- Am 30. März berichtete ich dem Wissenschaftsminister in einer ausführlichen Stellungnahme: „Ich hoffe, dass die neue Landesregierung dem vom Wissenschaftsrat empfohlenen Ausbaukonzept ebenfalls zustimmen wird. Es ist bekannt, dass sich bislang im Süden des Landes Niedersachsen eine Konzentration von Studienplätzen gegenüber den unterversorgten Nordregionen befindet, konkret ein Verhältnis von 5:1 zugunsten Südniedersachsens … Besonders kritisch wird sich der Fehlbedarf im Bereich der Naturwissenschaften auswirken … Die Ausbildungssituation … ist schon heute sehr kritisch, da 400 naturwissenschaftlichen Studienplätzen bereits heute 780 Studenten gegenüberstehen … Bis zur Fertigstellung neuer Bauten im Jahr 1980 würden sich ca. 2.500 Studenten mit den vorhandenen wenigen Studienplätzen begnügen müssen.“
- Unser UNI-INFO titelt am 25. März: „Die Katastrophe ist da“. Die Nachricht ist die Reaktion auf das Ergebnis einer Besprechung im Ministerium, dass das Ausbauziel von 9.300 auf 5.800 Studienplätze abgesenkt werden soll
- Eine Senatskommission erarbeitet unter dem Titel „Aufbaustopp? Zur strukturellen Bedeutung des Universitätsausbaus in Oldenburg für den Nordwestraum“ eine ausführliche Stellungnahme. Es wird vor allem auf die bedeutende „Schrittmacherfunktion“ der Universität in einer strukturschwachen Region eingegangen.
- Es folgt das beeindruckende einmalige Ereignis in der Geschichte der jungen Hochschule: die „Fahrrad-Demonstration“ von Oldenburg nach Hannover vom 13. bis 16. Juni 1976. Aus einem früheren Bericht von mir darf ich zitieren: „Im Juni 1976 (13. bis 16.6.) zieht sich eine Fahrradschlange … durch niedersächsische Kleinstädte und Dörfer auf dem Wege nach Hannover. Symbolisiert wird das Gewicht dieses Vorganges, wenn Siedlungen zu schrumpfen scheinen angesichts der 4 Kilometer langen Demonstrationskette, die weit über die Ortsschilder hinausreicht. Es ist die Manifestation von Stärke und Schwäche, Macht und Ohnmacht der Universität Oldenburg. Es ist in jedem Fall eine originelle Antwort auf das Ansinnen der Landesregierung, die Ausbauziele der Universität von ursprünglich vorgesehenen 12.000 Studienplätzen auf 5.800 zu reduzieren.“ Es war eine logistische Meisterleistung, über die ein die Kolonne begleitender Polizeioffizier zu mir sagte, dass die Verlegung eines Bataillons der Bundeswehr fast sechs Wochen brauche. Die Universitätsangehörigen

schafften es in vierzehn Tagen: Unterbringung von tausend Menschen in Kirchen, Schulen und Zelten, Pendelverpflegung von der Oldenburger Mensa aus, mobile Fahrradreparaturwagen und Pressezentrum, Routenfestlegung mit den Behörden, Besorgung von Toilettenwagen, Detlev Rossmanns mobiles Abendkino usw. In Hannover kam es zu einer eindrucksvollen Abschlusskundgebung auf dem Klagesmarkt.

- Die Demonstration zeigt Wirkung: Zum 1. Oktober meldet das Ministerium doch noch zum 6. Rahmenplan nach: Bis 1980 sollen 161,3 Millionen D-Mark für den Bau von Bibliothek, Sportanlagen und Zentralwerkstatt, aber keiner Mensa, zur Verfügung stehen. Die reduzierte Zahl von 5.800 Studienplätzen bleibt.
- Nach Bildung der Koalition von CDU und FDP wird der Universitätsleitung in einer Besprechung am 7. Juni 1977 mitgeteilt, dass die Studienplatzzielzahl auf 6.800 Plätze angehoben werde.
- Fast im gleichen Atemzug lässt Minister Pestel wissen, dass er eine Konzentration des Faches Physik in Osnabrück anstrebe.
- Im Mai 1978 entscheidet das Ministerium in Hannover, dass die Physik in Oldenburg bleiben kann. Dafür wird der Universität Osnabrück die Einrichtung eines Fachbereiches Jura in Aussicht gestellt. Osnabrück hatte sich nicht um einen solchen beworben, wohl aber immer wieder Oldenburg. Denn hier sind alle Institutionen zur Ausbildung im Referendariat vorhanden.
- Anfang 1979 soll mit dem Ausbau der Universitätsbibliothek und einer Mensa begonnen werden.
- Im April 1979 gibt die Landesregierung bekannt, die Zahl naturwissenschaftlicher Studienplätze für Oldenburg von 3.500 auf 1.200 absenken zu wollen.

1. April 1974
Offizieller Beginn des ersten Semesters mit 2.507 Studierenden, die sich in sieben Diplomstudiengänge (Sozialwissenschaften, Ökonomie, Mathematik, Physik, Chemie, Biologie, Raumplanung, Pädagogik,) und 16 Lehramtsstudiengänge einschreiben.
Ein Jahr später kommt der Diplom-Studiengang Psychologie dazu. (Studienmöglichkeiten 2010 siehe Anhang).

18. April 1974
Wahl des Geographen Prof. Dr. Rainer Krüger zum ersten Rektor durch das Konzil.

Niedersachsen habe im Bundesdurchschnitt schon zu viele Studienplätze in diesem Bereich, deshalb sei eine weitere Steigerung nicht vertretbar. Das Ministerium regt an, ob nicht für die wegfallenden naturwissenschaftlichen Plätze ein „Tausch“ zugunsten eines Fachbereichs Rechtswissenschaften in Betracht kommen könne. Die Universität lehnt dies ab, weil damit die Naturwissenschaften als „Kern“ eines weiteren Ausbaus in Richtung Medizin/Pharmazie aufgegeben würden.

- Minister Pestel gibt in einem Interview mit dem „Oldenburger Bürger“ (9/1979) zu Protokoll: „Natürlich war es von vornherein großer Unfug, zwei Universitäten zu gründen. Osnabrück liegt 40 Kilometer von Münster und genauso weit von Bielefeld entfernt“.
- Wieder zieht die Universität zu großem Protest nach Hannover: Mit einem Sonderzug fahren am 8. Mai 1979 1.900 Hochschulangehörige nach Hannover und demonstrieren gegen die Ausbaukürzungen und die damit verbundene Benachteiligung des Nordwestraumes. Außer uns Rektoren von Universität und Fachhochschulen aus dem Nordwesten sprachen Oberbürgermeister Fleischer und Oberstadtdirektor Wandscher sowie die Fraktionsvorsitzenden von SPD und FDP (!) im Landtag. Unter dem Motto „Ausbildung und Arbeit auch für Oldenburger und Ostfriesen“ erschienen am gleichen Tag durch Spenden finanzierte Großanzeigen in der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“ und der „Nordwest-Zeitung“.
- Auf Anregung des Kanzlers unterbreitete ich dem Minister Anfang Juni einen Kompromissvorschlag der Universität: Die fertig geplanten ersten und zweiten Bauabschnitte der Naturwissenschaften sollten gebaut werden. Dafür würde die Hochschule zunächst auf die Neubauten für die Geisteswissenschaften und die Verwaltung verzichten. Auch durch Vermittlung von Gerhard Wachsmann, dem Vorsitzenden der Universitätsgesellschaft, ließ im November 1979 Staatssekretär Möller im Landtag erkennen, dass der Kompromissvorschlag weitgehend akzeptiert würde.

Diese Mitteilung kam zu dem Zeitpunkt, an dem nach dem Rücktritt von mir und meinem Stellvertreter an meiner Stelle Hans-Dietrich Raapke mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Präsidenten beauftragt war. Auch ihm widerfuhr das, was die Universität gewohnt war: Mitte Januar 1980 ging es wieder um die Reduzierung der Ausbauziele.

Diese ständigen Veränderungen der Ausbauziele erforderten ein enormes Engagement unseres knapp ausgestatteten Baudezernats mit Alexander Kleinloh als Leiter, aber auch der Wissenschaftler, die die neuen Einrichtungen nutzen wollten. Denn ständig mussten städtebauliche Konzepte angepasst und neue Raumprogramme geschrieben werden. Eigentlich erwartete man von den berufenen Hochschullehrern, sich der Forschung zu widmen. Stattdessen wurde ein Gutteil ihrer Arbeitszeit mit Umplanungen vergeudet.

Ein mit Freude in Erinnerung bleibendes Erlebnis hatte ich allerdings – auch weil ich als Geograf die Herausforderung spannend fand. Aus dem eiszeitlichen Schmelzwassersystem hat sich bekanntlich ein Nordost-Südwest orientiertes Gewässernetz herausgebildet, dem auch die typische norddeutsche Wallheckenlandschaft folgt. Die Aufgabe des „Städtebaulichen Wettbewerbs Wechloy“ bestand nun darin, in das vorgesehene Baugelände mit Landschaftsschutzcharakter eine massivere Bebauung behutsam einzufügen. Der preisgekrönte Entwurf der Arbeitsgemeinschaft von Lange und Partner überraschte mit einem frappierenden Kniff: Durch eine Drehung der mental gewohnten Nord-Süd-Fixierung von Planzeichnungen um 45° passten die Baulinien und einzelnen Glieder der gespreizten Baumassen fast kongruent in das Landschaftsbild.

Leider dauerte es noch bis 1983, bis die Naturwissenschaften in Wechloy ihren Einzug halten konnten.

Eine bitterböse Zeit: Die ausufernde Überprüfungspraxis

In der durch terroristische Akte Anfang der siebziger Jahre aufgescheuchten Politik kam es unter der

Amtszeit
Prof. Dr. Rainer Krüger

1. Mai 1974
Prof. Dr. Rainer Krüger nimmt seine Tätigkeit als erster Rektor der Universität Oldenburg auf.

29. Mai 1974
Einstimmige Verabschiedung der vom Gründungsausschuss vorbereiteten Grundordnung mit der Namensgebung nach Carl von Ossietzky, die das Kultusministerium jedoch ablehnt.

April 1975
Der Physiker Prof. Dr. Volker Mellert gründet die Arbeitsgruppe Akustik, die auch Ausgangspunkt für die Hörforschung wird.

Amtszeit von Bundeskanzler Willy Brandt zur Verabschiedung des „Extremistenbeschlusses“ durch Bund und Länder. Fortan musste im Öffentlichen Dienst, also auch bei allen Neueinstellungen wie auch bei Angehörigen von Hochschulen, die vermeintlich politisch extrem agiert haben sollen, deren Verfassungstreue überprüft werden. Es war keine erfreuliche Aufgabe für eine Hochschulleitung, die mit dicken Akten des Verfassungsschutzes konfrontiert und zum Teil auch zu Anhörungen genötigt war. Schnell sprach man von der „Berufsverbotspraxis“, gegen die es galt, sich mit allen Mitteln zu wehren.

Bei der Universität Oldenburg, die als Reformhochschule in breiter Mehrheit liberal-konservativ bis sozialdemokratisch orientiert war, waren einzelne Angehörige oder Bewerber entweder orthodox kommunistisch (DKP, MSB-Spartakus) oder radikal undogmatisch links (z.B. die so genannten K-Gruppen) verortet. Die Gremien der Universität und die Hochschulleitung legten Wert darauf, mit dieser ideologisch-wissenschaftlichen Breite zu leben, solange nicht Einzelne explizit durch ihr Verhalten verfassungsfeindlich agierten. Die Universität geriet aber durch ihr liberales Verständnis rechtsstaatlicher Prinzipien in der Öffentlichkeit immer wieder unter Verdacht, sich mit den politischen Meinungen der jeweils Betroffenen gemein zu machen. Es galt also, immer zu betonen, dass ihr Eintreten für die Freiheit Andersdenkender nicht mit der Akzeptanz deren ideologischer Positionen gleichzusetzen sei.

Die Landesregierung in Hannover zeigte kein Verständnis für diese tolerante Einstellung der Universität Oldenburg. Also war die Hochschulleitung während meiner Amtszeit mit einer ganzen Reihe derartiger Überprüfungsverfahren befasst. Bis zum Ende der siebziger Jahre, also dem Ende meiner Amtszeit als Gründungsrektor, waren mindestens fünf wissenschaftliche Assistenten und eine Mitarbeiterin und ein Mitarbeiter betroffen, dazu kamen siebzehn Lehramtsabsolventen unserer Universität.

Aus der Mehrzahl der Verfahren möchte ich einen Fall ausführlicher schildern, nicht nur aber auch, weil sich die Universität zu besonders aufwändigem Handeln gezwungen sah und es um die Infragestellung meines Amtes als Rektor ging. Im Mai 1977 wurde ich vom Ministerium aufgefordert, gegen einen Wissenschaftlichen Assistenten, der dem Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW) angehörte und für den Bundestag kandidierte, Vorermittlungen wegen des Verdachts eines schweren Dienstvergehens einzuleiten. Die Position der Hochschule war demgegenüber: Politische Meinungsäußerungen und Aktivitäten als Mitglied

einer zu Wahlen zugelassenen Partei müssen für einen Beamten zulässig sein, wenn die Verfassungswidrigkeit dieser Partei nicht durch einen Verbotsbeschluss des Bundesverfassungsgerichts festgestellt worden ist.

Im besagten Fall hatte die Befolgung dieser Sichtweise dramatische Folgen. Denn auf der Sitzung des Konzils am 20. Mai 1977 traten die Mitglieder der „Linken Liste“ aus diesem aus. Für sie war der getroffene Beschluss, sich mit allen juristisch möglichen Mitteln gegen die drohende Entlassung zu wehren, ein Verzicht auf den politischen Kampf gegen die Berufsverbote. Stattdessen mache sich die Hochschule durch Beteiligung an den Ermittlungsverfahren zum Handlanger des Radikalenbeschlusses. Die „Linke Liste“ forderte, auch den Rücktritt des Rektors als Mittel einzusetzen. Die breite Mehrheit des Konzils sah in einem solchen Schritt aber eine Einschränkung der Autonomie der Hochschule und das sich Ausliefern an staatliche Eingriffsmöglichkeiten. Ich trat aus Überzeugung nicht zurück.

Gleichwohl hatte dieser Vorgang der Spaltung der bislang einheitlichen Abwehrlinie gegen den Radikalenerlass mich persönlich sehr betroffen gemacht. Dies auch deshalb, weil ich gezwungen war, zum letzten Rechtsmittel zu greifen, dass mir als Beamter gegenüber meinem Dienstvorgesetzten, dem Minister, zur Verfügung stand: die Remonstration.

Die persönliche Anhörung musste für die höheren Ministerialbeamten – weil für alle Neuland – ein besonderer juristischer Leckerbissen gewesen sein: vom Minister angefangen über die Ebene der Abteilungsleiter bis zum Fachreferenten saß Kanzler Jürgen Lüthje und mir eine ganze Riege gegenüber. Der Kanzler als Jurist konnte mich – in von mir erbetenen Verhandlungspausen – nur beraten, sprechen durfte nur ich.

17. Dezember 1974
Kooperationsvereinbarung zwischen der Universität Oldenburg und dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB), Landesbezirk Niedersachsen – die erste ihrer Art in der Bundesrepublik Deutschland.

13. Oktober 1975
Mit 300 wöchentlichen Nutzern startet das erste Hochschulsportprogramm, das auch für die Bevölkerung bereitgestellt wird, was im Universitätsbetrieb völlig neu ist. Heute nehmen wöchentlich 7.500 Menschen die Angebote des Hochschulsports wahr.

24. Januar 1976
Empfehlung des Wissenschaftsrates für den Ausbau der Universität bis 1985 auf 9.300 Studienplätze.

Die Remonstration erbrachte kein Einlenken des Ministers. Allerdings wurde die dann vom Kanzler und mir durchzuführende Voruntersuchung vom betroffenen Assistenten verweigert, konnte also nicht mit einem ihn entlastenden Votum abgeschlossen werden. Die Einleitung eines disziplinarischen Verfahrens durch das Ministerium war so unumgänglich geworden. Immerhin konnte erreicht werden, dass der Beamte nicht entlassen, sondern mit der Hälfte seiner Bezüge nur suspendiert wurde.

Die Geschichte hatte einen kuriosen Abschluss, als ich zufällig dreißig Jahre später dieselbe Person in der Nähe von Hamburg traf. Auf einem gemeinsamen Spaziergang erinnerte ich ihn, der inzwischen – dem kapitalistischen System nicht mehr abhold – in hoher leitender Funktion in einem großen Hamburger Unternehmen tätig war, an sein früheres Berufsverbotsverfahren. Für ihn war in der Rückschau der ganze Vorgang ein spannendes Intermezzo. Mich hätte es fast mein Amt und die Universität vorübergehend ihre Handlungsfähigkeit gekostet. So kann ich nur vermuten, dass ihm damals seine „Märtyrerrolle“, die er durch sein unkooperatives Verhalten gewann, wichtiger war als das Wohlergehen der Universität, die sich für ihn mit großer Kraft eingesetzt hatte.

Das NHG von 1978: Ein Schlag gegen Reformelemente

Zum Oktober 1978 trat das neue Niedersächsische Hochschulgesetz (NHG) in Kraft. Ich weiß noch, wie ich kurz zuvor mit dem Minister für Wissenschaft und Kunst, Eduard Pestel, anlässlich einer Veranstaltung der Oldenburgischen Landschaft zusammen saß. Väterlich griff er meinen Arm und führte in etwa aus: „Ich weiß, dass Ihnen das Gesetz weh tut, aber es wird kommen. Wenn es einen gibt, der es schafft, bei aller Schwierigkeit der Hochschule die neue Lage zu vermitteln, dann sind Sie es. Sie haben doch eine ganz sichere Position in Ihrer Universität.“ Auch wieder aus meiner Erinnerung heraus gab ich zurück: „Herr Pestel, in diesem Fall werden Sie sich geirrt haben. Wir haben in den letzten Jahren unter Ihrer Regierung manchen Kompromiss mitgetragen, den Sie uns aufgezwungen haben. Ich bin in der Universität dafür eingestanden. Beim neuen Hochschulgesetz ist für mich das Ende der Fahnenstange erreicht. Ich werde es ebenso wie die Hochschulangehörigen als ein unfreundliches Mittel sehen, Reformen der Universität auszuhebeln. Ich kann mir nicht vorstellen, unter diesen Umständen noch einmal als

Hochschulleiter zu kandidieren.“ – Und so kam es zum Herbst 1979.

Was war der Reformweiterentwicklung durch das neue NHG so abträglich? Zum einen konnte das Ministerium direkter in Handlungsspielräume der Hochschule eingreifen. Prüfungs- und Studienordnungen wurden vereinheitlicht, der Nachweis von Leistungen wurde als fächerspezifische Anforderung aus dem Zusammenhang interdisziplinärer Projektarbeit herausgelöst und „normalen“ Übungs- und Seminarveranstaltungen zugeordnet – eine Schwächung der Wertigkeit des Projektstudiums. Zum anderen, und das war noch entscheidender für die zukünftige Organisationsstruktur der Hochschule, wurden die Mitbestimmungsmöglichkeiten für wissenschaftliche Mitarbeiter, Studierende und Mitarbeiter im technischen und Verwaltungsdienst (MTV) deutlich eingeschränkt. Die Beschneidung der Mitbestimmung bedeutete, dass auf der unteren Organisationsebene von Instituten, über deren Einführung in der Universität kontrovers diskutiert wurde, die Mitwirkung dieser Statusgruppen ausgeschlossen sein würde. Es zeichnete sich ab, dass die vier Fachbereiche inzwischen eine Größenordnung angenommen hatten, dass es bedenkenswert geworden war, eine differenziertere Organisationsebene unterhalb der Fachbereiche einzuziehen. Außerdem versprachen Institute die Möglichkeit engerer Zusammenarbeit mit dem nichtwissenschaftlichen Personal. Das Gegenargument, durch die Institute würde die interdisziplinäre Kooperation, die ein Kernelement des Projektstudiums war, leiden, war allerdings nicht von der Hand zu weisen. Durch den Ausschluss von Mitbestimmung für alle außer den Hochschullehrern war für längere Zeit die Idee gestorben, Institute einzurichten. Nicht einmal die Teilung der Fachbereiche

19. Mai 1976
Wiederwahl von Prof. Dr. Rainer Krüger als Rektor durch das Konzil.

13.–16. Juni 1976
Viertägige Fahrraddemonstration nach Hannover mit mehr als 1.000 Hochschulangehörigen gegen die Reduzierungspläne der Landesregierung zum Ausbau der Universität auf 5.700 Studienplätze.

7. Juli 1977
Die Landesregierung reduziert die geplante Zahl der Studienplätze für 1985 auf 6.800.

– mit Ausnahme des Fachbereichs Mathematik-Naturwissenschaften – gelang zu meiner Amtszeit.

Wissenschaft und Dienstleistung: Wie gleich sind alle?

Die stimmberechtigte Teilhabe von Angehörigen der Dienstleistungsbereiche an wissenschaftlichen Entscheidungsprozessen war in der Tat eine grundsätzliche Frage, die über das gesamte Gründerjahrzehnt die Gemüter bewegte. Ich erinnere mich, wie anlässlich des Wahlkampfes zu meiner Kandidatur als Gründungsrektor mein Gegenkandidat die Meinung vertrat, es gäbe eine Perspektive, dass alle Universitätsangehörigen „gleich" seien, will sagen, gleichberechtigt in der Mitbestimmung und auch besoldungsmäßig, wenn man das Tarifrecht ändern könnte/würde. Ich hielt das für einen Traum. Gleichwohl war meine Position dazu klar: Jede an wissenschaftlicher Arbeit beteiligte Einzelperson – der Chemieprofessor, die Studenten, der Apparaturen fertigende Glasbläser oder die chemisch-technische Assistentin – bringen als Voraussetzung ihre spezifische Eignung mit, ohne die ein Erfolg der erforderlichen Arbeit in Frage gestellt ist. Um aus heutiger Sicht nicht als Reformspinner eingeordnet zu werden: Bei Entscheidungen zur Forschung, Lehre und Studium war seit 1975 gesetzlich geregelt, dass die Gruppe der Hochschullehrer nicht überstimmt werden konnte. Also ging es nur darum, durch Motivation Teambildung zu fördern. Und dazu gehört, dass das tradierte Einbahnstraßen-Abhängigkeitsverhältnis vom Ordinarius zum Mitarbeiter aufgebrochen werden muss. Konkret haben wir in der Universität die Möglichkeiten des Personalvertretungsgesetzes soweit wie möglich ausgeschöpft. Es war Usus, sich in festem Rhythmus zu Gesprächen zwischen Universitätsleitung und Personalrat zusammenzusetzen. Ebenso selbstverständlich waren an Nachmittagen regelmäßige „Teerunden" mit dem ASTA der Hochschule. Das war sinnvoll, weil trotz oft unterschiedlicher Interessen und Erfahrungen mit der Studentenschaft, die in sich politisch inhomogen genug war, doch in wichtigen Fragen hochschulpolitischer Positionierung nach außen Konsense möglich waren. Man darf es heute ruhig sagen: Wenn hoher Staatsbesuch anstand und dieser sich in eine aufgeheizte Vollversammlungsstimmung traute – Respekt dafür! – dann war nicht selten für einen studentischen „Ordnungsdienst" gesorgt, der einen friedlichen Ablauf der Veranstaltung ermöglichte.

Wie schön kann es „weg von Oldenburg“ sein

Verließ ich Oldenburg aus dienstlichem Anlass, war es manchmal ein wenig Balsam, in eine freundlichere Wahrnehmungswelt eintauchen zu können. Die Auseinandersetzung um die Namensgebung hatte außerhalb Oldenburgs und ihrer Region einen ganz anderen (An-)Klang. Sei es auf Sitzungen der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK) oder beim Europäischen Rektorentreffen gleich nach Amtsantritt im Jahr 1974 in Dubrovnik oder bei anderen Anlässen, überall schlug mir Interesse an der Hochschulgründung entgegen. Dies war weder auf ein schon vorhandenes wissenschaftliches Renommee der Universität gegründet – wo sollte es herkommen, wo Forschung erst anfing? – noch auf mich als damals kaum bekannten jüngsten deutschen Rektorenkollegen. Es speiste sich aus dem Unverständnis, wie es möglich sein könne, dass der Friedensnobelpreisträger aus der Zeit der Nazidiktatur nicht Namenspatron unserer Hochschule sein solle. In vielen Gesprächen erfuhr ich Ermunterung, in der Namensgebung nicht locker zu lassen. Letztlich war es ein Geschenk – ein Marketingerfolg – die Carl von Ossietzky Universität durch den Namensstreit im In- und Ausland bekannt werden zu lassen.

Aber auch institutionell wurde die Universität geschätzt, wenn ihre Vertreter Sachkunde und Professionalität in hochschulpolitisch relevanten Fragen aufweisen konnten. So wurde ich von meinen niedersächsischen Rektorenkollegen als eines von zwei Landesmitgliedern in den Senat der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK) gewählt. Dies hatte einen Grund: Das Thema Studienreform hatte Mitte der siebziger Jahre an Bedeutung gewonnen. Und keine anderen als

1. Februar 1978
Der Stadtsoziologe Prof. Dr. Walter Siebel richtet eine Arbeitsgruppe „Stadtsoziologie“ ein, deren Forschungsergebnisse hohe internationale Anerkennung erfahren.

4.–5. Mai 1978
Erstmals „Ossietzky-Tage“ zum 40. Todestag von Carl von Ossietzky. Teilnehmer u.a.: der ehemalige Regierende Bürgermeister von Berlin, Heinrich Albertz, Bundesverfassungsrichter Helmut Simon und DGB-Bundesvorsitzender Heinz-Oskar Vetter. Fortsetzung der Ossietzky-Tage in den achtziger Jahren mit gesellschaftspolitischen Schwerpunktthemen.

die Reformhochschulen hatten dazu so viel Sachwissen im Gepäck. Weiterhin wurde ich deshalb auch als Vertreter der niedersächsischen Hochschulen in die 1978 bei der Kultusministerkonferenz eingerichtete „Ständige Kommission für die Studienreform“ gewählt – eine Berufung, die ich nach meinem Amtsende noch bis 1983 für das Bundesland Bremen wahrgenommen habe.

Im Übrigen aber schlug uns vehement Kritik und Skepsis von wissenschaftlichen Fach- und Standesorganisationen entgegen, die unser Reformmodell in Forschung und Lehre für nicht tragfähig hielten.

Erste Forschungs- und Lehrschwerpunkte als Wegweiser

Das Konzept der „Einstufigen Einphasigen Lehrausbildung“ (ELAB), entwickelt im Gründungsausschuss und danach mit Studieneröffnung 1974 trotz massiver Kritik konservativer Bildungspolitiker und Verbandsfunktionäre sowie materieller Engpässe in die Praxis umgesetzt, war schnell zu einem Markenzeichen der jungen Universität geworden. Der international beachtete und dreifach durch Gutachter belobigte Modellversuch wurde auf Weisung der Landesregierung ab 1980 zum Stillstand gebracht. Wie sagte mein Stellvertreter Friedrich W. Busch später nicht ohne Sarkasmus: „Weil nicht sein kann, was nicht sein darf!“, musste der spannende Reformversuch abgebrochen werden. Aber Oldenburg blieb mit dem Zentrum für pädagogische Berufspraxis (ZpB) ein innovativer Ort der Lehrerausbildung. Nicht nur über die ELAB, auch in geisteswissenschaftlichen Bereichen von Forschung, Lehre und Studium ließe sich nachweisen, wie sich bewusst gesetzte Schwerpunkte seit der Planung im Gründungsausschuss später zu wichtigen Profilbausteinen entwickelt haben. In Stichworten ausgedrückt würde man etwa die folgenden Marksteine nennen können: Weiterbildung mit der Kontaktstelle für Weiterbildung; Breiten- und Freizeitsport; Psychoakustik; Familiensoziologie; Stadt- und Regionalsoziologie und Raumwissenschaften; theoretische und gesellschaftskritische Grundlagen der Sozialwissenschaften.

Ich bitte aber um Verständnis, wenn ich im Folgenden in einzelnen Linien den erfolgreichen Aufstieg der Naturwissenschaften zum Beispiel nehme. Hier lag die wichtigste Erweiterung des Fächerspektrums. Und in diesem Bereich war die Skepsis der uns beäugenden Scientific Community und Politik am größten. Denn das sich herausbildende Forschungsspektrum war unkonventionell und bewegte

sich am Rand zu Standardrepertoires traditioneller Institute. Mit dem Interesse an neuen gesellschaftlichen Herausforderungen – vor allem zu nachhaltigem Ressourcenumgang – betrat man Neuland.

Ökologie: Das Projekt „Lebensraum Haarenniederung“ existierte seit dem Sommersemester 1974. Es hatte zum Ziel, die vor allem ökologischen Bedingungen in einem Landschaftsschutzgebiet zu eruieren, in das hinein sich die Universität mit ihrem zentralen Standort am Uhlhornsweg entwickeln würde. Die Stellen der wichtigen Professuren, die zu einer interdisziplinären Zusammenarbeit zusammenfanden, waren vom Gründungsausschuss gewidmet worden und konnten entsprechend früh berufen werden: Dieter Schuller (1972/73: Analytische Chemie), Thomas Höpner (1973: Biochemie, Schwerpunkt Enzymologie), Wolfgang Krumbein (1973: Geomikrobiologie). Aus dem Projekt bildeten sich für die weitere Entwicklung wesentliche Arbeitsbereiche: Biochemie und biochemische Analytik, Sedimentologie und aquatische Ökologie sowie analytische Chemie. Letzterer Zweig unter Dieter Schuller verselbstständigte sich zur Abteilung Umweltchemie. Die anderen Arbeitsrichtungen verlagerten ihr Interesse auf die Erforschung ökologischer Zusammenhänge von Watt und Küste. Es war gleichsam die Wanderung vom Süß- zum Salzwasser. Endpunkt der Entwicklung sich ausweitender interdisziplinärer Meeres- und Küstenforschung war im Juli 1987 die Gründung des „Instituts für Chemie und Biologie des Meeres“ (ICBM). Treibende Promotoren dabei waren Wolfgang Krumbein und Thomas Höpner, auch wenn in der Zwischenzeit eine Reihe weiterer Wissenschaftler zu dem Forschungscluster gehörten.

Regenerative Energien: Die Berufung von Joachim Luther im Jahr 1973 auf die Stelle für Experimental-

18. Juni 1978
Beschluss des Senats zur Errichtung eines Fernstudienzentrums, das eng mit der Fernuniversität Hagen zusammenarbeitet.

31. Januar 1979
Die erste Inhaberin einer Professur für Familiensoziologie in der Bundesrepublik, Prof. Dr. Rosemarie Nave-Herz, gründete die später auch international hoch anerkannte Arbeitsgruppe „Familiensoziologie”.

physik, Schwerpunkt physikalische Messmethoden, setzte einen glücklichen Impuls für die Entwicklung dieser Forschungsrichtung. Er selbst wurde in Würdigung seiner Verdienste auf diesem Forschungssektor 1993 zum Direktor des 1981 gegründeten „Fraunhofer-Instituts für Solare Energiesysteme“ (ISE) in Freiburg berufen.

Zusammen mit Wolfgang Schmidt, der 1975 nach Oldenburg kam, wurde ein Arbeitsbereich „Physik regenerativer Energiequellen“ aufgebaut. Schon Mitte der siebziger Jahre, als das Thema „Erneuerbare Energien“ noch ein Mauerblümchendasein fristete, wurden Grundlagen möglicher Nutzung von Sonnenenergie, Wind und Biomasse erforscht. Als konkretes Musterbeispiel wurde die Planung eines Energielabors in Angriff genommen. Das „Energiehaus“, das 1981 in Wechloy in Betrieb genommen werden konnte, ist ein sich energetisch selbst tragendes, in Erdwälle eingebautes Labor, dessen Energieleistung durch die Kombination von Dämmung, Solarabsorbern und Windkraft erzeugt wird. Wolfgang Schmidt war insbesondere ein Promotor der Windenergieforschung und damit Wegbereiter des 2003 gegründeten „Zentrums für Windenergieforschung – ForWind“. Und 2007 heißt es anlässlich der Gründung des „EWE-Forschungszentrums für Energietechnologie“ im UNI-INFO: „Als die Universität Oldenburg mit der Errichtung des ‚Energielabors‘ … Anfang der 80er-Jahre ein erstes sichtbares Zeichen für ihre Forschung zum Thema Erneuerbare Energien setzte, hätte es wohl kaum jemand für möglich gehalten, dass 25 Jahre später Deutschlands viertgrößter Energieversorger, die EWE AG, ein Forschungszentrum dafür errichten würde. Denn damals waren nur wenige davon überzeugt, dass erneuerbare Energiequellen in absehbarer Zeit eine bedeutende Rolle spielen würden. Heute ist das anders.“

Akustik: Dieses Arbeitsfeld nahm seinen Anfang in der Zeit des Gründungsausschusses. Damals wurde auf Initiative von Fritz Bader, später Leiter der Zentralen Technischen Werkstätten, und Ulrich Radek, Planer des Gründungsausschusses für die Naturwissenschaften, Volker Mellert von Göttingen nach Oldenburg berufen. Als er mit Start des Lehrbetriebs die Arbeit aufnahm, begann diese mit „Untersuchungen zur Ausbreitung von Schall stationärer und beweglicher Lärmquellen zur Ermittlung von Schutzmaßnahmen und Verbesserung von Modellen zur Lärmvorhersage“. Mit August Schick stieß in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre ein Psychologe zur Arbeitsgruppe, der sich mit Problemen psychoakustischer Beurteilung von Schallsignalen beschäftigte. Damit war der Weg vorgezeichnet: 1992 bis 2001 das DFG-Graduiertenkolleg „Psychoakustik“, initiiert durch Mellert

und Schick, zu denen als Verstärkung 1993 Birger Kollmeier, auch ein Göttinger, hinzukam, dem wir heute das weltweit renommierte „Zentrum für Hörforschung“ verdanken.

Nachwachsende Rohstoffe: Die Möglichkeiten, nachwachsende Rohstoffe – sprich Biomasse – zur Energiegewinnung zu nutzen, war ein Forschungsbereich, dem sich Peter Köll ab 1975 in Oldenburg arbeitend, und Jürgen Metzger, 1977 hinzugekommen, widmeten. Köll war bereits bekannter „Zuckerchemiker“, als im Zuge der ersten Ölkrise das Thema der Nutzung nachwachsender Rohstoffe zum ersten Mal ein wichtiges Forschungsthema wurde. Konkret beschäftigte man sich mit der Zerlegung von Holz und dessen Verflüssigung zum Zwecke energetischer Nutzung (Treibstoff). Dafür erhielten beide 1982 den angesehenen Océ-van-der-Grinten-Preis.

Statt eines Schlusswortes

Andrä Wolter und Wolf-Dieter Scholz belegen nach einer Untersuchung von 1979 („Die Universität im Spiegel der öffentlichen Meinung – Eine lokale Fallstudie über das Image der Universität in der Oldenburger Bevölkerung“), dass 55 Prozent aller Befragten meinten, dass die „Universität ganz allgemein … eher positiv eingeschätzt wird“ und dass 53 Prozent der Befragten der Ansicht waren, „dass Oldenburg ohne die Universität schlechter dastehen würde“. Nicht schlecht, dieses Zeugnis aus Volkes Mund, das offensichtlich besser war als der veröffentlichte Ruf der Universität.

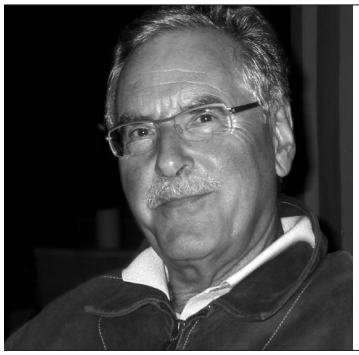
30. September 1979
Rücktritt von Prof. Dr. Rainer Krüger und seines Stellvertreters Prof. Dr. Friedrich W. Busch zum 1. Oktober 1979 mit der Begründung, das Wissenschaftsministerium schränke die Handlungsfreiheit der Universität zu stark ein (u.a. bei der Kandidatenauswahl für das neue Präsidentenamt).

Universitätsleitung 1974 – 1979

Rektor
Prof. Dr. Rainer Krüger

Prorektoren
Prof. Dr. Wolfgang Promies † (1974–1976)
Prof. Dr. Friedrich W. Busch (1976–1979)

Kanzler
Jürgen Lüthje



Rainer Krüger

Prof. Dr. Rainer Krüger, 1939 in Schlesien geboren, studierte in Göttingen und an der FU Berlin Geographie, Anglistik, Philosophie und Pädagogik. Nach der Promotion 1967 wurde er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Osteuropa-Institut der FU Berlin. 1968 wechselte er als Hochschuldozent an die Pädagogische Hochschule Berlin, von wo er 1970 als ordentlicher Professor für Geographie an die Pädagogische Hochschule in Oldenburg berufen wurde. Sein Engagement im Vorstand des Gründungsausschusses führte 1974 zu seiner Wahl als Gründungsrektor. Nach seinem Rücktritt 1979 aus Protest gegen die Hochschulpolitik der Landesregierung widmete er sich wieder ganz seinem Fach. 1992 gründete er gemeinsam mit Prof. Dr. Brake das Forschungsinstitut Region und Umwelt (FORUM) GmbH an der Universität Oldenburg und war dessen erster wissenschaftlicher Direktor bis 1998. Nach der Emeritierung 2004 leitete er Tourismus-Projekte in Deutschland und Italien und gründete 2008 die „Beratungs- und Planungsagentur Caravaning-Consult“, die im Land Brandenburg als touristische Beratungen tätig ist. Rainer Krüger lebt heute in Berlin.

Unterzeichnung der ersten Kooperationsvereinbarung mit einer ausländischen Universität: Der Autor und der Rektor der Rijksuniversiteit Groningen, Prof. Dr. Jan Bleumink (r.).

Hans-Dietrich Raapke

Der erste Staatskommissar

1979 – 1980

Dass ein Staatskommissar zur Leitung einer Universität eingesetzt wird, kommt selten vor. Die Oldenburger Universität hat nunmehr zwei Staatskommissare erlebt, der erste war ich. Dr. Heide Ahrens, Vizepräsidentin für Verwaltung, wurde in jüngster Vergangenheit die zweite Kommissarin. Dies ist der Ausweis von lebendigen und teils lebhaften Auseinandersetzungen mit dem Wissenschaftsministerium, der Landesregierung und in der Universität selbst.

1978 war das Niedersächsische Hochschulgesetz (NHG) mit der neuen Präsidialverfassung in Kraft getreten. Im Sommersemester 1979 hätte der erste Präsident der Universität gewählt werden sollen. Aber schon im Juni titelte das UNI-INFO, die Wahl in diesem Semester sei „gefährdet“, denn der Wissenschaftsminister hatte den aussichtsreichen Kandidaten Dr. Jürgen Weißbach von der Wahl

ausgeschlossen. Weißbach erfülle als Leiter der Kontaktstelle für wissenschaftliche Weiterbildung (KWW) nicht die formalen Voraussetzungen für das Amt des Präsidenten.

Am Ende des Sommersemesters hatten der Rektor der Universität, Prof. Dr. Rainer Krüger, und sein Stellvertreter, Prof. Dr. Friedrich W. Busch, sich angesichts dieser Lage für außerstande erklärt, ihre Ämter weiterzuführen. Zum 1. August traten sie zurück – ohne Verabschiedung und ohne Dank. Sie sahen keine Möglichkeit, dass in nächster Zeit ein Präsident gewählt werden könne. Jürgen Weißbach war vor das Verwaltungsgericht gegangen, das Ministerium dann vor das Oberverwaltungsgericht. Dadurch entstanden beträchtliche Verzögerungen. Die Einsetzung eines „Beauftragten für die Wahrnehmung der Aufgaben des Präsidenten der Universität Oldenburg“ war damit unvermeidlich geworden.

Für die Auswahl des Beauftragten sollten formale Kriterien gelten, zum Beispiel schon früher in ein Leitungsamt der Hochschule gewählt worden zu sein. Da ich 1970 bis 1972 Dekan der Abteilung Oldenburg der Pädagogischen Hochschule Niedersachsen gewesen war, sah ich keinen vertretbaren Grund, die Anfrage des Ministers abzulehnen. Dass ich die Amtsgeschäfte ein Jahr lang führen sollte, war nicht vorauszusehen.

Vor der neuen Aufgabe stand ich – zusammen mit dem Kanzler Jürgen Lüthje, dem späteren Präsidenten der Universität Hamburg – allein, da Vizepräsidenten nicht gewählt werden sollten. Eine zusätzliche Stelle für einen Assistenten wurde nicht bewilligt, obwohl sich auch die Oldenburger Landtagsabgeordneten Josef Dierkes und Dr. Heinrich Niewerth (beide CDU) darum bemüht hatten. Vielfältige und verlässliche Hilfe bekam ich von Pressesprecher Gerhard Harms. Geholfen und mir Mut gemacht hat am Anfang der Ministerialrat a. D. und ehemalige Präsident der Oldenburgischen Industrie- und Handelskammer und Vorsitzender der Universitätsgesellschaft (UGO), Gerhard Wachsmann. Er war in jeder Hinsicht ein wichtiger Förderer der Universität, dem die UGO zu Recht nach seinem Tod 1980 ihren Wissenschaftspreis für Nachwuchskräfte widmete. Unterstützung bekam ich auch von gewerkschaftlicher Seite in Oldenburg und natürlich auch von meinen Kollegen Hermann Helmers, Jost von Maydell und Wolfgang Schulenberg.

Der Ausbau – das dominierende Thema

Das zunächst dominierende Thema war die schwierige Planung und Realisierung des Ausbaus der Universität. Für das auf Lehrerausbildung und Diplom-Pädagogen konzentrierte Fächerspektrum in der aus der Pädagogischen Hochschule hervorgegangenen Universität mussten Ergänzungen und Alternativen entwickelt werden, um das Angebot für Studienanfänger zu erweitern. Andererseits befürchtete Wissenschaftsminister Prof. Pestel einen Rückgang der Zahl der Studierenden, was nachgewiesenermaßen für den Nordwest-Raum nicht galt. Der Wissenschaftsrat hatte mit skeptischer Tendenz – insbesondere gegenüber dem Ausbau der Naturwissenschaften – etliche Fragen an die Universität gerichtet. Die Antwort von Rektor Rainer Krüger mit gut fundierten Materialien, die inzwischen revidierte Position des Wissenschaftsministers in Hannover sowie die energische Intervention von Gerhard Wachsmann scheint den Wissenschaftsrat überzeugt zu haben, denn mit Datum vom 16. November 1979 gab der die Empfehlung zum weiteren Ausbau der Naturwissenschaften einschließlich Mathematik und der Sporteinrichtungen. In der Universität wurde das mit Erleichterung aufgenommen, nicht zuletzt von den neuberufenen Professoren. Für die nächsten Schritte arbeiteten Kanzler Jürgen Lüthje und ich um die Jahreswende einen weitreichenden Plan zur Erweiterung des Fächerspektrums aus.

Die Empfehlung des Wissenschaftsrates schien für den Ausbau zur „Volluniversität“ – wie es damals häufig hieß – ein günstiges Signal zu sein. Aber wenig später, schon im Januar 1980, alarmierte der inzwischen vierte Kürzungsplan des Wissenschaftsminister ums die Universität erneut. Unter anderem sollte der

Amtszeit
Prof. Dr.
Hans-Dietrich Raapke

1. Oktober 1979
Ernennung des Erziehungswissenschaftlers Prof. Dr. Hans-Dietrich Raapke zum „Beauftragten für die Wahrnehmung der Aufgaben des Präsidenten” durch den Wissenschaftsminister.

8. Mai 1979
Etwa 2.000 Studierende, Hochschullehrer, wissenschaftliche Mitarbeiter und Bedienstete der Universität Oldenburg und der Fachhochschulen Oldenburg und Ostfriesland demonstrieren in Hannover gegen die Reduzierung der Ausbauplanung der Regierung im Bereich der Naturwissenschaften.

Diplomstudiengang Physik aufgelöst und der vom Minister mehrfach zugesagte Studiengang Rechtswissenschaft doch nicht eingerichtet werden. Alle Organisationen, Verbände und Gruppen in Oldenburg, die gerade noch die positiven Signale begrüßt hatten, zeigten sich empört oder fassungslos: „Für die Region eine schallende Ohrfeige“ war eine der Äußerungen (UNI-INFO 1/80). Dabei hatte noch am 28. Dezember 1979 Staatssekretär Möller öffentlich in Oldenburg erklärt, die Landesregierung wolle die Naturwissenschaften gemäß den Empfehlungen des Wissenschaftsrates ausbauen. Aber schon im Februar wieder ein anderes Signal: Laut Minister Pestel stand der Studiengang Physik doch nicht mehr in Frage, von Streichung sei „keine Rede“. Aus der Region waren gebündelt Proteste gekommen und eine Demonstration (mit Schneeballwerfen) hatte offenbar auch gewirkt. Verpackungskünstler Christo diente den Studierenden als Vorbild dafür, das AVZ (heute A1–A4) mit Plastikfolie in ein Riesenpaket zu verschnüren mit der Adressierung: „An das MWK, z. Hd. Minister Pestel: Wegen unvollständiger Lieferung zurück!“

Im Hinblick auf die Rechtswissenschaften beschloss die Landesregierung, eine Kommission zu bilden. Sie sollte die Errichtung eines Jura-Fachbereichs prüfen. Im Juli 1980 trat sie unter dem Vorsitz des renommierten Juristen Prof. Friedrich Merzbacher von der Universität Würzburg zusammen und ihre Empfehlung fiel im März 1981 positiv aus – allerdings gegen die Stimmen der Vertreter der Ministerien. Diese Empfehlung wurde von allen wichtigen Institutionen der Region fast ausnahmslos begrüßt, auch von den Parteien im Landtag. Allerdings wurde schließlich im Februar 1984 ein Fachbereich Rechtswissenschaften für Oldenburg mit einer Mehrheit von nur zwei Stimmen im Landesparlament abgelehnt (siehe dazu auch den Beitrag von Horst Zillessen).

Die oben erwähnte Empfehlung des Wissenschaftsrates für den Ausbau vor allem der Naturwissenschaften betraf neben der Personalausstattung auch die dafür notwendigen Bauten. Doch das war noch nicht die letzte Hürde. Der Bund als Geldgeber für den Hochschulbau verfügte gegen Jahresende 1979 einen Finanzierungsstopp für alle Bauten, die nach 1980 begonnen werden sollten. Der Bau des großen naturwissenschaftlichen Komplexes konnte jedoch unmöglich so schnell realisiert werden. Deshalb haben wir – insbesondere Kanzler Jürgen Lüthje und die Bauabteilung der Universität – binnen zwei Wochen durchgesetzt, dass bereits im Dezember der Bau des Energielabors vorgezogen werden konnte. Damit war der Bau begonnen und das gesamte Bauprojekt Naturwissenschaften gerettet. Das

Energielabor war unter der Leitung des Physikers Prof. Luther konzipiert worden und sollte sich selbst mit Sonnen- und Windenergie sowie Wärmepumpen mit Energie versorgen – ein bis dahin in der Bundesrepublik einmaliger Bau.

Inzwischen war im Mai 1980, also noch während meines Amtsjahres, der Bau des Zentralbereichs mit Bibliothek, Mensa und Sportanlagen mit einem Spatenstich von Minister Pestel begonnen worden. Er wurde 1982 fertiggestellt.

Diskussion um Medizin

Zeitweilig stand auch die Einrichtung des Fachs Medizin zur Diskussion. Außer der Universität hatten daran auch Oldenburger Ärzte ein verständliches Interesse. Daraus wurde nichts, weil das Land Niedersachsen bereits genügend Ausbildungskapazität habe – so eine der Begründungen. Aber in längeren Verhandlungen – vor allem mit der Medizinischen Fakultät der Universität Göttingen – wurde erreicht, dass die großen Oldenburger Kliniken zu Lehrkrankenhäusern der Universität Göttingen erklärt wurden. Für die habilitierten Ärzte und für die Kliniken insgesamt hatte das Vorteile. Als Kompensation für den Verlust der Medizin war noch eine Weile die weniger aufwändige Zahnmedizin im Gespräch, der Wissenschaftsrat hatte Pharmazie vorgeschlagen, und auch ein agrarwissenschaftlicher Fachbereich mit dem Schwerpunkt „Tierische Veredelungswirtschaft“ stand kurze Zeit zur Diskussion. Aber das hat alles keine hohen Wellen mehr geschlagen.

Die Entwicklung der Universität verlief insgesamt diskontinuierlich, denn die Hochschulpolitik der Landesregierung hatte keine Kontinuität. „Einen eigen-

16. Dezember 1979
Empfehlung des Wissenschaftsrats zum Ausbau der Naturwissenschaften, der Mathematik und der Sportwissenschaften.

21. Januar 1980
Vor dem Verwaltungsgericht Oldenburg beginnt der Prozess um die Namensgebung der Universität nach Carl von Ossietzky. Das Gericht weist die Klage der Universität zurück und entscheidet: Ohne Zustimmung des Gesetzgebers darf sie den Namen – auch im akademischen Bereich – nicht tragen.

artigen Regierungsstil“ hatten das einige Landtagsabgeordnete, so der stets hilfsbereite Horst Milde sowie Johann Bruns und Inge Wettig-Danielmeyer (alle SPD), kritisiert Auch die Oldenburger CDU-Abgeordneten Josef Dierkes und Dr. Heinrich Niewerth standen fast immer auf der Seite der Universität, ebenso der FDP-Abgeordnete Erich Küpker und in Hannover sein Parteifreund Walter Hirche, der eine deutliche Verschlechterung im Verhältnis des Wissenschaftsministeriums und der Hochschule konstatierte. Vermerken möchte ich aber auch, dass im Ministerium Staatssekretär Rolf Möller ein immer verbindlicher und im Rahmen der ihm gezogenen Grenzen entgegenkommender Gesprächspartner war.

Die Diskontinuität zeigte sich in der Mittelvergabe und auch im immer neuen Jonglieren mit der Zahl der Studienplätze. 1974 wurde vom Land noch eine Gesamthochschule (Universität mit Fachhochschule) mit 14.300 Studienplätzen geplant, 1976 waren für die Universität zunächst 8.600, dann 5.800 Studienplätze vorgesehen, für meine Amtszeit galt 1979 die Zahl 6.800. Diese Politik fand in der Öffentlichkeit so gut wie kein Verständnis, und in der Universität gab es Irritationen in schneller Folge.

Ein Reformmodell stirbt

Ein weiteres schwieriges Thema war der Umgang des Kultusministeriums und des Wissenschaftsministeriums mit der einphasigen Lehrerausbildung. Schon 1972 hatte der niedersächsische Kultusminister beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft den Modellversuch der einphasigen integrierten Lehrerausbildung beantragt. Die Integration der Lehrer aller Schularten – und stattdessen – eine Ausbildung nach Schulstufen fiel schon bald aus politischen Gründen weg. Aber die einphasige Lehrerausbildung (ELAB) lief nach zwangsläufigen Anfangsschwierigkeiten allmählich immer besser. Nur in der berufspraktischen Ausbildung der Lehrkräfte für die Sekundarstufe II gab es permanent Widerstände. Bewährt hat sich neben der täglichen Praxis auch der schon früh gebildete „Gesprächskreis Schule – Universität“ für die Zusammenarbeit zwischen Universität und Schulen bzw. Schulverwaltungen mit einer eigenen Verfahrensregelung. Aber ähnlich wie bei anderen Bereichen gab es im Verhältnis zum Kultusministerium ständige Unklarheit durch hin und her gehende Vorschläge vonseiten der Universität und des Ministeriums sowie durch mehrfache Änderungen in den Ausbildungs- und

Prüfungsordnungen für die einphasige Lehrerausbildung. Die Verzögerungen im Schaffen von Rechtsgrundlagen belasteten den Modellversuch. Zudem wurde an den meisten Gymnasien im Einzugsbereich der Universität die Mitwirkung von Kontaktlehrern an der schulpraktischen Ausbildung verweigert. Der Widerstand gegen die ELAB kam im Wesentlichen vom Philologenverband – und meistens im Bündnis mit der CDU. Es ging im Kern genau wie heute – 2010 – darum, den Status des Gymnasiums unverändert zu erhalten. In einer langen öffentlichen Kampagne wurde die Beendigung des Modellversuchs und schließlich in einer Pressekonferenz der „Gnadenschuss für die einphasige Lehrerausbildung" (NWZ 6.2.1979) gefordert (immerhin mit Gnade). Zum 15.9.1980 beendete das Kultusministerium den Modellversuch für die Sekundarstufe II, 1981 lief er endgültig aus.

Kultusminister Werner Remmers gab dann Gutachten in Auftrag: an den renommierten Erziehungswissenschaftler Prof. Dr. Carl-Ludwig Furck, den Ltd. Regierungsschuldirektor Kurt Ewert und Oberstudiendirektor a. D. Dr. Werner Ohaus. Schon vorher hatte das Deutsche Institut für Internationale Pädagogische Forschung in Frankfurt (Peter Döbrich, Christoph Kodron, Prof. Wolfgang Mitter) ein Gutachten erstellt. Beide Gutachten unterscheiden sich in Einzelheiten, nicht jedoch in ihrer Gesamtwertung, und die fiel weit positiver aus als das selbst von vielen in der Universität vermutet worden war. In allen Gutachten wird – wenn auch mit unterschiedlichen Akzenten – betont, dass es sich bei dem Modellversuch ELAB um den am weitesten ausgreifenden Reformversuch in der Lehrerausbildung der letzten Jahrzehnte gehandelt habe. Aber dieses Modell habe offenbar die Toleranzbereitschaft einiger politisch einflussreichen Gruppen überbeansprucht.

17. März 1980
Prof. Dr. Hans-Dietrich Raapke kritisiert die erneute Reduzierung der Ausbauzielzahlen: „Die Glaubwürdigkeit der Landesregierung ist schwer erschüttert"

17. April 1980
Erster Kooperationsvertrag mit einer ausländischen Universität, der Rijksuniversiteit Groningen. Dieser Vereinbarung folgen bis 2008 über 150 weitere mit Hochschulen auf allen Kontinenten.

Selbst Minister Remmers konzedierte, der Modellversuch habe sich gelohnt, aber dem auf ihn ausgeübten Druck hat er nicht widerstanden. Unbeeindruckt blieben die Kritiker auch von der durchweg positiven Resonanz auf die einphasige Lehrerausbildung aus dem Ausland. Sie wurde ihnen gleichsam ins Haus getragen von der 5. Jahreskonferenz der „Association for Teacher Education in Europe" (ATEE), die im September 1980 in der Universität stattfand. Einer der energischsten Verfechter der ELAB, Prof. Dr. Friedrich W. Busch, wurde nicht ohne symbolische Bedeutung in Oldenburg zum Präsidenten der ATEE gewählt.

Zu einem heftigen Streit führte in der Universität die nach dem NHG vorgesehene Einrichtung von Instituten und Seminaren. Bis dahin gab es in Oldenburg unterhalb des Präsidenten nur die eine Ebene der Fachbereiche mit den Fachbereichsräten, in der die Mitbestimmung von wissenschaftlichen Mitarbeitern, „Dienstleistern" und Studierenden geregelt war. Diese Mitbestimmung sollte in der neuen Ebene darunter in den Instituten und Seminaren wegfallen. Der Protest der Betroffenen war verständlich. Die Fachbereichsräte waren dagegen, und auch der Senat votierte mit knapper Mehrheit gegen Institute. Vier Professoren der Liste „Demokratische Hochschule" legten dagegen mit einem Minderheitsvotum einen Plan für die Einführung der Institute und Seminare vor. Nach langen Diskussionen hat die Universität dann einen eigenen Organisationsplan vorgelegt, für den der Minister im Oktober 1980 eine Teilgenehmigung erteilte, in der aber zugleich für die Einrichtungen von Instituten und Seminaren ein Oktroi angekündigt wurde (siehe auch den Beitrag von Horst Zillessen).

Das Stichwort „Oktroi" wirft im Übrigen ein Schlaglicht auf den politischen Umgangsstil jener Zeit. So etwa wurde der Universität der Gebrauch des Wortes „Berufsverbot" untersagt, der Studentenschaft wieder und wieder das politische Mandat entzogen. Es blieb auch nicht aus, dass ich als beauftragter Präsident einige Male gegen politisch relevante Ministererlasse „remonstrieren" musste. Weil ich mich geweigert hatte, auf Wunsch eines Studenten aus dem rechten Lager den Schriftzug „Carl von Ossietzky" vom Turm entfernen zu lassen, wurde ich mit einer Dienstaufsichtsbeschwerde überzogen und ins Ministerium zitiert, wo das allerdings als erledigt erklärt wurde.

Nach außen hin scheint manchen die Universität unheimlich gewesen zu sein. Auf einem der vielen Empfänge, die das Amt mit sich bringt, bedauerte mich – wie öfter auch andere – ein Zeitschriftenverleger, die Arbeit in der Universität sei wohl schwierig und unangenehm, sicher auch manchmal gefährlich. Ich habe ihn

in eins meiner Seminare eingeladen, aber er kam nicht. Als der neue Kommandierende General der damals in Oldenburg stationierten Division seinen Antrittsbesuch in der Universität machen wollte, rief vor dem verabredeten Termin die Sekretärin etwa halbstündlich an, ob die Sicherheit des Generals wirklich gewährleistet werden könne. Er kam unbehelligt und erleichtert zu mir, und wir haben uns gut unterhalten.

Eine lange Geschichte war – auch für meinen Vorgänger und meine Nachfolger – der Streit um den Namen „Carl von Ossietzky" für die Universität. Die Auseinandersetzungen hatten 1972 im Gründungsausschuss begonnen, während meiner Amtszeit vom Herbst 1979 an fanden sie zunächst im Landtag statt. Die SPD-Bundestagsabgeordneten Carl Ewen, Walter Polkehn u. a. forderten die Landtagsfraktion ihrer Partei auf, die Universität in der Frage der Namensgebung zu unterstützen. Ein entsprechender SPD-Entschließungsantrag wurde jedoch abgelehnt. Anfang 1980 wurde die Namensgebung auf Antrag der Universität vor dem Oldenburger Verwaltungsgericht mit der Frage verhandelt, ob sich die Universität selbst einen Namen geben dürfe. Die Universität hat den Prozess verloren, aber keineswegs aufgegeben, an ihrer Entscheidung festzuhalten, dass die Universität den Namen des nach der Inhaftierung im Konzentrationslager Esterwegen verstorbenen Friedensnobelpreisträgers Carl von Ossietzky führen sollte. Gerhard Harms hat sich dabei besonders engagiert und der Name Carl von Ossietzy Universität wurde so auch ohne offizielle Bestätigung zu einem Teil der Identität unserer Hochschule.

8. Mai 1980
Walter Kempowski, Lehrer und Schriftsteller, wird Lehrbeauftragter an der Universität Oldenburg

19. Mai 1980
Erster Spatenstich für den Zentralbereich am Uhlhornsweg (Bibliothek, Sportanlagen, Mensa)

Erster Kooperationspartner – die Universität Groningen

Ein erfreulicher Höhepunkt für die Universität und somit auch für mich selbst war der Abschluss des Kooperationsvertrages mit der Rijksuniversiteit Groningen am 17. April 1980 in Groningen.
1975 hatte eine kleine Gruppe von Oldenburger Wissenschaftlern in Groningen eine Art „Antrittsbesuch“ des neuen Nachbarn jenseits der Grenze gemacht. Es entstand ein zunehmend intensiver Informationsaustausch. 1979 überraschte dann das Groninger Institut für wissenschaftliche Weiterbildung mit der Initiative für ein groß angelegtes Symposium der beiden Universitäten zur Regionalentwicklung. Die Kontakte begannen, offizieller zu werden. Nach der feierlichen Vertragsunterzeichnung am Vormittag, fand das geplante Symposium statt und war Auftakt für zahlreiche weitere Kontakte. Etwa achtzig Wissenschaftler und Studierende aus Oldenburg nahmen an dem Symposium teil, ebenso Vertreter der Regionalverwaltungen. Die Schwerpunktthemen hießen „Innovation“, „Zukunft“, „Ökologie“ und „Planologie/Regionalplanung“.

Für Oldenburg war es – und ist es auch heute – von erheblicher Bedeutung, dass eine so große und traditionsreiche Universität in den Niederlanden mit der Oldenburger Neugründung kooperieren wollte. Neben den wissenschaftlichen Aspekten bekundeten die Groninger besonderes Interesse an den Erfahrungen der Oldenburger bei der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und hofften auf Anregungen für die eigene gesellschaftspolitische Öffnung der Hochschule. Ausbildung und Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern war ein wichtiger Aspekt, darüber hinaus die Regionalplanung beiderseits der Grenze und nicht zuletzt das breite Gebiet der Küstenforschung. Beide Universitäten hatten sich schon damals mit der Vertragsunterzeichnung verpflichtet, jährlich mindestens 50.000 Gulden bzw. D-Mark für die Kooperation bereitzustellen.

Mir war es wichtig, anlässlich der Vertragsunterzeichnung auch dies zu sagen: „Wir sind der Universität Groningen dankbar, dass sie während der Nazizeit deutsche Emigranten aufgenommen und ihnen die Weiterführung ihrer wissenschaftlichen Arbeit ermöglicht hat. Ich nenne nur den Namen des Philosophen und Soziologen Helmuth Plessner, der uns nach seiner Rückkehr immer wieder daran erinnert hat, die Verbindung nach Groningen zu suchen.“

Die erste Wahl eines Präsidenten

Am 4. Juni 1980 war Dr. Horst Zillessen mit knappem Vorsprung vor Jürgen Lüthje zum Präsidenten gewählt worden. Vizepräsidenten wurden Prof. Dr. Peter Köll und ich.

Am 6. Oktober 1980 wurde dann der erste gewählte Präsident der Oldenburger Universität von Staatssekretär Möller – nicht wie sonst vom Minister – feierlich in sein Amt eingeführt. So wie ich während meines Amtsjahres bemüht war, viele und gute Kontakte zur Öffentlichkeit zu pflegen, hatte ich dazu viele Gäste eingeladen, darunter auch, was ungewohnt war in der Universität, Vertreter der Bundeswehr. Das trug mir Kollegenkritik ein. Nach dem Bericht, den ich zu erstatten hatte, führte der Staatssekretär in einer abgewogenen Mischung von Ermahnung und Wünschen für Glück und Erfolg den Präsidenten ins Amt ein. In kluger Rede sagte die ASTA-Sprecherin Edith Goldmann alles, worüber die Studierenden – und mit ihnen viele in der Universität – zu klagen hatten und wandte sich an den neuen Präsidenten mit dem Satz: „Wir befürchten, Glück allein genügt nicht."

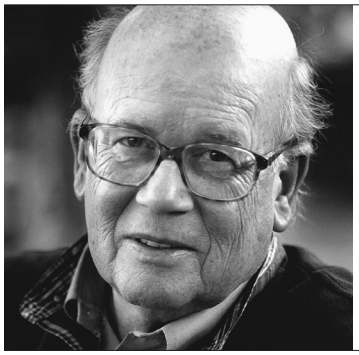
Juni 1980
Erste Sitzung einer von der Landesregierung eingesetzten Gutachterkommission zur Überprüfung der Einrichtung eines Fachbereichs Jura in Oldenburg unter Vorsitz des Würzburger Rechtshistorikers Prof. Dr. Dr. Friedrich Merzbacher.

4. Juni 1980
Wahl von Dr. Horst Zillessen, Leiter des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), zum ersten Präsidenten der Universität.

Universitätsleitung 1979 – 1980

Kommissarischer Präsident
Prof. Dr. Hans-Dietrich Raapke

Kanzler
Jürgen Lüthje



Hans-Dietrich Raapke

Prof. Dr. Hans-Dietrich Raapke, 1929 in Hannover geboren, absolvierte in den Nachkriegsjahren zunächst eine Landwirtschaftslehre, bevor er sich 1951 an der PH Göttingen einschrieb. Nach dem Lehrerexamen studierte er an der dortigen Universität weiter, promovierte 1957 und wurde Leiter des Weiterbildungsbereichs („Göttinger Seminarkurse“). 1965 erfolgte der Ruf für den Erziehungswissenschaftler an die Pädagogische Hochschule Oldenburg, die er vor Gründung der Universität von 1970 bis 1972 leitete. Als Verfechter einer wissenschaftlichen Lehrerausbildung machte er sich bundesweit einen Namen. Nach seiner kommissarischen Präsidentschaft 1979–80 war er weiterhin als Vizepräsident (1980–1982) in der Hochschulpolitik aktiv und entscheidend an der Weiterentwicklung der Oldenburger Lehrerausbildung beteiligt. Seiner Emeritierung 1997 folgte nicht Stillstand. Raapke war weiterhin als Erziehungswissenschaftler tätig, beriet u. a. Schulen bei ihren Planungen und ist heute noch für die Montessori-Pädagogik engagiert.

Erste Kontakte zur Wirtschaft: der Autor mit Peter Waskönig und dem Vorstandsvorsitzenden der OLB, Hubert Forch (l.) bei der ersten Ausstellung zur Forschung der Universität in den Räumen der OLB.

Horst Zillessen

Über den Umgang mit „institutioneller Pubertät“ Entwicklungsjahre der Universität

1980 – 1986

Der Rückblick auf meine Amtszeit beginnt mit einer Kuriosität: Als ich mich im Jahr 1978 – angeregt durch eine „Zeit“-Anzeige – um das Amt des Präsidenten bewarb, hatte ich nicht einmal eine Ahnung, wo genau Oldenburg liegt – geschweige davon, was mich dort erwarten, was von mir verlangt werden würde. Dies und auch der Umstand, dass ich keinerlei universitäre Arbeitserfahrungen mitbrachte, erfordert zunächst eine kurze Betrachtung meiner beruflichen „Vorgeschichte“, um verständlich zu machen, vor welchem Erfahrungshintergrund meine Bewerbung um dieses Amt erfolgte und warum sie überhaupt gelingen konnte.

Seit dem Jahr 1970 leitete ich das Sozialwissenschaftliche Institut der evangelischen Kirchen in Deutschland (SWI) (später der Evangelischen Kirche, EKD) in Bochum und zugleich im Nebenamt den Politischen Club der Evangelischen

Akademie Tutzing, eine damals hochangesehene Einrichtung der politischen Erwachsenenbildung, in der zum Beispiel Willy Brandt und Egon Bahr erstmals ihre damals grundlegend neuen Überlegungen zur Ostpolitik zur Diskussion stellten. Dienstreisen führten mich zwar häufig nach Hannover, denn die dort ansässige Kirchenkanzlei der EKD war administrativ für das SWI zuständig, aber Oldenburg war für mich „unbekanntes Land". Meine politischen und gesellschaftlichen Aktivitäten konzentrierten sich auf Nordrhein-Westfalen und die Bundeshauptstadt Bonn. Ich hatte im Jahr 1970 dem Kuratorium des SWI vorgeschlagen, dessen wissenschaftliche Tätigkeit auf das Thema „Die Bedrohung unserer Umwelt durch die industrielle Zivilisation" zu konzentrieren. In diesem Rahmen interessierte mich als Politikwissenschaftler das neue politische Phänomen der Bürgerinitiative. Aus der wissenschaftlichen Beschäftigung mit diesem Thema ergaben sich sehr bald intensive persönliche Kontakte mit den Repräsentanten verschiedener Initiativen sowie schließlich auch der Rat an diese, sich zur besseren politischen Durchsetzbarkeit ihrer Ideen organisatorisch zusammenzuschließen. Die Folge war, dass ich im Jahr 1971 zum Vorsitzenden des neu gegründeten Landesverbands der Umweltinitiativen in Nordrhein-Westfalen und ein Jahr später zum Gründungsvorsitzenden des Bundesverbands Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) gewählt wurde.

Diese umweltpolitischen Aufgaben führten zu einer intensiven Mitarbeit in Beratungsgremien der Bundesregierung, insbesondere bei dem damals für den Umweltschutz zuständigen Bundesinnenministerium sowie dem Bundesministerium für Forschung und Technologie. Seit 1978 war ich zudem als parteiunabhängiger Experte Mitglied der Arbeitsgruppe „Ökologie" beim Parteivorstand der SPD.

Als ich mich um das Amt des Präsidenten der Universität bewarb, besaß ich also einige Erfahrungen im Umgang mit Politikern wie auch in der Leitung und Moderation komplexer und kontroverser politischer Diskussionen (unter Beteiligung hochrangiger Politiker von Willy Brandt bis Richard von Weizsäcker), aber keinerlei Kenntnisse über das Innenleben einer Universität, ihre Organisations- und Verwaltungsstruktur und die Rolle der hochschulpolitischen Gruppierungen. Ich war zwar nebenamtlicher Lehrbeauftragter für Politikwissenschaft an der Bergischen Universität in Wuppertal, aber in dieser Funktion hat man üblicherweise keinen Anteil am Hochschulleben und schon gar nicht an hochschulpolitischen Entscheidungsprozessen. Die politischen Erfahrungen, die ich vorweisen konnte, wie auch die zehnjährige Tätigkeit als Leiter einer wissenschaftlichen

Forschungseinrichtung haben sicher zu dem nicht nur für mich überraschenden Ergebnis der Präsidentenwahl im Juni 1980 beigetragen.

Ein schwieriger Start ...

Die inneren und äußeren Existenz- und Arbeitsbedingungen der Universität waren zu Beginn meiner Amtszeit alles andere als zufriedenstellend, was die Arbeitsatmosphäre stark beeinträchtigte. Was die innere Situation der Universität angeht, so war schon in den Vorgesprächen, die ich mit den hochschulpolitischen Gruppierungen vor der Wahl geführt hatte, sehr rasch deutlich geworden, dass die Universität in zweifacher Hinsicht tief gespalten war: Im Lehrkörper stritten viele der zur Zeit der ehemaligen Pädagogischen Hochschule Berufenen mit den neuberufenen Universitätsprofessoren um den Stellenwert von Lehre einerseits und Forschung andererseits, was zu entsprechend heftigen Auseinandersetzungen um die Mittelverteilung führte. Viele der Neuberufenen empfanden es als unzumutbar, wie sie bei der Verteilung der Haushaltsmittel durch den Senat der Universität um die finanziellen und räumlichen Voraussetzungen für ihre Forschungstätigkeit kämpfen mussten. Da die Universität als Neugründung in beiderlei Hinsicht im Vergleich mit den etablierten niedersächsischen Universitäten tatsächlich eher ärmlich ausgestattet war, belasteten diese Auseinandersetzungen sowohl die Lehr- wie die Forschungstätigkeit, aber auch das Arbeitsklima in der Universität insgesamt erheblich

Die Schwierigkeiten wurden freilich von vielen Wissenschaftlern nicht nur der unzureichenden Mittelausstattung durch die Landesregierung zugerechnet,

Amtszeit
Prof. Dr. Horst Zillessen

1. Oktober 1980
Amtsantritt von Dr. Horst Zillessen

18. Dezember 1980
Erster Spatenstich für das Energielabor, Symbol für den von Prof. Dr. Hans-Joachim Luther begründeten Forschungsschwerpunkt „Alternative Energiequellen“, erstes Gebäude für die Naturwissenschaften auf dem Campus Wechloy.

sondern nicht zuletzt auch der Universitätsverwaltung angelastet. Sie stand bei vielen Wissenschaftlern im Verdacht, nicht in dem für erforderlich gehaltenen Maß als Dienstleister für die Lehre und insbesondere die Forschung zu agieren, sondern eher an der Reibungslosigkeit des inneradministrativen Ablaufs interessiert zu sein. Dabei wurde teilweise wohl übersehen, dass die Arbeitsbedingungen der Verwaltung von den gleichen Restriktionen gekennzeichnet waren, über die auch die Lehrenden zu Recht klagten. Es mag in diesem Zusammenhang aber auch eine Rolle gespielt haben, dass viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung zur Zeit der Pädagogischen Hochschule eingestellt worden waren und die Anpassung ihres Arbeitsstils an die Anforderungen eines universitären Forschungsbetriebs noch nicht völlig bewältigt hatten. Ein weiterer Grund für die Klagen über die unzureichenden Arbeitsbedingungen lag sicher auch in der Struktur der Universität, die damals unterhalb von vier Fachbereichen keine kleineren Arbeits- und Forschungseinheiten in Gestalt von Seminaren oder Instituten aufwies. Damit fehlte aus meiner Sicht die Überschaubarkeit von Strukturen, die der Persönlichkeit und Verantwortungsbereitschaft des Einzelnen den erforderlichen Raum hätte geben können. Vor allem aber war es der völlig unzureichende Personalbestand im sogenannten Mittelbau, also bei den wissenschaftlichen und technischen Mitarbeitern, der als plausibler Grund für die Beschwerden der Lehrenden und Forschenden genannt werden muss.

Auch die äußeren Arbeits- und Existenzbedingungen erwiesen sich zu Beginn meiner Amtszeit als durchaus problematisch. Dies gilt zunächst für die räumlichen Bedingungen, die für die Lehrenden wie die Studierenden gleichermaßen beengt und wenig forschungs-, lehr- oder studierfreundlich waren. Die Universität verfügte damals bei mehr als 5.000 Studierenden über drei eher kleine Gebäudekomplexe: den alten Baubestand der ehemaligen Pädagogischen Hochschule und zwei Gebäuden in dem rein funktional ausgerichteten Stil der deutschen Universitätsneubauten der 70er Jahre, das sogenannte Verfügungsgebäude (VG) und das Allgemeine Verfügungszentrum (AVZ) sowie einige angemietete Räumlichkeiten. Die Mensa war ständig überfüllt und konnte kaum ihre wesentliche Funktion der Essensversorgung für die Studierenden und die Mitarbeiterschaft der Universität erfüllen, geschweige denn darüber hinaus als Kommunikationszentrum für die Mitglieder der Universität dienen, wie es sonst an Hochschulen üblich war. Den gelegentlich in meinem Büro gegen diese Bedingungen protestierenden Studierenden konnte ich stets nur recht geben und versuchen, ihren Beschwerden mit

dem Hinweis auf den im Bau befindlichen Komplex für die Bibliothek, die Mensa und den Sportbereich zu begegnen.

... und ein besonderes Umfeld

Zu den äußeren Arbeits- und Existenzbedingungen der Universität gehörte nicht zuletzt auch ihr gesellschaftliches und politisches Umfeld – und das offenbarte für mich zu Beginn meiner Amtszeit doch einige ebenso unerwartete wie unliebsame Überraschungen. Mein Lernprozess begann wenige Tage nach meiner Amtseinführung mit einem Zettel an der Windschutzscheibe meines Autos mit der Aufforderung: „Geh zurück, wo Du herkommst, Du rote Sau". Die ungelenke Schrift verriet das jugendliche Alter des Urhebers, der offenkundig den Tenor einer Diskussion im Elternhaus zu Papier gebracht hatte. Nicht lange danach erhielt ich per Post einen weiteren Brief, der in der unflätigen Sprache den ersten bei weitem übertraf. Auf sehr drastische Weise wurde mir damit vor Augen geführt, wie die Universität von ihrem Umfeld wahrgenommen wurde und wie politisch aufgeladen die Diskussion über die Universität in dieser Zeit war. Schon in den Vorgesprächen hatte ich zu meiner Überraschung erfahren, dass es im Rat der Stadt eine kleine DKP-Fraktion gab, eine Partei, die im Ruhrgebiet überhaupt keine Rolle mehr spielte und im Ruf des politischen Sektierertums stand. Nun lernte ich, dass es an der Universität nicht nur eine DKP-Hochschulgruppe gab, die ein Presseorgan mit der Bezeichnung DER KOMMUNIST herausgab, sondern dass die DKP auch in der Verwaltung der Universität Anhänger besaß.

11. März 1981
Positive Empfehlung der von der Landesregierung eingesetzten Gutachterkommission zur Einrichtung eines Fachbereichs Rechtswissenschaft.

16. März 1981
Die Universität begrüßt eine Stellungnahme des Rechnungshofes, der die permanenten Veränderungen der Ausbauzielzahlen und die zu geringen Ausgaben für die Universität bemängelt.

Die Begegnung mit den alle universitären Probleme politisch instrumentalisierenden DKP-Vertretern im Personalrat der Universität zählt zu den unangenehmsten Erfahrungen meines mehr als 40-jährigen Berufslebens. Gleichwohl habe ich mich aus politischer Überzeugung gegen den Radikalenerlass gewehrt, der sich vornehmlich gegen DKP-Anhänger richtete und somit auch Universitätsmitglieder betraf, die nicht zuletzt durch den Einsatz der Universitätsleitung vor der Entlassung bewahrt wurden.

Bei meiner Bewerbung hatte mich der fortschrittliche Wissenschaftsansatz im Sinne Carl von Ossietzky`s Satz „Wir müssen die Wissenschaft wieder menschlich machen“ sehr angesprochen, und ich hatte daher auch meine Antrittsrede unter die Überschrift gestellt: „Zur gesellschaftlichen Verantwortung von Wissenschaft und Universität“. Ich wusste damals noch nicht, dass die tonangebenden Schichten der Oldenburger Gesellschaft mit dieser Ausrichtung „ihrer“ Universität wenig anfangen konnten. Eher wohl gab es Vorstellungen von „Altheidelberg“ – oder doch die Hoffnung auf eine politisch eher unauffällige Institution, die sich in das als „gutbürgerlich“ zu kennzeichnende gesellschaftliche Umfeld wenigstens einigermaßen einfügen würde.

Die Antrittsbesuche bei den politischen und gesellschaftlichen Repräsentanten der Stadt und der Region haben mir damals sehr deutlich gemacht, dass es ein langer Weg sein würde, bis es gelingen könnte, die erforderliche Unterstützung für den in der Universität anstehenden Aufbau- und Entwicklungsprozess zu erhalten. Zugleich wurde für mich aber immer offenkundiger, dass angesichts der schlechten Ausstattung der Universität und der Konkurrenz mit den etablierten Hochschulen in Niedersachsen um einen größeren Anteil am Hochschuletat des Landes diese Unterstützung die einzige Chance für die Universität darstellte, durch einen gezielten Ausbau einschließlich der Ausweitung des Fächerangebots ihre Existenz langfristig zu sichern.

Vielen in der Stadt und der Region Oldenburg war damals sicher nicht bekannt, dass der für die Entwicklung der deutschen Hochschulen maßgebende Wissenschaftsrat den Reformauftrag, der aus der Frage nach der gesellschaftlichen Verantwortung von Wissenschaft nach 1945 entstanden war, ausdrücklich an die Neugründungen verwiesen hatte. Noch 1980 hatte er den Neugründungen die Aufgabe zugewiesen, „Reformvorstellungen der Wissenschafts- und Hochschulpolitik in die Praxis umzusetzen“. Im Ergebnis führte dies zu einer unnötigen Herausforderung der alten und einer Überforderung der neuen Hochschulen.

Die Vorstellung, Bannerträger der Reform zu sein, begünstigte bei den Neugründungen nicht gerade die Entwicklung von Augenmaß und Besonnenheit, und je mehr sie über das Ziel hinausschossen, oft in der Annahme, nur so etwas bewegen zu können, desto mehr diskreditierten sie ungewollt selbst den Reformansatz und liefen darüber hinaus Gefahr, zu einem Fremdkörper in ihrem gesellschaftlichen Umfeld zu werden.

Nicht zuletzt der überzogene Anspruch, den Neugründungen die Bürde des Vorbilds für den gesamten Hochschulbereich aufzuladen, hat dazu beigetragen, dass die Reformansätze wieder „abgewürgt“ wurden. Das probate Mittel dazu war das Prinzip der Gleichwertigkeit von Studien- und Prüfungsleistungen, das wohl häufig im Sinne einer Gleichartigkeit eingesetzt wurde. Damit aber wurde den Neugründungen ein wichtiges Feld wieder genommen, auf dem sie mit den alten Hochschulen hätten erfolgreich konkurrieren können. Wenn man das ökonomische Prinzip des Wettbewerbs auf die Hochschulen überträgt, muss man das Wettbewerbskonzept berücksichtigen und darf nicht nur den Begriff übernehmen. Dann wird deutlich, dass es unterschiedliche Wettbewerbsvoraussetzungen und -formen gibt. Dabei ist der Wettbewerb gleich großer Anbieter mit gleichartigen Produkten eher die unwahrscheinliche Ausnahme der „vollständigen Konkurrenz“. Die Regel ist ein Wettbewerb aufgrund unterschiedlicher Produkte und unterschiedlicher Qualitäten. Die Anwendung des Gleichwertigkeitsprinzips anhand der Messlatte der Gleichartigkeit hat für die Neugründungen diese Form des Wettbewerbs unterbunden. Es hat der Entwicklung der Universität Oldenburg wie auch ihrem Ansehen sicher geschadet, dass in Gestalt der Einphasigen Lehrerausbildung, des Projektstudiums oder reformierter Studiengänge kein politisch akzeptierter

16. April 1981
Organisationsänderung per Oktroi durch das Wissenschaftsministerium, nachdem in den Gremien der Universität keine Einigung erzielt werden kann: Bildung von neun statt der bisher vier Fachbereiche (FB):
FB 1 Pädagogik,
FB 2 Kommunikation/Ästhetik, FB 3 Sozialwissenschaften,
FB 4 Wirtschafts- und Rechtswissenschaften,
FB 5 Philosophie, Psychologie, Sportwissenschaften,
FB 6 Mathematik/Informatik,
FB 7 Biologie,
FB 8 Physik,
FB 9 Chemie.

Qualitäts- oder Produktwettbewerb mit den „etablierten“ Hochschulen stattfinden konnte. Was auf den genannten drei Feldern korrekturbedürftig war, hätte man ändern können. Aber die Elle der bürokratischen Gleichmacherei – unterstützt durch den Dünkel der Standesorganisationen – hat dies nicht zugelassen, sondern bereits die längerfristige Entwicklung eines Konkurrenzangebots verhindert. Auf dem „Markt der Hochschulen“ gab es ein Monopol des traditionell Üblichen.

Dass die Universität Oldenburg politisch überhaupt nicht unauffällig war, lag aber nicht nur an den politischen und insbesondere hochschulpolitischen Umständen der 70er Jahre, sondern nicht zuletzt an einer nicht sonderlich stringenten Hochschulpolitik in Niedersachsen und deren Umgang mit der Universität Oldenburg. Es hatte immer wieder Zusagen des Landes gegeben, die dann nicht eingehalten wurden oder um deren Einhaltung oft sehr intensiv – zum Beispiel im Jahr 1976 mit einer großen Fahrraddemonstration von mehr als 1.000 Mitgliedern der Universität nach Hannover zum zuständigen Ministerium – gekämpft werden musste. Der ebenso engagierte wie phantasievolle Kampf der Universität um ihre Existenz und ihre Weiterentwicklung sowie auch der Streit um ihre Namensgebung hatten deren Erscheinungsbild in der Öffentlichkeit offenbar so nachhaltig geprägt, dass ich mir in vielen Gesprächen mit Repräsentanten der Stadt und der Region zunächst einmal ihre Vorbehalte gegenüber der von mir vertretenen Institution anhören musste.

Wie tief diese Vorbehalte verwurzelt waren, wurde mir einmal besonders deutlich, als ich den Vorstand des Wissenschaftsausschusses des Landtags, der die niedersächsischen Universitäten und Hochschulen besuchte, zu mir nach Hause eingeladen hatte. Ich kannte den Vorsitzenden des Ausschusses aus einer mehrjährigen Zusammenarbeit im Ruhrgebiet Mitte der 60er Jahre bei der Gemeinsamen Sozialarbeit der Konfessionen im Bergbau. Meine Frau und ich konnten die Überraschung der Besucher über den „geordneten“ Haushalt und die „Normalität“ der Einrichtung an ihren Gesichtern ablesen – einer der Gäste hat sogar seine Verwunderung darüber offen zum Ausdruck gebracht. Mit welchen Bedenken und Vorbehalten mögen diese Besucher die Fahrt zu meinem Haus angetreten haben – und erst den Besuch der Universität!?

Für mich ergab sich aus der Zusammenschau der mal offen, mal verdeckt erkennbaren Vorbehalte gegenüber der Universität und ihrer oben dargestellten Ausstattungsprobleme die logische Folgerung, dass eine meiner vorrangigen

Aufgaben als Universitätspräsident darin bestand, bestehen musste, in Stadt und Region um Unterstützung für die Interessen der Universität zu werben, die Vorbehalte abzubauen, ein anderes Bild der Universität zu vermitteln als das, was sich bis dahin in den Köpfen festgesetzt hatte – teilweise entstanden aufgrund von falschen Vorstellungen über den Universitätsalltag generell, teilweise aufgrund von lange gefestigten Vorurteilen, teilweise durch überzogene studentische Reaktionen auf politische Maßnahmen, teilweise sicher auch durch irritierende Äußerungen und Aktionen aus der Universität selbst. Ich habe daher kaum eine Gelegenheit ausgelassen, im politischen und gesellschaftlichen Leben der Stadt und der Region (bis hin zur regelmäßigen Teilnahme an den jährlichen Presse-, Handwerker- und Sportlerbällen) die Interessen der Universität Oldenburg zu vertreten, für Unterstützung ihrer Anliegen und insgesamt für eine realitätsnahe Wahrnehmung der Universität zu werben (was mir dann bei den Universitätsmitarbeitern den Spitznamen „4711 – immer dabei“ eingetragen hat).

Es blieb ein ebenso langwieriges wie schwieriges Bemühen, wobei durch die nun häufigen Kontakte der Hochschulleitung mit den Repräsentanten von Politik und Gesellschaft zumindest bei diesen allmählich ein anderes Bild von der Universität entstand. Sie waren denn auch mehr und mehr bereit, die Universität zu unterstützen, wenn es wieder einmal galt, drohendes Unheil durch die niedersächsische Hochschulpolitik abzuwehren. Wie tief aber auch nach mehreren Jahren intensiven Bemühens die Vorbehalte (oder zumindest die Unsicherheit) bei der Mehrheit – zumindest der Vertreter der Wirtschaft – noch waren, wurde für mich und auch für den teilnehmenden Kanzler Dr. Lüthje im wahrsten Sinne des Wortes spürbar, als bei

1. Juni 1981
Die Universität richtet in Wilhelmshaven eine Außenstelle für ihre küsten- und meeresbiologischen Forschungsarbeiten ein.

3. Juli 1981
Positive Voten zur Einphasigen Lehrerausbildung (ELAB) durch drei Gutachten, die vom niedersächsischen Kultusministerium in Auftrag gegeben wurden. Dennoch wird der Modellversuch von der Landesregierung eingestellt.

dem Neujahrsempfang der Industrie- und Handelskammer am 12. Januar 1984 vor rund 300 geladenen Gästen der IHK-Präsident Thümmler nach dem Festvortrag ankündigte: "Das Grußwort der Gäste spricht jetzt der Präsident der Universität Oldenburg, Dr. Horst Zillessen". Ich werde nie die atemlos gespannte Stille vergessen, die mit dieser Ankündigung einsetzte. Es war, als hätte eine Art Schreckstarre das Auditorium erfasst. Es war das erste Mal, dass ein Vertreter der Universität auf einer dieser jährlichen Veranstaltungen offiziell zu Wort kommen konnte. Dies war offenkundig für die meisten Anwesenden ebenso ungewohnt wie unerwartet und sicher bei vielen auch mit vielen Befürchtungen im Hinblick auf das verbunden, was sie sich nun würden anhören müssen.

Mein Grußwort hat diesen Befürchtungen nicht entsprochen, auch wenn ich nicht unterlassen habe, auf die gesellschafts- und zeitkritische Funktion von Wissenschaft hinzuweisen – nicht zuletzt mit dem Hinweis darauf, dass an der Universität unter anderem Lehrer ausgebildet würden, die zukünftig Kinder erzögen, die wiederum 2020 gesellschaftliche Schlüsselfunktionen übernähmen. Daher müsse eine Gesellschaft geradezu darauf vertrauen, dass eine wissenschaftliche Ausbildung ihrer Zeit ein Stück vorauseilt und sich nicht nur dem Zeitgeist verpflichtet fühlt. Der lebhafte und anhaltende Applaus am Ende des Grußwortes schien anzudeuten, dass es gelungen war, wieder einen kleinen Schritt in Richtung auf eine veränderte Einschätzung der Universität zu tun.

Existenzsicherung und der Kampf um Jura

Zu Beginn des erwähnten Grußwortes hatte ich die Gelegenheit wahrgenommen, den Repräsentanten der Region, insbesondere den Präsidenten der IHK und der Oldenburgischen Landschaft sowie dem Oberbürgermeister der Stadt Oldenburg, für ihre Unterstützung in einer für die Universität existenzbedrohenden Situation zu danken. Man kann es im Nachhinein kaum glauben, wie sprunghaft und teilweise wirklichkeitsfern die niedersächsische Hochschulpolitik in diesen frühen achtziger Jahren daherkam. Sie erzwang bis Mitte der 80er Jahre einen permanenten Kampf: zunächst und vor allem um den Erhalt des bestehenden Lehrangebots und danach auch um dessen Ausweitung im Interesse der Bestandssicherung sowie der Verbesserung der Bildungschancen für die nachwachsende Generation im Einzugsbereich der Universität Oldenburg.

Im Herbst 1983 hatte ein Gutachten von Prof. Dr. Gerd Peisert und Dr. Gerhild Framheim (beide Universität Konstanz) mit dem Titel „Alte und neue Universitäten, Einzugsbereiche und Ortswahl der Studenten, Motive und Verhalten“ ergeben, dass bei den alten Universitäten mit einem großen Fächerspektrum 79 Prozent der ansässigen Studierfähigen am Ort bleiben, bei den Neugründungen aufgrund ihres begrenzten Fächerangebots aber nur 39 Prozent. Für die Universität Oldenburg bedeutete dieses Ergebnis eine Bestätigung ihrer Bemühungen um den Ausbau des Lehrangebots – nicht zuletzt deshalb, um einer Abwanderung von gut ausgebildeten jungen Menschen aus der Region („Brain Drain“) zu begegnen.

Zunächst aber musste sie darum kämpfen, dass das ohnehin begrenzte Lehrangebot nicht noch weiter reduziert werden würde. Im Juli 1982 hatte der Wissenschaftsminister Pläne zur Reduzierung der Ausbildungsplätze für Lehrer im Grund- und Hauptschulbereich veröffentlicht. Sie sahen für die Universität Oldenburg nur noch 100 Studienplätze vor – fast eine Halbierung der vorhandenen Kapazität, eine unverständliche Reduzierung im Vergleich zu den 310 Plätzen, die bei der Universität Osnabrück verbleiben sollten. Die Umsetzung dieser Pläne stand noch aus, da erfolgte im November 1982 schon der nächste Anschlag auf das Ausbildungsangebot in der Region: Die Landesregierung kündigte an, an der Universität Oldenburg in der Gymnasiallehrerausbildung die Studiengänge Deutsch, Geschichte, Sozialkunde und Russisch sowie im Realschullehrerbereich die Studiengänge Deutsch, Geschichte, Geographie und Sozialkunde zu streichen. Anfang Januar 1983 wurde dann noch bekannt, dass die Landesregierung erwäge, die Ausbildung für das Handelslehramt von Oldenburg nach Osnabrück zu

11. September 1981
Dr. Horst Zillessen begrüßt die positive Erklärung von Ministerpräsident Ernst Albrecht zur Etablierung eines Jura-Studiengangs in Oldenburg

16. Dezember 1981
Einstimmiger Beschluss des Senats, in dem die Landesregierung „gebeten“ wird, keine disziplinarischen Vorermittlungen gegen Beamte und Angestellte einzuleiten, „denen allein eine Kandidatur für die DKP (Deutsche Kommunistische Partei) vorgeworfen wird.“

verlagern, was mit einer Gefährdung der Entwicklungsmöglichkeiten der Wirtschaftswissenschaften, wenn nicht gar mit einer Existenzbedrohung dieses wichtigen Bereichs, verbunden gewesen wäre.

In dieser Situation sah die Universität sich wieder einmal gezwungen, zu einem für eine Hochschule sicher ungewöhnlichen Mittel des Widerstands gegen die Pläne der Landesregierung zu greifen. Gemeinsam mit dem Rat der Stadt Oldenburg und der Oldenburgischen Landschaft rief sie zu einer öffentlichen Kundgebung auf dem Marktplatz der Stadt auf, um den Willen der Region zum Erhalt und zum Ausbau des Studienangebots zu dokumentieren. Etwa 1.500 Menschen sind am 26. Januar 1983 diesem Aufruf gefolgt. Durch diese publizitätswirksame Aktion, aber nicht zuletzt auch infolge der geschlossenen Unterstützung durch die gesellschaftlichen und politischen Repräsentanten der Region und ihre Intervention gegenüber der Landesregierung, gelang es schließlich, das Schlimmste von der Universität abzuwehren. Zwar konnten nicht alle Studiengänge beibehalten werden, und auch die Zahl der Studienplätze in der Lehrerausbildung wurde – wie insgesamt in Niedersachsen – erheblich reduziert, aber das Fächerspektrum konnte im Wesentlichen erhalten werden. Lediglich die Teilstudiengänge Sozialkunde und Geographie für Realschule wurden gestrichen, wobei das Fach Geographie durch die später genehmigten Magisterstudiengänge erhalten werden konnte.

Ein besonderes Lehrstück (vielleicht sollte man es besser als „Lehrlingsstück“ bezeichnen) niedersächsischer Hochschulpolitik stellt das Hin und Her um den Studiengang Jura dar. Es begann mit einem Antrag der CDU-Fraktion auf Einrichtung eines solchen Studiengangs im Jahr 1971, also noch zur Zeit der Pädagogischen Hochschule. Er wurde von der damaligen SPD-Mehrheit abgelehnt. Ende der 70er Jahre hatte die CDU-Landesregierung der Universität die Einrichtung eines Studiengangs Rechtswissenschaften in Aussicht gestellt. Am 27. Juni 1979 hatte die Landesregierung vor dem Niedersächsischen Landtag gar erklärt, dass die materielle Grundsatzentscheidung für einen rechtswissenschaftlichen Studiengang an der Universität Oldenburg bereits gefallen sei. Der zuständige Wissenschaftsminister hatte danach mehrfach entsprechende Zusagen gemacht, „wie sie mit einem größeren Verbindlichkeitsgrad nicht abgegeben werden können“ (so mein Amtsvorgänger Prof. Dr. Raapke). Auch die Vertreter der regionalen Organisationen einschließlich der politischen Parteien forderten geschlossen die Einrichtung dieses Studiengangs. Angesichts der Tatsache, dass in der Stadt Oldenburg

eine entsprechende „Gerichtsinfrastruktur“ vorhanden war (Amtsgericht, Landgericht, Oberlandesgericht, Arbeitsgericht, Sozialgericht, Verwaltungsgericht) sprachen auch die äußeren Bedingungen für die Sinnhaftigkeit dieser Planung. Anfang Juli 1980 trat dann die von der Landesregierung beauftragte „Jura-Kommission“, die die Frage prüfen sollte, ob ein solcher Studiengang eingerichtet werden soll, erstmals zusammen. Ihr gehörten neben fünf Juraprofessoren und einem Vertreter der Rechtsanwaltskammer je ein Vertreter aus dem Justiz-, Finanz- und Wirtschaftsministerium an. Schon zu diesem frühen Zeitpunkt wurde der Kommission von regierungsnahen Journalisten ein Alibicharakter attestiert.

Gleichwohl machte sich im Dezember 1980 an der Universität nach der dritten Sitzung der Kommission, der ich damals qua Amt angehörte, ein vorsichtiger Optimismus breit, da die Reaktionen der Kommissionsmitglieder durchweg positiv waren. Im März 1981 kam die Kommission dann zu dem Beschluss, dass die hervorragenden Bedingungen vor Ort in Gestalt der Präsenz aller Gerichte, die Notwendigkeit, das Fächerspektrum an der Universität zu erweitern sowie die Nachfrage nach Studienplätzen in der Region insgesamt für die Einrichtung des Studiengangs sprächen. Die Vertreter der oben genannten Ministerien sowie der Vertreter der Rechtsanwaltskammer stimmten gegen diesen Beschluss. Dennoch bezeichnete im Sommer jenes Jahres auch der zuständige Wissenschaftsminister gegenüber der Nordwest-Zeitung die Einrichtung als „auf die Dauer unerläßlich“. Im weiteren Verlauf des Jahres äußerte sich sogar auch Ministerpräsident Albrecht grundsätzlich positiv.

Bereits kurze Zeit später wurden die Hoffnungen und Erwartungen der Universität aber wieder ent-

24. Juni 1982
Beschluss des Senats zur Einrichtung von Instituten.

14. Oktober 1982
Der Ergänzungsstudiengang Niederlandistik wird eröffnet.

15. Oktober 1982
Übergabe der Neubauten am Uhlhornsweg mit der Universitätsbibliothek, den Sportanlagen und der Mensa.

täuscht. Noch im November 1981 ließ der Wissenschaftsminister verlauten, dass es aufgrund der Finanzlage in absehbarer Zeit keine Entscheidung über die Einrichtung eines Jura-Studiengangs in Oldenburg geben werde. Da aber im Jahr 1982 Landtagswahlen anstanden, änderte sich die Tonlage entsprechend der Nähe des Wahlkampfs. Auf einer Wahlkampfveranstaltung in Oldenburg im Februar 1982 sprach der Wissenschaftsminister von einem „großen Paket"; es werde für die von der Universität beantragten Studiengänge Jura, Informatik und Lebensmittelchemie „möglicherweise ein Gesamtpaket geschnürt". Als er im April auf das Gesamtpaket zurückkam, fehlte das Fach Jura, stattdessen war nun noch von Agrarwissenschaften die Rede. Im November ließ der Minister dann verlauten, Jura könne nur dann eingerichtet werden, wenn die Universität die dafür benötigten 45 Stellen selbst erwirtschafte – wobei ihm durchaus bewusst war, dass dies völlig unmöglich war.

Im Februar 1983 hieß es aus „regierungsnahen Kreisen" in Hannover, Agrarwissenschaft sei wegen zu hoher Kosten und der Konkurrenz zu Göttingen wieder aus dem Rennen, nachdem wenige Tage vorher der zuständige Wissenschaftsminister erklärt hatte, Oldenburg könne mit Informatik, Lebensmittelchemie und Agrarwissenschaft rechnen; bei Jura gebe es noch Kontroversen. Dazu fiel der Landesregierung dann im Juni des Jahres ein, wieder eine Kommission einzusetzen – diesmal zu der Frage, ob ein Studiengang für die Ausbildung eines Diplom-Kaufmanns mit juristischem Schwerpunkt eine Alternative sein könnte – er wurde schließlich im Sommer 1986 genehmigt. Immerhin fasste die Landesregierung in der Juni-Sitzung einen Beschluss zur Einrichtung eines Fachbereichs Informatik, eine Entscheidung, die sich – wie wir heute wissen – für die Universität wie für die regionale Wirtschaft und die Beschäftigungsmöglichkeiten für die junge Generation außerordentlich positiv ausgewirkt hat.

Zu Jura aber sollte die Entscheidung im Oktober gefällt werden. Wieder kam es nicht dazu. Der Widerstand in der CDU-Landtagsfraktion war offensichtlich so stark, dass die Landesregierung, obwohl es eigentlich in ihrer Zuständigkeit lag, den Landtag darüber entscheiden lassen wollte. Ein Entschließungsantrag dazu lag der SPD-Fraktion bereits vor. Im Januar 1984 appellierten die Ostfriesische Landschaft, die Oldenburgische Landschaft und die Industrie- und Handelskammer Oldenburg nochmals in einer ausführlichen Petition an den Landtag, „mit der Einrichtung eines juristischen Studiengangs endlich einen entscheidenden, in die Zukunft weisenden Schritt für die Weiterentwicklung der Oldenburger Universität zu tun".

Es half alles nicht. Am 16. Januar 1984 lehnte der Landtag mit 85 zu 83 Stimmen den Antrag der SPD auf Einrichtung des Studiengangs ab. Das begrenzte Fächerspektrum der Universität konnte daher – bis auf die oben erwähnte Informatik – in meiner Amtszeit nicht wesentlich ausgeweitet werden. Im Oktober 1982 wurden zwar ein Ergänzungsstudiengang Niederlandistik eingerichtet und auf der Basis der vorhandenen Fächer Magisterstudiengänge eingeführt sowie im Oktober 1984 ein Studiengang Interkulturelle Pädagogik, aber eine substanzielle Erweiterung des Studienangebots konnte trotz aller Bemühungen der Universität und der Unterstützung durch die regionalen Repräsentanten nicht erreicht werden. Auch die Versuche aus den Jahren 1979/80, eine Ausbildung in Zahnmedizin und einige Jahre später – mit Unterstützung der örtlichen Kliniken – einen Teil der klinischen Ausbildung von Humanmedizinern nach Oldenburg zu holen, scheiterten.

Gleichwohl blieb die Attraktivität der Universität für die Studierwilligen in der Region und darüber hinaus unverändert groß: Während im Sommersemester 1980 knapp über 5.000 Studierende eingeschrieben waren, stieg die Zahl bis zum Sommersemester 1986 auf 9.200. Einen wesentlichen Grund für diesen Zuwachs an Studierenden bildete ohne Zweifel die attraktive räumliche Entwicklung der Universität. Als ich mein Amt an der Universität antrat, waren – wie oben erwähnt – die Gebäude für die Bibliothek, den Sportbereich und die Mensa bereits im Bau; die Neubauten konnten am 15. Oktober 1982 der Universität übergeben werden. Dass darüber hinaus auch die mit mehreren Architekturpreisen ausgezeichneten Gebäude für die Naturwissenschaften in Wechloy errichtet werden konnten, hatte die Universität nicht zuletzt ihrem Kanzler Dr. Jürgen Lüthje zu verdanken. Er erfuhr im Mai 1980 von einem

18. Oktober 1982
Kabinettsvorlage zur Reduzierung geisteswissenschaftlicher Disziplinen in Oldenburg, was mit Unterstützung von Vertretern aus Politik und Wirtschaft zu einem Teil verhindert werden kann.

8. Dezember 1982
Beschluss des Senats zur Einführung von Magisterstudiengängen neben den Diplom- und Lehramtsstudiengängen.

21. April 1983
Unterzeichnung einer ersten Kooperationsvereinbarung mit einer osteuropäischen Universität, der Nikolaus-Kopernikus-Universität Torún (Polen).

Mitarbeiter des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft, dass die Bundesregierung auf der nächsten Sitzung des Planungsausschusses für den Hochschulbau den Ausstieg aus der Mitfinanzierung erklären wollte – und zwar für alle Baumaßnahmen, die nach 1980 begonnen werden. Für die Neubauten der Naturwissenschaften in Oldenburg hatte das Land das Jahr 1981 als Baubeginn gemeldet, so dass damit zu rechnen war, dass ohne den 50-prozentigen Bundesanteil an der Finanzierung die Landesregierung das Bauvorhaben streichen würde.

Bis zu der entscheidenden Sitzung des Planungsausschusses für den Hochschulbau verblieben nur 14 Tage. Lüthje erreichte dann aufgrund einer sofortigen Information des niedersächsischen Wissenschaftsministers, dass das Land den Baubeginn auf das Jahr 1980 festlegte. Dies gelang auch: Am 18. Dezember 1980 begann mit den ersten Arbeiten für das Energielabor der Ausbau der Naturwissenschaften am Standort Wechloy. Damit war im wahrsten Sinn des Wortes der Grundstein gelegt für eine Entwicklung der Universität, die man von heute aus betrachtet nur als ebenso erstaunlich wie erfreulich bezeichnen kann.

Das Ringen um die innere Struktur

Was freilich die innere Entwicklung der Universität angeht, so haben insbesondere die Vertreter der linken Hochschulgruppierungen in Senat und Konzil dazu beigetragen, dass die Universität unfähig war, sich in eigener Entscheidung den wachsenden wissenschaftlichen Anforderungen wie auch den quantitativen Veränderungen anzupassen. Die innere Struktur wies lediglich vier Fachbereiche auf: Fachbereich I: Erziehung/Sozialisation; II: Kommunikation/Ästhetik; III: Gesellschaftswissenschaften; IV: Mathematik/Naturwissenschaften. Die Vorbehalte im gesellschaftlichen Umfeld gegenüber der Universität schienen dadurch wieder einmal bestätigt zu werden, so dass der zuständige Minister letztlich gezwungen wurde, auf dem Wege der sogenannten Ersatzvornahme die notwendigen Entscheidungen zu treffen. In Freundeskreisen und in der damaligen Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK) habe ich die Schwierigkeiten, sich eine angemessene Struktur zu geben, häufig damit zu erklären versucht, dass sich die junge Universität in einer Phase „institutioneller Pubertät“ befände – mit allen Problemen der Identitätsfindung. Es war für mich damals – und ist es rückblickend auch heute noch – völlig inakzeptabel, dass die damalige linke Senatsmehrheit

es permanent abgelehnt hat, die Universität mit einer wissenschaftsadäquaten Substruktur auszustatten. Bereits vor Beginn meiner Amtszeit hatte die Professorengruppe „Demokratische Hochschule“ im Senat einen Vorschlag unterbreitet, der die Universität in neun statt vier Fachbereiche aufgliederte und eine Reihe von Instituten oder Seminaren vorsah. Im Senat wurde dieser Vorschlag in Bausch und Bogen abgelehnt, wobei die Gegner dieser Neugliederung vor allem das Argument vorbrachten, dass nach den Vorgaben des Ministeriums in den Instituten und Seminaren die Letztentscheidung bei den Professoren liegen sollte. Im Vorfeld der Senatsberatung hatten die Fachbereiche I, II und III entschieden, sich nicht aufzuteilen, während der Fachbereich IV beschlossen hatte, für die Fächer Biologie, Chemie, Mathematik und Physik je einen Fachbereich zu bilden.

Was die Entscheidungsverfahren in den Instituten und Seminaren angeht, so hätte es durchaus die Möglichkeit gegeben, mit entsprechenden inneruniversitären Instituts- oder Seminarordnungen die Mitsprachemöglichkeiten der wissenschaftlichen, studentischen und Verwaltungsmitarbeiter zu regeln, ohne die Letztverantwortung der Professoren in wissenschaftlichen und finanziellen Fragen aufzuheben. Die Vorstellung, die Professoren aus dieser Letztverantwortung zu entlassen, die bei einigen Institutsgegnern eine Rolle gespielt haben mag, erschien mir ebenso lebensfremd wie unvereinbar mit den Amtspflichten eines Hochschullehrers.

Es war offensichtlich, dass die Mitbestimmungsregelung in den wissenschaftlichen Einrichtungen unterhalb der Fachbereichsebene den entscheidenden Grund für die Ablehnung der Neugliederung darstellten, aber ich bin den Verdacht nie losgeworden, dass sich einige

15. August 1983
Unterzeichnung eines ersten Abkommens mit einer US-amerikanischen Hochschule, der University of South Dakota.

22. November 1983
Erstmals vergibt die Universitätsgesellschaft Oldenburg (UGO) ihren 1981 gestifteten Wissenschaftspreis an den Historiker Dr. Wilhelm Norden. Der Preis ist dem Bankier und langjährigen Vorsitzenden der Gesellschaft, Gerhard Wachsmann, gewidmet.

der die gesamte Strukturreform ablehnenden Professoren in der Unübersichtlichkeit der bestehenden Großstrukturen durchaus wohlgefühlt haben. Da die Zahl der wissenschaftlichen Mitarbeiter in den nicht naturwissenschaftlichen Fachbereichen äußerst gering war, fiel es in der bestehenden Struktur nicht so auf, wenn die Professoren in den Semesterferien meist in der Universität und auch zu Hause nicht erreichbar waren. Als – wie oben erwähnt – das Fach Russisch in seiner Existenz gefährdet war, blieb der für dieses Fach zuständige Lehrende für die Universitätsleitung unerreichbar, weil er – wie sich dann herausstellte – üblicherweise mit Beginn der Semesterferien in Schweden lebte.

Anfang Dezember 1980 befasste sich der Senat der Universität erneut mit der Organisationsstruktur, nachdem eine Woche zuvor eine „gesamtuniversitäre Vollversammlung“ eine Resolution verabschiedet hatte, in der nicht nur die Teilung der Fachbereiche I und III abgelehnt, sondern auch die Rücknahme des Beschlusses zur Teilung des Fachbereichs IV gefordert wurde. Die Einladung zu einer Vollversammlung richtete sich an alle Mitglieder der Universität, zu dieser Zeit ca. 6.000 Personen, von denen natürlich nur ein sehr kleiner Teil in der Aula der Universität Platz finden konnte – also eine eher fragwürdige Form der angestrebten „demokratischen“ Willensbildung. Die Vollversammlung besaß natürlich keine Entscheidungskompetenz, bewirkte aber dennoch, dass der Fachbereich III einen zuvor gefassten Teilungsbeschluss wieder aufhob. Der Fachbereich IV blieb allerdings bei seinem Teilungsbeschluss.

Angesicht der unterschiedlichen Positionen in der universitären Diskussion sowie des drohenden Oktroi durch den Wissenschaftsminister unterbreitete die Universitätsleitung dem Senat einen Alternativvorschlag. Er sah drei mögliche Lösungen des Strukturproblems vor:

a) Beibehaltung von vier Fachbereichen mit wissenschaftlichen Einrichtungen in allen Fachbereichen;
b) Aufteilung in sechs Fachbereiche mit wissenschaftlichen Einrichtungen in allen Fachbereichen;
c) Aufteilung in zwölf Fachbereiche ohne wissenschaftliche Einrichtungen.

Der Senat lehnte diese Vorschläge ab und beschloss, dass innerhalb der bestehenden Fachbereiche die Frage der Substruktur noch einmal neu aufgenommen werden solle.

Die Reaktion des Wissenschaftsministeriums auf den Senatsbeschluss ließ nicht lange auf sich warten. Bereits wenige Wochen später wurde die Universität

per Erlass definitiv aufgefordert, die Fachbereiche I und III zu teilen. Für einen entsprechenden Beschluss des Senats setzte das Ministerium eine Frist bis zum 31. Januar. Angekündigt wurde in dem Erlass zudem, dass das Ministerium über die Fachbereichsteilung hinaus die Bildung von Instituten für erforderlich halte und diese in Angriff nehmen werde, wenn die Universität das nicht selbst entscheide.

Angesichts der Bedeutung der nun dringlich anstehenden Entscheidung lud die Universitätsleitung aufgrund eines Beschlusses im Senat für den 21. Januar zu einer Konzilssitzung in Verbindung mit einer universitären Vollversammlung ein. Nachdem ich erst drei Monate im Amt war, wollte und konnte ich mich der universitären Tradition der Vollversammlung nicht verschließen, obwohl ich als Politikwissenschaftler solche plebiszitären Formen von Entscheidungsprozessen immer schon als hochproblematisch eingeschätzt hatte. Die Veranstaltung lief denn auch schon zu Beginn völlig aus dem Ruder, als nach meiner Sitzungseröffnung eine Frauengruppe unter großem Beifall des Plenums forderte, die Tagesordnung des Konzils zugunsten einer Vollversammlung vom Tisch zu nehmen. Die Konzilssitzung war damit geplatzt, die Vollversammlung aber auch die letzte, die in meiner Amtszeit stattgefunden hat.

Dass es die linke Senatsmehrheit, wenn es ihr politisch gegen den Strich ging, mit der Eigenverantwortlichkeit der Universitätsmitglieder doch nicht so ernst meinte, wurde deutlich, als sie auf der Senatssitzung am 10. März 1981 ablehnte, die eine Woche zuvor vom Rat des Fachbereichs I mit deutlicher Mehrheit getroffene Entscheidung auf Teilung in zwei Fachbereiche, nämlich Pädagogik/Sonderpädagogik einerseits und Philosophie/Psychologie/Sportwissenschaften andererseits,

16. Februar 1984
Ablehnung der Einrichtung eines Fachbereichs Jura in Oldenburg durch den Niedersächsischen Landtag mit 85:83 Stimmen.

28. Juni 1984
Die Eröffnungsfeier für den naturwissenschaftlichen Komplex auf dem Standort Wechloy wird durch Studierende unter Führung des AStA gesprengt.

zu übernehmen. Obwohl der Fachbereichsrat seinen Beschluss damit begründet hatte, dass die Aufrechterhaltung des bestehenden Fachbereichs nicht mit der Grundordnung der Universität zu vereinbaren sei, die vorsah, dass einem Fachbereich nicht mehr als 30 Hochschullehrer angehören sollen, wurde seine Entscheidung vom Senat nicht übernommen. Wenn es politisch nicht passte, galt auch die sonst als „hoch und heilig" beschworene Grundordnung nur als ein Stück Papier und genau so wenig wie das vorher immer betonte „Prinzip", Beschlüsse der vorgeordneten Gremien zu akzeptieren. Wenige Wochen später hat dann der Wissenschaftsminister per Oktroi die Aufteilung in neun Fachbereiche verfügt.

Dasselbe Spiel wurde von den nämlichen Akteuren wiederholt, als es im Jahr 1982 um die Substruktur in den Fachbereichen in Gestalt von Instituten und Seminaren ging. Aus den Fachbereichen lagen dem Senat Ende Januar jenes Jahres bereits neun Anträge auf Institutsgründung vor. Obwohl der Sprecher der größten Professorengruppe im Senat, Professor Schulenberg, darauf hinwies, dass seine Gruppe an der Einrichtung von Instituten festhalten werde und dass den wissenschaftlichen und Verwaltungsmitarbeitern sowie den Studenten Mitsprachemöglichkeiten eingeräumt werden sollten, die das Hochschulgesetz zwar nicht vorsehe, aber auch nicht ausschließe, wurde der Antrag mit deutlicher Mehrheit abgelehnt. Wie ideologisch eingeengt der Blick auf diese Entscheidung damals war, zeigte sich noch 1984 in der Diskussion über meinen Rechenschaftsbericht über diesen Zeitabschnitt. Mein späterer Amtsnachfolger Siegfried Grubitzsch hatte damals den wesentlichen Grund für die Ablehnung von Instituten darin gesehen, „dass durch die Institute der unkontrollierten Fremdbestimmung, der Instrumentalisierung der Wissenschaft ... inneruniversitärer Vorschub geleistet würde". Die Logik dieser Argumentation erschließt sich mir auch heute noch nicht, denn wer will in einem Fachbereich ohne jede Substruktur, der mehr als 30 Hochschullehrer umfasst, noch kontrollieren, welchen Forschungsinteressen der einzelne Wissenschaftler nachgeht.

Der weitere Verlauf dieser für die Entwicklung der Universität sicher sehr wichtigen Diskussion nahm teilweise skurrile Züge an. Auf der Senatssitzung am 24. März 1982 hatten die Institutsgegner verlangt – und mit ihrer Stimmenmehrheit auch durchgesetzt – dass das Thema „Institutsanträge" als ordentlicher Tagesordnungspunkt verhandelt werden sollte. Als dann gegen 20.00 Uhr dieser Tagesordnungspunkt aufgerufen wurde, hatte aber die Mehrzahl der Institutsgegner die Sitzung bereits verlassen – ob ihnen ihr „Feierabend" wichtiger gewesen war

oder Lehrverpflichtungen anstanden, blieb im Nachhinein ungeklärt. Jedenfalls beschloss der Senat mit 4 zu 3 Stimmen, neun Institutsanträgen aus den Fachbereichen IV und V zuzustimmen. Auf Antrag der „Linken Liste“ der Professoren und wissenschaftlichen Mitarbeiter, der ÖTV sowie der studentischen Vertreter im Senat fand dann zwei Wochen später eine zehnminütige Sondersitzung des Senats statt, auf der die zuvor getroffene Senatsentscheidung mit 7 zu 5 Stimmen wieder zurückgenommen wurde. Christian Graf von Krockow, der einige Akteure noch aus seiner Zeit als Vorsitzender der Gründungskommission der Universität kannte, schrieb über die Institutsproblematik an der Universität Oldenburg in DIE ZEIT vom 23. April 1982: „Da man sich nicht einigen kann, wird das Ministerium entscheiden ... Dann wird ein großes Wehgeschrei anheben: Vergewaltigung! Doch wie das so geht, wenn Männer betroffen sind: Mancher wird heimlich genießen, was ihm angetan wird.“

Tatsächlich ließ die Reaktion des Ministeriums auf die Beschlusslage in der Universität nicht lange auf sich warten. In einem „Institutserlass“ forderte der Minister die Universität auf, bis zum 30. Juni 1982 ein Konzept für die Bildung wissenschaftlicher Einrichtungen vorzulegen, anderenfalls werde er per Oktroi Institute an der Universität bilden. Ausdrücklich stellte er in seinem Erlass fest, dass er die vorliegenden Pläne zur Institutsbildung, die teilweise auch bereits die Zustimmung der zuständigen Fachbereichsräte gefunden hatten, weitgehend teile. Unter dem Druck des angekündigten Oktrois war dann schließlich auch die Senatsmehrheit bereit, ihre ablehnende Haltung aufzugeben, zumal sie gewärtigen musste, dass bei einem Oktroi die Universität keinerlei Einfluss mehr auf die Gestaltung der Institute und insbesondere die personelle Zuordnung von

1. Oktober 1984
Die Arbeitsstelle DIALOG wird eingerichtet, um eine bessere Zusammenarbeit zwischen Universität und Wirtschaft zu ermöglicht.

19. Oktober 1984
Start des Diplom-Studiengangs Interkulturelle Pädagogik.

wissenschaftlichen Mitarbeitern gehabt hätte. Die Vertreter der Linken Liste, die sich bei der folgenden Abstimmung der Stimme enthielten und so eine Zustimmung des Senats ermöglichten, bezweifelten zwar den Wert einer liberaleren Institutsordnung, die zuvor der Senat in Form von in die Grundordnung der Universität einzufügenden Grundsätzen beschlossen hatte. Sie befanden sich aber in dem Dilemma, dass Vertreter ihrer Gruppe bereits im Fachbereich III der Gründung von mehreren Instituten zugestimmt hatten. Auf einer Sondersitzung am 23 Juni 1982 hat dann der Senat mit der Mehrheit von sechs Stimmen bei vier Gegenstimmen und drei Enthaltungen dieses schwierige und langwierige Kapitel der Universitätsentwicklung abgeschlossen.

Die Rolle Wolfgang Schulenbergs

Mit der Übernahme der Neubauten für die Bibliothek, die Sportwissenschaften und die Mensa im Oktober 1982 sowie für die Naturwissenschaften im Juni 1984 waren die äußeren, mit der Fachbereichsteilung und der Einrichtung von Instituten die inneren Voraussetzungen für eine erfolgreiche Entwicklung der Universität Oldenburg geschaffen. Mit wie vielen Mühen, mit wie vielen physischen und psychischen Belastungen dieser Entwicklungsprozess damals verbunden war, kann man sich heute wohl kaum noch vorstellen. Deshalb will ich an dieser Stelle noch eines Mannes gedenken, ohne dessen Wirken als Wissenschaftler und insbesondere als Hochschulpolitiker diese Entwicklung wohl kaum möglich gewesen wäre: Prof. Dr. Wolfgang Schulenberg (1920 – 1985).

Schulenberg kam im Oktober 1945 zum ersten Mal nach Oldenburg und besuchte bis zum September 1946 die Staatliche Pädagogische Akademie Oldenburg – die erste Lehrerbildungseinrichtung, die nach dem Krieg wieder ihre Arbeit aufnahm. Nach fünfjähriger Tätigkeit als Lehrer in Schwei am Jadebusen wurde er zunächst Assistent in Oldenburg, ging dann aber als Grimme-Stipendiat an die Universität Göttingen, um Pädagogik, Soziologie und Psychologie zu studieren. Im November 1956 promovierte er dort und kehrte im Juni 1957 wieder als Dozent an die Pädagogische Hochschule nach Oldenburg zurück, wo er im Mai 1961 zum Professor für Soziologie ernannt wurde. Von April 1969 bis März 1971 war er Gründungsrektor der aus acht pädagogischen Hochschulen gebildeten Pädagogischen Hochschule Niedersachsen. Mehrere Rufe auf

Lehrstühle, u. a. an die Freie Universität Berlin sowie an die Universitäten Hannover und Münster, lehnte er ab. Er blieb in Oldenburg und hat einen außergewöhnlich großen Teil seines wissenschaftlichen und hochschulpolitischen Engagements in den Dienst der Universität gestellt.

Für mich als Neuling in diesem sehr besonderen hochschulpolitischen Kosmos war Schulenberg als der Sprecher der größten Professorengruppe im Senat der Universität insbesondere in den Anfangsjahren ein zuverlässiger Gesprächspartner, der immer offen für die argumentative Klärung einer Situation war – auch dann, wenn wir unterschiedlicher Meinung waren. Er war daher häufig mein Gesprächspartner, wenn es um wichtige universitäre Entscheidungen ging. Dabei ging er wie selbstverständlich davon aus, dass der Präsident stets ansprechbar sein sollte. Ich erinnere mich an eine Besprechung zu Beginn meiner Amtszeit als Präsident, die auch um 20 Uhr noch andauerte, obwohl es mein Geburtstag war, bei mir zuhause bereits zahlreiche Gäste auf mich warteten und meine Frau besorgt bei mir anrief, wann ich denn wohl erscheinen würde. Es ging bei dem Gespräch – wie so häufig in dieser Zeit – um die innere Entwicklung der Universität.

Wer immer sich auf ein politisches Feld begibt, gleich welcher Art, ist dabei – da Politik immer mit Wertsetzungen zu tun hat – stets persönlichen Vorwürfen, Missverständnissen und auch Anfeindungen ausgesetzt, und zwar umso mehr, je beharrlicher er ein als richtig erkanntes Ziel verfolgt. Das gilt auch für den hochschulpolitischen Zusammenhang. In dem oben dargestellten inneruniversitären Strukturierungsprozess war Schulenberg unbeugsam, aber er besaß auch die Fähigkeit, selbst bei harter Konfrontation in einer Frage, in der er selbst hoch engagiert war, die sich

17. März 1985
Erstmalige Beteiligung an der Hannover-Messe mit der Präsentation von Forschungen im Bereich „Erneuerbare Energiequellen“.

22. Oktober 1985
Aufnahme des Studienbetriebs im Fach Informatik mit sechzig Studierenden. Noch im selben Jahr Gründung des Fachbereichs 10 Informatik; Gründungsdekan: Prof. Dr. Volker Claus.

dabei oft einstellende Komik der Situation sichtbar zu machen – nicht eben selten mit einem kräftigen Schuss Selbstironie. Diese Fähigkeit bewahrte häufig die Auseinandersetzungen vor der Gefahr einer Verbissenheit, die nur zu Verwundungen führt, und trug ihm viel Anerkennung und Zustimmung ein – sicher auch den Respekt seiner Gegenspieler. Nicht nur in der Universität, auch für die Repräsentanten der Stadt und der Region war Schulenberg stets ein wichtiger und verlässlicher Gesprächspartner. Die Stadt Oldenburg verlieh ihm daher zu seinem 65. Geburtstag am 11. Juni 1985, den er leider nur um wenige Tage überlebte, das große Stadtsiegel. Damit hat sie eine Lebensleistung gewürdigt, ohne die die Universität Oldenburg wohl nicht den wissenschaftlichen Status und das Ansehen erreicht hätte, das sie heute genießt.

Am Ende dankbar für eine Niederlage

Am 11. Juni 1986 erhielt ich gegen Mittag einen Anruf vom Präsidialassistenten, der die an diesem Morgen laufende Präsidentenwahl in der Aula der Universität vor Ort verfolgte: „Es hat leider nicht gereicht. Daxner ist gewählt.“ Ich hatte damit gerechnet, dass es eng werden würde, da Michael Daxner ein Konkurrent mit einer großen Erfahrung im Hochschulmanagement war und in seinen hochschulpolitischen Positionen der eher links ausgerichteten Konzilsmehrheit sicher näher stand als ich. Gleichwohl hat mich der für mich negative Wahlausgang sehr getroffen, einerseits als persönliche Niederlage, andererseits aber auch im Blick auf meine Familie, für die damit eine Zeit der Ungewissheit in Bezug auf die Fortführung bestehender Lebenszusammenhänge anbrach. Das Land Niedersachsen war zwar gesetzlich verpflichtet, mir eine meiner früheren Funktion als Institutsleiter vergleichbare Position anzubieten, aber ein erneuter Ortswechsel war damit keineswegs ausgeschlossen. Ich hatte leider versäumt, meine Verhandlungsposition gegenüber dem Land dadurch zu stärken, dass ich die Nachfrage der Fernuniversität Hagen (kurz nach Beginn meiner Amtszeit als Präsident), ob ich meine Bewerbung auf einen Lehrstuhl für Politikwissenschaft aufrecht erhalten würde, positiv beantwortete. Bei einer Ruferteilung hätte ich mit der Landesregierung bereits damals eine Regelung für den Fall meiner Nichtwiederwahl aushandeln können. Zunächst aber war ich vollauf damit beschäftigt, in der Stadt und in der Region die Wogen zu glätten, die die Wahl Michael Daxners verursacht hatte. Er war im

Herbst 1980 vom Konvent der Gesamthochschule Kassel mit großer Mehrheit zum Präsidenten gewählt, aber dann vom hessischen Wissenschaftsminister Krollmann (SPD) aus politischen Gründen nicht ernannt worden. In allen lokalen und regionalen Presseberichten über die Wahl wurde dieser ungewöhnliche Vorgang in Erinnerung gerufen. Unter Berufung auf diesen Vorgang ist dann auch in Oldenburg versucht worden, die Landesregierung zu bewegen, Michael Daxner nicht zu ernennen, obwohl Wissenschaftsminister Cassens bereits im Vorfeld der Wahl erklärt hatte, dass er gegen eine Wahl Daxners keine Bedenken habe. Ich hatte Michael Daxner in der öffentlichen Anhörung in der Universität und auch im persönlichen Gespräch als ebenso kompetent wie gesprächsbereit im Hinblick auf die Weiterentwicklung der Universität erlebt und teilte die öffentlich geäußerten Bedenken ihm gegenüber nicht.

In Kenntnis der besonderen politischen Diskussion und des – nach wie vor nicht einfachen – Verhältnisses der Universität zu einigen Entscheidungsträgern in der Stadt und der Region versuchte ich daher in vielen Gesprächen mit gesellschaftlichen und politischen Amtsträgern, die öffentlich kursierenden Bedenken zu zerstreuen und habe mich um eine vorbehaltlose Akzeptanz der Konzilsentscheidung bemüht. Michael Daxner bot ich sehr bald nach der Wahl an, ihn bei seinen Antrittsbesuchen bei den Entscheidungsträgern zu begleiten, um insoweit seinen Einstieg in Oldenburg zu erleichtern. Er nahm dieses Angebot ohne Zögern an, und dieses Vorgehen hat dann auch die Situation rasch entkrampft.

Was meine persönliche Situation und Befindlichkeit anging, so ist mir die Akzeptanz der Niederlage dadurch erleichtert worden, dass sowohl in den Kommentaren der lokalen und regionalen Presse als auch

16. Juni 1986
Knapper Wahlsieg des Osnabrücker Sozialwissenschaftlers Prof. Dr. Michael Daxner über Prof. Dr. Horst Zillessen um das Präsidentenamt.

in vielen Schreiben von Mitgliedern der Universität sowie von zahlreichen Kollegen aus der Westdeutschen Rektorenkonferenz meine Arbeit für die Universität sehr positiv bewertet worden ist. Was meine berufliche Zukunft anging, so hatte ich sehr bald damit begonnen, mich nach einem anderen, auch außeruniversitären Betätigungsfeld umzusehen und bereits erste Gespräche geführt. Insbesondere von den Repräsentanten der Wirtschaft, des DGB und der IHK, aber auch von Mitgliedern der Universität bin ich dann gebeten worden, an der Universität zu bleiben. Im Hinblick auf meine Familie und auch aufgrund meiner Neigung zu wissenschaftlicher Arbeit erschien mir das als die beste Lösung. Ich nahm deshalb das Angebot einer Professur mit dem Schwerpunkt „Umweltpolitik und Umweltplanung“ gern an.

Da eine weitere personelle Ausstattung der Professur – wie an der Universität in den nichtnaturwissenschaftlichen Bereichen üblich – nicht möglich war, bemühte ich mich sogleich um eine außeruniversitäre Forschungsförderung, um eine wissenschaftliche Mitarbeiterin einstellen zu können. Bereits ein Jahr nach dem Wiedereinstieg in die Wissenschaft reichte ich bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) einen Antrag auf Forschungsförderung ein, der dann auch genehmigt wurde. Aus diesen ersten Kontakten mit der DFG entwickelte sich später eine engere Zusammenarbeit mit fünf Kollegen aus anderen Universitäten. Gemeinsam entwickelten wir dann den DFG-Forschungsschwerpunkt „Mensch und globale Umweltveränderungen“, an dem schließlich im interdisziplinären Verbund mehr als dreißig Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus der Bundesrepublik beteiligt waren.

Eine entscheidende Weichenstellung für meine weitere Arbeit – über den späteren Ruhestand hinaus – ergab sich aus dem ersten Forschungssemester, das ich von August 1990 bis Februar 1991 auf Einladung von Prof. Rich Collins, Institute for Environmental Negotiation, an der Universität von Virginia in Charlottesville, USA, verbringen konnte. Hier sowie bei Prof. Lawrence E. Susskind, Massachusetts Institute of Technology (MIT), Boston, lernte ich im Zusammenhang von Untersuchungen über umweltpolitische Entscheidungsverfahren eine neue Form der Konfliktbearbeitung kennen: die Mediation. Damals war das noch ein völlig unbekanntes Feld, und so lag es für mich nahe, mit dem in den USA erworbenen Know-how so bald wie möglich auf den „Markt“ zu gehen. Im Jahr 1992 gründete ich – mit Zustimmung des Wissenschaftsministers – an der Universität das An-Institut „MEDIATOR – Zentrum für Umweltkonfliktforschung und -management“

als Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR). 1993 wurde daraus eine GmbH, die 2008 als MEDIATOR GmbH nach Berlin umzog.

Meine Arbeit als Mediator geht auch heute noch weiter, in der konkreten Praxis zur Zeit vor allem im Auftrag der Landesregierung von Vorarlberg in Österreich, in der Ausbildung im Auftrag der Universitäten Linz, Oldenburg, St Gallen und der Fachhochschule Nordwestschweiz sowie einer Reihe weiterer Organisationen in Deutschland und Österreich. Rückblickend auf meine Niederlage bei der Präsidentenwahl im Juni 1986 kann ich also nur noch einmal bestätigen, was die Nordwest-Zeitung in ihrem Beitrag über meine Verabschiedung von der Universität im April 2002 als Überschrift gewählt hat: „Am Ende dankbar für die Niederlage."

1. September 1986
Das Wolfgang-Schulenberg-Institut für Bildungsforschung und Erwachsenenbildung, benannt nach dem 1985 verstorbenen Oldenburger Bildungsforscher – einem der Pioniere der Universitätsgründung, nimmt seine Arbeit auf. 1999 wird es An-Institut der Universität.

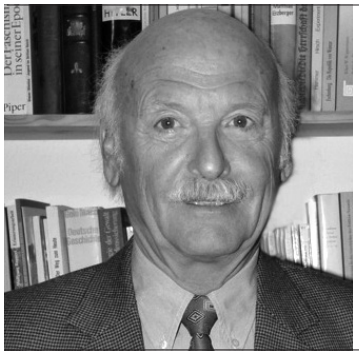
Universitätsleitung 1980 – 1986

Präsident
Dr. Horst Zillessen

Vizepräsidenten (VP)

Prof. Dr. Hans-Dietrich Raapke	1. VP (1980–1982)
Prof. Dr. Peter Köll	2. VP (1980–1982)
Prof. Dr. Horst Kurt Schminke	1. VP (1982–1984)
Prof. Dr. Peter Gorny	2. VP (1982–1984)
Prof. Dr. Hans-Jörg Wolff	1. VP (1984–1986)
Prof. Dr. Volker Mellert	2. VP (1984–1986)

Kanzler Jürgen Lüthje



Horst Zillessen

Prof. Dr. Horst Zillessen, 1938 im Rheinland geboren und aufgewachsen, wurde nach dem Studium der Wirtschaftswissenschaften und der Politikwissenschaft und nach der Promotion an der Universität zu Köln 1970 Leiter des Sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD in Bochum, wo er sich mit umweltpolitischen Fragestellungen beschäftigte. In diesem Bereich machte er sich auch als Gründungsvorsitzender des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) und als Vorstandsmitglied der Deutschen Umweltaktion in den 1970er Jahren einen Namen. Nach seiner Amtszeit als Präsident der Universität Oldenburg (1980-1986) wurde er Professor im Bereich der Sozialwissenschaften mit dem Schwerpunkt Umweltpolitik. Aus den Erfahrungen mit umweltpolitischen Entscheidungsprozessen leitete sich dann sein Interesse für die Mediation ab, die er in Forschungsaufenthalten an der University of Virginia (USA) erkundete und nach Deutschland brachte. 1992 gründete er als erstes An-Institut der Universität Oldenburg das MEDIATOR-Zentrum für Umweltkonfliktforschung und -management, das – heute als MEDIATOR GmbH mit Sitz in Berlin (www.mediatorgmbh.de) – in großen Umweltprojekten aktiv ist. Horst Zillessen sorgte auch dafür, dass die Universität Oldenburg eine der ersten war, die die Mediation in ihr Weiterbildungsprogramm aufnahm.

Ossietzky-Tage 1988: Der Autor mit Willy Brandt und dem damaligen Oberbürgermeister Horst Milde.

Michael Daxner

Mehr Lust als Last

1986–1998

Denken ist öffentliche Arbeit.
Peter Brückner

Der Abstand zu meinem Abschied 1998 ist genau so lang wie die Dauer meiner Präsidentschaft: zwölf Jahre. Die Erinnerung ist mittlerweile überbaut von wichtigen Jahren und Erfahrungen jüngeren Datums: War ich vor meiner Zeit in Oldenburg stabil – 13 Jahre Osnabrück, davor vier Jahre Wiener Ministerium – wurde mein Leben nach 1998 in kurzen Abständen immer wieder neu orientiert – tatsächlich wurde es, denn nur in begrenztem Maße habe ich es umorientiert. So frei sind wir in unseren Entscheidungen nun auch wieder nicht. Nach Oldenburg lauteten die Stationen Kosovo, Wien, Afghanistan, Berlin.

Vor Oldenburg war alles Wissenschaftliche, das ich anfasste, irgendwie mit Hochschule und Hochschulpolitik verbunden: Hochschuldidaktik, Prüfungsforschung, Wissenschaftssoziologie und -geschichte, Exilforschung, Gesetzeskommentierung, BaföG, Hochschulsozialisation. Das bereitete mich auf mein Präsi-

dentenamt vor und entfernte mich zugleich immer weiter von der Pädagogik – stärker wohl als meinen prominenten Kollegen Dieter Lenzen, der 2010 von Berlin an die Universität Hamburg wechselte, um dort der zweite Nachfolger des früheren Oldenburger Kanzlers und Beinahe-Präsidenten der Universität Oldenburg, Jürgen Lüthje, zu werden. Diese Entfernung von der Pädagogik – Hilbert Meyer, wohl eine der berühmtesten Oldenburger Koryphäen und ein sehr befreundeter Kollege, hatte gar einen anti-pädagogischen Affekt bei mir geortet – ist folgerichtig und wichtig gewesen: Zur Sozialwissenschaft habe ich mich zugehörig gewusst, und die Schritte von der Hochschulsoziologie zur Wissenschaftssoziologie, von dieser zu den jüdischen Studien und zur politischen Soziologie, zur Konfliktforschung und -anthropologie bis hin zu den politischen Wissenschaften in Berlin waren nur folgerichtig. Dazu hat die Präsidentschaft in Oldenburg maßgeblich beigetragen.

Ich habe regelmäßig und ziemlich sorgfältig alle Stadien meines erwachsenen Lebens aufgeschrieben, allerdings nicht meine Befindlichkeiten im Vordergrund, sondern was ich getan habe und in welchem Umfeld ich gehandelt habe. Als Präsident der Universität Oldenburg – die lange vor ihrer Namensgebung in Carl von Ossietzky Universität so hieß – habe ich das Konzil und die Oldenburger Öffentlichkeit mit langen Berichten und Reflexionen über die Institution und meine Tätigkeit versorgt. Manche fühlten sich genervt, und doch waren die Konzilsberichte ein Mittel demokratischer Kommunikation, das nach meiner Amtszeit in Vergessenheit geriet. Außerdem gab es auch von Gesetzes wegen kein Konzil mehr, und die Universität meinte, auf diese Transparenz verzichten zu können.

Ich stelle dies an den Anfang, weil ich eines deutlich machen will: Ich werde nicht nur über Erfolge und Entwicklungen, sondern auch über Rückschläge und Fehler schreiben, auch über Missgriffe und falsche Einschätzungen, die ich mir anlaste. Aber eines habe ich durchgehalten: Ich habe die Universität nie über meine Pläne, Ansichten und Positionen im Unklaren gelassen. Jeder konnte hören und lesen, was der Präsident tat. Nicht immer, was er sich dabei dachte.

Ich will hier keine Chronologie meiner Amtszeit vorlegen. Alle Daten und Entwicklungsstufen sind dokumentiert: durch die Pressestelle (die einer der Herausgeber dieses Buches, Gerhard Harms, vor, mit und nach mir geleitet hat), durch die offiziellen Verlautbarungen und schließlich durch das Presse- und Medienecho, die politischen und kulturellen Kommentare. Ich versuche, so weit es geht, ohne mein Archiv und meine Aufzeichnungen auszukommen. Was ich dem

Gedächtnis entreiße, wird Auskunft über mich, aber mehr noch über die Universität, über ihr gesellschaftliches Umfeld geben. Der Abstand zu den zwölf Jahren erlaubt mir, Namen und Organisationen ohne Zorn und Eifer zu nennen, wo dies angebracht ist. Und es ist ohnedies klar: Oft sage ich „ich“, wenn ich „wir“ meine, aber nur mich als konkreten Akteur darstellen will, und oft sage ich „wir“, wenn eigentlich ich der Antrieb und Autor einer Entwicklung war – nicht aus Bescheidenheit, sondern in dem Sinn, wie eine Handlung gedacht und geplant war.

Präsidentenstufen

Ich wurde Präsident in Oldenburg, weil ich 1979 in Kassel gescheitert war. Gegen Ernst Ulrich von Weizsäcker wurde ich mit 58 gegen 19 Stimmen dort gewählt, trotz der Fragen einer aufgebrachten Professorin nach meinem Geschlechtsleben (die Kollegin wollte das wissen, weil Weizsäcker von Studierenden auch danach gefragt worden war) und natürlich nach meinen politischen Ansichten. Der hessische Wissenschaftsminister, dem ich seinen Kandidaten und seine Hochschule wegzunehmen drohte, hatte mich nicht ernannt, und ich erkannte, dass ein Rückzug der Universität Kassel mehr nutzen sollte als ein sicher gewinnträchtiger Prozess am Verwaltungsgericht. Anlässlich meiner Kasseler Wahl hatte ich eine Latzhose (zu klein), symbolträchtig in rosa, geschenkt bekommen. Nach meiner Wahl im Mai 1986 in Oldenburg war ich für die, die mich lieber nicht hier gehabt hätten, der „Latzhosenpräsident“.

Aber ich hatte die Zeit nach meiner Kasseler Niederlage genutzt: Ich hatte viele Fehler bei meiner Bewerbung und meinem Programm gemacht, vor allem

Amtszeit
Prof. Dr. Michael Daxner

1. Oktober 1986
Prof. Dr. Michael Daxner tritt seine zwölfjährige Amtszeit an.

10. Dezember 1986
Verabschiedung der „Richtlinien zur Erhöhung des Anteils der Frauen im Wissenschaftsbereich“.

22. September 1987
Kooperationsvertrag mit der Towson State University (Maryland, USA), mit der sich eine besonders intensive Zusammenarbeit entwickelt.

19. Oktober 1987
Eröffnung des englischsprachigen Studiengangs „Renewable Energies“, der sich vornehmlich an Naturwissenschaftler und Ingenieure der Dritten Welt richtet.

potenzielle Bündnispartner dadurch verschreckt, dass ich das Programm vorgeben wollte, das sich die Universität Kassel doch selbst auch so gegeben hätte. Es ging um Kernkraft-Gegnerschaft und Verfahrensweisen der DFG, die damals Kassel nicht aufnehmen wollte. Als ich Jahre später bei der DFG für Kassel stimmte, war Oldenburg schon am Abschluss meiner ersten Amtszeit Mitglied. Und Ernst-Ulrich von Weizsäcker, der später das Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie leiten sollte, so wie heute Uwe Schneidewind, hatte mir gedankt, dass ich ihm den Weg zu einer für ihn erfreulichen alternativen Karriere mitgeebnet hatte.

So locker sah ich das eigentlich nicht, aber ich hatte in Osnabrück als junger Professor und Dekan unter einem der besten Rektoren bzw. Präsidenten, die eine deutsche Universität nach 1945 je hatte, gelernt: bei Manfred Horstmann, Rektor und Präsident der Universität Osnabrück. Er war Freund und Lehrer, vor allem war er ungeteilt in der Loyalität zu seiner Hochschule, die ihm mehr war als die Versammlung von Professuren, Instituten, Disziplinen. Nach 1986 durfte ich noch einige Jahre mit ihm als Präsident der Nachbaruniversität zusammenarbeiten, eine für Niedersachsen und beide Neugründungen sicher gedeihliche Kooperation, die durch seinen frühen Tod abgerissen ist.

Ein paar Tage nach dem Unfall von Tschernobyl sprach ich bei einer Bewerbungsrede um das Oldenburger Präsidentenamt in Wechloy zu Naturwissenschaftlern. Die waren skeptisch und nicht angetan von vielem, was ich sagte, aber mein Einsatz für den Erhalt der Strahlenmessstelle sollte mir Vertrauen schaffen (das hat später zu unserer noblen Partnerschaft mit der russischen Universität Novosibirsk beigetragen, die einen Partner aus dem Bereich der alternativen Energien suchte und viele Partner in Oldenburg fand). Auch war wichtig, dass ich mit Klaus Jaeckel im Fachbereich Physik einen langjährigen, auch zu früh verstorbenen, Freund und Berater hatte, der wie kein anderer für meine Kandidatur arbeitete und mich nach meiner Wahl oft schon um 7 Uhr früh anrief, um mir sein Missfallen oder auch Gefallen an meinen Taten zum Ausdruck zu bringen. Nach meiner mündlichen Vorstellung vor dem Konzil war ich erschöpft. Ich hatte verstanden, dass Oldenburg schwierig war und bleiben würde, dass die Bruchlinien zwischen Politik und Wissenschaft, zwischen Anerkennung von Leistungen und persönlichen Schicksalen bzw. Netzwerken, auch zwischen der Universität und der Stadt bzw. der norddeutschen Tiefebene, noch komplexer als anderswo verlaufen würden. Die Oldenburgische Landschaft, die zur Aufgabe hat, Kultur, Wissenschaft und Naturschutz im ehemaligen Land Oldenburg zu fördern, wollte mir schon bald Curricula vorschreiben.

Als ich aber dann im fünften Wahlgang mit einer Stimme Mehrheit gegen den Amtsinhaber Horst Zillessen gewählt war, wurde vieles leichter als erwartet: Der Minister hatte mit meiner Ernennung keine Probleme, obwohl ein paar besonders „demokratische Hochschullehrer“ und ein Vechtaer Abgeordneter das rechtswidrig verhindern wollten. Ich konnte Johann-Tönjes Cassens seine Loyalität zurückgeben, ohne ihm jemals politisch näher zu kommen. Auch gab mir Rainer Rheude schon ein paar Tage nach der Wahl, als ich mich von einer kleinen Operation erholte, die just zum Wahlzeitpunkt stattfand, einen Vorgeschmack auf kritischen, solidarischen und sensiblen Regionaljournalismus: Ich preise ihn im Nachhinein, obwohl er mich manchmal bis an die Grenze brachte. Er führte eine kleine Gruppe von Journalisten an, die nicht schon über mich herfielen, bevor ich etwas getan hatte. Für die anderen reichte schon der Latzhosen-Österreicher. Ich hörte auch gleich vom Regierungspräsidenten den Hitler-Beethoven-Witz (Hitler war ein Deutscher und Beethoven ein Österreicher), deutliche Worte auch über meine Wirtschaftsfeindlichkeit vom Geschäftsführer der Handelskammer, über die Reserven der Professoren, die mich verhindern und die, die mich vereinnahmen wollten. Gut, dass ich mich erst vom Krankenhaus erholen konnte und im Sommer 1986 vor meinem Amtsantritt in den USA den Grundstock für langjährige USA-Partnerschaften legen konnte – auf einer Forschungsreise mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. Aus der Kooperationsstelle mit den Gewerkschaften sind vor mir und mit mir einige spannende Projekte und eine veritable hochkarätige Bundestagsabgeordnete, Thea Dückert, hervorgegangen, die heute an der Universität lehrt – im Jean-Monnet-Center.

1. April 1988
Beginn der Forschungsarbeiten an der kritischen Gesamtausgabe der Werke Carl von Ossietzkys mit Förderung durch die DFG.

7. Mai 1988
Willy Brandt spricht im Rahmen der Ossietzky-Tage über Carl von Ossietzky und setzt sich für die Namensgebung der Universität ein. An der fünftägigen Veranstaltung nehmen u.a. auch Robert Jungk, Lew Kopelew, Ossip Flechtheim und Erich Fried teil.

25. Mai 1989
Kooperationsvertrag mit der sowjetischen Eliteuniversität Novosibirsk, die der Vorsitzende der Tschernobyl-Kommission, Prof. Dr. Valerij Legassow, nach seinem Besuch in Oldenburg vermittelt, um sowjetische Universitäten für die Umwelt- und Energieforschung zu gewinnen.

Da ich nun nicht mehr aus privaten Gründen nach Oldenburg pendeln musste, konnte ich übersiedeln, blieb dem Dobben-Stadtviertel zwölf Jahre lang treu, zunächst auch als Nachbar eines der wichtigsten Kollegen in der Innenstruktur dieser Universität, Christian Leszczinksi von der Psychosozialen Beratungsstelle – auch er ein früh verstorbener Freund. Das kann ich meinem Rückblick nicht ersparen: Die Namen oder das Gedächtnis sehr vieler mir nahe stehender Freunde und Kollegen, von denen ich durch Amt und Lebensführung weiter getrennt war, als es der Freundschaft oft gut tat, die aber umgekehrt mehr als nur kollegiale Begleitung waren. Neben Klaus Jäckel, dem eigentlichen Initiator meiner Bewerbung, waren es der Physiker Ulrich Radek, der Auslandsamtsleiter Johannes Buchrucker und viele andere, die während meiner Amtszeit gestorben sind und die diese „enge Trennung" von persönlicher und öffentlicher Kommunikation auch zu einer Aufgabe, nicht nur zur genossenen Freundschaft gemacht haben. Am deutlichsten wurde dies bei meinem Freund und Vorbild Manfred Horstmann. Ich nenne solche Namen auch deshalb, weil sich die Beziehung des Präsidenten zu seinem beruflichen Umfeld vielen und oft nicht erklärbaren Deutungen ausgesetzt sah, die dann doch wieder Teile der Hochschulpolitik wurden und nicht selten ein Eigenleben führten. Wichtig zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang mein erster Vizepräsident Herbert Uppendahl, mit dem mich während seiner Amtszeit wenig verband, der mir aber in der Zeit seiner letzten Krankheit zu einem Freund werden sollte.

Der Anfang meiner Amtszeit war objektiv schwieriger als ich mir lange Zeit eingestanden hatte. Ich schob alles auf die Erfahrungen, die ich wohl machen musste, und lernte erst allmählich die Oldenburger Besonderheiten kennen, die vielleicht nicht typisch für alle Universitäten, auch nicht für alle Neugründungen, waren. Wo kommt es schon vor, dass der neue Präsident von Vertretern des Mittelbaus vor der öffentlichen Drittmittelforschung gewarnt wurde („Wir machen das hier nicht so!"), während die gleiche Gruppe ihre Forschungsfreisemester zu verteidigen suchte – wegen der prinzipiellen Gleichheit mit den Professoren. Das erste Prinzip fand ich eher komisch, das zweite grundsätzlich nicht falsch. Allerdings musste ich die Freisemester doch schnell suspendieren (übrigens verwandelten sich viele Mittelbauangehörige, die den Professorentitel erhielten, sehr schnell ins Professorale).

Das größte Problem war, dass die Universität in zwei Lager zerfallen war, die sich mit Wagenburgmentalität gegeneinander abgrenzten. Konflikte wurden auf

der Ebene von „Affären“ ausgetragen. Die Spitzelaffäre, die Rechtsradikalismusaffäre, der feministische Bildersturm gegen Grafiken von Wunderlich im Senatssaal … alles Affären, die die Arbeit der meisten Universitätsangehörigen nicht beeinflussten, aber doch gestört haben; und die Außenwirkung war auch nicht erfreulich. Dort hatte ich einige höchst prosaische Felder zu beackern. In Oldenburg hieß es: Klinken putzen und Kontakte zu allen Gruppen der lokalen Gesellschaft knüpfen, wobei ich feststellen musste, dass die meisten ihre Bedeutung für die Universität überschätzten und unsere Bedeutung für sie unterschätzten. Aber die Psychologie spielte auch hier eine große Rolle. Ich tanzte auf dem schmalen Grat, Regionalität zu fordern und Provinzialität zu vermeiden, aber natürlich war und ist Oldenburg provinzieller als der Stadt gut tut.

Wer das nicht gerne liest, den erinnere ich an die jahrelangen Bemühungen um den Wissenschaftspark in Wechloy oder jene zwei Schlüsselerlebnisse, die mich endgültig auf die internationale und nicht die lokale Karte haben setzen lassen. Es sollte mein erster Wirtschaftscoup werden: Eine erstklassige Arbeitsgruppe in der Biologie forschte auf dem Gebiet der Großpilzzucht. Wir suchten und fanden den geeigneten regionalen Champignonzüchter. Der wollte aber keine fünf Jahre warten, bis seine Investitionen sich rechneten. Heute produziert unter anderem Ungarn essbare Großpilze, der Oldenburger Unternehmer ist längst Pleite gegangen. Das andere Erlebnis brachte der Universität relativ schnell Statusgewinne: Die Wirtschaft – Arbeitgeber, der IHK-Hauptgeschäftsführer, eben die meisten lokalen Unternehmer – bemängelten unsere Schwäche in der Ausbildung lokal erwünschter Professionen und insgesamt unseren unproduktiven Charakter (Soziologen und Lehrer kosten Geld, bringen nichts). Ich

30. Mai 1989
Grünes Licht für den Ausbau der Meeresforschung in Oldenburg durch die Landesregierung und damit für das Institut für Chemie und Biologie des Meeres (ICBM). Bis 1994 werden 40 Millionen D-Mark in die bauliche und apparative Ausstattung investiert.

1. Oktober 1989
Prof. Dr. Hans-Joachim Schellnhuber, heute Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung und Mitglied des Weltklimarats, lehnt eine Berufung als Direktor des Physikalischen Instituts der Großforschungseinrichtung Geesthacht ab und sagt über die Universität Oldenburg: „Was diese Universität einst stigmatisiert hat, stellt sich immer mehr als sehr zukunftsträchtiges Kapitel heraus: die frühe und dezidierte Auseinandersetzung mit ökologischen Fragestellungen.“

rechnete ihnen vor, wie viel an konsumtiven Ausgaben – vom Wohnungsmarkt bis zur Gastronomie – wir in Stadt und Umland ließen, und drohte, wir würden einmal unseren Bedarf in Bremen decken. Das Klima wurde besser.

Es gab in Sachen Wirtschaft aber auch eine andere Seite – zwei Ausnahmeerscheinungen, denen ich viel zu verdanken habe: Christopher Pleister und Peter Waskönig. Christopher Pleister, Direktor der Raiffeisenbank, der später im Vorstand der DZ-Bank landete, wurde Vorsitzender der Universitätsgesellschaft. Er war jung, für Oldenburg ähnlich zu jung wie ich, musisch, weltläufig, witzig. Wir wollten werben für eine Uni, die sich anschickte gut zu werden. Ich erinnere mich, dass wir im Café des Casablanca-Kinos volkstümliche Vorlesungen (ich: „Vom Zwerge“ und „Vom Wesen“) und Musik (er: Wagner, Jazz, Impromptus) zum Besten gaben, natürlich ein Nebenschauplatz: Aber man erkannte an, dass ich mich „um die Stadt bemühte“ (ein paar Muffel in der Universität nahmen es mir übel: es wäre doch nicht seriös gewesen, was wir taten). Ernst nahm man uns, als ich mit den Schecks fürs Gästehaus ankam, und wir ein Prachtstück von Gästedomizil am Sportgelände in Wechloy errichten konnten (ein Hotel durfte ich später an der Kreuzung Uhlhornsweg nicht bauen, da war die Konkurrenz der städtischen Hotellerie vor – lange Zeit ein Handicap für Kongresse).

Peter Waskönig, ehemaliger Präsident der Oldenburger Industrie- und Handelskammer, Unternehmer aus dem Saterland und später Ehrendoktor der Universität, dem wir unter anderem das Technologiezentrum Oldenburg (TGO) verdanken, war und ist ein Freund, beständig und mit der langen Dauer, die Hannah Arendt für Freundschaft fordert. Allerdings mussten wir uns gegenseitig trauen lernen. Aber dann waren wir ein Gespann, das sich für beides einsetzen konnte: Lokalität und Weltläufigkeit. Ein Unternehmer steht natürlich für die „Wirtschaft“. Dass die lang dauernde Beziehung der Universität mit ihrer, erstmals bundesweit eingerichteten, Kooperationsstelle mit dem DGB auch für die „Wirtschaft“ steht, dass soziale, ökonomische und kulturelle Interessen gleichermaßen nahe und distanziert zur Wissenschaft stehen müssen, um ihr Kritik und Kooperation zu erlauben, das musste erst herausgearbeitet werden. Ohne Peter Waskönig hätten wir es sehr schwer gehabt. Bis heute ist er mehr als ein großzügiger Mäzen und nimmermüder Werber für die Universität: Er lebt die Wirtschaftsethik, die andere nur predigen.

Erfolge, Misserfolge, Routine

Wann darf der Präsident „ich“ sagen, wann ist es „wir“, wann „die Universität“? Ich will hier, wie gesagt, keine Chronologie der Erfolge in meinen beiden Amtszeiten mit ein paar selbstkritischen Tupfern und Misserfolgen zu einem realistischen Bild garnieren. Es ging schon um mehr: immerhin um eine Regionaluniversität mit nachhaltiger Tiefenwirkung, um hunderte Arbeitsplätze, um einen Beitrag zur Hochschulreform, um niedersächsische Landespolitik, ein kleines Stück Weltpolitik war auch drin. Biografisch hat mich die Zeit als Präsident geprägt, ein wenig verformt, ein wenig gestützt. Ich war gern Präsident, habe auch die Macht, die mit dem Amt verbunden ist, für legitim erachtet und gesucht, die Ohnmacht verspürt (oft hilflos gegen die Schikanen bürokratischer Tradition und die Engstirnigkeit der Politik).

Ich habe versucht, Distanz zu halten zwischen meinem Amt und meinem Privatleben, so gut wie bei meinem Akzent ist das sonst nicht gelungen. Ich habe meine Wiederwahl mit Zweidrittelmehrheit genossen und auf die Kandidatur an der Humboldt-Universität schweren Herzens aus Loyalität zu Oldenburg verzichtet, ich habe keine dritte Amtszeit angestrebt und das auch gesagt, bevor es mir falsche Freunde nahe gelegt hätten. Weil ich als Hochschulwissenschaftler meine eigene Arbeit ein wenig objektiv beobachten konnte, konnte ich mich als Testversion eines neuen Typs von Hochschulleitung verstehen, als Experiment mit viel Korrekturbedarf und als Prototyp, dessen Modellversion bis heute nachwirkt, auch wenn es eher das Schicksal des Wankelmotors war, das meine Erinnerung erleidet. Genug von mir, und worin ich Horst Zillessens Abschiedsworten teilweise ähnle: Wenn er sagte: „I did it my way.“, sage ich: „We did it my way – teilweise.“

Januar 1990
Das Wochenmagazin SPIEGEL veröffentlicht erstmals in Deutschland ein Hochschulranking, in dem die Universität Oldenburg mit drei Fächern (Erziehungswissenschaften, Physik und Mathematik) unter den ersten drei rangiert. Insgesamt belegt sie Platz 20 von 51 getesteten Universitäten.

3. und 4. April 1990
Start der von Prof. Dr. Rudolf zur Lippe ins Leben gerufenen „Karl-Jaspers-Vorlesungen zu Fragen der Zeit“ mit dem indischen Philosophen Raimondo Panikkar. Gäste der bis heute existierenden Vorlesungsreihe: u.a. Carl Friedrich von Weizäcker, Lew Kopelew, Hans-Georg Gadamer, Ivan Illich, Jürgen Habermas, Willard V. O. Quine.

Misserfolge

Misserfolge sind keine Zufälle, die einen wohldurchdachten Plan durcheinander bringen. Sie haben etwas mit falschen Planungen oder dem Fehlen von Verbündeten oder mit ausbleibendem Glück zu tun. Oder sie sind die Erfolge von anderen, die die eigenen Pläne zu durchkreuzen suchen. Oft merken andere gar nicht, wie tief sie bei einem selbst wirken. Ich bin ganz gut im Verdrängen von Misserfolgen, aber einige erinnere ich bis heute – und ärgere mich. Ich beschreibe einige der Misserfolge, die meine Erinnerung an die Präsidentenzeit stark prägen.

Universitätsstruktur: Ich hatte mir nicht nur vorgenommen, Präsident für die ganze Universität zu sein, die meiste Zeit über war ich das auch. Ich hatte also keine spezielle Klientel, und für eine so genannte Hausmacht ist die Universität die falsche Institution. Ich wollte den „Laden" nach vorne bringen und ihm sein eigenständiges Gesicht erhalten, ohne ihn deshalb ineffektiv oder langweilig zu machen. Ich war immer ein Anhänger des Departmentsystems gewesen, und dass die Uni sich im Gegenteil dazu immer mehr in Institute und Fachbereiche aufspaltete, war nach allen Erkenntnissen der Hochschulforschung kontraproduktiv. Nun gut, ich musste experimentieren, einmal mit Fachbereichsbeamten, einmal ohne sie; einmal mit dem Versuch, starke Dekane und Dekaninnen zu fördern, einmal mit einem eher flach-hierarchischen Konzept. Bis heute ist die Handlungsfreiheit des Präsidiums gehemmt, weil zu viele Mittel dezentral budgetiert werden und man kaum Möglichkeiten hat, massiv aus der Zentrale zu fördern und zu lenken. Das hat übrigens mit mangelnder Demokratie wenig zu tun, auch Pools beim Präsidenten sind der Kontrolle unterworfen.

Außeruniversitäre Institute haben wir viel zu wenig bekommen, und wieder war es die Kommunikation in einen politischen Raum hinein, der Oldenburg einfach meinte ignorieren zu können. Das ist ein Grund, warum ich nach der Gründung von OFFIS weiter auf der Jagd nach Max-Planck- und anderen Instituten war, um die strukturellen Defizite – wir waren lange Zeit zu zersplittert für Sonderforschungsbereiche – auszugleichen. Ich weiß, dass nicht nur das Oldenburg-Stigma, sondern auch etliche Aversionen in den Großforschungseinrichtungen mir gegenüber, die ohnedies geringen Chancen, derartige Institute zu bekommen, hemmten – man kann nicht jedermanns Freund sein.

Oldenburger Flugfeld: Das Oldenburger Flugfeld hätte ich so gerne erworben, nachdem es die Bundeswehr nicht mehr wollte. Ein Bündnis aus unverständigen

Bürgern – es hätte keinen Fluglärm gegeben – und einer in diesem Punkt völlig ignoranten Stadtverwaltung hat das Projekt verhindert, und als es später der Universität angeboten wurde, war es zu spät. Der Punkt ist für sich nicht wichtig, aber ähnlich wie beim viel zu spät in Angriff genommenen Technologiepark in Wechloy, war in Oldenburg eine recht große Trägheit gegenüber dem Wirtschafts- und Arbeitsmarktfaktor Universität eine gewisse Gleichgültigkeit der „nicht betroffenen" Wissenschaftsbereiche zu spüren.

Mich nachhaltig beschädigt haben einige Personalentscheidungen, die bis heute nachwirken. Mein Anteil daran war, dass ich sie letztlich getroffen und nicht weiter Widerstand geleistet habe und mich im Falle eines Kanzlers habe täuschen lassen. Unverzeihlich, aber auch eine große Herausforderung, diese Scharte auszugleichen. Wie die Landesregierung diesen Menschen dann fortgelobt hat, war insofern eine zusätzliche Demütigung, als er an seiner neuen Stelle die gleiche Politik wie in Oldenburg machte und scheiterte. Im Nachhinein sehe ich, wie hartnäckig ich die Entscheidung hätte bekämpfen müssen, nachdem ich den Schaden erkannt hatte.

Natürlich gab es sehr viel mehr dieser Misserfolge. Aber die meisten haben keinen nachhaltigen Einfluss auf das Gesamtsystem Uni Oldenburg gehabt. Die Institution hat mir leichter verziehen als einige meiner Kollegen und manchmal ich mir selbst. Auch das sollte in diesem Zusammenhang gesagt werden: Nirgendwo habe ich die Freundschaft und Loyalität derer, die nicht meiner Meinung waren, so schätzen gelernt wie an dieser Universität.

Über die Erfolge redet man natürlich gerne. Ich teile sie auch gerne mit dem Kollektiv, das diese Universität geworden ist, und oft haben andere als ich die

20. März 1990
Ankündigung der Herausgabe einer 25-bändigen kritischen Tucholsky-Gesamtausgabe durch den Germanisten Prof. Dr. Dirk Grathoff und den Politikwissenschaftler Prof. Dr. Gerhard Kraiker, die auch zu den Herausgebern der Ossietzky-Gesamtausgabe gehören. Der letzte Band der Ausgabe erschien 2010 bei Rowohlt.

Juli 1990
Einrichtung des ersten von der DFG geförderten Graduiertenkollegs an der Universität. Thema: „Umwelt- und Ressourcenökonomik". Ihm folgen drei weitere: „Neurosensorik" (2000), „Trust Soft – Vertrauenswürdige Softwaresysteme" (2005) und „Praktiken der Subjektivierung" (2010).

Anstöße gegeben. Aber ich bestehe darauf, dass die wichtigsten Ergebnisse meiner Amtszeit sich in ein Konzept einfügen, das man heute Leadership nennt. Das Konzept beinhaltete nicht nur sehr viel mehr als Expertenwissen über Hochschulen und Wissenschaft (das die meisten Universitätspräsidenten nicht haben, wenn sie gewählt werden), sondern benötigte ein aufwändig gepflegtes Netzwerk mit sozialem Kapital an einer Schlüsselstelle und erstklassigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in wichtigen Positionen. Es musste Vertrauen wecken und damit fundierte Zukunftserwartungen einlösen. Ich lasse persönliche Dispositionen, meine Konfliktfähigkeit, meine Rhetorik und anderes weg, weil ich mich gerade auf sie nicht reduzieren lassen möchte. Natürlich hat mir die Anerkennung für meine Zukunftsüberlegungen gut getan, aber zugleich war ich es leid, dass ich sie oft viel stärker von außerhalb der Universität als aus ihr bekommen hatte.

Der Tiefpunkt für mich war die Wahl eines Vizepräsidenten als „institutionalisierte Opposition“ (ein Kollege nannte das so) kurz nach meiner Wiederwahl. Man wollte dem „starken“ Präsidenten Fesseln anlegen. Auch das blieb Episode. Aber viel von meiner draufgängerischen Unbefangenheit gegenüber den Universitätsmitgliedern wurde damals zerstört – nicht zuletzt durch die bereits genannten Affären. Es gab immer Universitätsmitglieder, die sich auf alles stürzten, was sich zur Opposition als Prinzip anbot – und es gab, rechts wie links, professoral, studentisch oder dienstleistend wenig „corporate Identity“, sondern oft viel Kleinkariertes. Da ist die Uni Oldenburg sicher kein Unikat (als mein Freund Dirk Grathoff hier einmal die Fabel vom Magen und den Gliedern des Menenius Agrippa im Senat anbot, wurde er heftig kritisiert). Aber manchmal fühlte ich mich als das Kraftzentrum einer zentrifugalen amorphen Gestalt. Es sollte sich langsam ändern. Heute bin ich diesbezüglich etwas beruhigt. Bevor ich aber zu Erfolgen komme – ich zögere noch, die geneigten Leserinnen und Leser merken es – zwei Konflikte, die keine Affären waren:

Die Namensgebung, die Taube und der Frieden

Das folgende Intermezzo ist für mich ein zentraler Bestandteil der Erinnerung und der Arbeit bis heute. Ich bin seit einiger Zeit in Afghanistan und anderen Konfliktzonen beschäftigt. Ich habe meinen Wissenschaftsschwerpunkt in Forschung und Lehre immer stärker auf Konflikttransformation gelenkt und setze damit

eine Konstante meiner Politik fort, die ich lange vor Oldenburg angelegt hatte. Nun ist die Universität Oldenburg zwar keine Friedensuniversität (was sollte das sein?), aber sie hat sich dem pazifistischen Programm von Carl von Ossietzky verpflichtet und dies entsprechend breit interpretiert und politisiert. Ich teile die Absicht bis heute, aber die Argumente und der schematische Freund/Feind-Diskurs um die Namensgebung sind mir ebenfalls bis heute suspekt – dies trotz einer persönlichen Freundschaft mit der verstorbenen Ossietzky-Tochter Rosalinde von Ossietzky und ihrem Sohn, trotz aller erdenklichen Unterstützung für die Werkausgabe, trotz aller Gesten für die inneruniversitäre Aufklärung. Der Streit wurde von den Gegnern des Namens mit unwürdiger, teilweise dummer Schärfe geführt. Die Namensgeber machten es diesen Gegnern aber auch zu leicht und wussten oft in der Praxis mit Ossietzky selbst wenig anzufangen. Als ich ankam, waren etwa die Ossietzky-Tage zu einem wenig besuchten Ritual verkommen, der Name wurde parteipolitisch instrumentalisiert, und die Väter und Mütter der Namensgebung waren sich nicht immer grün. Zu den Ossietzky-Tagen 1988 aber wendete sich das Blatt: Es gab teilweise vorzügliche Diskussionen, aber natürlich auch Engstirnigkeit im eigenen Haus. Dafür wurde ich durch die Begegnung mit Willy Brandt entschädigt. Die Stunde mit ihm als einem lebenden Vorbild in meinem Büro war übrigens ein Höhepunkt in der Oldenburger Zeit – eine Stunde von großer Intensität. Auch mein Freund Erich Fried sowie Robert Jungk, Ossip Flechtheim und Lew Kopelew waren bei diesen Ossietzky-Tagen dabei und setzten sich nicht nur für die Namensgebung ein, sondern ließen sie uns als inhaltliche Perspektive erscheinen. Die nächsten drei Jahre visierten den formalen Akt der

11. Oktober 1990
Erstmals über 10.000 Studierende an der Universität Oldenburg.

12. Dezember 1990
Präsident Prof. Dr. Michael Daxner und der Rektor der Universität Bremen, Prof. Dr. Jürgen Thimm, kündigen an, dass sie den Ausbau von Forschung und Lehre aufeinander abstimmen und damit den Grundstein zu einer „Wissenschaftsregion Nordwest“ legen wollen.

30. Januar 1991
Wahl Dr. Jürgen Lüthjes, seit 1973 Kanzler der Universität Oldenburg, zum Präsidenten der Universität Hamburg.

9. Juli 1991
Beschluss der Mitgliederversammlung der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) zur Aufnahme der Universität Oldenburg.

Namensgebung an, der freilich an einen Regierungswechsel in Hannover geknüpft war. Die Ossietzky-Ausgabe und später die Tucholsky-Ausgabe sollten im Übrigen zu Markenzeichen der Oldenburger Editionsgeschichte werden, die wir mit dem Nachlass von Hannah Arendt fortzuführen gedenken.

1991 war es dann so weit: Die Regierung machte den Weg für die Namensgebung frei, und Ministerpräsident Gerhard Schröder kam selbst zum offiziellen Akt der Namensgebung: Carl von Ossietzky Universität Oldenburg. Der Kontext der Namensgebung ist bis heute ein aktuelles Feld der Deutung, wie die Diskussion um Rainer Rheudes Buch „Krieg um Ossietzky" von 2009 zeigt. Natürlich war die Freigabe des Namensgebungsrechts richtig und sollte eine Korrektur der lokalen wie landespolitischen Gegnerschaft bewirken. Die Nachkriegszeit war zu Ende und sollte nach Willy Brandts Rede noch stärker in einen neuen historischen Kontext übergehen. Es wäre nicht Oldenburg, hätte die Freude über die Namensgebung nicht auch ihre kleinen Trübungen erfahren: Es kam zu heftigen inneruniversitären Auseinandersetzungen, die in zwei fast komische und peinliche Debatten ausuferten: Zum einen wurde mein Argument gegen die Friedenstaube auf dem Turm bis zu dem Verdikt hochstilisiert, dass diese Universität den Namen Carl von Ossietzky gar nicht verdiene … wo doch selbst Oskar Lafontaine dieses unverdächtige Zeichen der Friedensbewegung am Revers trage. Ich hatte vor allem im Senat gegen jedes allegorische Logo argumentiert, dass Bilder und Embleme immer missbrauchbar seien, und ließe man das eine zu, wäre man gegen andere wehrlos. Einmal hatte ich die Taube abmontieren lassen. Als sie am nächsten Tag wieder da klebte, ließ ich sie oben und verteidigte meine Passivität gegen die Attacken der politischen Rechten mit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Auch nahm man Anstoß, dass im Logo der Namenszug zu klein und Universität Oldenburg zu groß erschien – solche Kindereien wurden mit großen Worten aufgerüstet, bis es den nächsten Anlass der Empörung gab.

Der Golfkrieg

Der erste Golfkrieg markierte das Ende der massenhaften Friedensbewegung, die ihre Höhepunkte in den 80er Jahren mit den Protesten gegen die Neutronenbombe und die Raketenstationierung erlebte. Seit damals – und davor den Vietnamprotesten – gab es keine solche Mobilisierung. Aber es war schon schwierig, das

genaue Motto des Protests zu formulieren. Denn „Kein Blut für Öl“ war offenkundig nachgeschoben, es ging ja um etwas anderes. Als ein Vizepräsident völlig zu Recht im Senat fragte, ob es denn richtig sei, dass ein großer Staat (Irak) einen kleinen (Kuwait) aus welchem Grund auch immer überfallen dürfe, drohte die pazifistische Stimmung wieder einmal zu kippen. Hunderte hatten sich im Sporttrakt auf dem Boden versammelt und diskutierten. Wenn man einmal von drei ärgerlichen Begleiterscheinungen – anti-israelischen Nebentönen, Anti-Amerikanismus, realsozialistischer Heuchelei – absieht, war es beeindruckend, wie hier die zweite Nachkriegsgeneration saß und Krieg diskutierte. Diese Studentinnen und Studenten hatten genau erkannt, dass die alten Slogans von 1968 nun nicht mehr unkritisch zu übernehmen waren (sie hatten einmal ihre größere Gültigkeit, und man sollte sie nicht einfach dem Archiv übergeben). Aber jetzt ging es um Wissenschaft und Frieden, um Universität in einer imaginierten Kriegsgefahr. Da es wenige studentische Protestformen gab, die unmittelbar die Bevölkerung erreichten und eine legitime Botschaft verbreiteten bzw. diskutierbar machten, drohte die Angst und Wut sich nach Innen zu radikalisieren – ohne Ausgang. Ich war wirklich beeindruckt und hilflos, weil mit jeder Rede die Stimmung stärker über die Analyse dessen „Was ist“ zu siegen drohte. Ich wurde zu einer Stellungnahme aufgefordert. Meine Rede war nicht besonders gut, weil analytisch und ohne allzu große Emotionen. Zu Israel musste ich mir, vielleicht war das der Fehler, größere Zurückhaltung als sonst auferlegen. Hätte ich nicht zum Ende gesagt, der Friede sei mit uns – was religiös gedeutet wurde, aber eigentlich meinte, man solle nicht mit Fernstenliebe und Appellen an andere beginnen – wäre der Protest eine Episode geblieben, trotz

3. Oktober 1991
Offizieller Akt zur Namensgebung der Universität nach Carl von Ossietzky mit Ministerpräsident Gerhard Schröder, der sich bei der Tochter Ossietzkys für das unangemessene Verhalten der Landesregierung bei der Namensgebung entschuldigt. Zuvor hatte der Niedersächsische Landtag mit einer Gesetzesänderung den Weg für die Namensgebung frei gemacht.

13. November 1991
Konstituierende Sitzung der von der Landesregierung eingerichteten Kommission zur Errichtung eines ingenieurwissenschaftlichen Studiengangs unter Leitung von Prof. Dr. Hans-Jürgen Engell (Max-Planck-Institut für Eisenforschung).

13. November 1991
Öffentliche Kritik von Präsident Prof. Dr. Michael Daxner an der Qualität der Lehre an Deutschen Hochschulen – „auch an der Universität Oldenburg“.

täglicher Friedenstreffen, Resolutionen und Debatten. Aber die Auseinandersetzung sollte für mich eine – sich bereits länger anbahnende – Entwicklung hin zur Konfliktsoziologie und zum Problem des Wegschauens bei internationalen Auseinandersetzungen beschleunigen.

In den Jugoslawienkriegen nach 1990 verstärkte sich dieser Aspekt meiner Arbeit und meines Interesses. Da ich in der europäischen Rektorenkonferenz und anderen internationalen Gremien hauptsächlich zu Südosteuropa arbeitete und seit 1991 in Oldenburg davon Kenntnis gab, sollte es niemanden überraschen, dass ich mich ab 1999 im Europarat und später für die Interim Administration der Vereinten Nationen (UNMIK) im Kosovo und auf dem Balkan engagierte.

Endlich: Erfolge

Je nach Detaillierungsgrad und Selbstzuschreibung fällt die Liste lang oder kurz aus. Da ich annehme, dass die Leserinnen und Leser dieses Buches Oldenburg irgendwie kennen, werfe ich einmal ein paar unerklärte Schlagworte auf, manches erinnere ich besonders gern, andere Erfolge verbuche ich unter professionellen Ergebnissen.

Hochschulpolitisch war es wichtig, die Aufnahme in die DFG sorgfältig vorzubereiten, da die Voraussetzungen in Oldenburg dafür schlecht waren – zu kleine Einheiten, keine Kontur der Forschungsbilanz, wenig Vermögen zur Überwindung kleinteiliger Interessen etc. Ich hatte das Debakel des ersten Kasseler Aufnahmeantrags vor Augen, der ja meine Bewerbung 1979 mit motivierte. Die Begehung des Wissenschaftsrates, die Gründung des Instituts für die Chemie und Biologie des Meeres (ICBM) und mein eindringliches Plädoyer bei Hubert Markl, dem damaligen Präsidenten der DFG, spielten hier ebenso eine Rolle wie der Versuch, mich als Markenzeichen meiner Universität anzubieten. „Die Universität Oldenburg ist eine mittelgroße regionale Forschungsuniversität“ sollte durch viele Jahre so oder so ähnlich am Anfang unserer Texte in der Forschungslandschaft stehen. Das Forschungsparadigma war endgültig neben die Ausbildung – vor allem neben die Lehramtsausbildung – getreten.

Meine erste große Senatsdiskussion hatte ich kon-trovers um das ICBM auszukämpfen. Die Einwände waren vielfältig, aber unausgesprochen geprägt von der Angst vor einer Machtverschiebung zugunsten starker, nicht unmittelbar

ausbildungsbezogener Aktivitäten – objektiv richtige Einwände am untauglichen Objekt. Die Erfolgsgeschichte des ICBM ist nicht typisch für klassische Naturwissenschaften, weil ja die gesellschaftlichen Zusammenhänge der Schwerpunkte dieser Forschung in besonderem Maße der Selbstverpflichtung dieser Universität auf kritische Relevanz Rechnung tragen: Klimawandel, Anstieg des Meeresspiegels, Menschen gemachte Veränderungen des Ästuars etc.

Ähnliche Diskussion gab es zur Einführung der Informatik, wobei die Abwehrhaltung hier teilweise schlicht altmodisch-technikfeindlich, teilweise aber an der scharfen Linie Geistes- und Technikwissenschaften geführt wurde. Am Beispiel der Berufungen auf die Professuren der Informatik wurde über drei Berufungsgenerationen hindurch auch deutlich, wie klein unsere Reserven waren und in wie starkem Maße wir auf die Hilfe Hannovers angewiesen waren. Dass erst die Gründung von OFFIS als An-Institut es erlaubte, über die Fachgrenzen im akademischen Betrieb hinaus, das Fach für Spitzenkräfte attraktiv zu machen, verweist auf eine Problematik der deutschen Wissenschaftslandschaft: Universitäten können sich anders als in den USA, nur sehr schwierig ihre Entwicklungs- und Verwertungsinstitute angliedern; vielmehr findet ein virtueller oder realer Ausgliederungsprozess statt, zum Nachteil legitimen Einkommens der Universitäten, die ja die Grundlage verwertbarer Leistungen selbst sind.

In diese Gruppe von Erfolgen sind auch die ständigen Erweiterungen im Bereich der regenerativen Energie zu zählen – das Engagement mit Studierenden aus der dritten Welt und die Arbeit vor Ort legitimierten die Universität öffentlich. Dass andere umweltpolitische und gesellschaftskritische Aspekte in die Naturwissenschaften Eingang fanden, hat es mir leichter

29. Januar 1992
Eröffnung des von Prof. Dr. Volker Claus und Prof. Dr. Hans-Jürgen Appelrath initiierten Informatikinstituts OFFIS.

12. Februar 1992
Wiederwahl von Prof. Dr. Michael Daxner zum Präsidenten mit großer Mehrheit des Konzils.

21. April 1992
Das Zentrum für Umwelt- und Konfliktforschung MEDIATOR unter Leitung von Professor Dr. Horst Zillessen wird erstes An-Institut der Universität Oldenburg.

28. Mai 1993
Eröffnung des „Instituts für Bildung und Kommunikation in Migrationsprozessen“ (IBKM).

1. Oktober 1992
Prof. Dr. Joachim Luther, Begründer der Oldenburger Energieforschung, wird Direktor des Fraunhoferinstituts für Solare Energiesysteme. Sein Nachfolger in Oldenburg: Prof. Dr. Jürgen Parisi.

gemacht, die Universität nach außen zu vertreten, als inneruniversitäre Konflikte zu schlichten. Am Beispiel der Akustik und Hörforschung kann man deutlich machen, wie viele Aspekte, Disziplinen, gesellschaftliche und fachliche Themen betroffen sind, und ich konnte auch zeigen, dass es einer erstklassigen Grundlage, zum Beispiel durch Professor Mellert, bedurfte, um ebensolche Neuberufungen, in diesem Fall Professor Kollmeier, durchzusetzen.

In diesem gesellschaftlich relevanten Bereich der naturwissenschaftlichen Grundlagenforschung liegt auch einer meiner größten Erfolge: die Verankerung, Berufung und Positionierung von Hans-Joachim Schellnhuber aus der theoretischen Physik. Er ist heute global bekannt, national an einer Spitzenposition und hat seine Wurzeln in Oldenburg, wo er sich auch habilitierte, nie verleugnet. Wie man aber jemanden in kurzer Zeit von A14 nach C3 und C4 (ordentlicher Professor) bringt und dazu bewegt, vertragstreu mit seiner Arbeitsgruppe mehrere Jahre seiner Universität treu zu bleiben, das gehört auch zu *meiner* Erfolgsgeschichte. Ich muss das nicht weiter ausführen, aber dass Schellnhuber am Nobelpreis für das ICCP der Vereinten Nationen maßgeblich beteiligt war, hatte ich doch schon in den 90er Jahren ziemlich nachhaltig (und öffentlich) vermutet.

Das PIK (Potsdam Institut für Klimafolgenforschung) unter Schellnhubers Leitung, seine Professur in Oxford und seine Rolle als Berater der Bundesregierung zeigen die Möglichkeiten ganz und gar nicht elitärer Spitzenleistungen: Die müssen irgendwo beginnen, in diesem Fall war es Oldenburg – und darauf sollte man jenseits allen Kollegenneids mehr als stolz sein, denn in der Spitze wird eher gefragt, wo einer herkommt als wohin er geht. Wir haben mehrere, nicht so spektakuläre Fälle wie Hans-Joachim Schellnhuber. Wenn ich heute im Kollegenkreis manchmal auf einen der Spitzenexporte stoße, bin ich schon ein wenig stolz über unsere Gewächse, die ja unter schwierigeren Bedingungen aufwuchsen als andernorts (Wortwechsel mit dem Kollegen Kamp von der Universität Göttingen, als es um Einsparungen in der Physik ging: Er: „Sie können doch die Oldenburger Physik nicht mit der Göttinger vergleichen.“ Ich: „Da haben Sie recht; die meisten Ihrer Nobelpreisträger liegen auf dem Friedhof, unsere sind gerade Assistenten.“)

Es gäbe hier noch mehr Erfolgsgeschichten, aber sie folgen den beschriebenen Mustern. Eine Anekdote ist mir äußerst wichtig. Sie machte mich grimmig. Als das Institut für technische und angewandte Physik (ITAP) als GmbH gegründet wurde, habe ich sofort einen privaten Anteil erworben, um ihn umgehend der Universität zu schenken, damit die Universität hier einen

unveräußerlichen Mitbestimmungsanteil hätte erwerben können. Die Universität wollte das ja schon, aber das Finanzministerium machte einen derart peinlichen – meines Erachtens lächerlichen – Aufstand und wollte den Anteil von 2.500 DM in sein Landesbeteiligungskonzept einbringen, dass ich kapitulierte und noch heute Anteilseigner des ITAP bin.

Ich war ja auch gewählt worden, um mich stark und offensiv für die Geistes- und Sozialwissenschaften einzusetzen. Das schien gegenüber den erwähnten Erfolgen im Bereich Natur- und Technikwissenschaft schnell in den Hintergrund zu treten. Ich war auch in der Defensive, bis wir mit der Schaffung der Jüdischen Studien, mit dem Hannah-Arendt-Nachlass und -Zentrum, mit den Ossietzky- und Tucholsky-Editionen deutliche öffentliche Akzente in Richtung auf eine geistes- und sozialwissenschaftliche Profilierung setzten. Einerseits ermutigte ich durch persönliche Intervention später erfolgreiche sozialwissenschaftliche Forschung, andererseits vermochte ich nicht, den Konflikt zwischen verschiedenen Fraktionen gerade in diesem Bereich zu regulieren – mit fatalen Folgen. Die heutige Sozialwissenschaft hat mit der einst starken Oldenburger Stellung im Fach nichts mehr zu tun, die neuen Ansätze sind nur teilweise ein Versprechen, dem hoffentlich zu trauen wir Anlass haben können. Dass ich mich stets loyal für die Lehramtsausbildung eingesetzt habe, war ambivalent. Denn die hohe Qualität der Lehramtsausbildung, die durch die teilweise unbarmherzig rückständige Schulpolitik des Landes geschwächt wurde, ließ nicht viel Raum für andere pädagogische Entwicklungen – wie sie dann später von Anke Hanft unter anderem mit dem berufsbegleitenden Studiengang „Bildungs- und Wissenschaftsmanagement“ eingeleitet und umgesetzt wurden.

10. Februar 1993
Die Schweizer Philosophin Prof. Dr. Jeanne Hersch wird erste Ehrendoktorin der Universität Oldenburg (Ehrenpromotionen bis 2010 siehe Anhang).

6. Oktober 1993
Zustimmung des Senats zur Beteiligung am niedersächsischen Modellversuch zur Erprobung eines Globalhaushalts, der den Hochschulen größere Gestaltungsmöglichkeiten lässt.

11. November 1993
Erstmals mehr als 13.000 Studierende.

6. April 1994
Unterzeichnung eines Abkommens, in dem sich die Universitäten Oldenburg (als erste in Niedersachsen), Hamburg und Rostock verpflichten, die Evaluierung ihrer Fächer vorzunehmen. Das geschieht gleichzeitig und nach gleichen Kriterien.

Die kleinen Erfolge, die ich mir mit zurechne, sind oft längst in die Substanz der Universität eingewoben – oder auch wiederum verschwunden. Wenn man das CampusRadio heute an vielen Universitäten findet, so war das bei seiner Einführung in Oldenburg gar nicht selbstverständlich. Das Konzept, das Gerhard Harms mit mir für Radio Bremen entwickelte, war tragfähig und gut anerkannt – so gut, dass sich daraus auch eine vom Arbeitsamt mit viel Geld geförderte einjährige Medienausbildung für nicht gleich ins Arbeitsleben aufgenommene Hochschulabsolventen installieren ließ und vielen Teilnehmern eine sehr gute Medienkarriere bescherte. Obwohl es sonst keine Universität gab, die in einem öffentlich-rechtlichen Sender ein eignes Magazin hatte, an dem sich dann auch die Universität Bremen beteiligte, konnte sich mein in den USA genährter Traum von einer eigenen Medienstation mit TV und Radio nicht erfüllen. Das war für deutsche Verhältnisse zu groß gegriffen.

Dennoch: Ich halte diese Funktion von Universitäten bis heute für essentiell. Die allmähliche Entwicklung der Presse- und Informationsarbeit von einem Informationsorgan zu einer Instanz für Marketing, Außenpolitik und inneruniversitärer Selbstverständigung veränderte auch das Verhältnis der Universität zur Medienlandschaft der Region. Dass ich mich ständig auch als „Eröffnungs- und Veranstaltungsagent“ für Kunstausstellungen in der Region betätigte, war mir als selbstverständliche Nebenfunktion eines Universitätspräsidenten weniger ungewöhnlich als vielen Hochschulangehörigen, die dies als Ornament zur Selbstdarstellung missverstanden. Paradoxerweise brachte mir dies mehr Nähe zur unmittelbaren Region als viele hochschulpolitische Leistungen, weil ja für viele Wissenschaften wenig lokales Verständnis vorhanden sein kann.

Ein für mich und die Universität nachhaltiger Erfolg war die Bestellung zum Senator der Niedersachsenstiftung. Sie hat uns eine Reihe wichtiger Projekte eingebracht wie die Weiterfinanzierung für die von Rudolf zur Lippe angeregten Jaspers-Vorlesungen zu Fragen der Zeit und – am Ende meiner Amtszeit – den Hannah-Arendt-Nachlass. Das Engagement für die Stiftung hat auch meine Vernetzung in der Landespolitik nachhaltig gefördert und mich jenseits der Parteipolitik als Repräsentanten eines Konzepts – unserer Universität – ausgewiesen. Bis heute verbindet mich eine Freundschaft mit dem noblen Dominik von König, dem lange amtierenden Generalsekretär der Stiftung, die neben der hohen Kunst und Kultur auch den regionalen Bezügen, die mit der Universität verbunden waren, große Dienste leistete. Mein Verhältnis zu Ernst Albrecht, das in seiner Zeit

als Ministerpräsident angespannt war, konnte während der gemeinsamen Tätigkeit im Senat (er war Präsident der Stiftung) repariert werden.

In der Rückschau halte ich neben der DFG-Aufnahme die folgenden Bereiche für so nennenswert, dass sie nicht einfach in die Erfolgsbilanz eingehen, sondern zur Gesamtgestalt der Universität beigetragen haben:

Internationalisierung: Für mich ist die Region oder auch die Stadt wichtig, in der gelebt, gearbeitet und gedacht wird. Aber Provinz war mir immer verhasst in ihrer Bescheidung auf die Strukturen, die die örtlichen Eliten gerade vorgeben. Eine Universität muss international orientiert sein, oder sie ist nicht. Ich denke, dass ich hier viele Ziele erreicht habe, auf denen die weitere Entwicklung der Universität aufbauen kann: Die Partnerschaften mit guten Universitäten weltweit haben uns auch Anerkennung und Forschungserfolge über den Austausch hinaus gebracht. Mit Towson in den USA haben wir uns einen „Botschafter" namens Armin Mruck eingehandelt, der eine überaus aktive Zusammenarbeit seit über zwanzig Jahren managt – Politik, Musik, Verwaltungsaustausch sind hier die Markenzeichen.

Die amerikanischen Hochschulen versuchten wir in einem Konsortium zusammenzufassen, was nur teilweise gelang. Die Partnerschaft mit der staatlichen Universität Novosibirsk, durchaus politisch begründet, ist eine lebendige Zusammenarbeit geworden, die über die Jahre hinweg unser Ansehen gestärkt und neue Horizonte eröffnet hat. Toruń hatte ich bereits von meinen Vorgängern übernommen – die polnische Universität wurde mir besonders lieb, auch durch meine engen Kontakte während des Ausnahmezustands in den 80er Jahren. Insgesamt war die internationale Vernetzung der Universität erfolgreich, auch wenn sie die

13. April 1994
Start von CampusRadio bei Radio Bremen, einer 50-minütigen wöchentlichen Magazinsendung über die Universitäten Oldenburg und Bremen. Sie wird von jungen Hochschulabsolventen erstellt, die eine einjährige Medienausbildung in Oldenburg erhalten und etwa 1.400 Beiträge produzieren.

8. Oktober 1994
Der Rowohlt-Verlag präsentiert auf der Frankfurter Buchmesse die Oldenburger Gesamtausgabe der Schriften Carl von Ossietzkys, deren Herausgeber der Germanist Prof. Dr. Dirk Grathoff, der Politikwissenschaftler Prof. Dr. Gerhard Kraiker und die Historiker Prof. Dr. Werner Boldt und Dr. Elke Suhr sind.

15. Oktober 1994
Start des Studiengangs „Marine Umweltwissenschaften".

Kräfte der Verwaltung und das Engagement vieler Kolleginnen und Kollegen oft überforderte.

Dass Oldenburg bis heute in vielen Teilen der akademischen Welt einen guten Ruf hat, ist ein Ergebnis jener Zeit, wo der Reformenthusiasmus des Ausbaus sich auch auf unsere Partner übertrug. Nicht nur die Vizepräsidenten, auch das Zentrum für wissenschaftliche Weiterbildung unter Ina Grieb, waren für diese Internationalisierung eine unschätzbare Hilfe.

Ein anderer Aspekt der Außenvertretung waren meine Funktionen und Ehrenämter in internationalen Organisationen: Europarat, Europäische Rektorenkonferenz, internationale Vereinigungen von Universitäten und Hochschulforschern etc. Ich gebe zu: Es hat mich – und die Universität – angestrengt, hier eine lebbare Logistik herzustellen. Aber die Früchte waren vielfach. Was immer unterschätzt wurde, war die Anerkennung, die die Universität dadurch erhielt, dass sich ihr Präsident in diesen transnationalen Wissenschaftsorganisationen engagierte – gerade für deutsche Hochschulen keine Selbstverständlichkeit, anders als für unsere Nachbarn. Natürlich war das kräftezehrend, und meine Reisetätigkeit verlangte der Universität oft auch Geduld ab. Aber ich denke, sie hat sich gelohnt.

Nordverbund: Der Verbund Norddeutscher Universitäten war eines meiner wichtigsten Projekte von Anfang an: Ich bin bis heute der Meinung, dass die Autonomie der Einzeluniversität ein ebenso hohes Gut ist wie die Notwendigkeit, sich organisatorisch zu Verbünden und verbindlichen Netzwerken zusammenzuschließen. Was mit Bremen, Hamburg und Kiel begann, sich später ausweitete und auch Rostock mit einschloss, war gedacht als eine Koordination unserer Interessen in der Hochschullandschaft, die durch den kleinteiligen Regionalismus der deutschen Länder bis heute leidet. Jürgen Lüthje, der inzwischen zum Präsidenten der Hamburger Universität gewählt worden war, hatte in Hamburg die Möglichkeiten, uns administrativ besonders nachhaltig zu unterstützen, und er hatte seine alte Universität nicht vergessen. Mit Bremen waren die Kontakte ohnedies eng, und ich kann heute ohne Scheu sagen, dass die Idee einer möglichen Fusion mich die letzten Jahre meiner Präsidentschaft stark umtrieb. Immerhin ist heute die Zusammenarbeit in Forschung und Lehre intensiver als vielerorts zwischen Nachbaruniversitäten.

Hanse-Wissenschaftskolleg: Aus der engen Kooperation und auch persönlichen Freundschaft mit Jürgen Timm, dem langjährigen Bremer Rektor, erwuchs zunächst eine Idee, an der sich Jochen Luther und Thomas Blanke in Oldenburg und

Ulrich K. Preuss in Bremen enthusiastisch beteiligten: Wir wollten unser gemeinsames „Institute for Advanced Study“ haben. Klein Princeton? Warum nicht? – Vorbilder waren das Wissenschaftskolleg in Berlin und eben die amerikanischen Orte hochklassiger, dem Getriebe entzogener Diskussions- und Forschungsarbeit.

Die Idee war so zündend, das sie schnell Henning Scherf, den Bremer Bürgermeister, und Helga Schuchardt, unsere Ministerin in Hannover, überzeugten. Vor allem sie war es, die die Gründung vorantrieb. Hochrangig beraten, vor allem durch Gerhard Neuweiler, kämpften wir uns gegen Vorurteile und auch Kollegenneid durch. Der Standort Delmenhorst war nicht einfach zu finden, aber ideal – halbwegs zwischen den beiden Universitätsstädten – gelegen. Mit Gerhard Roth wurde ein nachhaltiger Gründungsrektor gefunden, der seine Amtszeit auch wirklich durchhielt. Heute ist das Kolleg ein zusätzlicher Attraktor für beide Universitäten, den man nicht unterschätzen sollte.

Globalhaushalt: Zur Verwaltungsreform habe ich schon einiges gesagt. In den 90er Jahren waren alle Bildungsreformen in Deutschland ziemlich zum Erliegen gekommen, der auch materielle Reichtum unseres Universitätssystems stagnierte, die europäische Spitzenposition war objektiv gesehen dahin. Ein Grund dafür waren sicher Strukturen, die in der Vergangenheit sinnvoll gewesen sein mögen, aber jetzt überaltet und funktionshemmend waren. Dazu gehörte ganz sicher die Gängelung unserer Wirtschaftsführung durch Ministerien, in denen ökonomischer Sachverstand ja nicht zu den Dienstaufgaben gehört, und durch die Kameralistik der Rechnungsführung. Die Idee des Globalhaushalts – lump sum budget – war seit etwa 1985 in einigen Zirkeln der Rektorenkonferenz zunehmend diskutiert worden, aber wer wollte sie ausprobieren?

17. November 1994
Präsentation des Forschungsberichts von 1990 bis 1992, der ausweist, dass knapp die Hälfte aller Forschungsprojekte (413) im Bereich Umweltforschung liegt.

10. Februar 1994
Erster Neujahrsempfang der Universität und der Universitätsgesellschaft Oldenburg im Oldenburgischen Staatstheater.

30. August 1995
Übergabe des ersten Institutsgebäudes für OFFIS am Escherweg.

30. Oktober 1995
Die UNESCO erklärt die „Karl-Jaspers-Vorlesungen zu Fragen der Zeit“ zum deutschen Beitrag für die Weltdekade für kulturelle Entwicklung.

Die Landesregierungen beschwichtigten und wollten den Hochschulen „mehr Autonomie“ innerhalb der Kameralistik geben, das heißt mehr freie Hand bei Kürzungen. Darum ging es aber gar nicht. Umstellung von Ausgaben zu Kostenrechnung und verantwortungsvoller Umgang mit uns anvertrautem öffentlichen und privaten Geld, für das der Staat nun im Rahmen seiner Governance nicht unmittelbar zuständig ist, erschien uns angemessen. Es war Helga Schuchardt, die uns als Wissenschaftsministerin unter Rot-Grün wie so oft half, Vorreiter zu werden. Die Einführung hatte mit so vielen Vorurteilen in und außerhalb der Universität zu kämpfen, dass man allein darüber ein Lehrstück schreiben könnte. Jetzt war an allen Missständen der Globalhaushalt schuld. Aber unser leuchtendes Beispiel machte bald Schule, während die eigene Landesregierung längst begonnen hatte, das Modell zu demontieren. Als Mitglied des österreichischen Universitätenkuratoriums konnte ich dieses Modell mit Stolz vorstellen, es hat dem Universitätsgesetz meines Heimatlandes von 2002 einige Anstöße gegeben.

Deutsche Vereinigung: Ein kleines Stückchen haben wir beigetragen. Ich habe schon über die Zusammenarbeit mit Toruń berichtet und über den Vertrag mit Novosibirsk, der in die Gorbatschow-Zeit fiel. Es war ja vielen Menschen klar, dass diese Teilung keine für die Ewigkeit sein würde, und wenn, dann nicht unter den Bedingungen einer Mauer. Nur wann und wie sich das wandeln sollte, wusste niemand genau … (auch nicht die Politikwissenschaft und die Geheimdienste). Oldenburg war jedenfalls schon lange ein Ort des Austauschs mit dem Osten – und dort auch mit den oppositionellen Strömungen – gewesen. Friedrich Wilhelm Busch sollte deshalb Gründungsdekan der Pädagogik in Dresden werden, Rostock trat dem Nordverbund bei. Das Zentrum der Republik war nach Osten gerückt und Oldenburg geriet wieder in eine Randlage, das darf man nicht übersehen. Ich selbst hatte die wohl physisch anstrengendste Phase meiner Präsidentschaft von 1991 bis 1992, als ich Co-Vorsitzender der Personalstrukturkommission der Humboldt-Universität war. Das war nicht Abwickelei, das war zunächst Erhaltung und „Öffnung“ der Hauptstadtuniversität, deren Existenz ganz und gar nicht gesichert war. Ich pendelte und forderte von meiner Umgebung und mir selbst eine ganze Menge. Der Versuchung, mich selbst nach Berlin zu verpflanzen, habe ich schweren Herzens widerstanden, ich hatte ja, wie gesagt, meine erneute Kandidatur in Oldenburg angemeldet.

Hannah Arendt-Nachlass: Mein Abschied nahte. Ich hatte mich entschlossen, eine dritte Amtszeit nicht zu erwägen. Was es damit auf sich hatte, wollte ich dem

Konzil frühzeitig vermitteln. Meine letzte „große“ Aktion war ein, auch für mich, emotional und wissenschaftlich bedeutsamer Kraftakt, der in der Universität lange Zeit – nach meiner Amtszeit – um die gebührende Anerkennung ringen sollte. Seit 1997 verfolgte ich auf Anraten von Antonia Grunenberg den Plan, den Nachlass von Hannah Arendt nach Oldenburg zu bringen – in der einzigen „europäischen“ Kopie von ca. 80.000 Dokumenten, die bei der Library of Congress lagen. Das nötige Geld war nicht einfach aufzutreiben: Die Körber Stiftung und die Niedersachsenstiftung hatten sich großzügig für die Finanzierung bereit gefunden, eine Stiftungsprofessur für Antonia Grunenberg konnte etabliert werden – und dann entstand das Hannah Arendt-Zentrum, aus dem neben vieler Forschung auch eine Edition hervorgehen soll. Das erzählt sich nüchtern. Aber so wie später Jaspers ein Markenzeichen werden sollte, so war Hannah Arendt ja nicht ein Oldenburger „Lokalbesitz“, sondern sie ist in gewissem Sinn treuhänderisch für eine ganze politische Zivilisation hier angesiedelt. Was ich manchmal auch zu „durchleiden“ hatte, kann man sich anhand des Beispiels vorstellen, als ich von studentischen Senatsmitgliedern angegriffen wurde, weil hier „privates“ Stiftungsgeld eingeworben und ausgegeben wurde ...

Erfolgsepilog

Eine gewisse Eitelkeit würde jetzt gerne sagen: Du hast doch viel mehr gemacht ...Was ist mit einer ausführlichen Würdigung von OFFIS, der Zusammenarbeit mit der FH Emden in Engineering Physics, was mit der ostdeutschen Geschichte, mit den jüdischen Studien? Nein – man kann nicht alles auflisten, was erfolgreich war,

29. November 1995
Die DFG beschließt den ersten Sonderforschungsbereich (SFB) für die Universität Oldenburg „Neurale Grundlagen kognitiver Leistungen”, an dem auch die Universität Bremen beteiligt ist. Prof. Dr. Reto Weiler ist zeitweise Sprecher des SFB.

8. Dezember 1995
Eröffnung des Magisterstudienganges „Jüdische Studien“.

25. April 1996
Erstmals Überlegungen zur Einrichtung gemeinsamer Studiengänge bei einem Treffen von Vertretern der Universitäten Groningen, Oldenburg und Bremen.

26. April 1996
Rücknahme der Zusage für die bereits detailliert geplante ingenieurwissenschaftliche Fakultät in Oldenburg durch die Landesregierung aus finanziellen Gründen.

und wenn es einem auch selbst zuzurechnen ist, man ermüdet sich selbst. Ja, es gab noch mehr Erfolge, manche waren befristet, andere letztlich Misserfolge, und vieles blühte im Verborgenen auf, ganz ohne mein Zutun. Mir geht es um etwas anderes, Wichtigeres: Ich möchte viele Namen nennen und nenne sie doch nicht, weil ich dann wiederum andere wichtige Namen vergessen oder verdrängen würde, in der Erfolgsbilanz ungerecht würde und desgleichen vielleicht bei den Misserfolgen. Lassen wir es dabei: Ich war erfolgreich. Dass ich Erfolg hatte, war das Werk vieler, und dass viele Antagonisten am Ende auch mehr oder weniger überzeugt wurden, ist doch im Rückblick ganz schön.

Stolz, Glück, Resignation, Neuanfang

Ich sehe mich nicht in einer kontinuierlichen Ahnenreihe und fühle mich nur wenig als Glied in einer Genealogie von Rektoren und Präsidenten. In gewisser Weise ist meine Entwicklung nach der Präsidentschaft typisch für meine Einstellung. Fremd war ich nach Oldenburg gekommen, und nach meiner Amtszeit habe ich Berufsfeld, Forschungsgebiet, Bezugsgruppen gewechselt. Freundschaften haben über die Jahre gehalten, kollegiale Zusammenarbeit ist der Erinnerung an gute und weniger gute Konstellationen gewichen. Viele in der Universität fanden die Mischung aus Offenheit und Distanz unangebracht. Worauf ich stolz bin im Rückblick: dass ich die Universität nie über meine Pläne und Reflexionen zu ihrem Zustand, ihrer „Verfassung“ im Unklaren gelassen habe, dass ich die oft als „Daxners Gebetsstunde“ verspotteten Konzilsberichte mit großer Ausführlichkeit als meinen Beitrag zu dieser Verfassung aufgedrängte und zugleich auf meinem Leitungsanspruch – meiner „Leadership“ – beharrte. Oldenburg war und ist ein dickes Brett.

Ich schreibe heute nichts über meine politischen und gesellschaftlichen Aktivitäten, die während des Präsidentenamtes natürlich immer in mein persönliches Handeln hineinspielten: die nachgetragenen Folgen von 1968, die Grünen, die jüdische Gemeinde, die Lebenslinien nach Österreich und in die USA. Das alles musste ja auch in einem inneren Terminkalender Platz finden, jenseits der offiziellen Zeitökonomie. Deshalb habe ich mein Privatleben auch zu schützen versucht, was mir vielleicht gelungen ist. Dennoch bin ich stolz: auf eine Leistung, die dieser Universität genützt hat, die sie zu einem Markenzeichen einer öffentlichen,

einer der Gesellschaft zugewandten Kultur gemacht hat. Ich bin kein Niedersachse oder Oldenburger gewesen. Immer versuchte ich, Kosmopolit *und* Bürger meiner Universität zu sein. Da fiel auch einiges für mich ab. Die Ehrendoktorate in Towson und Novosibirsk, das erstklassige Bundesverdienstkreuz, Verbindungen und Netzwerke in Bereichen, wo *mir* Anerkennung wichtig ist. Dass mein Plan für einen Bundesausbildungsfonds (BAFF) auch politisch Furore machte, dass meine Bücher – vor allem „Ist die Uni noch zu retten?“ – ein großer Erfolg wurde, das hat schon auch zum Glück beigetragen.

Glück, das gab es auch: Zum Beispiel hat es mich glücklich gemacht, während der Präsidentschaft ein DFG-Forschungsprojekt zur Geschichte einer jüdischen Schule in Berlin und später in den USA zu leiten. Das war sozusagen mein Nebenjob, aber das Glück daran war, selbst in der Wissenschaft zu sein und nicht über, neben ihr und für sie allein. Ein anderes Glück war es, viele Kolleginnen und Kollegen kennen zu lernen, hinter deren äußerer Front sich ganz andere, unerwartete Qualitäten entdecken ließen. Sie waren nicht einfach „interessant“, sondern jenseits ihrer Funktion und ihres Funktionierens waren und wurden sie „wichtig“ für mich. Glück war es, wenn ich morgens sehr früh zu Fuß in die Uni ging und im Morgenlicht dieses Gefühl hatte: „Meins“.

Glück war es ebenso, dass mich ein kranker Student nicht, wie er angekündigt und es ihm seine Stimmen eingegeben hatten, wegen der verluderten Sitten an der Universität tötete. Glück war es, dass ich wirklich große Probleme im menschlichen Bereich – es gibt eine Menge Unglück in Universitäten – mit vielen Kolleginnen und Kollegen in Solidarität lösen helfen konnte. Glück war es, mit Menschen zusammenzuarbeiten, die nicht im Rampenlicht dieser Universität standen, aber in der täglichen Arbeit erst die Universität ermöglichten. Ein

8. Februar 1996
Gründung des von Prof. Dr. Dr. Birger Kollmeier initiierten Hörzentrums, das noch im selben Jahr An-Institut der Universität wird.

11. Februar 1997
Zustimmung des Senats zur Einrichtung eines Studienganges „Frauen- und Geschlechterforschung“.

13. April 1997
Die itap GmbH (Institut für technische und angewandte Physik) – aus dem Fachbereich Physik hervorgegangen – wird An-Institut der Universität Oldenburg

13. Oktober 1997
Eröffnung des Hanse-Wissenschaftskollegs, das für die Universitäten Oldenburg und Bremen engere Verbindungen zu weltweit führenden Wissenschaftlern ermöglichen soll.

solches Präsidialamt und eine Verwaltung, wie ich sie leiten durfte, haben nicht viele Kollegen gehabt.

Die Schattenseite: Ein Präsident, der nicht größenwahnsinnig ist, muss sich vor Resignation hüten. Oh, diese Senatssitzungen … diese Beschimpfungen, dieser Unverstand (im Ministerum, wo man nicht verstehen wollte, was die Universität braucht, im Fach, wo der kleine Egoismus jede Solidarität erstickte). Die Skandalgeschichten der Universität haben auch einen Preis in meinem Selbstbewusstsein gefordert. Wer lässt sich schon gerne abhören, mal als Deutschnationalen, mal als Linksextremisten beschimpfen, antisemitisch anfeinden etc., ohne dass Spuren in ihm verblieben? Oft war ich nahe an der Resignation, aber das konnte dann wieder durch Erfolge und glückliche Begegnungen überbrückt werden.

Zur Abwehr der Resignation gehörte auch eine Portion Ironie: Als das Thema „Wagenburg" kommunal hochkochte, wurde in der Wissenschaft das Leben in einer solchen als neue Lebensform thematisiert. Mein Kommentar war, dass wenigstens die Duschen in Wechloy dazu einen Beitrag leisteten. Als der Kulturverlust unter meiner Leitung von konservativen Kollegen im Senat beklagt wurde, begannen Thomas Blanke und ich Latein zu sprechen (einem Fehler, der uns unterlief, gaben wir die Bezeichnung „Nordlatein"). Und wenn es gar nicht auszuhalten war, zeichnete ich Hunderte von Sitzungskarikaturen als spontane psychotherapeutische Entlastung. Ich hab's überlebt. Aber das war alles nicht lustig, so wenig wie die Selbstmorde, Kriminalfälle und Unglücke in der Universität, die man sich immer auch ein wenig zurechnen muss. *Ein* Unglück haben die meisten nicht verstanden, ich gehe aus meiner Deckung: Zu meinem 50. Geburtstag wollte ich der Universität ein Geschenk machen. Dazu hatte ich einen Kollegen, Heinz Bauer aus Gießen, und einen vorzüglichen Sänger aus Düsseldorf eingeladen, die Winterreise von Schubert aufzuführen. Keine Reden, keine der üblichen Feiern. Nur Schubert. Es war wunderbar. Danach aber großes Befremden, warum ich denn ein so trauriges, resigniertes Werk ausgesucht hätte …

Neuanfang. Durchatmen. 1998 sollte es zu Ende sein. Einen Fehler habe ich begangen, der mich bis heute etwas verfolgt: Ich hätte die Universität sofort und dauerhaft verlassen sollen, anstatt mich bisweilen wie Hamlets Vatergeist in den Gebäuden zu zeigen. Aber das ist eine andere Geschichte. Ich habe begonnen, mich – nach der Umwidmung meiner Stelle in Soziologie und einigen Forschungsaufgaben – ab 1999 der internationalen Konflikttransformation zuzuwenden, zunächst im Hochschulbereich. Man darf nicht vergessen,

dass ich eine geradlinige wissenschaftliche Spitzenkarriere dem Präsidentenamt hintangestellt hatte, das ließ sich auch nicht aufholen. Aber ich musste wieder Anschluss finden. Die wichtigeren Ehrenämter, auch die aufwändigeren, sollte ich jetzt annehmen. Und nach wenigen Wochen für die Vereinten Nationen im Kosovo begann Oldenburg am biografischen Horizont zu versinken, taucht aber bis heute immer wieder auf, ist oft sehr präsent, aber ich sage mir nicht jeden Morgen: „Da war ich einmal Präsident", sondern: „Das ist eine Universität geworden, die sich trotz der vielen Irrationalismen und Tunnelblicke vieler ihrer Mitglieder sehr gut weiterentwickelt hat." Und deshalb blicke ich gern auf die zwölfjährige Amtzeit zurück, die mehr Lust als Last war.

Universitätsleitung 1986 – 1998

Präsident Prof. Dr. Michael Daxner	
Vizepräsidenten (VP)	
Priv.-Doz. Dr. Ilse Dröge-Modelmog	1. VP (1986–1988)
Prof. Dr. Herbert Uppendahl †	2. VP (1986–1988)
Prof. Dr. Ulrich Kattmann	1. VP (1988–1990)
Prof. Dr. Dr. h.c. Hans Kaminski	2. VP (1988–1990)
Prof. Dr. Thomas Blanke	1. VP (1990–1992)
Prof. Dr. Peter Singer	2. VP (1990–1992)
	1. VP (1992–1994)
Prof. Apostolos Kutsupis	2. VP (1992–1994)
Prof. Dr. Siegfried Grubitzsch	1. VP (1995–1997)
Dipl.-Politologin Ina Grieb	2. VP (1995–1998)
Prof. Dr. Jost von Maydell	1. VP (1997–1998)
Kanzler	
Dr. Jürgen Lüthje	(bis 1991)
Wolf-Dietrich von Fircks	(1992–1998)

21. November 1997
Vertragsunterzeichnung für die erste Stiftungsprofessur. Die EWE AG, die wirtschaftliche Vereinigung „Der Kleine Kreis" und die Stiftung der Oldenburgischen Landesbank (OLB) finanzieren für fünf Jahre eine C3-Professur für Wirtschaftsinformatik. (Stiftungsprofessoren bis 2010 siehe Anhang).

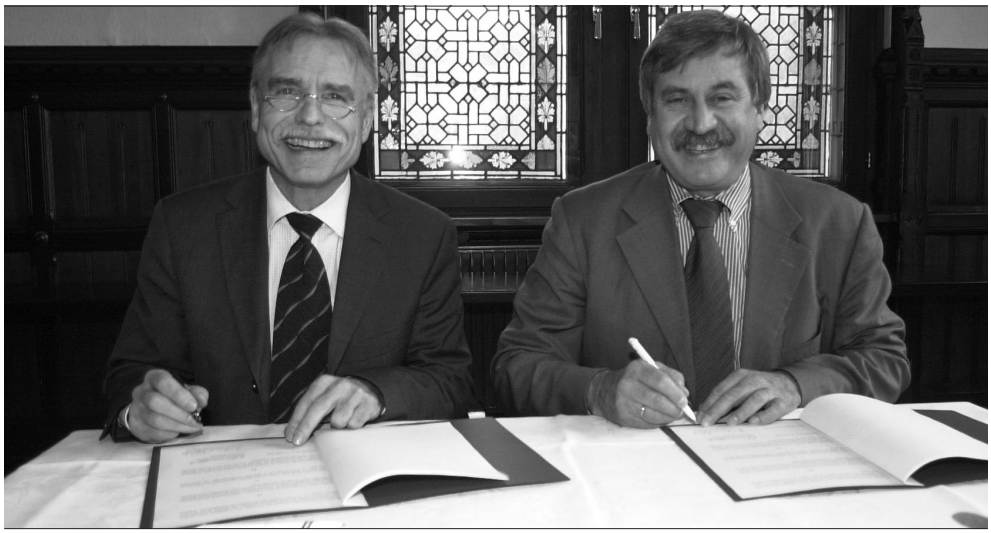
11. Februar 1998
Wahl des Psychologen Prof. Dr. Siegfried Grubitzsch zum neuen Präsident der Universität, nachdem Prof. Dr. Michael Daxner auf eine weitere Kandidatur verzichtet hat.

27. April 1998
Eröffnung des Hörsaalzentrums auf dem Campus Haarentor mit dem Bundesminister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, Dr. Jürgen Rüttgers, als Hauptredner.

15. Juli 1998
Erstmalige Vergabe des hausinternen Preises für gute Lehre.

Michael Daxner

Prof. Dr. Michael Daxner, 1947 in Wien geboren und aufgewachsen, wurde mit 27 Jahren als Professor für Hochschulkdidaktik an die Universität Osnabrück berufen und mit 39 Präsident der Universität Oldenburg. Bevor er die Hochschulaufbahn einschlug, hatte er nach einem breit angelegten geistes- und sozialwissenschaftlichem Studium mit 25 Jahren in Wien promoviert und sich im österreichischen Wissenschaftsministerium mit der Hochschulreform beschäftigt. Nach seiner zwölfjährigen Präsidentschaft (1986 – 1998) übernahm er in Oldenburg eine Professur für Soziologie, blieb aber ein weiterhin international gefragter Hochschulexperte. So war er im Kosovo (Head of the UNMIK Department of Education and Science u.a.), in Afghanistan beim Neuaufbau der Hochschulen tätig und beriet die österreichische Regierung u.a. in der Hochschulgesetzgebung. Seit 2010 leitet er das Forschungsprojekt “Security and Devlopment” und ist Senior Researcher beim Sonderforschungsbereich „Governance“ an der FU Berlin. Aus den Diensten der Universität Oldenburg schied er 2011 aus. Michael Daxner wurde vielfach ausgezeichnet und gehörte zahlreichen internationalen Gremien an. U.a. ernannten ihn die Towson State University (USA) und die Staatsuniversität Novosibirsk (Russland) zum Ehrendoktor, 1999 erhielt er das Bundesverdienstkreuz erster Klasse.



Vertrag mit der Stadt Oldenburg: der Autor und der damalige Oberbürgermeister Dietmar Schütz (r.).

Siegfried Grubitzsch

Offen für neue Wege

1998 – 2004

Wenn die Winde des Wandels wehen,
bauen die Einen Mauern
und die Anderen Windmühlen
(Chinesisches Sprichwort)

Gleich, ob Rektor im Status eines primus inter pares oder Präsident in der Rolle des Vorsitzenden einer kollegialen Hochschulleitung – beide handeln nicht losgelöst von der Geschichte ihrer Universität, die zu leiten sie gewählt und ernannt wurden. Wo immer sie herkommen, von innen oder außen, müssen sie ihrer Aufgabe gemäß an bereits Bestehendes anknüpfen, bevor sie Neues gestalten. Und sie tun dies nicht allein. Ihr Handeln ist vielmehr eingebunden in organisatorische und menschliche Arbeitszusammenhänge, in denen der Beitrag jedes Einzelnen zumeist nur im erzielten Gesamtresultat zu würdigen ist. So gesehen beschreibt auch der folgende Beitrag nicht mehr und nicht weniger als ein Zeitfenster im "never ending Process" von Hochschulleitung.

Es geht los

11. Februar 1998: „Ja, ich nehme die Wahl an. Ich bedanke mich für das mir entgegengebrachte große Vertrauen und versichere Ihnen, das Beste zum Wohle der Universität tun zu wollen.“ Was ich nicht in Worte gefasst habe bei aller Freude über meine Wahl, war meine ambivalente Stimmungslage zu diesem Zeitpunkt. Die letzten Monate und Jahre der langen Präsidentschaft meines Vorgängers mit allen ihren Verletzungen, versteckten und offenen Diskussionen waren mir wohlbekannt. In seiner langen Amtszeit mussten sich Erwartungen an Veränderungen aufbauen, von denen ich nicht wusste, ob ich sie würde erfüllen können. Werde ich überzeugen können und authentisch wirken, wenn ich in der Universität, in Stadt, Region und im Konzert mit den anderen niedersächsischen Hochschulleitungen Neues anbahnen, Tradition infrage stellen, bestehende Praxis ändern will? An Ermutigungen mangelte es nicht:

„sei versichert, ich denke an dich und ich bin überzeugt, dass du die Dinge meistern wirst“, schrieb mir ein inzwischen verstorbener Kollege kurz vor meinem Amtsantritt. Andere verbanden meinen Amtsantritt auch mit der Hoffnung, ich könnte endlich einmal den Stil und die Form universitärer (Un-)sitten in Kleidung, Benehmen und menschlichem Zueinander ändern. Ich möge einem anderen Zeitgeist die Tür öffnen, schrieb mir eine Mitarbeiterin aus der Universität.

Die Universität Oldenburg war mir nicht fremd. Seit vielen Jahren schon wusste ich, wer hinter welchem Busch sitzt. Auch wer sich dort vor wem versteckt. Zudem hatte ich als langjähriger Beteiligter (Dekan, Dekanesprecher, Vizepräsident) die universitäre Innen- und Außenpolitik zur Genüge beobachten können, habe verfolgen können, wie vergangene und gegenwärtige Entscheidungsträger unter welchen inneren und äußeren politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen entschieden haben oder zu Entscheidungen genötigt waren, und welche Freiräume sie nutzten oder sich schaffen konnten. Immerhin hatte ich spätestens aus meiner Zeit als Vizepräsident viele Erfahrungen sammeln können, was in der Universität mit wem machbar ist und welche Schwierigkeiten und Probleme es dabei geben könnte (Personalquerelen, Forderungen, Neid und Missgunst, Drohungen und Verleumdungen).

„Deshalb stell dich darauf ein, dass man plötzlich sehr allein sein kann, und die Freunde … eines nicht ersetzen kann: die dünne Luft des Erfolgs, den du und die Uni brauchen werden“, schrieb mir eine Kollege und Freund, der wusste, welche

Gedanken mich umtrieben und dass ich mir eine klare Ist-Stand-Analyse gefertigt hatte. Sie konnte ich guten Gewissens und mit sachlicher Überzeugung meiner künftigen strategischen Agenda als Ausgangsdiagnose zu Grunde legen, denn sie war das quasi empirische Ergebnis zahlreicher inner- und außeruniversitärer Recherchen und Gespräche, die ich zusätzlich zu meinen eigenen Erfahrungen nach meiner Wahl und vor dem Amtsantritt in der Hochschule geführt hatte. Die Universität in der Forschung zu stärken, ihre Strukturen effizienter zu gestalten und sie in der Stadt und Region noch besser zu verankern, sollte im Zentrum meiner Arbeit stehen. Mit diesen klaren Vorstellungen für meine bevorstehende Amtszeit entwarf ich ein umfängliches Programm für meine künftige Arbeit, das umzusetzen ich unbedingt gewillt war. Natürlich war mir bewusst, dass ich mit meinen ehrgeizigen Plänen eine Großbaustelle eröffnen würde, deren Teilprojekte – gleich, ob mit oder ohne ausdrücklichen Wunsch der dort beschäftigten Personen – in einem komplizierten Wechselverhältnis zueinander und zum Gesamtprozess der universitären Erneuerung nach Innen und nach Außen stehen würden.

Deshalb musste nicht zuletzt ein intensiver Kommunikations- und Planungsprozess mit den Betroffenen organisiert werden – mit hoher Anwesenheitsfrequenz und viel Überzeugungsarbeit durch das Präsidium. Noch hatte ich die Kritik an der vielfachen Abwesenheit meines Amtsvorgängers in seinen letzten Jahren deutlich im Ohr. Würde ich meine Ziele notfalls auch gegen Skepsis und Widerstände der Mitarbeiter und Kollegen vor Ort realisieren können, um mir am Ende der Amtszeit selbst sagen zu können, der Universität, ihrer wissenschaftlichen Reputation und dem Ansehen der in ihr arbeitenden Menschen, den Studierenden und der

Amtszeit Prof. Dr. Siegfried Grubitzsch

2. Oktober 1998
Amtsantritt von Prof. Dr. Siegfried Grubitzsch.

Dezember 1998
Zuweisung von zwei ingenieurwissenschaftlichen Professuren für Mess- und Regelungstechnik, die Brücken zwischen Physik und Informatik schlagen sollen.

3. Februar 1999
Gründung des vom Chemiker Prof. Dr. Jürgen Gmehling initiierten „Laboratory for Thermophysical Properties“, das noch im selben Jahr An-Institut der Universität wird.

regionalen Öffentlichkeit durch mein Handeln förderlich gewesen zu sein? Und das in einem Stil, der beschrieben wurde als „to achieve his goals through cooperation and, where ever necessary, conciliation“ (Towson-Letter of the consortium of Oldenburg partners, August 1998).

Diagnose und Prognose – vom Heute ins Morgen

Seit den Zeiten ihrer Gründung galt die Universität Oldenburg stets als innovationsfreudige Hochschule, die sich gern neuer Themen in der Hochschulentwicklung annahm: so der Einphasigen Lehrerausbildung, dem Projektstudium im Sinne eines forschenden Lernens und stärkerer Praxisanbindung, der Interdisziplinarität in Studium und Lehre. Hinzu kamen der Modellversuch des Globalhaushalts in Begleitung durch das Centrum für Hochschulentwicklung Gütersloh (CHE) oder schließlich die frühen staatsunabhängigen Evaluationsmaßnahmen im Nordverbund der Universitäten zur Selbsterhellung über die Qualitätsstandards ihrer Ausstattung, ihrer Studienangebote, ihrer Forschung und der Weiterbildung.

Als „Offen für neue Wege“ umschrieb ich in meiner Antrittsrede deshalb den Ist-Zustand der Hochschule, und das Präsidium formulierte 1999 in seinem Leitbild, dass Offenheit für neue Ideen und Entwicklungen in Gesellschaft und Wissenschaft unsere junge Universität lenke. Diesen Reformwillen wollte ich mir – bei allen verbliebenen Restzweifeln – unter Rückgriff auf die öffentlichen Debatten zunutze machen und auch dem neuen Präsidium nahe legen. Die kollegiale Hochschulleitung – auch das ein Oldenburger Novum – war vom Konzil der Universität bereits am 7. Mai 1997 im Rahmen einer neuen Grundordnung (und unter Bezug auf das Niedersächsische Hochschulgesetz von 1995, § 91) beschlossen und vom Ministerium für Wissenschaft und Kultur (MWK) genehmigt worden.

Seit etwa zehn Jahren überschlugen sich in Deutschland die öffentlichen Debatten um eine neuerliche Hochschulreform. Publikationen zum Thema schossen wie Pilze aus dem Boden. Ihre Zahl hatte in den letzten Jahren stark zugenommen, sie waren lauter und in Richtung der Hochschulen vereinzelt auch vorwurfsvoller geworden.

Mit dem Wechsel im Ministeramt für Wissenschaft und Kultur in Niedersachsen in die Hände von Thomas Oppermann (1998), dessen neues Hochschulgesetz (NHG) 2002 als „best Practice-Gesetz“ in Deutschland „geadelt“ wurde, wurden

Eigeninitiativen der Hochschulen zur Erneuerung rechtlich legitimiert, wenngleich nicht immer unter breitem Beifall in den Hochschulen selbst: Stärkung der Hochschulautonomie, kollegiale Leitungsorgane mit Ressortverantwortung, Stärkung von Senat und Präsidium, Rücknahme der ministeriellen Regelungsdichte, Reform der Entscheidungs- und Leitungsstrukturen, Zielvereinbarungen Land – Hochschulen, aufgaben- und leistungsbezogene Mittelbemessung von globalen Zuwendungen, Qualitätssicherung in Lehre und Forschung durch Evaluation und Akkreditierung sowie der Einrichtung von entsprechenden Aufsichtsgremien des Landes für Lehre und Forschung (ZEvA für die Lehre, die Wissenschaftliche Kommission für die Forschung), Reform der Personalstruktur, Reform der Studienangebote unter besonderer Berücksichtigung der Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, Novellierung des Graduiertenausbildungsgesetzes, Profilbildung und Kooperation mit einer effizienteren Lehrerausbildung durch Fächerkonzentration, Berufungspolitik zur Exzellenzsicherung.

Die Hochschulen erhielten zunehmend Gestaltungsmöglichkeiten, die sie nie zuvor besessen hatten. Und die wollten wir weidlich nutzen, sehr wohl in dem Bewusstsein, dass die geänderten Rahmenbedingungen wesentlich aus leeren Kassen – eben der „sprichwörtlichen Unterfinanzierung“ (Prof. Landfried, Präsident der Hochschulrektorenkonferenz) geboren worden waren, uns (aber) zugleich die Chance boten, aus ihnen „Kapital“ zu schlagen („do more with less“). Längst war absehbar und bekannt geworden, dass die Erneuerungs- und Entwicklungsprozesse in Niedersachsen in ein neues zielgebundenes Budgetierungsmodell einmünden würden, weshalb der Zeitfaktor im Wettbewerb zwischen den Universitäten zur zusätzlichen

1. Juli 1999
Gründung des Hannah Arendt-Forschungszentrums unter Leitung von Prof. Dr. Antonia Grunenberg.

Dezember 1999
Das Präsidium verabschiedet sein Leitbild „Offenheit für neue Ideen“

28. April 2000
Errichtung des interdisziplinären „Centrum NeuroSensorik“, in dem Biologen, Physiker, Psychologen und Informatiker zusammenarbeiten.

29. März 2000
Die 1993 gegründete „ecco ecology + communication Unternehmensberatung GmbH“ wird An-Institut der Universität.

Herausforderung geworden war. Bei allem galt es, über die in den Hochschulen „begonnenen Reformen hinaus weitere Anstrengungen [zu] unternehmen, um die Qualität ihrer Leistungen in Forschung und Lehre zu verbessern und ihre Effizienz zu steigern." (HRK, Drucksache 1302, 24.6.1997). Dieser Anspruchshaltung bzw. Forderung gegenüber standen allerdings die je spezifischen Bedingungen der Hochschulen, weshalb im Prozess der Umgestaltung auch über Geld und Kosten-Nutzen-Verhältnisse nicht nur nachzudenken war, sondern diese Tatsache auch zu einer erzwungenen Handlungsmaxime innerhalb der Universitäten werden musste, was vielerorts fälschlicherweise und abwehrend als platte Ökonomisierung und neoliberale Hochschulpolitik gebrandmarkt wurde. Tatsächlich gemeint aber waren alle Maßnahmen eines kostengünstigen Ressourceneinsatzes im komplexen Geflecht von Studium, Lehre, Forschung, Weiterbildung, Nachwuchsförderung, Berufungspolitik etc. in der Absicht einer qualitativen und finanziellen Optimierung ihrer Leistungsmöglichkeiten.

Darüber hinaus musste unter anderem nachgedacht werden über die organisatorischen Strukturen einer Hochschule, über ihre Entscheidungsstrukturen zur Steuerung effizienten Mitteleinsatzes, über die Qualität der zu erbringenden Dienstleistungen einzelner ihrer Einrichtungen, über die Studiendauer oder über den Personaleinsatz. Weshalb sich das Oldenburger Präsidium wiederholt genötigt sah, zum Ausdruck zu bringen, dass in unserer Universität nichts und niemand von einer Bestandsgarantie ausgehen konnte. Jeder Studiengang und jedes Fach, auch die zentralen Einrichtungen und die bestehenden Organisationseinheiten, nicht minder die Verwaltung, sollten sich den Fragen nach ihrer Organisationsform, ihrem Aufgabenspektrum und dessen Nutzen für die Erledigung der Kernaufgaben der Universität – im äußersten Fall auch nach ihrem grundsätzlichen Fortbestand – stellen, zumal vor dem Hintergrund des anstehenden umfänglichen und generationenwechselbezogenen Personalwechsels. Aus Altem Neues kreieren – eine Metamorphose der Universität, die wir gemeinsam zu bewerkstelligen hatten unter Rahmenbedingungen, die nicht immer leicht waren.

Den – gemessen am internationalen Standard – eklatanten Reformstau auch in Oldenburg abzubauen, war mein erklärtes Ziel und hatte mich in meiner Bewerbung um das Präsidentenamt besonders beflügelt. Gleichwohl wurden stets, und das ist nicht untypisch für die Oldenburger Universität und ein Element ihrer Identität, mit äußerster Lebhaftigkeit und Heftigkeit inneruniversitäre Diskussionen über die angestrebten und/oder verordneten Reformschritte geführt.

Das veranlasste den aufmerksamen und sensiblen Beobachter und NWZ-Redakteur Rainer Rheude am 4. Februar 1998 zu einem Kommentar mit der Überschrift: „Unterzeichner eines ‚Oldenburger Appells' befürchten ‚autoritäre Managementstrukturen' an der Universität: Auch als Meßlatte für die Präsidentenwahl am kommenden Mittwoch verstehen die Unterzeichner eines ‚Oldenburger Appells' eine Reihe von hochschulpolitischen Forderungen, die sie gestern erhoben haben. 50 Mitglieder verschiedener Statusgruppen an der Uni Oldenburg und unterschiedlicher politischer Ausrichtung wenden sich gegen Bestrebungen, die universitäre Selbstverwaltung durch autoritäre Managementstrukturen zu verdrängen." Originalton des Appells: „Nach den Vorstellungen der niedersächsischen Landesregierung, der HochschulrektorInnenkonferenz (HRK), des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE) sowie des Oldenburger Universitätspräsidenten (Michael Daxner) soll die bisherige Organisation der universitären Selbstverwaltung in naher Zukunft durch autoritäre Managementstrukturen, die denen privater Wirtschaftsbetriebe ähnlich sind, verdrängt werden. Dazu sollen zuerst an den am Modellprojekt Globalhaushalt beteiligten Universitäten, also insbesondere an der Oldenburger Carl v. Ossietzky-Universität, ein ganzes Bündel strukturverändernder Maßnahmen durchgeführt werden, die mit den geplanten Novellierungen des Hochschulrahmengesetzes (HRG) und des Niedersächsischen Hochschulgesetzes (NHG) eine rechtliche Grundlage erhalten sollen."

Solche offenen wie versteckten Vorbehalte gegen den Hochschulumbau beschäftigten das seit dem 1. Oktober 1998 unter meinem Vorsitz amtierende Präsidium permanent, weshalb wir in den folgenden sechs Jahren nicht müde wurden, den politischen Vorbehalten

23. Mai 2000
Die Universitäten Oldenburg und Bremen bekräftigen in einem neuen und weitreichenden Kooperationsvertrag ihre Zusammenarbeit.

29. Mai 2000
2.000 Studierende der Wirtschaftswissenschaften sind erstmals aufgerufen, unter dem Motto „Prüf den Prof" via Internet Vorlesungen und Seminare zu bewerten.

20. September 2000
Der Senat beschließt die Gründung des „Zentrums für Interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterstudien" (ZFG).

gegen einen strukturellen und profilbetonten Erneuerungsprozess der Universität immer wieder mit sachlicher Überzeugungsarbeit, aber auch mit eindringlichen Appellen, an die „Verantwortungsgemeinschaft“ Hochschule zu begegnen.

Landespolitik

Noch im Frühjahr 1998 wurde die der Universität Oldenburg sehr gewogene Ministerin Helga Schuchardt, kaum dass sie mir zur Wahl gratuliert hatte, durch Thomas Oppermann aus Göttingen abgelöst. Gerhard Schröder hatte ihn gleichsam als Verbeugung vor Göttingen in sein Kabinett geholt und die Vorgängerin de facto zum Rücktritt gezwungen. Zufriedene Mienen in Göttingen und Hannover.

Vor ihrem Weggang genehmigte Frau Schuchardt noch die vom ursprünglichen Aufbaupaket für die Errichtung der Ingenieurwissenschaften (18 Professuren) in Oldenburg wegen Haushaltskürzungen verbliebenen zwei Brückenprofessuren (Mess- und Regelungstechnik) und erzeugte damit bei den Ministerialen in Hannover großen Unmut und Ärger. Nicht nur deshalb musste sich Oldenburg – mehr noch als früher – das schon seit langem zur vermeintlichen Wahrheit gewordene Klagelied der Universität Osnabrück anhören, sie sei im Vergleich zu Oldenburg unterfinanziert. Auch wenn diese „Unterfinanzierung“ nach einer gründlichen Analyse unseres Planungsdezernats in Abrede gestellt werden konnte, blieben diese Falschrechnungen der Universitätsleitung Osnabrück ein Dauerbrenner meiner Amtszeit. Mehr noch: Ihr ärgerlicher Begleiteffekt war die darin angelegte politische „Selbstschwächung“ der Nordwest-Region Niedersachsens, weil eine gemeinsame Interventionspolitik in Hannover zweifellos größeres Gewicht gehabt hätte. Erst nach dem Ministerwechsel 2003 (Lutz Stratmann für Thomas Oppermann) und dem altersbedingten Personalwechsel im Ministerium spielten diese Neiddiskussionen nicht mehr die dominante Rolle, wenngleich allgemeine Haushaltskürzungen, einseitige Eingriffe in den Hochschulhaushalt und eine mangelnde Stabilität im Finanzgebaren des Landes während meiner gesamten Amtszeit an der Tagesordnung waren:

- Heranziehung der Hochschulen zur Konsolidierung des Landeshaushalts nach der Expo 2001 mit 54 Millionen D-Mark
- Mangelnde Flexibilität in den Haushaltsauflagen für die Finanzautonomie
- Trotz Globalhaushalt: Drei-Jahres-Frist für die Verausgabung der Rücklagen

- Trotz Globalhaushalt: Wegen landesweiter Zentralisierungsabsichten muss die Universität ihre kostengünstigere Zusammenarbeit mit der EWE im Telefonbereich und mit der Raiffeisenbank aufkündigen und sich zudem einem zentralen Liegenschaftsmanagement anzuschließen (UNI-INFO 3/2000)
- Unterjährige Eingriffe in den Hochschulhaushalt nach einseitiger Aufkündigung des ursprünglich auf zehn Jahre festgelegten Modellversuchs zum Globalhaushalt
- Zeitweise Mittel- und Besetzungssperren bei frei gewordenen Stellen
- Abziehung der Überlaststellen für mehr als 300 zusätzlich aufgenommene Lehramtsstudenten

Neben den Fragen der Mittelzuführung durch das Land lag ein erhebliches Manko der Landespolitik in einem grundlegenden Versäumnis: Bei allem Gerede über Autonomie und Entscheidungsfreiheit hat sie nie wirklich ihre „kognitive Landkarte" zur Wissenschaftslandschaft in Niedersachsen auf den Tisch gelegt, sprich einen expliziten Hochschulentwicklungsplan, den auch die Wissenschaftliche Kommission nicht hatte. Hier soll nicht die Rede sein vom peinlichen Gezerre um die Hochschule Vechta. Ein anderes Beispiel kann herhalten: Im Hochschuloptimierungskonzept (HOK) 2003 stand zunächst das Fach Sportwissenschaft in Oldenburg auf der Streichliste. Ein Telefonat zwischen mir und dem Präsidenten der Universität Osnabrück hatte ein kostengünstigeres und fachwissenschaftlich sinnvolleres Ergebnis erbracht: In Oldenburg soll nicht zuletzt wegen der bestehenden großzügigen Gebäudestruktur das Fach Sportwissenschaft im Nordwesten konzentriert werden. Minister Stratmann pflichtete diesem „Sparkonzept" bei, Landesherr Christian Wulff, selbst Osnabrücker, riss die Entscheidung an sich und entschied den Verbleib

1. Februar 2001
Die DFG fördert die„Forschergruppe Bio-GeoChemie des Watts" unter Leitung von Prof. Dr. Jürgen Rullkötter.

17. Februar 2001
Das Bundesinstitut für ostdeutsche Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (BKGE) wird An-Institut der Universität.

30. März 2001
Übergabe des Neubaus für die Wirtschaftswissenschaften auf dem Campus Haarentor. Erstmals sind alle Fachbereiche auf den beiden Standorten Haarentor und Wechloy konzentriert.

des Sportbereiches in Osnabrück. Und noch ein Manko machte uns immer wieder zu schaffen, auch wenn Minister Thomas Oppermann dieses Schnittstellenproblem in seiner Tragweite für die Lehrer bildenden Hochschulen erkannt hatte: Es gab keine wirklich konzeptionell geprägte Zusammenarbeit zwischen dem Kultusministerium und dem Wissenschaftsministerium im Landeskabinett – mit der fatalen Konsequenz, dass die einen die Curricula und Studienstrukturen für die Lehrerbildung festlegten und die anderen für eben diese die Forschung. Weder die weitgehende Konzeptionslosigkeit der Politik noch ihre wiederholten spontanen Eingriffe und Kürzungsorgien in der Mittelzuführung hielten uns aber davon ab, mit viel Zeit- und Personalaufwand unseren eigenen …

Haushalt …

stringenter zu ordnen und auf die ständig auf uns zu kommenden neuen und vor allem selbst geplanten Anforderungen auszurichten. Es ging doch darum, auch entgegen nach wie vor bestehenden Widerstands und gelegentlich aufflammender Proteste im Hause den Modellversuch zum Globalhaushalt fortzusetzen und zu konsolidieren. Denn mit seinem Abbruch durch das Land und dessen Feststellung, die kaufmännische Buchführung habe sich für die Hochschulen des Landes bewährt, war es noch lange nicht getan. So ging mit meiner Amtsübernahme auch eine gründliche Bestandsaufnahme der erforderlichen Nachbesserungen und der Mängelbeseitigung im Haushalt einher. Einen Anfang hatten wir bereits gemacht mit den Beschlüssen des Senats zum so genannten „Qualitativen Soll“, mit dem wir flächendeckend für die Universität die personelle Mindestausstattung der Fächer nach Vorgaben des Wissenschaftsrates festgelegt hatten. Dieser hatte Kriterien entwickelt, „wonach die angebotenen Fächer so ausgestattet sein sollen, dass die erforderliche Breite mit den etablierten Schwerpunkten gewährleistet ist“ (UNI-INFO 8/1998). Für weitere Entscheidungen gab uns mittlerweile der Globalhaushalt mehr Freiheiten, als wir je zuvor besessen hatten.

Wer Leistung fordert, muss Leistung honorieren und dieses transparent machen. Deshalb und im Vorgriff auf eine landesweite leistungsorientierte Mittelallokation an die Hochschulen, deren Grundstruktur sich bereits abzeichnete, stimmte der Senat einer Vorlage des Präsidiums zu, die vorsah, Sachmittel nicht nur nach Anzahl der WissenschaftlerInnen und StudentInnen in einem

Fachbereich zu vergeben, sondern auch nach den Leistungen in Forschung und Lehre. Dazu kam die Berücksichtigung der Frauenförderungsquote. Doch diese „bahnbrechende Haushaltsentscheidung“ (UNI-INFO 5/99) berührte noch nicht wirklich die tiefer liegenden Probleme in der universitären Mittelverteilung. Diese waren angesichts der auf uns zu kommenden Berufungswelle (bis 2010 über die Hälfte aller Professorenstellen) und angesichts des schrittweisen finanziellen Rückzugs des Landes in der Beteiligung bei den Berufungszusagen elementar und machten das Präsidium für planerische Entscheidungen wissenschaftlicher Schwerpunktsetzungen gleichsam zum zahnlosen Tiger.

Noch in der Amtszeit meines Vorgängers hatte der Senat einen fatalen Beschluss gefasst, beinahe alle Sachmittel in die Fachbereiche zu verteilen. Damit war dem Präsidenten nahezu jeder finanzielle Handlungsraum genommen, für seine profilbildenden Entscheidungen neuberufenen Hochschullehrern mit neuen Schwerpunkten beispielsweise spezielle apparative Ausstattungen oder Projektanschubfinazierungen in größerem Umfang zuzusagen. Die Fachbereiche auf der anderen Seite verfügten durch noch nicht wiederbesetzte Professuren und/oder eine sparsame Mittelverwendung schließlich über teils ansehnliche Finanz-Pools, die mehr oder weniger ungenutzt über Monate, manchmal Jahre fortgeschrieben wurden und nach außen bzw. dem MWK gegenüber leicht den Eindruck vermitteln mussten, das Geld werde nicht zwingend gebraucht. Das veranlasste das Präsidium im Dezember 2002, ein Strategiepapier „Solidarpakt“ in den Senat einzubringen in der Absicht, die aufgelaufenen Finanzrücklagen im Interesse aller umzuverteilen und in den aktiven Haushalt zu überführen. Ziel war die grundlegende Förderung der starken und

27. Juni 2001
Der Senat empfiehlt eine neue Hochschulstruktur mit fünf Fakultäten, Einzelfachinstituten, Zentren für interdisziplinäre Forschung und zeitlich befristeten Forschungszentren.

14. November 2001
Einrichtung des „Center for Distributed eLearning“ (CeDeL), das weiterbildende Studiengänge und eLearning-Projekte bündeln soll. Im Bereich eLearning ist die Universität Oldenburg unter den niedersächsischen Hochschulen führend.

entwicklungsfähigen Bereiche der Universität zu noch größerer Leistungsfähigkeit oder ihren Ausbau zu neuen profilgebenden Clustern in Forschung und Lehre einerseits, andererseits aber auch eine breitenwirksame Stärkung der unverzichtbaren Angebote. Der Senat gab diesem Papier seine prinzipielle Zustimmung und machte damit den Weg frei für einen zukunftsgerichteten Aus- und Umbauprozess der Universität – allerdings auch von Skepsis derjenigen begleitet, die sich aktuell aus unterschiedlichen Gründen nicht den „stärksten Bereichen" oder „Leuchttürmen" zurechneten und eine Sicherung der fachlichen „Artenvielfalt" (UNI-INFO 2/2003) anmahnten.

Aber wir hatten den Tag vor seinem Abend gelobt. Das Gewitter zeichnete sich schon am Abendhimmel ab: Eine neuerliche heftige Kürzungsrunde des Landes Niedersachsen gegen seine Hochschulen wurde zynischerweise „Hochschuloptimierungskonzept" (HOK) genannt und sah die Reduzierung der so genannten Landeszuschüsse ab 1. Januar 2004 um 40,65 Millionen Euro vor. Oldenburg war darin ursprünglich mit einer Summe von 2,4 bis 3,6 Millionen Euro vorgesehen und erreichte schließlich nach harten und zähen Verhandlungsrunden im Ministerium eine Kürzung von „nur" 2,025 Millionen Euro. Dass mich dennoch die „volle Wucht des zornigen Widerspruchs aufgebrachter Kolleginnen und Kollegen ..." (UNI-INFO 6/04) traf, überraschte nicht wirklich, da es meinen Kollegen in der LHK ähnlich erging.

Das alles wäre nicht erwähnenswert, wäre dieses Vorgehen nicht typisch für die Unzuverlässigkeit des Landes, das doch offiziell danach trachtete, seine Hochschulen international wettbewerbsfähig machen zu wollen, diese aber gleichzeitig auf ihrem mühsamen Weg der Neuaufstellung behinderte. Nicht zuletzt diese Hochschulpolitik hatte zum Ergebnis, dass beinahe die Hälfte der amtierenden Präsidenten nicht wiedergewählt und eine seit vielen Jahren erstmals wieder gut funktionierende Landeshochschulkonferenz in ihrer auch tragenden Rolle für die Wissenschaftspolitik ausgebremst wurde. So suchten nicht nur wir Oldenburger wieder den ...

Blick nach Innen, ...

um wenigstens jene Innovationsbaustellen konsolidieren, weiter vorantreiben oder abschließen zu können, von denen ich meinte, sie weitgehend in universitärer

Eigenregie erledigen zu können – auch in der Hoffnung, die Widersacher, deren Protestdemonstrationen mitnichten irgendeinen nachhaltigen Erfolg in Hannover hatten, vom bislang Geleisteten zu überzeugen und damit eine angestrebte Wiederwahl ins Präsidentenamt rechtfertigen zu können.

Wir hatten ja schon vieles mit großem Erfolg vorangetrieben – erstmals ein Corporate Design mit neuem Logo und mehrfach prämierte Internetauftritte entwickelt, und wir hatten das Marketing für die Universität erfolgreich intensiviert, das uns auch ein gezieltes Werben um Studierende leichter machte, zumal es durch ein mit der Stadt Oldenburg ausgehandeltes Begrüßungsgeld flankiert wurde. Wir hatten mit wenigen Mitteln einen Info-Point als Anlaufstelle zur Orientierungshilfe für Studierende in der Universität geschaffen. Die Infrastruktur der Universität, die Vernetzung der Verwaltungsdienstleistungen und deren Organisationsstruktur für die verschiedensten „Kundengruppen“ hatten wir gravierend verbessert. Durch eine sorgfältige hochschulweite Umfrage kannten wir Schwächen und Stärken der Verwaltung und die Bereiche für deren qualitative Verbesserungen. Die Zentralen Dienstleistungseinrichtungen einschließlich der Bibliothek hatten ihre Serviceangebote nachhaltig verbessert, und einige waren in Vorbereitung auf spätere neue Funktionszuweisungen auch schon durch unabhängige Expertengruppen evaluiert worden: zunächst das Rechenzentrum, dem später das Zentrum für Wissenschaftliche Weiterbildung (ZWW) und das Fernstudienzentrum (ZEF) folgten. Ein Modellversuch zum Integrierten Informationsmanagement, finanziert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), sollte uns neue Wege in der Unterstützung von Wissenschaft und Forschung aufzeigen. In der Einführung

15. November 2001
Erstmals beteiligt sich die Universität Oldenburg an einer Kapitalgesellschaft. Mit dem Evangelischen Krankenhaus Oldenburg gründet sie das Kompetenzzentrum Hörtech als gemeinnützige GmbH. Ein Jahr später folgt die Beteiligung am Technologie- und Gründerzentrums Oldenburg (TGO), das jungen Existenzgründern Rahmenbedingungen für den Einstieg in die Selbstständigkeit gibt.

18. November 2001
Unter dem Vorsitz von Peter Waskönig, der das Amt abgibt, hat sich die Mitgliederzahl der Universitätsgesellschaft (UGO) auf über 1.000 mehr als verdoppelt.

eines differenzierten Berichtswesens (Haushalt, Statistik usw.) und geeigneter Qualitätsprüfsysteme zur Herstellung größerer Transparenz und nachhaltiger strategischer Steuerungsfähigkeit der Gesamtorganisation Hochschule hatten wir Vorbildcharakter in Niedersachsen und wurden bundesweit zum „best Practice-Beispiel". Nicht zuletzt des Globalhaushalts wegen, später wegen der aus dem Nordverbund eingeführten Zielvereinbarungen zwischen Universitätsleitung und Fachbereichen/Fakultäten wie auch wegen der erstmals eingeführten leistungsabhängigen Budgetierung der wissenschaftlichen Organisationsbereiche, der eine ebensolche für die Verwaltung folgen sollte, galten wir auch anderen Hochschulen als Vorbild. Unsere neu geregelte Gleichstellungspolitik war anerkannt und vorbildhaft.

Im Bereich von Studium und Lehre war die Veränderungsrichtung durch die europäischen Bologna-Beschlüsse vorgegeben, die Einführung von Bachelor-/Master-Studiengängen, Modularisierung der Studienangebote, Einführung des ECT-Systems (European Credit Transfer and Accumulation System). Dazu richteten wir neue attraktive Studiengänge ein, unter anderem die Hanse Law School, Werte und Normen, Marine Biodiversität, Wirtschaftslehre, Versicherungsmathematik sowie Kooperative Studiengänge mit Bremen. Zudem verbesserten wir die Serviceleistungen für Studierende, unter anderem durch die Erweiterung des Beratungsangebotes, was sich nicht zuletzt in einer starken Erhöhung der Bewerberzahlen um Studienplätze niederschlug. Mit berufsbegleitenden internetgestützten Weiterbildungsangeboten zu wissenschaftlichen Abschlüssen öffnete sich die Universität neuen Studierendengruppen.

Wir hatten ebenfalls die Lehrerbildung als wichtiges Standbein der Universität gestärkt. Im Februar 2003 wurde durch Präsidiumsbeschluss das Didaktische Zentrum (diz) als neues Strukturelement eingerichtet, nachdem schon zuvor mit der Gründung des Graduiertenkollegs dank der dort engagierten KollegInnen auch in der Forschung ein – wie es Minister Oppermann nannte – „wirklicher Leuchtturm" mit großer Strahlkraft geschaffen worden war.

Dieser Leuchtturm gehörte zu unserem Gesamtprogramm Forschung, in dem wir eine Intensivierung der Fächerverflechtung und zunehmende Transdisziplinarität unter Beachtung ihrer Stärken und Potenziale erreichten mit dem Ergebnis herausragender profilgebender Schwerpunktsetzungen: in der Neurosensorik, der Hörforschung, der Meeresforschung, der Energie- und Halbleiterforschung, der Umweltforschung und -politik, der Informatik (u. a. in komplexen integrierten

Systemen), den Wirtschaftswissenschaften, dem eLearning und der (fach-)wissenschaftlichen Weiterbildung, der schulischen Lehr- und Lernforschung und dem verstärktem Technologie-Transfer sowie Maßnahmen zur Erhöhung der Drittmitteleinwerbung (bereits bis 2001 ein Anstieg um 15 Prozent). Diese wurden auch deshalb möglich, weil zahlreiche neue Kooperationen mit anderen Hochschulen – nicht zuletzt mit Bremen und unter Einbeziehung des Hanse-Wissenschaftskollegs – auf den Weg gebracht werden konnten, so unter anderem durch ein von Vizepräsident Wolfgang Nebel 2001 konzipiertes neues Forschungsleitbild des Präsidiums, das auch eine verstärkte Nachwuchsförderung vorsah.

Längst stand auf meiner Agenda die auch schon von Michael Daxner in den Blick genommene und durch das neue Hochschulgesetz alsbald legitimierte Umstrukturierung der elf Fachbereiche im Rahmen einer Gesamtorganisationsreform. Ihr ist sicher die größte Nachhaltigkeit für die Universität und deren gesamte weitere Entwicklung zuzuschreiben, sowohl mit ihren Auswirkungen auf die Verschlankung der Gremienstruktur, den Zuschnitt von Verwaltung und Technischem Dienst (erstmals in Niedersachsen die Einführung von so genannten FakultätsgeschäftsführerInnen), auf die Mittelverteilung und vor allem auf die Verdichtung und Effektivierung der Entscheidungsstrukturen. Und wieder begegneten uns die skeptischen Vorbehalte und Kritik. „Vorauseilenden Gehorsam“ nannten einige Dekane diesen Plan der Einschmelzung von elf Fachbereichen und dem ICBM auf vier Fakultäten. Tatsächlich wurden es dann fünf Fakultäten – durch einen Beschluss des Senats, der von meinem Amtsnachfolger Uwe Schneidewind mitgetragen wurde und von ihm, trotz aller späteren Bemühungen, nicht korrigiert werden konnte.

11. Januar 2002
Eröffnung des Promotionsstudiengangs Fachdidaktische Lehr- und Lernforschung – Didaktische Rekonstruktion (ProDid).

22. Mai 2002
Die Universität gibt die Einrichtung des wissenschaftlichen Zentrums CEM (Center for Environmental Modelling) bekannt.

20. September 2002
Das Hörzentrum eröffnet sein eigenes „Haus des Hörens“ für mehr als 30 Wissenschaftler.

16. Oktober 2002
Die Hanse Law School, ein Gemeinschaftsprojekt der Universitäten Oldenburg, Bremen und Groningen, geht an den Start; gefördert von regionalen Unternehmen. Damit wird das erste grundständige europäische Rechtsstudium mit Bachelor- und Master-Abschlüssen angeboten.

Überhaupt, der Senat …

Ihm vorzusitzen war immer wieder spannend und lehrreich. Gleich, welche Tagesordnung auf dem Tisch lag, für viele tagesaktuelle Überraschungen und unerwartete Entscheidungen war er immer gut. Redeschlachten wurden oft lange und mit scharfer Klinge geführt, aber selten zielführend. Es ging eher nach dem Motto: Es ist alles gesagt, nur eben noch nicht von allen. Und in der Regel wurde danach verfahren: Je weniger Tagesordnungspunkte, desto länger die Sitzungen. Das ist wohl bis heute so geblieben.

Nicht selten gingen solche Redebeiträge auch unter die Gürtellinie, waren diffamierend und verletzend. Eine besondere Unsitte waren – übrigens nicht nur im Senat – die Alibimanöver von Entscheidungsträgern, die die dortigen Debatten und Abstimmungen für ihre eigenen Zwecke zu nutzen suchten, um nicht selbst in schlechtes Licht oder gar in Misskredit bei den KollegInnen zu geraten. „Mag sein, dass ich Ihnen eine Erklärung schuldig bin. Meine Äußerungen im Senat […] waren nicht und in keinem Fall an Sie gerichtet. Es handelte sich darum, dass ich als Dekan vorbauen musste, dass die Informatiker, Physiker und Chemiker die Großgeräteanmeldungen für 2002, die am Tag darauf behandelt wurden […] beibehalten und dem zustimmen sollten […] Ich bitte um Entschuldigung, dass ich Sie und den Senat für psychologische Rankünen zu benutzen suchte“, schrieb mir in einer Mail ein Dekan.

Auch vor meiner Amtszeit flogen schon mal Papierstapel in Richtung Redegegner oder man drohte sich auf die eine oder andere Weise symbolisch oder konkret. Um so etwas zu vermeiden, habe ich gemeinsam mit den Senatoren immer wieder Versuche unternommen, die Sitzungen stärker zu strukturieren. Mal haben wir den vertraulichen Teil auf den Sitzungsbeginn verlegt, dann uns miteinander in die Pflicht genommen, kürzer und ergebnisorientierter zu reden.

Die universitäre Öffentlichkeit (wer eigentlich erledigt am verlassenen Arbeitsplatz die anstehenden Aufgaben?) sollte weniger Redebeiträge einbringen dürfen und die im Abstimmungsprozess unterlegene Statusgruppe nicht durch die Geschäftsordnung legitimiert sein, ein Antragsrecht auf Neuaufnahme des abgeschlossenen bzw. abgestimmten Tagesordnungspunktes zu haben. Eine beabsichtigte Änderung der Geschäftsordnung mit dem Ziel, die vielen Unsitten im Senat einzudämmen, konnte bis heute nicht herbeigeführt werden – mit dem Ergebnis, dass mein Amtsnachfolger wie zuvor mein Vorgänger mehrfach die

Senatssitzungen wutentbrannt verließen, um den Vorsitz an einen Vizepräsidenten abzugeben. Ich habe mir das ersparen können, auch wenn ich in der Sitzung zur Einsetzung des Hochschulrates drauf und dran war, mir dieses Gerede nicht länger anhören zu wollen, denn es war stellenweise peinlich, herabwürdigend und geradezu beleidigend, wie hier über Personalvorschläge des Präsidiums gesprochen wurde. Mein Adrenalinspiegel hatte seinen Höhepunkt erreicht und ich war mehr als froh, dass diese Debatte hinter verschlossenen Türen ablief und nicht mit Wortprotokollen in die Annalen der Universität einging. Schließlich haben wir einen gut funktionierenden Hochschulrat installieren können, der allein durch seine Existenz viele Türen öffnete und neue Entwicklungen ermöglichte.

Die Rolle des Senats in den Hochschulen war landesweit immer wieder Gegenstand von Diskussionen, weil man auch nach rechtlichen Lösungen suchte, die Zuständigkeiten über die Geschicke der Universität in verantwortungsvollen Händen zu wissen, möglichst frei von Zufälligkeiten. Das spiegelte sich schließlich im NHG des Jahres 2002 wider. Seit seiner Verabschiedung 2002 haben Senatsbeschlüsse nur noch Empfehlungscharakter. Bis heute schöpft das Präsidium in Oldenburg aber seine erweiterten Rechte noch nicht konsequent genug aus – ein Zeichen dafür, wie schwierig und komplex die Binnenstrukturen der Universitäten sind.

Viel unmittelbarer dagegen konnte in der regionalen Öffentlichkeit – in Wirtschaft, Politik, der Universitätsgesellschaft, in und mit der Stadt und ihren Bürgern, Behörden, Organisationen und Institutionen in und um Oldenburg – agiert und entschieden werden, ohne dass es inneruniversitär zu Beanstandungen oder Rechtfertigungsdruck für den Präsidenten gekommen wäre nach dem Motto ...

1. November 2002
Unterzeichnung eines Kooperationsvertrags mit der Stadt Oldenburg.

Mai 2003
Die Evaluationskommission des Landes Niedersachsen bescheinigt der Universität ein ausgeprägtes Forschungsprofil im Bereich der Umweltwissenschaften.

4. Juni 2003
Das Sophie Drinker Institut für musikwissenschaftliche Frauen- und Geschlechterforschung wird An-Institut der Universität Oldenburg.

„was hat denn ein Universitätspräsident auf einer Waschzuberregatta verloren?“

Das gute Ergebnis, das ich mit meinem persönlichen Referenten Thorsten Schulz am Ende auch vor dem OFFIS-Team mit Vorstand Hans-Jürgen Appelrath und gegen viele andere Mannschaften im Waschzuberpaddeln erreicht hatte, ohne in der Haaren (städtischer Flusslauf) baden gegangen zu sein, war selbstverständlich nicht das Entscheidende. Vielmehr hatten wir es erzielt vor den Augen vieler schaulustiger Oldenburger und nicht in den hehren Hallen der Wissenschaft und in deren Diktion, sondern außerhalb des „Elfenbeinturms“ und im direkten Kampf gegen die „Naturgesetze“. Ging es doch bei meiner Teilnahme hier – wie auch bei anderen Gelegenheiten (Ball der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung, Grünkohlessen in Berlin, Kramermarkteröffnung, Gesellschaft Union, Landfrauenversammlung, Oldenburger Filmfestspiele, Herbstlauf der Stadt Oldenburg oder Sandkruger Schleife und vieles andere mehr) – in erster Linie darum, die Universität näher an die Öffentlichkeit heranzuführen und in den Köpfen der Bürger und ihrer Repräsentanten präsent zu machen.

Die Universität war vielen Oldenburgern immer noch fremd, obwohl es viele gute Gründe gab, auf diese stolz zu sein. Ortsschilder aufzustellen, auf denen Oldenburg als Universitätsstadt ausgewiesen wurde, reichte freilich nicht aus. Es musste inhaltliche Aufklärung über Wissenschaft und Forschung an unserer Universität auf allen Ebenen und in all ihren Facetten stattfinden und es mussten Menschen und Institutionen gefunden werden, diese Aufklärung nachhaltig weiterzutragen. So wurde mit extern eingeworbenen Geldern (u. a. LzO, Nordmetall, Der Kleine Kreis) und einem kaum mehr zu überbietenden Engagement unserer leitenden KollegInnen im Bereich Presse- und Kommunikation eine Kinderuniversität ins Leben gerufen, die sich seither gleichbleibend allergrößter Beliebtheit erfreut und viele tausend Kinder und deren Eltern in die „heiligen Hallen“ der Wissenschaft locken und mit Begeisterung überzeugen konnte „von dem, was Wissenschaft tut und was sie weiß“.

Immer wieder versuchte ich mir selbst die Frage zu beantworten, wann eigentlich eine Universität vor Ort von ihren Bürgern als angenommen und akzeptiert gelten kann. Wann man sich mit ihr identifiziert und sie als „seine/ihre Universität“ betrachtet, von der man Schaden abhalten will oder der man Gutes tun will. Sind es die zuvor erwähnten Zusatzortsschilder? Ist es die Durchsage am

Bahnhof, mit der die ankommenden Fahrgäste nunmehr in der „Universitätsstadt Oldenburg“ begrüßt werden? Ist es die Tatsache, dass Studierende in Oldenburg und „umzu“ ihr Geld ausgeben und damit Handel und Gewerbe unterstützen? Ist es die in der Universität organisierte Blutspende, zu der Ex-Oberbürgermeister Holzapfel und der Präsident sich unter den Augen der Presse anzapfen lassen? Die Antwort erhielt ich schließlich aus der Öffentlichkeit selbst, als in schwierigen Zeiten der Haushaltskürzung durch das Land – wie im Jahre 2003 – ausgewiesene Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, Wirtschaftsverbände, städtische Gremien, politische Parteien, Gewerkschaften, Handwerker- und Geschäftsleute, nicht minder viele weniger bekannte Bürgerinnen und Bürger ihren Protest gegen die Landespolitik zum Ausdruck brachten und sich öffentlich zur Universität und ihrer Leistungsbilanz bekannten. Nachdem der Rat der Stadt Oldenburg ein einstimmiges Votum gegen die Sparpläne für die Universität verabschiedet hatte, schrieb Michael Exner in der NWZ am 24. September 2003: „Das Entscheidende an der Ratsresolution gegen die Kürzungen an den Hochschulen ist nicht die Einstimmigkeit des Beschlusses, sondern der Geist der Debatte. Da war nichts, aber auch wirklich nichts mehr zu spüren von jenen jahrelang gepflegten Beziehungskrisen zwischen der Stadt und „ihrer“ Hochschule ... Den Resolutionssatz, Ohne die Impulse der Universität [...] wäre das heutige Oldenburg kaum vorstellbar‘ kann man sich ruhig mal auf der Zunge zergehen lassen.“

Eine gänzlich neue Erfahrung, die ich in dieser Intensität nur noch bei meinem Rücktritt von der Kandidatur zur Präsidentenwahl 2003 erlebt habe und mir zugleich bedeutete, dass das Barometer für die Universität in Oldenburg und für ihr Verhältnis zur Region

1. August 2003
Arbeitsaufnahme des Forschungs- und Kompetenzzentrums Windenergie (ForWind) – eine Einrichtung der Universitäten Oldenburg und Hannover mit Sitz in Oldenburg. Das Zentrum widmet sich nicht nur der Forschung, sondern auch Fragen des effizienten Wissenstransfers zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik.

7. Oktober 2003
Eröffnung des von Prof. Dr. Anke Hanft konzipierten berufsbegleitenden und internetgestützten Studiengangs für Business Administration (BBA) für Manager in kleinen und mittleren Unternehmen.

gänzlich umgeschlagen war. Aber diese Art von aktiver Zustimmung und Akzeptanz hat sich nicht von selbst hergestellt. Sie bedurfte intensiver Überzeugungsarbeit in öffentlichen und förmlichen Unterstützerkreisen wie auch in privaten Netzwerken. Aus förmlichen Beziehungen wurden Bekanntschaften, entstand Nähe, entsprang Sympathie und wurden Freundschaften in dem gemeinsamen Bemühen, die Universität stärker in der Öffentlichkeit zu verankern. Ausgedehnte Vortragstätigkeit, Medienpräsenz, Bereitschaft an öffentlichen Veranstaltungen für die Schulen oder Kultureinrichtungen teilzunehmen, auch dort Grußworte zu sprechen, wo sich der materielle Nutzen für die Universität nicht unmittelbar erkennen ließ, und nicht zuletzt eben an einer Waschzuberregatta teilzunehmen, gehörten dazu.

Die Universitätsgesellschaft …

hält als offizieller Freundes- und Unterstützerkreis der Hochschule einen Beiratssitz für den Präsidenten frei, um ihre Arbeit mit Informationen aus erster Hand unterlegen zu können. Ihre Mitglieder sind Menschen aus allen gesellschaftlichen Bereichen, aus Wirtschaft und Politik, aus Verwaltung und Wissenschaft, aus Behörden und Banken, engagierte Bürger der Stadt und der Region. Eine der Schlüsselfiguren in diesem Zusammenhang war und ist der Unternehmer Peter Waskönig, der zu Beginn meiner Amtszeit bereits Vorsitzender der Universitätsgesellschaft war. Manche Mitstreiter spaßten über ihn, wer ihm die Hand gebe, würde unwiederbringlich Mitglied der UGO. Die Gelegenheiten dafür waren aber ungleich größer. Beispielsweise organisierten wir einmal monatlich einen „Mittagstisch des Präsidenten“, zu dem Peter Waskönig anerkannte und engagierte Multiplikatoren aus Stadt und Region zu einem Mittagessen in kleinem Kreise und zu einer Kurzvorlesung eines Professors bzw. einer Professorin einlud. Jeder allerdings musste sein Essen selbst bezahlen – und muss es auch heute noch.

Tiefer in die Region hinein sorgte ein anderes Modell für eine breitere Zurkenntnisnahme der Universität und ihrer Leistungsvielfalt. In der gesamten Nordwestregion konnten öffentlich bekannte Personen als „Botschafter der UGO“ gewonnen werden, die vor Ort halfen und auch heute noch helfen, die Bedeutung der Hochschule für die Region zu kommunizieren und die Beziehungen zur Wirtschaft zu fördern. Die bereits traditionellen Neujahrsempfänge im Oldenburgischen

Staatstheater als Begegnung der Universitätsmitglieder und jener der Universitätsgesellschaft gehörten ebenso zu unseren vielen Aktivitäten wie die anfänglich von mir organisierten Kamingespräche im Gästehaus der Universität und gut besuchte Veranstaltungen zur „Eröffnung des akademischen Jahres“ mit Björn Engholm, Konrad Schily, Klaus Landfried, Henning Scherf, Lutz Stratmann.

Für manche war Peter Waskönig, dem die Fakultät II für sein großes Engagement und seine tiefen Einsichten über die große Bedeutung der Universität für die Region zu Recht die Ehrenpromotion verlieh, „Türöffner“ in Ministerien, in anderen Fällen Konfliktschlichter und Moderator. Als wir gemeinsam einen Pressetermin zur Anbringung neuer Autobahnschilder mit den Ortshinweisen für die Universität anberaumt hatten – Peter Waskönig konnte die neue Wirtschaftsministerin Susanne Knorre gegen die Verkehrsbürokratie zur Genehmigung bewegen – und unser beider Bilder in der Nordwest-Zeitung erschienen waren, erhielten wir einen handgeschriebenen Brief der mehr als 100-jährigen Frau Elfriede Hartung: „Sehr geehrter lieber Herr Grubischtz! Ihr beider strahlendes Bild in der heutigen NWZ (07.12.01) erfreute mich sehr, aber natürlich noch viel mehr, worüber Sie sich so freuen konnten. Ganz herrlich, wie Sie letztendlich Ihr Ziel trotz aller Widerstände doch erreichen. Mein Mann hätte sich gefreut, zu schade, daß er dieses und vieles andere mehr, nicht mehr erlebt. Denn bei Htgs. [Abkürzung für Hartung‘s] im Weidendamm Nr. 4 war die eigentliche Geburtsstunde der Universität: Nach einem Schloßvortrag der sogenannten Universitätswoche, die der OLV 1 x jährlich veranstaltete, waren dort versammelt (alphabetisch): Dipl. Ing. Dr. Bronner, Ob. Stadtdir. Eilers, Prof. Dr. Hartung, Dr. Möller, Priv. Doz. Dr. med. Simon,

17. November 2003
Konstituierung des nach dem Niedersächsischen Hochschulgesetz (NHG) von 2002 vorgeschriebenen Hochschulrats. Zum Vorsitzenden wird der Vorstandsvorsitzende des Energiekonzerns EWE AG, Dr. Werner Brinker, gewählt.

11. Dezember 2003
Der Senat beschließt die Einrichtung des interdisziplinären Forschungszentrums „Neurosensorik“ mit Prof. Dr. Reto Weiler als Direktor.

1. Februar 2004
Der von der DFG bewilligte 2. Sonderforschungsbereich im Bereich Informatik „Automatic Verification and Analysis of Complex Systems“ (AVACS) nimmt die Arbeit auf. Sprecher ist Prof. Dr. Werner Damm.

Ob.Kirchrat Dr. theol. Tilemann und beschlossen die Gründung einer Universität mit Nachdruck voranzutreiben ...“

Beim Abschied von Peter Waskönig aus dem Vorsitz zählte die Oldenburger Universitätsgesellschaft mit 1011 Mitgliedern zu einer den größten in der Republik. Er war und ist ein wirklich großer Freund der Universität und hat sehr viel dazu beigetragen, dass sie in der Region angenommen wurde und ihre Bedeutung für Wirtschaft und Kultur unumstritten ist. Letzteres auch deshalb, weil Peter Waskönig und ich ein altes Projekt zwischen Stadt und Universität mit dem damaligen Oberbürgermeister Poeschel wiederbeleben konnten, das vor meiner Amtszeit im zwischenmenschlichen Sumpf bereits versunken schien: das spätere Erfolgsmodell „Technologie- und Gründerzentrum Oldenburg“ (TGO). Es war zugleich ein Neustart für eine engere, qualitativ neue Zusammenarbeit zwischen Universität und ...

Stadt Oldenburg ...

mit ihren politischen Mandatsträgern sowie ihrer Verwaltung. Für verbesserungsbedürftig hatte ich in meiner Antrittsrede das Zueinander von Stadt und Universität charakterisiert und Oberbürgermeister Poeschel zum gemeinsamen Überlegen eingeladen. Ob zum Beispiel Studierende nach Oldenburg kommen, ist nicht eine Sache der Universität allein.

Ein Empfang für Vertreter der Universität im April 1999 im Rathaus der Stadt anlässlich des 25-jährigen Bestehens der Hochschule folgte und kennzeichnete den qualitativen Neubeginn unseres Miteinanders. Im Februar 2000 kam der Rat der Stadt einer Einladung des Präsidiums folgend zu seiner regulären Ratssitzung in die Hochschule, um seine Verbundenheit mit der Universität über alle Parteien hinweg ausdrücklich zu dokumentieren. Und es kam wie angestrebt: Die gute Zusammenarbeit mündete in einen Kooperationsvertrag. „Die Stadt Oldenburg ist ohne Universität kaum noch denkbar“, überschreibt das UNI-INFO 9/2002 seinen Bericht und OB Schütz bekannte öffentlich, die Universität sei der entscheidende Wirtschaftsförderungsfaktor für die Stadt geworden. Bei meinem Abschied sagte er: „Ohne einen Universitätspräsidenten, der im bildlichen Sinne viele Mauern eingerissen hat, die eine Zusammenarbeit vorher behindert haben, wäre dieser Prozess nicht vorstellbar.“

Nicht nur durch den inzwischen angelaufenen Bau des TGO, bei dem die Universität und die Fachhochschule Oldenburg durch Einwirken von Peter Waskönig zu Mitgesellschafter wurden, sondern auch in anderen regionalen Zusammenhängen und Gremien wurde die Zusammenarbeit intensiviert. Die Stadt Oldenburg lud den Präsidenten der Universität als kooptiertes Mitglied zu den Sitzungen ihres Wirtschaftsförderungsausschusses.

Außerhalb und innerhalb der Universität flochten immer mehr Köpfe und Meinungsträger ein immer enger werdendes Netz von Aktivitäten, um in der Verfolgung ihrer partikularen oder gemeinsamen Interessen in Kunst und Kultur, Wirtschaft und Recht, Erziehung und Bildung, Wissenschaft und Technik die Universität zum gegenseitigen Vorteil mit einzubinden. Die Terminkalender quollen aus allen Nähten und manchmal hatte ich den Eindruck, die ...

Region ...

erfinde sich neu und sei total im Aufbruch. Diese Stimmung hatte ich selbst mit erzeugt und ließ mich gerne von ihr mitreißen – wie zum Beispiel auf dem Adventsempfang der Stadt Wildeshausen in einer Rede über „Wissenschaft und Wirtschaft – Zur Zukunft der Region", wo ich für eine Bündelung aller innovativen Kräfte im Nordwesten jenseits aller politischen Ränkespielchen, Proporz und Gefälligkeiten warb. Kein Jahr später konnte das Präsidium den Erhalt einer Stiftungsprofessur „Entrepreneurship" verkünden – finanziert vom Arbeitsgeberverband, dem Nord-West-Metall Verband, der Wirtschaftlichen Vereinigung Oldenburg (Der kleine Kreis), nachdem die Universität schon 2000

18. Februar 2004
Mit der Vorlesung „Der kleine Mann im Ohr" wird die KinderUniversität Oldenburg mit über 1.000 acht- bis zwölfjährigen Kindern eröffnet. 2010 haben bereits 50.000 Kinder die Vorlesungen besucht.

25. Februar 2004
Der Wirtschaftswissenschaftler Prof. Dr. Uwe Schneidewind wird vom Senat zum neuen Präsidenten der Hochschule zum 1. Oktober 2004 gewählt.

28. April 2004
Der Senat beschließt die flächendeckende Umstellung der Studienstruktur auf Bachelor- und Masterabschlüsse.

im Landeswettbewerb um die gründerfreundlichste Hochschule prämiert (Power-Nordwest) worden war.

Auch die bereits erwähnte Initiativgruppe „Spitzen aus Nordwest“ (darin vertreten der OLB-Vorstandssprecher Dr. Bleckmann, OFFIS, die IHK, die Fachhochschule und Landtagspräsident a. D. Horst Milde sowie die Universität) mit ihrem Weißbuch (Februar 2001) über die Stärken und Schwächen und die Chancen künftiger wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Entwicklungen im Nordwesten ist aus dem vorgenannten regionalen Netzwerk hervorgegangen. Mit ihrem Fingerzeig auf die Leistungsstärken einerseits, die Schieflage in der Mittelverteilung des Landes in Richtung Nordwesten andererseits wollten die Herausgeber der Landesregierung zahlenbelegt aufzeigen, „wo aus unserer Sicht die regionalen Gegebenheiten eine hohe Dynamik hinsichtlich Wert schöpfender Entwicklungsmöglichkeiten versprechen“, wie es in den Vorbemerkungen des Weißbuches heißt.

Diese Publikation sorgte für mehr politisches Furore in Hannover, als wir ursprünglich vermutet hatten (auch wenn sie nicht gleich den Geldsegen in die Region brachte), und sie war Argumentationshilfe für die Landtagsabgeordneten aus der Region – gleich welcher Partei. Mehr noch: Die Ergebnisse nahm ein themenspezifisch erweiterter Initiativkreis mit der Bezeichnung „Oldenburg – die 3-I-Region – Ideen, Initiativen, Innovation“ als Grundlage für die Formulierung von Kernstrategien und Aktionsmöglichkeiten zur nachhaltigen Entwicklung im nördlichen Weser-Ems-Raum auf und gab Empfehlungen für die Umsetzung der innovativen Stärken im Nordwesten in Bezug auf sechs verschiedene Handlungsfelder: Informations- und Kommunikationstechnologien, Intelligente Automobiltechnik, Individueller Tourismus, Gesunde Ernährung, Effiziente Energiewirtschaft und Leistungsfähiges Gesundheitswesen. Der Rat der Stadt machte sich im März 2001 diese Handlungsfelder mit großer Mehrheit zu eigen und verpflichtete sich damit, in seiner Rolle als Oberzentrum „aktiver als in der Vergangenheit […] die nördliche Weser-Ems-Region konstitutiv in ihre Strategien einzubeziehen“ (UNI-INFO 4/01). Insbesondere aus Sicht der Universität wurden in Anknüpfung an das Weißbuch und eingedenk der bereits bestehenden „Leuchttürme“ Neurokognitionsforschung und Kompetenzzentrum für Hörgeräte-Systemtechnik unter dem Kürzel „Formel 2010“ für kurz- und mittelfristige Zielvorstellungen vier Innovations- und Handlungsfelder für eine Wirtschafts- und Wissenschaftspolitik im Nordwesten skizziert: der Energiebereich, das eLearning, die Meeres- und Küstenforschung sowie die Sicherheitskritischen Systeme im Bereich Informatik.

Unter diesen Vorzeichen versammelten wir kompetente Vertreter, um ein Marketing zu schaffen, „das ansässige Firmen zur Zusammenarbeit mit der Universität bewegt und neue Unternehmen in die Region holt“ (UNI-INFO 7/02). Das im März 2004 feierlich eröffnete Zentrum für Windenergieforschung ist dafür ein besonders gutes Beispiel.

Dass einmal der Präsident der Universität gemeinsam mit der IHK Oldenburg die gleichlautenden beiderseitigen Vorstellungen zur Forschungs- und Wirtschaftsentwicklung einem Niedersächsischen Ministerpräsidenten unterbreiten würden – verbunden mit der Aufforderung, das Land möge seine eigenen Entwicklungspotenziale im Nordwesten politisch zur Kenntnis nehmen – war im Gesamtzusammenhang all dieser Aktivitäten zweifellos ein Novum. Auch im Bereich Medizin gab es erste konkrete Initiativen in meiner Amtszeit. Wir arbeiteten bereits unter Einbeziehung des HWK und der Fachhochschule an einem Konzept für einen Forschungsverbund, mit dem auch die Einrichtung eines Kompetenzzentrums Nordwest: „Altern – Gesundheit – Technik. Technische und soziale Re-Habilitation von Sinnes- und Mobilitätseinschränkungen im Altern“ verknüpft und an dem das Sozialministerium interessiert war. Im September 2003 erfolgte für mich dann eine neue private und nachhaltige Begegnung mit Prof. Dr. Rudolf Raab von den Städtischen Kliniken, zu der ich aus der Universität Prof. Dr. Weiler hinzuzog und damit am Ende meiner Amtszeit einen intensiven Planungsprozess für die Gründung einer medizinischen Fakultät in Gang setzte.

29. Juni 2004
Der Universität wird in Berlin das Zertifikat „Familiengerechte Hochschule“ zuerkannt.

7. Juli 2004
Senat beschließt die Einrichtung des interdisziplinären Forschungszentrums „Sicherheitskritische Systeme“ (SKS) mit Prof Dr. Werner Damm als Direktor.

24. September 2004
Das von dem Wirtschaftswissenschaftler Prof. Dr. Dr. h.c. Hans Kaminski gegründete Institut für ökonomische Bildung (IÖB) wird An-Institut.

Abschied

Loszulassen von der Arbeit ist nicht leicht, wenn selbstgesetzte Ziele noch nicht erreicht und Aufgaben noch nicht abgearbeitet sind. Zumal ich von vielen Menschen innerhalb und außerhalb der Universität gedrängt wurde, mich einer Wiederwahl zu stellen. Aber es kam anders, als selbst gewollt und von anderen gewünscht. Womit ich nicht gerechnet hatte, war die öffentliche Reaktion. Hunderte Briefe, Mails, Anrufe und gar Bitten, nicht zu früh aus der noch längst nicht abschließend getroffenen Wahl auszusteigen, erreichten mich und vermittelten mir eine nie dagewesene öffentliche Stimmung, die zwar dem „Dirigenten" applaudierte, aber in meinen Augen vor allem die Universität und deren Entwicklung in den zurückliegenden sechs Jahren einschließlich ihres Hineinwachsens in den Nordwesten meinte.

Plötzlich und erneut, als ich einige Monate später vor und mit vielen hundert Menschen meinen „be-Flügel-ten Abschied" zelebrierte, wurde mir deutlich, dass ich offensichtlich „die endgültige Versöhnung zwischen der Universität und der Region zustande gebracht" hatte, wie es Hans-Jürgen Appelrath und Rainer Rheude im UNI-INFO formulierten (6/2004). Was mich ärgerte, war, meine Pläne nicht zu Ende führen zu können und endlich eine Universität Oldenburg zu realisieren, die in Wissenschaft und Verwaltung in der Hochschullandschaft und in der Region Vorbildcharakter besitzt und sich darin stets als „offen für neue Wege" zeigt.

Universitätsleitung 1998 – 2004

Präsident
Prof. Dr. Siegfried Grubitzsch

Vizepräsidenten (VP)

Prof. Dr. Jost von Maydell	1. VP für Forschung (1998–1999)
Dipl. Politologin Ina Grieb	2. VP für Lehre (1998–2000)
Prof. Dr. Rüdiger Meyenberg †	1. VP für Forschung (1999–2000)
Prof. Dr. Wolfgang Nebel	1. VP für Forschung (2001–2002)
Dr. Marion Rieken	2. VP für Lehre (2001–2004)
Prof. Dr. Wolf-Dieter Scholz	1. VP für Forschung (2003–2004)

Kanzler bzw. Vizepräsidenten für Verwaltung
(nach dem 2002 verabschiedeten Niedersächsischen Hochschulgesetz)

Günter Scholz	(1998–2002)
Gerlinde Walter	(2002–2004)

Siegfried Grubitzsch

Prof. Dr. rer. nat. Siegfried Grubitzsch, 1940 in Mühlhausen/Thür. geboren und aufgewachsen, studierte in Mainz und Braunschweig Psychologie, daneben Betriebswirtschaft, Philosophie und Politikwissenschaft. Nach seinem Diplom im Fach Psychologie wurde er 1967 an der Pädagogischen Hochschule Oldenburg wissenschaftlicher Mitarbeiter. Seiner Promotion 1972 an der Technischen Universität Braunschweig schloss sich ein erster Ruf an die Pädagogische Hochschule Weingarten an, wo er zwei Jahre lehrte und forschte. 1974 wurde er zum Professor für Psychologie mit dem Schwerpunkt Psychologische Diagnostik an der neu gegründeten Universität Oldenburg ernannt. Neben seiner Tätigkeit in Forschung und Lehre, die ihm Gastprofessuren in Moskau und Wien bescherte, engagierte er sich von Beginn an in der akademischen Selbstverwaltung und war u. a. von 1992 bis 1995 Dekan des Fachbereichs V Philosophie/Psychologie/Sportwissenschaft und von 1995 bis 1997 Vizepräsident, bevor er 1998 zum Präsidenten der Universität gewählt wurde. Auch nach seiner Emeritierung 2005 blieb er Präsident der Abteilung der Internationalen Akademie der Wissenschaften für das Hochschulwesen (Hauptsitz Moskau) in Deutschland, lehrt und schreibt im Bereich Hochschul- und Wissenschaftsmanagement und engagiert sich in zahlreichen Stiftungen.

Eliteförderung: Der Autor im Gespräch mit hochbegabten Schülern, die seit 2006 schon vor dem Abitur an der Universität studieren dürfen.

Uwe Schneidewind

Eine besondere Dialektik

2004 – 2008

Über Universitäten als eine besondere Art von Organisation ist viel geschrieben worden. Es handelt sich um lose gekoppelte Systeme zahlreicher Organisations-„inseln“ mit kleinerer und größerer Macht. Die grundgesetzlich gesicherte Freiheit von Forschung und Lehre, die Absicherung von Hochschullehrern über das Lebenszeitbeamtentum, aber auch die Tatsache, dass die internationale Fach-Community häufig das sehr viel wichtigere Referenzsystem als die eigene Universität darstellt, unterscheiden Universitäten erheblich von anderen Organisationen und insbesondere von Unternehmen.

Folge sind erhebliche Freiheitsgrade: In Universitäten kann sich der Einzelne, können sich einzelne Gruppen vieles erlauben und das Schöne: Universitäten funktionieren trotzdem – oder gerade deswegen, denn für die Einzelnen stellen die Freiheitsgrade das Lebenselixier von Universität dar. Nur durch diese Freiheit kann der kreative Gedanke, kann herausragende Forschung und Lehre entfernt

von funktionalistischen Sachzwängen entstehen. Für Hochschulkritiker ist das Maß an Freiheit einer der zentralen Gründe für Ineffizienzen und Verantwortungsvergessenheit, die sich im Hochschulsektor immer wieder einstellen. Die intensive Diskussion über die Bologna-Reform, die die Freiheitsgrade in der Lehre erheblich beschnitten hat, aber auch über die zunehmende indikator- und drittmittelorientierte Steuerung von Universitäten, geben einen Eindruck davon, wie sensibel das Thema „Freiheit" in Hochschulen diskutiert wird.

Das Für und Wider von mehr oder weniger Freiheit ist nicht Gegenstand dieses Beitrags. Im Zentrum steht aber ein Phänomen, das eng mit den Freiräumen zusammenhängt: die Fähigkeit, umfassende extern wahrzunehmende Leistungen zu produzieren, die in einem intuitiv nur schwierig nachvollziehbaren Verhältnis zu internen Prozessen in eben dieser Universität stehen. Diese Möglichkeiten sind organisationstheoretisch gut untersucht. Dennoch ist es immer wieder beeindruckend, sie plastisch in der Praxis zu erleben.

In den Jahren 2004 bis 2008 wurde die Universität ungewollt zu einer eindrucksvollen Fallstudie für eine solche Diskrepanz. Als Schnittstelle für diesen Prozess wirkt zwangsläufig ihr Präsident. Denn er spielt eine zentrale Rolle in beiden Arenen – sowohl in der Außensichtbarkeit der Organisation und der Koordination der nach außen wahrnehmbaren Erfolge als auch als Schlüsselakteur in den internen mikropolitschen Arenen – als „Primus inter pares".

Jedem, der das Präsidentenamt einer Universität antritt, ist in der Regel bewusst, dass es sich in beiden Arenen zu bewähren gilt: eine nach außen sichtbare erfolgreiche Universität zu ermöglichen und gleichzeitig die internen Dynamiken zu beherrschen. Die Oldenburger Präsidentschaft 2004 bis 2008 macht deutlich, dass das Erstere hervorragend gelingen kann, und die internen Prozesse dabei in eine völlig andere Richtung verlaufen können. Fast häufiger ist das umgekehrte Muster zu finden: Die Beherrschung der internen Dynamiken gelingt mehr oder weniger souverän, nach außen bleibt die Institution jedoch blass.

Im Folgenden schildert der Autor seine Amtszeit 2004 bis 2008 aus zwei Perspektiven: einer Außen- und einer Innensicht – eine Geschichte der Oberflächenstruktur und eine Geschichte der mikropolitischen Tiefenstruktur.

Die Außensicht – eine Erfolgsgeschichte

Im Februar 2004 wird der Autor als 37-Jähriger mit Zweidrittelmehrheit im ersten Wahlgang durch den Senat der Oldenburger Universität zu ihrem Präsidenten gewählt. Dieselbe junge Universität, die sich in einem umfassenden Generationenumbruch befindet, beweist mit dieser Wahl zum vierten Mal nach 1974, 1980 und 1986 den Mut zu einem jungen Präsidenten. Sie entscheidet sich das erste Mal für einen Kandidaten mit managementwissenschaftlichem Hintergrund.

Der neue Hochschulleiter kann an eine hervorragende Aufbauleistung der Vorjahre anknüpfen: Es ist zu klaren wissenschaftlichen Schwerpunktbildungen insbesondere in den Naturwissenschaften und der Informatik gekommen. Die vom Vorgänger initiierte Fakultätsreform (Reduktion von elf Fachbereichen auf fünf Fakultäten) hat die Handlungs- und Managementfähigkeit erheblich erhöht. Der neue Präsident konnte dies als Gründungsdekan der neuen Fakultät für Informatik, Wirtschafts- und Rechtswissenschaften selbst erfahren. Die Komplettumstellung der Oldenburger Studiengänge auf die Bachelor-/Master-Strukturen zum Wintersemester 2004/05 wurde vom Vorgängerpräsidium mutig vorbereitet und entschieden. Die ursprüngliche Distanz zwischen dem bürgerlichem Oldenburger Umfeld und der als links wahrgenommenen Reformuniversität ist überwunden: Es gibt vielfältige Kooperationen, mehrere aus der Region finanzierte Stiftungsprofessuren, einen formalen Kooperationsvertrag zwischen Universität und Stadt. Die Universitätsgesellschaft Oldenburg (UGO) ist eine der mitgliederstärksten in Deutschland. Mit der von Gerhard Harms und Corinna Dahm-Brey initiierten und inszenierten KinderUniversität hat die Universität ein weiteres Format

Amtszeit
Prof. Dr.
Uwe Schneidewind

1. Oktober 2004
Mit einer symbolischen Schlüsselübergabe vollziehen Prof. Dr. Siegfried Grubitzsch und sein Nachfolger Prof. Dr. Uwe Schneidewind den Wechsel im Präsidentenamt.

18. Oktober 2004
Mit der Umstellung ihrer Studienstruktur auf Bachelor- und Master-Abschlüsse gehört die Universität Oldenburg zu den ersten Hochschulen in Deutschland, die den Bologna-Beschlüssen der EU-Bildungsminister folgen. Die bisherigen Diplom-, Magister- und Lehramtsstudiengänge laufen aus.

mit höchster Akzeptanz im regionalen Umfeld geschaffen. Über bundesweit angesehene Weiterbildungsstudiengänge gelingt eine enge Verknüpfung mit dem regionalen Umfeld.

Zudem könnten auch die sonstigen Rahmenbedingungen für die Universität kaum besser sein: Mit dem niedersächsischen Regierungswechsel im Jahr 2003 wurde der Oldenburger Lutz Stratmann neuer niedersächsischer Wissenschaftsminister. Ein enges „Doppelpassspiel" zwischen dem Ministerium und der Universität für die Umsetzung hochschulpolitischer Initiativen am Standort Oldenburg ist mithin gewährleistet. Nach einem mit schmerzlichen Einsparungen verbundenen „Hochschuloptimierungskonzept" im Jahr 2003 erweist sich die Landesregierung als äußerst verlässlicher Partner der Hochschulen. Über einen Zukunftsvertrag wird in den Folgejahren die Finanzierungsstabilität der niedersächsischen Hochschulen abgesichert. Über die im Jahr 2005 eingeführten Studiengebühren entsteht weiterer finanzieller Spielraum.

Im Jahr 2006 wird zudem mit Gerd Schwandner ein sehr wissenschaftsaffiner Oberbürgermeister an die Spitze der Stadt Oldenburg gewählt und damit der Grundstein für eine erfolgreiche „Stadt der Wissenschaft"-Bewerbung gelegt.

Der neue Präsident startet daher nach offiziellem Beginn am 1. Oktober 2004 auch äußerst kraftvoll – nicht nur über eine Aufbruch vermittelnde Feier zum Amtsantritt, in deren Rahmen er in seiner Rede die Vision einer Universität Oldenburg entwickelt, die nicht ausschließlich den an sie herangetragenen Ansprüchen gerecht wird („Exzellenz"), sondern sich dabei auch ihrer Reformwurzeln besinnt („Authentizität") und einen hochschulinternen Leitprozess ankündigt, der tatsächlich auch im Sommer 2005 zu einer Verabschiedung eines „Leitbild 2010" durch den Senat führt. Das Leitbild formuliert nicht nur die übergeordnete Vision der Universität, sondern legt auch ganz konkrete Kernziele in den Bereichen Forschung und Lehre fest. Faktisch sind alle der im Leitbild formulierten engagierten Ziele Mitte des Jahres 2010 erreicht.

Die Gestaltungskraft der Hochschulleitung wird dadurch gestärkt, dass es dem neuen Präsidenten gelingt, mit Karen Ellwanger (Materielle Kultur) für die Lehre (2006 gefolgt von Sabine Doering, Literaturwissenschaft) und Reto Weiler (Neurobiologie) für die Forschung, fachlich starke Persönlichkeiten als neue nebenamtliche Vizepräsidentinnen zu gewinnen. Die Besetzung der Positionen wird verbunden mit einer erheblichen Stärkung ihrer Rollen: Die Vizepräsidenten erhalten eigene Stabsstellen zugeordnet, ihre Ressortzuständigkeit und -autonomie wird

erheblich erhöht. Die ersten Erfolge dieser erweiterten Managementkapazität des Präsidiums zeigen sich schnell:

Erfolge in der Lehre

Die noch vom Vorgängerpräsidium initiierte Komplettumstellung der Studiengänge auf Bachelor-/Master-Strukturen wird erfolgreich abgeschlossen. Alle Studiengänge werden letztlich reibungslos akkreditiert. Die Universität Oldenburg nimmt damit bundesweit eine Vorreiterrolle wahr. Gleichzeitig nutzt die Universität die Möglichkeiten der neuen Bachelor-/Master-Strukturen zunehmend für innovative internationale Studiengangsprojekte – sowohl im grundständigen Bereich als auch bei weiterbildenden Studiengängen.

Erfolge in der Forschung

Über Strukturpläne koordiniert der Vizepräsident für Forschung eine forschungsorientierte Weiterentwicklung der Fakultäten. Über fünfzig Neuberufungen in den Fakultäten werden erfolgreich durchgeführt. Ein erheblich ansteigender Anteil von DFG-Drittmitteleinwerbungen, die Gewinnung eines weiteren Sonderforschungsbereiches, eines Graduiertenkollegs und einer Forschergruppe sowie das erfreuliche Abschneiden in der ersten Runde der Exzellenzinitiative (das Hörforschungs-Exzellenzcluster „Hearing and its disorders“ erreicht 2006 die zweite Runde, scheitert dann aber leider knapp) sind äußere Kennzeichen des Erfolges.

7. Mai 2005
DFG-Entscheidung für den 3. Oldenburger Sonderforschungsbereich „Das aktive Gehör” am Institut für Physik. Sprecher ist der Physiker Prof. Dr. Birger Kollmeier.

13. Juli 2005
Verabschiedung des ersten Leitbildes für die Entwicklung der Universität bis 2010, das die Zahl der Studierenden auf 10.000 festschreibt.

2006 wirbt die Universität rund 40 Mio. Euro zum Aufbau eines EWE-Forschungszentrums für Energieforschung ein. Diese Einwerbung erregt bundesweit Aufsehen und versetzt Oldenburg in die Lage, seine langjährigen Kompetenzen im Bereich regenerativer Energieforschung zu einem international sichtbaren Schwerpunkt weiterzuentwickeln. Das Engagement der EWE, dem in Oldenburg ansässigen fünftgrößten deutschen Energieversorger, ist zudem Ausdruck der hervorragenden Kooperation der Universität mit ihrem regionalen Umfeld.

Die Windenergieforschung wird konsequent ausgebaut und personell gestärkt. Neben dem schon bestehenden Forschungszentrum FORWIND etablieren sich eine Fraunhofer-Arbeitsgruppe und eine weitere prominent besetzte Stiftungsprofessur.

Mit ihrem ökologischen Profil schneiden die Oldenburger Wirtschaftswissenschaften in zahlreichen Rankings hervorragend ab.

Neben der Informatik und den Naturwissenschaften erfährt auch die Profilbildung in den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften zunehmende Dynamik: Im Jahr 2005 erfolgt der durch Generationenwechsel notwendige Neuaufbau der Oldenburger Sozialwissenschaften. Er wird vom Präsidenten in enger Kopplung mit einer externen Besetzungskommission und der Wissenschaftlichen Kommission Niedersachsen vorangetrieben. Die koordinierten Ausschreibungen und die erfolgreichen Berufungen führen in den fachlichen Communities zu großem Aufsehen. Schon bald gelingt es, die neuberufenen Forscher in den an der Bremer Universität angesiedelten DFG-Sonderforschungsbereich zu integrieren und damit 2010 eine gemeinsame Cluster-Beantragung in der Exzellenzinitiative zu ermöglichen.

Das 2008 unter Federführung des Philosophen Reinhard Schulz durchgeführte Jaspers-Jahr anlässlich des 125-jährigen Geburtstags des in Oldenburg geborenen Philosophen wird zu einem national und international wahrgenommenen Erfolg. Unter anderem mit der Jaspers-Vorlesung durch den letzten persönlichen Jaspers-Assistenten Hans Saner zu Aspekten der „Kunst“ im Werk Jaspers setzen die Oldenburger Veranstaltungen inhaltlich – mit der vom weltweit renommierten Aktionskünstler Olafur Eliasson zum Jaspers-Jahr in Oldenburg realisierten Installation „Rainbow Democracy“ auch künstlerisch – Zeichen. Die in diesem Rahmen von Hans Saner getroffene Entscheidung, die Original-Bibliothek Karl Jaspers an die Universität Oldenburg zu überführen, rundet das Jahr ab und wie schon mit den vielen von der Oldenburger Hannah Arendt-Forschungsstelle durchgeführten

Veranstaltungen zum 100. Geburtstag von Hannah Arendt pflegt die Universität erfolgreich ihre authentischen sozialwissenschaftlichen Wurzeln.

Interdisziplinäre Forschung

In der Umwelt- und Nachhaltigkeitsforschung gelingt es der Universität, ihre starken umweltbezogenen Wurzeln in den Feldern der regenerativen Energieforschung, der Küsten- und Meeresforschung sowie in den umweltorientierten Wirtschaftswissenschaften in dem interdisziplinären Zentrum COAST zusammenzuführen. Durch die Übernahme der Umweltwissenschaften von der Hochschule Vechta erfolgt eine weitere Stärkung des Bereiches. Das nachhaltigkeitsorientierte Profil der Universität wird national und international immer stärker wahrgenommen.

Wegweisende regionale Vernetzungsstrategie

Ein Schlüsselelement in der Strategie der Periode 2004 bis 2008 ist die Stärkung der wissenschaftlichen Nord-West-Kooperation. Zwar gab es schon länger einen formalen Kooperationsvertrag zwischen den Universitäten Bremen und Oldenburg sowie die durch eine Kooperationsstelle koordinierte Möglichkeit eines Kooperationsstudiums in ausgewählten Fächern an beiden Universitäten, die strategischen Potenziale der Kooperation sind aber bisher kaum entwickelt.

Durch das gute persönliche Verhältnis des Oldenburger Präsidenten zu dem Bremer Rektor Wilfried Müller sowie die starke Unterstützung der beiden Lan-

11. November 2005
Erstmalige Verleihung des nach dem Nobelpreisträger für Physik benannten und mit 15.000 Euro dotierten Klaus von Klitzing-Preis für engagierte Lehrer naturwissenschaftlicher Fächer durch die Universität und die EWE Stiftung.

6. Juni 2006
Bewilligung der Forschergruppe „Dynamik und Stabilisierung retinaler Verarbeitung“ durch die DFG. Sprecher und Initiator ist der Neurobiologe Prof. Dr. Reto Weiler.

desregierungen entsteht in den Jahren ab 2004 eine hohe Dynamik in der strategischen Kooperation der beiden Universitäten, unter Einbeziehung der weiteren Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen der Region sowie der Universität Groningen in den Niederlanden. Konkreten Niederschlag findet dies unter anderem in einer engen strategischen Zusammenarbeit in den Bereichen Meeresforschung, Windenergieforschung, Informatik und in den Sozialwissenschaften sowie in der Planung eines gemeinsamen Medizinstudiengangs mit der Universität Groningen. Der Oldenburger Universitätspräsident trägt die Kooperation über seine Rolle als Beiratsvorsitzender der Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten („Metropole Nordwest") auch in die Region. Die Entwicklung des Stiftungskonzeptes zur NOWETAS-Stiftung (Nordwest-Universitas) wird zum Katalysator für die strategische Weiterentwicklung der Hochschulzusammenarbeit im Nordwesten, mit Blick auf ein gemeinsames Antreten im Rahmen der zweiten Runde der Exzellenzinitiative in den Jahren 2010/11.

Wachsende nationale Anerkennung

Die dynamische und rasante Entwicklung der Universität Oldenburg erntet auch national sichtbare Anerkennung: 2007 tagt der Wissenschaftsrat in Oldenburg und nimmt plastische Eindrücke der aktuellen Entwicklung mit. Mit dem Erfolg in den Stifterverbandswettbewerben „Profil und Kooperation" (ein Wettbewerb um die besten Profilbildungsstrategien kleiner und mittelgroßer Hochschulen) im Jahr 2007 wird die Nord-West-Kooperationsstrategie der Universität ausgezeichnet und die Grundlage für die NOWETAS (Nordwest-Universitas)-Stiftung gelegt.

Im Februar 2008 erfolgt mit dem Sieg im Stifterverbands-Wettbewerb „Stadt der Wissenschaft 2009" ein weiterer nationaler Durchbruch. Die Universität Oldenburg wird spätestens jetzt als eine der besonders dynamischen und beweglichen mittelgroßen Hochschulen wahrgenommen. Im Sommer 2008 steht sie fantastisch da: Das „Stadt der Wissenschaft"-Jahr liegt vor ihr, die Nord-West-Kooperation ist auf einem hervorragenden Weg, die meisten Ziele des Leitbildes 2010 sind erreicht.

Doch dann vernimmt die Öffentlichkeit eine überraschende Nachricht: Am 19. August erklärt der Präsident seinen vorzeitigen Rücktritt und kündigt an, er wolle sich wieder „verstärkt der Nachhaltigkeitsforschung und -politik widmen", was er

mit der dann bald folgenden Übernahme des Vorsitzes der niedersächsischen Regierungskommission Klimaschutz sowie später des Präsidentenamtes des Wuppertal Institutes für Klima, Umwelt und Energie auch tatsächlich tut.

Es lohnt daher ein Blick auf die Geschichte der Universität Oldenburg 2004 bis 2008 aus der internen Perspektive.

Die Innensicht – eine konfliktreiche Mikropolitik-Story

Viele der in den 70er-Jahren gegründeten Reformuniversitäten litten und leiden unter einem Grundkonflikt, der auf ihre Gründungsgeschichte zurückgeht und durch die Wissenschaftsentwicklung ab den 80er-Jahren verschärft wurde und strukturell nur schwer auflösbar ist. Dieser Konflikt zeigte und zeigt sich auch in der Universität Oldenburg: Die Universität entstand im Jahr 1974 aus einer pädagogischen Hochschule und wurde in allen Fächern mit einem stark politisch geprägten Gründungselan aufgebaut. Die Lehrerbildung und die Sozialwissenschaften bildeten dabei einen quantitativen Schwerpunkt. Ab den 80er-Jahren veränderte sich das wissenschaftspolitische Klima. Die in der Hochschulexpansion dominante Lehr-Orientierung sowie die sozialwissenschaftliche Schwerpunktsetzung traten zurück gegenüber einem eher klassischen, sehr stark von den Naturwissenschaften geprägten Forschungsverständnis. Vor diesem Hintergrund bildeten sich in Oldenburg wie in vielen Reform-Hochschulen zwei Lager heraus, die sich zum Teil unversöhnlich gegenüberstanden: Ein Lager, das die Reformimpulse der Gründungsphase erhalten wollte und die Hochschule

20. Juni 2006
Gründung des Zentrums für Nachhaltigkeits- und Umweltforschung COAST, das die Kompetenzen der Natur- und Wirtschaftswissenschaften sowie der Informatik in diesem Bereich bündelt.

14. Oktober 2006
Eine Initiative von Prof. Dr. Katharina Al Shamery ermöglicht begabten Schülern die Teilnahme an regulären Veranstaltungen der Fächer Mathematik, Physik, Chemie, Biologie und in der Informatik. Der jüngste ist 13 Jahre alt.

insbesondere in ihrer breiten Ausbildungs- und gesellschaftlichen Reflexionsleistung begründet sah, stand dem Lager gegenüber, das die jungen Reformuniversitäten an die Standards „klassischer“ Wissenschaft heranführen wollte – was sich insbesondere am Erwerb der DFG-Mitgliedschaft sowie der verstärkten Einwerbung von DFG-Drittmitteln bis hin zu koordinierten Instrumenten wie DFG-Sonderforschungsbereichen festmachte.

Die Kämpfe und Konflikte der beiden Lager wurden insbesondere über Ressourcenverteilungen in den Fächern (wer erhält wie viel Mittel und vor allem Stellen?) sowie über die Berufungspolitik neuer Professorinnen und Professoren ausgetragen (welcher Ausrichtung gehört die neue Kollegin/der neue Kollege an?). Nachdem in den Anfangsjahren das Reformlager dominant war, veränderten sich in den 90er-Jahren – flankiert durch eine die klassische Ausrichtung unterstützende Wissenschaftspolitik – die Kraftverhältnisse zugunsten des Forschungslagers. Diese Verschiebung schlug sich jedoch häufig nicht in den – für Präsidentenwahlen relevanten – Gremienzusammensetzungen wie den Konzilen und akademischen Senaten nieder. In diesen Gremien engagierten sich die Vertreterinnen und Vertreter des Reformlagers meistens überproportional. Die Vertreterinnen und Vertreter des Forschungslagers scheuten in aller Regel Gremientätigkeit und wählten eher den Weg der Entkopplung ihrer Forschungstätigkeiten durch die Gründung über Drittmittel finanzierter Bereiche und An-Institute. So waren zum Beispiel die Beteiligten an Sonderforschungsbereichen oder Institute wie das Informatik-An-Institut OFFIS von den Mittelverteilungskämpfen innerhalb der Universität anfangs weniger betroffen.

Zum Ende der 90er-Jahre mit Verschärfung des Drittmittelwettbewerbes veränderte sich die Situation, da gerade die Einwerbung großer koordinierter Forschungsverbünde (wie Graduiertenkollegs, Sonderforschungsbereiche und ab 2005 Exzellenzcluster und Graduiertenschulen) auf die Fokussierung und Konzentration von Ressourcen in der Universität auf bestimmte Bereiche angewiesen war, um die für diese Form der Förderung nötigen kritischen Massen zu erreichen. Klare Schwerpunkt-(„Leuchtturm“-)bildung stand damit im Widerspruch zu breiter Gleichverteilung und in der Ressourcenausstattung an der Lehrbelastung orientierter Mittelverteilung. Fächer mit hohen Studierendenzahlen, aber geringerer klassischer Forschungsprofilierung (wie die Lehrerbildung, die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften) standen im Konflikt mit forschungsstarken naturwissenschaftlichen Fächern mit teilweise nur geringen Studierendenzahlen.

„Breit ausgerichtete Lehr-Universität“ oder „fokussierte Forschungsuniversität mit begrenzter Studierendenzahl“ waren die pointierten Formeln des Ausrichtungsstreites, die den universitätsinternen Debatten zugrunde lagen. Diese Debatte vollzog sich dabei an Standorten, die sich durch ihre landespolitische Positionierung nicht einfach für einen der beiden Pole entscheiden konnten: Als Standorte zumeist strukturschwacher Gebiete mit kaum weiteren größeren Forschungseinrichtungen, zogen sie ihre Existenzberechtigung insbesondere aus ihrer Ausbildungsleistung für Regionen, die vor den 70er-Jahren über keinerlei Universitätseinrichtungen verfügten. Alle Abiturienten des Nordwestens mussten vor der Gründung der Universitäten Bremen und Oldenburg in Münster, Hamburg oder Göttingen studieren. Sich nur auf die Lehrleistung zu konzentrieren, bedeutete aber ab Mitte der 90er-Jahre die Gefahr, mittelfristig den Status als Universitätsstandort zu verlieren und damit unattraktiv für sehr gute Hochschullehrerinnen und -lehrer sowie sehr gute Studierende zu werden.

Ergebnis waren und sind daher zwangsläufig Strategien der möglichst eleganten Vermittlung zwischen beiden Polen, die aber eine verbleibende latente Unzufriedenheit in beiden Lagern strukturell natürlich nicht überwinden kann. Deshalb ist das Verständnis dieses Grundkonflikts wichtig, um den Start, den Verlauf und das Ende meiner Amtszeit besser verstehen zu können.

Die Wahl 2004

Der Vorlauf zur Oldenburger Präsidentschaft ab dem Jahr 2004 war vor dem Hintergrund der geschilderten Grundkonstellation ein Oldenburger Klassiker: Ein

16. Oktober 2006
Einführung von Studiengebühren in Niedersachsen. Dennoch verzeichnet die Universität Oldenburg eine Steigerung der Studienanfängerzahlen um 15 Prozent.

17. November 2006
Bekanntgabe der Gründung des wissenschaftlichen Zentrums CIS (Center for Interface Science), an dem sich auch die Universitäten Osnabrück und Bremen beteiligen.

amtierender Präsident, der gerne weitergemacht hätte, hatte dafür nicht mehr genügend Rückhalt in der Universität und konkret im akademischen Senat. Die Veränderungen in Hochschulgesetz und in der Grundordnung der Universität markierten dabei aber diesmal eine veränderte mikropolitsche Streitordnung:

Bis einschließlich 1998 waren die Präsidenten durch ein weit über 100-köpfiges Konzil gewählt worden. Die Entscheidungen um die Präsidentschaft waren bis dahin ein ausschließlich intern getragener Prozess mit zum Teil schwer kalkulierbaren Eigendynamiken, da das Konzil ein nur selten zusammentretendes und allein schon durch seine Größe nur schwierig zu koordinierendes Gremium war.

Die Präsidentenwahl 2004 verlief unter veränderten Vorzeichen. Sie oblag erstmalig dem 13-köpfigen Senat, zudem war der im Jahr 2003 neu eingesetzte Hochschulrat intensiv in den Prozess eingebunden: Eine gemeinsame Findungskommission aus Senat und Hochschulrat koordinierte den Such- und Auswahlprozess sowie die Vorlage eines Wahlvorschlags an den Senat. Nach der Wahl durch den Senat bedurfte es der Bestätigung der Wahl durch den Hochschulrat, um die Ernennung des künftigen Präsidenten durch den Minister zu ermöglichen.

Für Siegfried Grubitzsch, in dessen Amtszeit die erfolgreiche Forschungsprofilierung der Universität Oldenburg fortgesetzt wurde und insbesondere eine wegweisende Fakultätsstrukturreform stattfand, stand die Wahl unter schwierigen Vorzeichen. Die neue schwarz-gelbe Landesregierung hatte im Rahmen einer umfassenden Haushaltskonsolidierung ein „Hochschuloptimierungskonzept“ verabschiedet, das mit relevanten Einsparungen für alle niedersächsischen Hochschulen verbunden war.

Die Debatten um diese Kürzungen wurden – gerade im Hinblick auf die Sozialwissenschaften – vehement geführt und hatten an einer Carl von Ossietzky Universität natürlich auch eine besondere Symbolik, da der Universität drohte, ihr sozialwissenschaftliches Herz zu verlieren. Formeln des „es gilt die (naturwissenschaftlich-technischen) Stärken zu stärken“ und insbesondere „Leuchttürme“ im Profilierungswettbewerb der Hochschulen weiter auszubauen, wurden zu massiven Widerstand auslösenden Kampfbegriffen.

Die Situation war für alle Hochschulpräsidenten in Niedersachsen im Jahr 2003 äußerst schwierig. Letztlich setzte sich 2004 – aufgrund des neuen Hochschulgesetzes – in den fast flächendeckend stattfindenden Neuwahlen kaum einer der amtierenden Präsidenten durch. In Oldenburg war die Situation für den amtierenden Präsidenten in der inneren Wahrnehmung dadurch erschwert, dass er

ursprünglich als ein Vertreter des linken Reformflügels der Gründungsjahre galt und in seiner Amtszeit nun zum Wahrer des naturwissenschaftlichen Establishments und Abwickler nicht nur seines eigenen Faches (Psychologie), sondern auch der identitätsstiftenden Kernfächer der Universität zu werden drohte. Dies gab den Auseinandersetzungen eine hohe Emotionalität.

Der amtierende Präsident wurde im Hinblick auf die Wiederwahl durch die forschungsstarken Bereiche in den Naturwissenschaften und der Informatik gestützt. Auch bei den Vertretern der Region inner- und außerhalb des Hochschulrates wurde auf eine Fortsetzung der Präsidentschaft von Siegried Grubitzsch gesetzt. Eine in diesem Zeitraum verabschiedete Veränderung des Hochschulgesetzes machte die Wiederwahl des damals 63-Jährigen für zumindest vier weitere Amtsjahre möglich. In der zu dieser Zeit größten hochschulpolitischen Gruppe im akademischen Senat, der Gruppe „Hochschulautonomie", die für die Wahl über sechs der insgesamt 13 Senatssitze verfügte, bestand jedoch der Wunsch nach einer Alternative. Dies beförderte meine Kandidatur. Ich war damals Dekan der Fakultät für „Informatik, Wirtschafts- und Rechtswissenschaften" und schon früh nach meiner Berufung 1998 zur „Hochschulautonomie" gestoßen, für die ich unter anderem auch als Senatsmitglied in unterschiedlichen hochschulpolitischen Prozessen mitgewirkt hatte.

Anfangs eher als Überraschungskandidat mit geringen Erfolgschancen gehandelt, entwickelte sich in den entscheidenden Wochen vor der Wahl Anfang 2004 eine große Unterstützung für mich. Die öffentliche Anhörung, zu der neben Siegfried Grubitzsch und mir noch ein externer Kandidat mit Unternehmensberatungshintergrund geladen war, brachte den endgültigen Stimmungswechsel. Es zeichnete sich für mich eine

12. Dezember 2006
Eröffnung eines europaweit einmaligen Bachelor-Studiengangs „Interkulturelle Bildung und Beratung" für Zuwanderer mit pädagogischer oder sozialwissenschaftlicher Ausbildung, um ihre die Chancen auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland zu verbessern.

31. Oktober 2006
Eröffnung des wissenschaftlichen Zentrums CENTOS (Oldenburg Center for Sustainability Economics and Management), das die Kompetenzen der Universität Oldenburg in der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Nachhaltigkeitsforschung bündelt.

klare Mehrheit im Senat ab. Die Findungskommission aus Vertretern des Senats und des Hochschulrates schlug beide internen Kandidaten zur Wahl vor. Siegfried Grubitzsch erklärte jedoch noch vor der entscheidenden Senatssitzung den Verzicht auf seine Kandidatur und ersparte der Universität durch diese honorige Geste nur schwer zu kalkulierende Konfliktlagen, die sich insbesondere durch die geteilten Machtverhältnisse zwischen Senat und Hochschulrat hätten ergeben können.

Die Wahl von mir als einziger verbliebener Kandidat erfolgte dann am 25. Februar 2004 mit Zweidrittelmehrheit im ersten Wahlgang und wurde zeitnah vom Hochschulrat bestätigt. Stärker aber, als mir selbst zu diesem Zeitpunkt und auch später in meiner Amtszeit bewusst war und wurde, sollte der oben skizzierte Grundkonflikt und die mikropolitische Genese der Wahl 2004 erhebliche Rückwirkungen auf den Verlauf und das Ende meiner Amtszeit als Präsident der Universität Oldenburg haben. Die Folgen des Wahlprozesses lagen auf zwei Ebenen:

- Sehr hohe Erwartungen gab es beim Protestlager, dass es zu einer starken inhaltlichen Umkehr von Politik, Stil und Kommunikation durch das Präsidium kommen würde. Entsprechend hoch war auch das mit solchen Erwartungen verbundene Enttäuschungspotenzial.
- Hohe Anfangsskepsis der forschungsstarken Bereiche und des regionalen Umfelds ob meiner Person als junger Präsident des Reformlagers, die dazu führte, dass ich Gefahr lief auf diese Skepsis in vermutlich zu starkem Maße einzugehen.

Der Start

Der Start aber erfolgte mit internem Rückenwind. Die Vision der Verbindung von „Exzellenz und Authentizität“, wie ich sie in der Antrittsrede entwickelt hatte, hatte Charme für alle Lager in der Universität. Sie ließen sich auf den Leitbildprozess 2010 ein und führten ihn unter meiner Leitung zu einem guten Abschluss. Auch die Wahl Karen Ellwangers und Reto Weilers als Vizepräsidenten verlief reibungslos, verkörperten beide Kandidaten doch hervorragend die Mischung aus Exzellenz und Authentizität.

Mein Ziel war es, ein starkes Präsidiumsteam mit umfassender Verankerung in der Professorenschaft zu schaffen. Durch eine autonome Ressortierung und der Bildung von eigenen Stabsstellen für Forschung und Lehre sollte zudem

gewährleistet werden, dass die Vizes selbst umfassend gestalten konnten. Beides gelang: Mit Reto Weiler übernahm der Leiter des ersten Sonderforschungsbereiches (SFB Neurobiologie) die Vizepräsidentschaft für Forschung, dazu insbesondere animiert durch Karen Ellwanger, die Vizepräsidentin für Studium und Lehre wurde. Karen Ellwanger war Studiendekanin der Fakultät III (Sprach- und Kulturwissenschaften) und eine zentrale Kraft der Gruppe „Hochschulautonomie", die meine Kandidatur unterstützt hatte.

Die prominente Besetzung entfaltete schnell ihre Wirkung. Aus beiden Ressorts heraus wurde kraftvoll und zum Teil auch kontrovers gestaltet. Die im bundesweiten Vergleich frühe Umsetzung der neuen Bachelor- und Master-Strukturen in allen Fakultäten brachten gerade Karen Ellwanger immer wieder besondere Herausforderungen, die hohe Konfliktfähigkeiten beanspruchten.

Reto Weiler entdeckte mit zunehmender Amtszeit sein herausragendes Wissenschaftsmanagement-Talent, erarbeitete Strukturpläne mit allen Fakultäten und koordinierte die forschungsausgerichteten Neuberufungen mit den Fächern. Er war auch der zentrale Motor bei der Einwerbung des EWE-Forschungszentrums NEXT ENERGY und arbeitete in enger Kooperation mit den Oldenburger Kliniken an der Planung eines Uniklinikums Oldenburg (später „European Medical School") – eine Initiative, die schon unter Siegfried Grubitzschs Federführung gestartet war, aber unter der Leitung von Reto Weiler dann eine hohe Dynamik bekam.

Die Stärke der Vizepräsident(inn)en war Segen und Fluch zugleich. Viele der herausragenden Leistungen der Universität wären ohne sie nicht möglich gewesen. Auf der anderen Seite wurde das Präsidium aber zu einer Ansammlung nur lose gekoppelter Kraftzentren

23. Mai 2007
Bei seiner Frühjahrssitzung, die erstmals in Oldenburg stattfindet, bescheinigt der Wissenschaftsrat dem Hanse-Wissenschaftskolleg (HWK) nach der ersten Evaluation seit seiner Existenz eine hervorragende Arbeit.

3. Juli 2007
Die 22-jährige Amelie Deister schließt in der neuen Studienstruktur als erste Studentin das Bachelor-Studium (Fach Biologie) ab.

mit zum Teil divergierenden Richtungen, deren Inkompatibilität sich erst auf Dauer zeigen sollte. Der Wechsel von Gerlinde Walter als Vizepräsidentin für Verwaltung nach Bremen und das Ausscheiden von Karen Ellwanger nach nur einer Amtszeit aus dem Präsidium waren dieser Dynamik geschuldet – trotz aller ungebrochenen persönlichen Wertschätzung.

Durch den Umbau des Präsidiums – Sabine Doering, Professorin für Literaturwissenschaften, folgte Karen Ellwanger, Heide Ahrens wurde Nachfolgerin von Gerlinde Walter – verbesserte sich die Situation nur bedingt. Insbesondere entstand durch das neue Präsidium eine Schieflage in der Vertretung der unterschiedlichen Gruppeninteressen. Sabine Doering war Mitglied der konservativen Hochschulgruppe und vertrat damit ebenfalls das eher forschungsorientierte Lager. Obwohl von der „Hochschulautonomie" an mich herangetragen, verzichtete ich auf die Berücksichtigung einer Kandidatur aus dieser Gruppe, da mir die Persönlichkeit und fachliche Qualität für das neue Team wichtiger erschienen.

Auch wenn die Wahlen von Sabine Döring und Heide Ahrens sowie die Wiederwahl von Reto Weiler formal glatt liefen, so stellte sich doch im Reformlager und in der Hochschulautonomie viel größere Skepsis als bei der ersten Wahl ein.

Neuaufbau der Sozialwissenschaften

Einen wichtigen ersten inhaltlichen Bruchpunkt bildete der Neuaufbau der Sozialwissenschaften in den Jahren 2005/06. Noch in meiner Zeit als Senatsmitglied hatte ich mich 2003 im Rahmen der Landeskürzungen gegen den weitgehenden Abbau der Politik- und Sozialwissenschaften eingesetzt. In einer Mindeststärke konnten sie damals auch erhalten werden – gegen den anfänglichen Widerstand meines Vorgängers und der schwarz-gelben Landesregierung, die auch das in den Fächern selbst entwickelte Zukunftskonzept verwarf.

Bei meinem Amtsantritt stand der fast vollständige Generationswechsel bei den Professuren der Sozialwissenschaften an. In Hintergrundgesprächen mit der Landesregierung gelang es mir, eine Zustimmung zur umfassenden Neubesetzung der vorhandenen Professuren zu erreichen – sofern diese durch die Wissenschaftliche Kommission des Landes und externe Gutachter begleitet würde. Für die Kommission konnte ein Kreis renommierter Sozialwissenschaftler gewonnen werden, und nach einer sehr breit wahrgenommenen Ausschreibung der

Eckprofessuren und einem straff geführten Verfahren wurden international hervorragend ausgewiesene Kandidatinnen berufen, die nach intensiv geführten Verhandlungen auch zusagten.

Das, was von außen mit Respekt wahrgenommen wurde, führte aber zu einem weitgehenden Bruch, nicht nur mit großen Teilen der bestehenden Sozialwissenschaften, sondern auch mit dem gesamten universitären Reformlager. Dieses fühlte sich von der Art meines Top-Down geführten Verfahrens düpiert und empfand die Ergebnisse der Berufungen als einen Kniefall vor formaler Exzellenz und in keiner Weise dem kritischen Oldenburger Profil verpflichtet. Die den neuen Professoren gewährten Ausstattungen schürten zudem die Unzufriedenheiten.

Zu starke Managementorientierung?

Einen am Anfang ebenfalls unterschätzten Effekt hatte meine fachliche Herkunft. Als Betriebswirt bewegte ich mich im Kosmos der modernen Managementansätze. Leitbildentwicklung, neue Steuerungsinstrumente, eine effiziente IT-Organisation, die aktive außenorientierte Nutzung von Berichtsinstrumenten wie dem Jahresabschluss. All das erschien mir als selbstverständliches Instrumentarium auch für die Steuerung einer Hochschule – zumal die hochschulpolitische Debatte um ein „new public Management“ dies nur zu nahe legte. Und auch die Universität Oldenburg bot hier erhebliches Entwicklungspotenzial.

Diese Orientierung schuf schon bald ein für mich vermintes Feld – und dies in zweifacher Hinsicht:

- Es provozierte automatisch Probleme in der Kompetenzabgrenzung zwischen mir und der Vizepräsi-

12. Dezember 2007
Erfolgreiche Bewerbung beim vom Stifterverband für die deutsche Wissenschaft ausgeschriebenen Wettbewerb „Profil und Kooperation” für ein Konzept zur Kooperationstrategie mit der Universität Bremen und der Jacobs University Bremen.

1. Januar 2008
Integration des Wilhelmshavener Forschungszentrums TERRAMARE in das Institut für Chemie und Biologie des Meeres (ICBM).

dentin für Verwaltung, weil ich mich kraftvoll und mit Freude in klassische Aufgabenbereiche der Verwaltungsgestaltung einbrachte.

- Noch bedeutender: Das, was in einem Unternehmen selbstverständlich zusammengehört – die Strategie- und die Managementdimension, die daher auch vom Umfeld, insbesondere den Unternehmensvertretern im Hochschulrat, eingefordert wurde – nahmen viele Akademiker der Universität eher als wissenschaftsfremd und zum Teil sogar „wissenschaftsfeindlich" wahr. Zudem barg die Komplexität vieler dieser Aufgabenfelder zahlreiche Konfliktpotenziale, in denen es aus akademischer Sicht wenig zu gewinnen, aber viele Sympathien zu verlieren gab. Die personelle Neubesetzung und Reorganisation des IT-Bereichs unter meiner Federführung war dafür ein Beleg.

Insbesondere in professoralen Kreisen entstand so der Eindruck, ich sei letztlich zu stark „Hochschulmanager" und zu wenig die akademische Würde der Institution transportierender „Rektor".

Zu diesen beiden Aspekten gesellten sich im Laufe der vier Jahre Amtszeit unvermeidlich weitere.

Strategisch relevant war die besondere Bedeutung, die ich dem Umwelt- und Nachhaltigkeitsprofil der Universität beimaß. Hier sah ich ein ganz besonderes Alleinstellungsmerkmal, weshalb ich selbst nach Oldenburg gekommen war. Die von der Wissenschaftlichen Kommission des Landes kritisierte zu geringe übergeordnete Koordination der Oldenburger Umweltforschung griff ich daher mit meinem Amtsantritt engagiert auf und trieb die Gründung des übergeordneten universitären Nachhaltigkeitszentrums COAST voran, stärkte dieses Zentrum mit eigenen Stellen für die Geschäftsführung und beförderte die Integration der Umweltwissenschaften der Universität Vechta in die Universität Oldenburg sowie den Aufbau einer energie- und umweltbezogenen Koordination in der Lehrerbildung.

Dieses mir besonders wichtige Thema fand aber in keiner der Präsidiumszusammensetzungen wirklichen Widerhall, wurde mehr geduldet als aktiv unterstützt. Auch in Teilen der dem Nachhaltigkeitszentrum zugeordneten Bereiche wie der Energie- und Meeresforschung gab es häufig Bedenken, weil befürchtet wurde, dass eine Zurechnung zu einem übergeordneten Nachhaltigkeitsprofil der Universität Oldenburg die Profilierung des eigenen Forschungsbereichs schwäche und zu stark normativ überforme.

Ähnlich latente Differenzen löste die aktive Nord-West-Strategie aus. Die Universität Oldenburg hatte in ihren starken Forschungsbereichen trotz forma-

ler Kooperation viel persönliche Zurückhaltung kultiviert, obwohl es inhaltlich viele Synergien gab.

Trotz aller überzeugenden Argumente und der starken Unterstützung der Regierungen von Niedersachsen und Bremen für eine gemeinsame Nord-West-Universitätsstrategie gab es bei einer relevanten Zahl wichtiger Universitätsakteure viel Zurückhaltung – zu viel. Personal- und Sachentscheidungen, die von einer solchen Strategie getragen waren, wurden deshalb auch nicht von allen Teilen der Universität akzeptiert.

Senatsrituale

Die für die vorzeitige Beendigung meiner Amtszeit entscheidende Arena war der 13-köpfige akademische Senat mit seinen über die Jahre entwickelten eigenen Ritualen. Die besondere Dynamik der Senatsdebatten ist dabei letztlich einer Dialektik geschuldet: Seit den 90er-Jahren wurden die Einflussmöglichkeiten des Senats und seiner Kommissionen durch die Hochschulgesetzgebung systematisch zurückgeschraubt. 2004 war ihm in hochschulpolitischen Angelegenheiten faktisch nur noch die Wahl des Präsidiums geblieben.

Im Habitus und Agieren vieler langjähriger Senatsmitglieder hatte der Machtverlust aber kaum Spuren hinterlassen. Der Senat wurde weiterhin als der einzige legitime Ort für die Verhandlung der für die Universität relevanten Fragen und Entscheidungen angesehen. Die durch die Gesetzeslage reduzierte Bedeutung versuchte man häufig durch einen noch pointierteren Vortrag der eigenen Argumentation und eine noch systematischere Nutzung der letzten verbliebenen formalen Rechte zu kompensieren.

23. Februar 2008
Eröffnung des "Jaspers-Jahres" zum 125. Geburtstag des Philosophen, Psychologen und gebürtigen Oldenburgers Karl Jaspers (1883 –1969) mit großer internationaler Beteiligung.

28. Februar 2008
Erfolgreiche Bewerbung Oldenburgs um den vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft vergebenen Titel „Stadt der Wissenschaft 2009" gegen Heidelberg, Konstanz, Lübeck und Rostock u.a.

Im Lauf der Zeit führte diese Konstellation zur Bildung von zwei zentralen Lagern: (a) denjenigen, die sich äußerst engagiert und umfassend in die Senatsdebatten einbrachten, weil sie in diesem Gremium die einzige verbliebene Arena eines einer akademischen Institution würdigen Diskurses sahen, und (b) der Gruppe genervter „Aufpasser", die die Senatssitzungen am liebsten in dreißig Minuten abgehakt hätten, weil sie ihre Anliegen auf vielen anderen Wegen mit dem Präsidium verhandelten. Auch die als nicht stimmberechtigte Mitglieder anwesenden Dekaninnen und Dekane waren als Hauptansprech- und -abstimmungspartner für das Präsidium in diesem Prozess selten eine wirkliche Hilfe. In den Senatssitzungen ließen sie sich nur zu häufig von den ritualisierten Dynamiken mitreißen – insbesondere dann, wenn es den Interessen der eigenen Fakultät diente.

Als Sitzungsleiter des Senats steckte ich mithin in einer vielfältigen Rollenanforderung: Es galt ein Gleichgewicht zu finden zwischen einer den faktischen Mitbestimmungsmöglichkeiten angemessenen Sitzungsführung sowie dem Geben von ausreichend Raum für die Diskussionsbeiträge insbesondere der Gruppen – wie zum Beispiel der Studierenden, die sich ansonsten nur schwierig gleichberechtigt in die Entscheidungslagen der Universität einbringen konnten. Zudem war ich als Sitzungsleiter meistens sowohl erster Moderator als auch – gleichzeitig – Haupt-Angegriffener, wenn Kritik an Präsidiumsentscheidungen geäußert wurde. Mit dieser doppelten Rollenanforderung spielten die Diskutanten im Senat meistens sehr elegant.

In den Jahren meiner Amtszeit gab es viele Versuche, diese ritualisierte Dynamik aufzubrechen, neue Formen der Vorabstimmungen, Regeln des Senatsablaufes sowie zusätzliche Informationsinstrumente zu definieren. Letztlich ohne Erfolg. Die in die organisationale DNA eingebrannten Rituale gelang es nicht zu brechen.

Fasst man die innenpolitische Situation der Universität im Jahr 2008 nach knapp vier Jahren meiner Amtszeit zusammen, so könnte man sagen: Alles im mikropolitisch normalen Bereich. Einer Reihe von natürlichen Verwerfungen und innenpolitischen Abnutzungserscheinungen in einer lange etablierten Konfliktkulisse standen die vielfältigen Erfolge und die doch hohe Akzeptanz meiner Person – gerade in der Außenwahrnehmung – gegenüber. All dies löst eigentlich keine wirkliche Destabilisierung aus. Aber es kam anders.

Die Sitzung vom 7. Mai 2008

Den entscheidenden Katalysator für die vorzeitige Beendigung meiner Amtszeit stellte die Senatssitzung vom 7. Mai 2008 dar. In ihr entwickelte sich sehr früh der ritualisierte Verlauf von Angriffen gegen Präsidiumsentscheidungen sowie gegen mich selbst. Ich hatte in der Nacht vorher nur kurz und nicht gut geschlafen und war daher weniger entspannt als sonst in der Sitzung erschienen. Nach etwa einer Stunde Sitzung ließ ich meinen Blick über die Runde der Senatsmitglieder schweifen. Was mich dabei ernüchterte, waren weniger die Attakkierenden der Linken und der Studentenschaft (an diese Attacken hatte ich mich gewöhnt). Es waren vielmehr diejenigen, die ohne Engagement und Anteilnahme dasaßen, obwohl es um ihre konkreten Anliegen und Vorteile ging. Sie selbst schwiegen, weil ihre Anliegen längst entschieden waren, und beobachteten mich oft nur in der Senatsarena, um mir dann nicht selten vorzuwerfen, dass ich den notorischen Bedenkenträgern zu viel Raum geben würde anstatt sie schnell niederzuringen.

Als dies vor meinen Augen ablief, trug einer der Zentralakteure der Senatsdebatten diesmal einen intellektuell durchaus eleganten Angriff vor. Ich sah in die Runde, packte meine Sachen und verließ die Sitzung mit den Worten: „Ich brauche das hier nicht.“ Das eigentlich Schlimme an dieser Episode war, dass ich mich – kurz danach in meinem Büro angekommen – sichtbar befreit und wohl fühlte, und sich dieses Gefühl auch in den kommenden Tagen kaum legte, obwohl es eigentlich inakzeptabel für einen Präsidenten und Senatssitzungsleiter war. In der Universität löste die Episode dann auch eine Dynamik aus, die zwar nicht die Ursache, aber doch Anlass für die Ereignisse der dann folgenden drei Monate war.

19. August 2008
Rücktrittserklärung von Prof. Dr. Uwe Schneidewind vom Amt des Präsidenten.

1. September 2008
Die Max-Planck-Nachwuchsforschergruppe für „Marine Biogeochemie“ nimmt ihre Arbeit auf, die zweite von der Max-Planck-Gesellschaft beschlossene Gruppe „Anorganische Biogeochemie und Analytik“ folgt 2011.

Der massivste Bruch entstand im Vertrauensverhältnis zu den in der Senatssitzung sitzen gelassenen Präsidiumsmitgliedern. Diese führten die Senatssitzung regulär zu Ende. Doch eine vertrauensvolle Zusammenarbeit stellte sich nicht mehr ein. Mein Verlassen der Sitzung wurde nicht als ein situativer Ausrutscher angenommen, für den man sich entschuldigen konnte. Das sah ich selbst. Es gab einen nun auch nach außen deutlich werdenden Riss, der seine Ursachen darin hatte, dass es mich immer weniger befriedigte, nur ein möglichst guter Mediator zum Teil völlig diametral entgegenstehender Partialinteressen zu sein, und ich auch immer weniger eine gemeinsame Linie in der weiteren Ausrichtung der Universität erkennen konnte – wie zum Beispiel in den Grundsatzfragen, die erst durch die Erfolge der abgelaufenen Jahre in dieser Klarheit möglich wurden: So stand eine auf Aspekte der „Nachhaltigen Entwicklung" und ganz auf die Nord-West-Strategie setzende Strategie des Präsidenten neben einer stark ausgebauten Universität Oldenburg mit eigenem Uni-Klinikum. Es zeichnete sich immer mehr ab, dass diese Perspektiven sowohl strategisch als auch politisch kaum zu integrieren waren.

Und so entstand in den Folgewochen der Senatssitzung im Sommer 2008 eine rege Abstimmungsdiplomatie mit den Schlüsselakteuren des Hochschul- und politischen Umfelds. In ihr vermischten sich unterschiedlich inhaltlich-strategische sowie insbesondere auch persönliche Ziele und Ambitionen, die zu einer großen Koalitionsbildung im Senat führten. Ich selbst stand faktisch ohne jede Unterstützung in der Universität und insbesondere im Senat da.

Die präsidiumskritische Fraktion im Senat, die „Universität im Umbruch" (früher „Linke Liste") war durch die Ereignisse in der Anfangszeit meiner Präsidentschaft immer noch ernüchtert („Durchregieren" beim Aufbau der Sozialwissenschaften, zu wenig „kritische" Handschrift in Besetzung und Ausfüllung des Präsidiums). Sie hatte zwar kein aktives Interesse an meinem Rücktritt oder der Abwahl und war durch die von ihr kritisierte „Geheimdiplomatie" in der Universität, in die sie nicht eingebunden wurde, sogar eher abgestoßen. Aber für sie gab es keinen Grund, mich aktiv zu stützen.

Die die Mehrheit bildenden Fraktionen im Senat, die Professorengruppe „Demokratische Hochschule", zu der die beiden Vizepräsidenten gehörten, und die „Hochschulautonomie", aus der ich selbst ursprünglich kam, die sich aber von mir zunehmend entfremdet hatte, fanden in dieser Situation zu einer Koalition zusammen. Sie waren dabei weniger durch eine gemeinsame inhaltliche Gestaltungsvision miteinander verbunden als vielmehr durch die Einigkeit, dass ich

zurücktreten müsse. All dies war – ironischer- aber nicht überraschenderweise – eine mir sehr bekannte Konstellation – war ich doch selber in einer ähnlichen Stimmungslage vier Jahre zuvor gewählt worden. Und auch meine Präsidiumskollegen fühlten sich spätestens seit der Mai-Senatssitzung stärker anderen Interessenslagen verpflichtet und signalisierten mir das auch deutlich. Ein Kenner der Oldenburger innenpolitischen Prozesse brachte meine Situation in den damaligen Tagen auf den Punkt: „Vom Reformlager wund geschossen, um vom eher konservativen Lager erlegt zu werden."

Nach einzelnen persönlichen „Signalling"-Gesprächen mit etlichen Schlüssel-akteuren innerhalb und außerhalb der Universität, erschienen dann an meinem 42. Geburtstag die Gruppensprecherin und der Gruppensprecher der beiden führenden Senatsfraktionen und skizzierten die Lage einvernehmlich: Falls es nicht rechtzeitig vor der nächsten Senatssitzung zu einem freiwilligen Rücktritt käme, würde auf der nächsten Senatssitzung ein Abwahlantrag eingebracht.

Dabei war den Gesprächsbeteiligten klar, dass die für die Abwahl notwendige Zweidrittelmehrheit zwar nicht zustande kommen würde, ein von den beiden Mehrheitsfraktionen getragener Abwahlantrag eine Fortführung meiner Präsidentschaft ohne Beschädigung von Universität und mir aber kaum ermöglichen würde. Gerade angesichts der beeindruckenden Außenwirkung und Erfolge der Universität traf mich die Konstellation in der Heftigkeit unerwartet. Diese Schärfe des Auseinanderfallens von Innen- und Außensicht einer Organisation hatte auch meine organisationstheoretisch geschulte Fantasie nicht für möglich gehalten.

Einen erholsamen Sommerurlaub und einige gute Gespräche mit Freunden später sowie um eine wichtige

1. Oktober 2006
VentureLab Oldenburg geht an den Start – eine Gründerwerkstatt, die Oldenburger Studierende, AbsolventInnen und wissenschaftlichen MitarbeiterInnen bei der Gründung von Unternehmen unterstützen soll. Gefördert wird das Projekt auch von der Stadt Oldenburg.

Organisationserfahrung reicher, erklärte ich am 19. August 2008 meinen Rücktritt zum 30. September 2008.

Epilog

Mein Beitrag hat das eigenwillige Auseinanderfallen der Innen- und Außenperspektive meiner Präsidentschaft versucht nachzuzeichnen. Vermutlich gibt es noch eine große Zahl weiterer Sichtweisen. Wer wollte das in Frage stellen? Aber unabhängig davon macht gerade das, was hier auf den ersten Blick obskur wirkt, auch den besonderen Charme des Organisationstypus „Universität“ aus. Die auch Irrationalismen zulassenden Freiräume sind in der Wissenschaft nötige Voraussetzungen für die Gewinnung und Vermittlung neuer und unkonventioneller Erkenntnisse. Ohne sie wären der Universität Oldenburg kaum gleichzeitig sowohl in ihrer Außenwirkung als auch in ihrer Innendynamik vier so dynamische Jahre geschenkt worden – mit Prägungen für viele der beteiligten Akteure.

Universitätsleitung 2004 – 2008

Präsident
Prof. Dr. Uwe Schneidewind

Vizepräsidenten (VP)

Prof. Dr. Reto Weiler	1. VP für Forschung (2005–2008)
Prof. Dr. Karen Ellwanger	2. VP für Lehre 2005–2007)
Prof. Dr. Sabine Doering	2. VP für Lehre 2007–2008)

Vizepräsidentinnen für Verwaltung
Gerlinde Walter (2004–2006)
Dr. Heide Ahrens (2006–2008)

Uwe Schneidewind

Prof. Dr. Uwe Schneidewind, 1966 in Köln geboren, studierte nach dem Abitur (1985) und dem Wehrdienst (1985/86) in Köln Betriebswirtschaft und legte nach acht Semestern das Examen zum Diplom-Kaufmann ab. Als Junior-Consultant war er zunächst in der Umweltmanagementberatung bei Roland Berger & Partner tätig, um dann 1992 an die Universität St. Gallen zu wechseln, wo er als Projektleiter am Institut für Wirtschaft und Ökologie forschte. Nach der Promotion und der Habilitation bewarb er sich erfolgreich auf die Professor für „Betriebswirtschaftslehre – mit den Schwerpunkten Produktionswirtschaft und Umwelt“ in Oldenburg, wo er sich dem Thema „nachhaltiges Wirtschaften“ widmete. 2003 übernahm er das Amt des Dekans seiner Fakultät, ein Jahr später wurde er zum Präsidenten der Universität Oldenburg gewählt. Dem überraschenden Rücktritt von diesem Amt 2008 folgte zwei Jahre später die Berufung zum Präsidenten des Wuppertal-Instituts für Klima, Umwelt, Energie.

Das Modell des „Schlauen Hauses“: Die Autorin mit (v.l.n.r.) Vizepräsident Prof. Dr. Hans-Jürgen Appelrath, dem Manager Werner zu Jeddeloh und dem Präsidenten der Jade Hochschule, Dr. Elmar Schreiber.

Heide Ahrens

Das zweite Kommissariat

2008 – 2010

Nach dem Rücktritt von Prof. Uwe Schneidewind bestand in der Universität der Wunsch, dass ich vom Ministerium für Wissenschaft und Kultur (MWK) mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Präsidenten betraut werden sollte, da ich als Vizepräsidentin für Verwaltung und Finanzen eine neutrale Position habe. Hinzu kam, dass der Vizepräsident für Forschung, Prof. Reto Weiler, zum Rektor des Hanse-Wissenschaftskollegs gewählt worden war und von daher diese Aufgabe nicht wahrnehmen konnte. Die Vizepräsidentin für Studium und Lehre, Pof. Sabine Doering, hatte von vornherein erklärt, dass sie über den 31. Dezember 2008 nicht zur Verfügung stehen würde. In der Hoffnung, dass es sich um ein etwa halbjähriges „Interregnum“ handeln würde, erklärte ich mich bereit, diese Verantwortung zu übernehmen. In der gleichen Annahme waren die Professoren Hans-Jürgen Appelrath und Mathias Wickleder gewonnen worden – ebenfalls kommissarisch

– als Vizepräsidenten für Forschung, wissenschaftlichen Nachwuchs und Transfer bzw. für Studium und Lehre zu wirken. Wer hätte damals gedacht, dass es 16 Monate und für die beiden Kollegen fast zwei Jahre werden würden? Wir haben alle wichtigen Themen dieser Übergangszeit gemeinsam diskutiert, entschieden und nach außen vertreten – und zwar in einer Form, die hohe Verbindlichkeit hatte und Unkollegialität nicht zuließ. Dafür bin ich heute noch dankbar.

Dichotomie der Wahrnehmungen

Im Sommer 2008 hätten die Wahrnehmungen von außen, d. h. in der Stadt, der Region oder auch auf der Regierungsseite einerseits, und von innen, also innerhalb der hochschulpolitisch interessierten Gruppierungen in der Universität andererseits, nicht unterschiedlicher sein können. Gerade im Jahr 2008 gab es eine besondere Auszeichnung: Die sehr gute Verankerung in der Region hatte zum Sieg in dem prestigeträchtigen Wettbewerb „Stadt der Wissenschaft“ für das Jahr 2009 geführt. Die gemeinsame Antragstellung und das Programm hatten dazu beigetragen, die Region mit der Universität und der ebenfalls beteiligten Fachhochschule zusammenzuschweißen und einen ganz engen Zusammenhalt zu fördern.

Schon seit Herbst 2007 gab es fast monatlich neue Erfolgsmeldungen. Mit einer überaus großen Spende der EWE AG wurde das EWE-Forschungszentrum „Next Energy“ in beachtlichem Tempo aufgebaut und die Meeresforschung durch die Integration des Terramare in Wilhelmshaven und die Ansiedelung von zwei Max-Planck-Nachwuchsgruppen gestärkt. Im Verlauf des Jahres 2008 erfuhren wir außerdem, dass das Nachfolge-Forschungsschiff der „Sonne“ ebenfalls der Universität Oldenburg am Standort Wilhelmshaven zugeordnet werden würde.

Im Frühjahr 2008 wurde darüber hinaus bekannt, dass das Fraunhofer Institut für Digitale Medientechnologie eine Projektgruppe für Hör-, Sprach- und Audiotechnologie in Zusammenarbeit mit der Oldenburger Hörforschung einrichten würde. Es liefen weitere Gespräche zur Einrichtung von Fraunhofer Forschungsgruppen, zum einen im Bereich der Windenergie-Forschung, zum anderen im Bereich der Komponenten- und Systementwicklung von Energiespeichern für Elektroautos. Mehrere neue Stiftungsprofessuren waren eingeworben worden. Kurz: Die Universität stand glänzend da. Die Oldenburger waren großteils stolz auf „ihre“ Universität, wie ich in zahlreichen Gesprächen erfuhr. Umso weniger

konnten sie verstehen, was im Inneren der Universität vor sich ging und zum Rücktritt von Prof. Uwe Schneidewind geführt hatte.

Innerhalb der Universität stellte sich die Lage deutlich anders dar. Insbesondere drei Themen erhitzten die Gemüter:

1. Als ich im März 2007 das Amt der Vizepräsidentin für Verwaltung antrat, musste ich als erstes ein strukturelles Defizit in Höhe von 2,45 Mio. Euro verkünden, das auf alle Fakultäten und Organisationseinheiten umgelegt werden musste. Prof. Uwe Schneidewind hatte noch im Februar 2007 den Fakultäten die Stellen auf Basis der Vorjahre zugewiesen. Verständlicherweise bestand in der Universität der Wunsch zu erfahren, wie dieses Defizit entstanden war und wofür die Gelder verwandt wurden. Abgesehen von den erheblichen Steigerungen der Energiepreise und der Steigerung der Personalkosten hatten die Vorgängerpräsidien im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung freie Mittel genutzt, um Berufungs- und Bleibezusagen zu finanzieren, notwendige Gegenfinanzierungen zu Sonderforschungsbereichen zu leisten oder auch für neue Aufgaben in der Universität zusätzliche Stellen zu schaffen. Trotzdem waren den Fakultäten und allen Organisationseinheiten unbeirrt die Stellen auf der Basis der Vorjahre zugewiesen worden. Auch wenn die Präsidien ihre gesetzlichen Rechte wahrgenommen hatten, wurde dieses Vorgehen als intransparent und illegitim empfunden. Insbesondere an Prof. Uwe Schneidewind und dem für Berufungen zuständigen Vizepräsidenten für Forschung, Prof. Reto Weiler, wurde Kritik geübt, weil eine Bevorzugung der Fakultäten II Informatik und Wirtschaftswissenschaften und V Naturwissenschaften und Mathematik unterstellt wurde. Bei den anderen Fakultäten bestand der Eindruck, „die Zeche“ für die anderen

Amtszeit
Dr. Heide Ahrens

2. Dezember 2008
Die Fraunhofer-Projektgruppe „Hör-, Sprach- und Audio-Technologie“ startet am Kompetenzzentrum HörTech.

21. Januar 2009
Mit einer Gala startet Oldenburg als „Stadt der Wissenschaft 2009“ ein umfangreiches Programm mit 600 Veranstaltungen. Drei Tage später folgt die zweite Eröffnungsfeier mit drei Vorlesungen der Kinder-Universität in der EWE-Arena, an der 2.500 Besucher teilnehmen. Insgesamt nehmen an den 600 Veranstaltungen zur Stadt der Wissenschaft etwa 30.000 Personen teil.

zahlen zu müssen. Es handelte sich also um eine knallharte Auseinandersetzung um Ressourcen.

2. Ein weiterer Streitpunkt war insbesondere die Frage der Fakultäts-Restrukturierung, die bei der kleinsten Fakultät IV Human- und Gesellschaftswissen-schaften immer wieder Ängste auslöste, doch noch – wie 2007 von Prof. Uwe Schneidewind geplant – mit der Fakultät III Sprach- und Kulturwissenschaften fusioniert zu werden. Außerdem ging es um die in diesem Zusammenhang vorgenommene Neuausrichtung der Sozialwissenschaften.

3. Vor allem aber gab es Diskussionen um die Einrichtung einer European Medical School in Kooperation mit den drei Oldenburger Kliniken und der Rijksuniversiteit Groningen, die den ersten Bachelor-/Master-Studiengang in der Medizin in Deutschland und eine neue Medizinische Fakultät an der Universität Oldenburg zur Folge haben würde. Diese Debatte wurde besonders heftig geführt – zumal die Gremien darüber erst informiert wurden, als das Land den Antrag schon zur Begutachtung beim Wissenschaftsrat eingereicht hatte. Besonders die Pläne zur Medical School verstärkten die Sorge, dass die Gewichte weiter in Richtung Naturwissenschaften zu Lasten der geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächer verschoben werden sollten.

Am Ende der Amtszeit von Prof. Uwe Schneidewind stand ein Richtungsstreit, der vielfach auf die Formel „Forschung versus Lehre“ reduziert wurde – eine verhängnisvolle Formel, da die Universitäten gerade Stätten von Forschung und Lehre sein sollten. Nur aus beidem können sie ihren universitären Anspruch ableiten.

Der lange steinige Weg zur Präsidenten-Wahl

Der Richtungsstreit überschattete den gesamten Findungsprozess zur Präsidentenwahl und war die Ursache, dass sich dieses Verfahren über ein Jahr hinzog. Je näher die Präsidentenwahl rückte, desto angespannter und schärfer verliefen die Debatten im Senat. Die Uneinigkeit im Senat spiegelte sich naturgemäß durch deren Repräsentanten auch in der Findungskommission. Umso bedeutender war die Rolle der Hochschulratsmitglieder in der Findungskommission unter der Leitung des Hochschulratsvorsitzenden Dr. Werner Brinker.

Generell beobachten wir in jüngster Zeit an deutschen Universitäten vermehrt langwierige und schwierige Verfahren der Präsidentenwahl. Mit dem qua Gesetz gegebenem Zuwachs von Kompetenzen sind auch die Anforderungen an dieses Amt gestiegen. Durch die höhere Autonomie der Universität müssen heute viele Konflikte, die früher zwischen Hochschulleitung und Ministerium ausgetragen wurden, inneruniversitär gelöst werden. Das Procedere der Auswahl (insbesondere die hochschulöffentliche Anhörung) wirkt gerade für die gesuchten hochrangigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler abschreckend, weil bei so vielen Akteuren die Vertraulichkeit nicht gewahrt werden kann. Und natürlich hatte die spezielle Vorgeschichte an der Universität Oldenburg das Amt nicht attraktiver gemacht – im Gegenteil!

Die undankbare Rolle des kommissarischen Präsidiums

Die kommissarische Wahrnehmung der Ämter im Präsidium führte zu einer undankbaren Rolle: Sie war aus der Sicht vieler Universitätsmitglieder nicht demokratisch legitimiert. Vor diesem Hintergrund hatten wir drei von Anfang an betont, uns auf die notwendigen Aufgaben beschränken zu wollen und keine strategischen Weichenstellungen, zum Beispiel im Hinblick auf Fragen der Fakultätsrestrukturierungen oder die Einrichtung der Medizin, vorzunehmen. Dabei ging es uns vor allem darum, für die künftige Präsidentin oder den Präsidenten Gestaltungsspielräume offen zu halten.

Diese Haltung ließ sich natürlich immer schwieriger durchhalten und gegenüber dem Ministerium und dem Hochschulrat vertreten, je länger die Vakanz an der

10. März 2009
Das Fraunhofer-Institut für Fertigungstechnik und Angewandte Materialforschung IFAM in Bremen richtet in enger Kooperation mit der Abteilung Energie- und Halbleiterforschung der Universität Oldenburg und dem EWE-Forschungszentrum NEXT ENERGY eine Expertengruppe ein, die sich mit Komponenten- und Systementwicklung von Energiespeichern für Elektroautos befasst.

11. Juni 2009
Die Universität Oldenburg stimmt im Weiterbildungsbereich ihr Master-Programm „Innovationsmanagement“ stärker auf die Bedürfnisse der regionalen Wirtschaft ab und schließt darüber mit den nordwestdeutschen Spitzenunternehmen EWE AG, der J. Bünting Beteiligungs AG, der Meyer Werft sowie dem Fotodienstleister CeWe Color einen Kooperationsvertrag ab.

Spitze dauerte. Es standen Entscheidungen zum weiteren Umgang mit Studienbeiträgen und zur künftigen, stärker strategischen Nutzung des Programmhaushaltes des Präsidiums an. Die Entwicklung einer Internationalisierungsstrategie erwies sich in vielen Kontexten als dringlich. Auch Fragen, wie künftig die Stabsstellen des Präsidiums organisiert werden sollten, mussten angegangen werden. Wir entschieden uns daher, Vorschläge zu erarbeiten, die mit dem neuen Präsidium diskutiert und abschließend in der Universität weiterentwickelt werden sollten.

Der Laden läuft

Immerhin lässt sich sagen, dass das Kerngeschäft in den Fakultäten und im Dienstleistungsbereich unbelastet weiterlief ist, wie ein Rückblick auf das Jahr 2009 zeigt:

- Die Zahl der Studierenden stieg zum WS 2009/10 wieder über 10.000, die Zahl der Absolventen noch einmal auf 2.245 (gegenüber 2.181 in 2008).
- Der neu aufgebaute Career Service wurde eröffnet.
- Die „Reform der Reform“, also die Nachjustierung der Bachelor-/Master-Studiengänge, war eines der Hauptthemen im Bereich von Studium und Lehre. Obwohl unsere Universität das Thema damit früher als andere Hochschulen angegangen war, wurde auch in Oldenburg gestreikt. Die durchaus berechtigten Forderungen von Studierenden wurden in einer Senatssitzung aufgenommen und vom Präsidium aufgegriffen.
- Bis Ende des Jahres waren unter der Federführung des Vizepräsidenten für Forschung, Prof. Hans-Jürgen Appelrath, die Strukturpläne mit fast allen Fakultäten abgeschlossen bzw. standen kurz vor Abschluss.
- Es wurden 23 Berufungs- und Bleibeverhandlungen abgeschlossen (bei insgesamt 169 Professuren!) – ein Rekord im Berufungsgeschäft.
- Der Sonderforschungsbereich „Das aktive Gehör“ mit den Sprechern Prof. Birger Kollmeier und Prof. Georg Klump wurde um weitere vier Jahre verlängert.
- Ein weiterer SFB (der dritte für die Universität) „Ökologie, Physiologie und Molekularbiologie der Roseobacter-Gruppe“ – in Zusammenarbeit mit der TU Braunschweig – konnte unter Federführung von Prof. Meinhard Simon erfolgreich eingeworben werden.

- Insgesamt wurden so die Drittmittel von 18 Mio. Euro in 2008 auf über 21 Mio. Euro gesteigert.
- Seit dem Frühjahr fanden auch die Vorgespräche für die zweite Runde der Exzellenzinitiative statt, zum einen im Bereich der Hörforschung, zum anderen in den Sozialwissenschaften mit der Universität Bremen.
- Das Jaspers-Jubiläumsjahr 2008 hatte den Durchbruch beim Erwerb der Bibliothek des gebürtigen Oldenburgers Karl Jaspers gebracht. Mit Unterstützung der Stiftung Niedersachsen und der EWE Stiftung konnte die vollständig erhaltene Arbeitsbibliothek von Jaspers nach Oldenburg geholt werden.
- Das neue Rücklagenmanagement wurde eingeführt und mit sehr guter Resonanz von allen Fakultäten und Organisationseinheiten angenommen.
- Parallel lief die Pilotphase zur Einführung der Personalmittelbudgetierung mit den Fakultäten I Bildungs- und Sozialwissenschaften und V Mathematik und Naturwissenschaften sowie selbstverständlich mit der Verwaltung. Diese „Währungsumstellung" von Stellen auf Budgets ist die logische Folge des in Oldenburg 1995 eingeführten Globalhaushalts.
- Das neue Fitness- und Gesundheitszentrum „studiO" des Hochschulsports am Uhlhornsweg wurde eröffnet, das in kürzester Zeit die angestrebten Nutzerzahlen erreichte.

Soviel zum Kerngeschäft.

30. Juni 2009
Gründung der NOWETAS Stiftung durch die Universitäten Oldenburg und Bremen sowie der Jacobs University und des Hanse-Wissenschaftskollegs mit dem Ziel der noch engeren Verknüpfung von Forschung und Lehre.

13. August 2009
Eröffnung des EWE-Forschungszentrum für Energietechnologie NEXT ENERGY mit den Forschungsschwerpunkten erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Stromspeicherung als An-Institut der Universität.

1. September 2009
Trennung der FH Oldenburg, Ostfriesland, Wilhelmshaven in zwei selbstständige Fachhochschulen, der FH Ostfriesland sowie der FH Wilhelmshaven/Oldenburg/Elsfleth, die laut Gesetz eng mit der Universität Oldenburg zusammenarbeiten soll.

Zwei Arten der Kooperation im Nordwesten

In der Amtszeit von Prof. Uwe Schneidewind hatte die Kooperation mit der Universität Bremen deutlich an Bedeutung gewonnen. Nach seinem Ausscheiden galt es, seine erfolgreiche Initiative zur Kooperation im Nordwesten fortzuführen, die der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft in seinem Programm „Profil und Kooperation“ ausgezeichnet hatte. Dadurch, dass das Land Niedersachsen die Förderung des Stifterverbandes verdoppelte, standen 800.000 Euro für die Förderung von Kooperationsprojekten Oldenburger WissenschaftlerInnen mit KollegInnen von der Universität Bremen und der privaten Jacobs University Bremen zur Verfügung. Durch zusätzliche Förderungen der LzO und der Bremer Landesbank wurde im Juni 2009 die NOWETAS-Stiftung gegründet, deren Vorstand – bestehend aus den drei Hochschulleitungen – nicht nur über die Vergabe dieser Fördermittel entscheidet, sondern sich darüber hinaus auch über die Hochschulentwicklungsplanung abstimmen soll. Parallel zu diesen Aktivitäten war auf Initiative der beiden Universitäten die Vereinbarung eines Länderabkommens zwischen Niedersachsen und Bremen vorbereitet worden, das schon im Mai 2009 in Bremen unterzeichnet wurde.

Im Herbst 2008 beobachteten wir mit Interesse, dass das Ministerium für Wissenschaft und Kultur (MWK) eine Strukturkommission eingesetzt hatte, die Empfehlungen für die Weiterentwicklung der Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven (FH OOW) geben sollte. Überrascht waren wir, als wir Anfang Februar 2009 von Staatssekretär Dr. Josef Lange erfuhren, dass nicht nur die FH OOW aufgeteilt, sondern die neu entstehende FH Wilhelmshaven/Oldenburg/Elsfleth mit der Universität durch ein „steering board“ verbunden werden sollte, das die Verwaltung mit einschloss, um die Entwicklungsplanung abzustimmen. Die nur aus Fachhochschulvertretern bestehende Kommission hatte sehr weitreichende „Empfehlungen für die Entwicklung der Hochschulen im Nordwesten“ verabschiedet, die die Universität Oldenburg massiv berührten. Immerhin wurden seitens des Ministeriums erhebliche Fördermittel für die Kooperation in Aussicht gestellt (von bis zu 5 Mio. Euro p. a. für 5 Jahre – wie bei der Niedersächsischen Technischen Hochschule – war die Rede), insbesondere natürlich für den akademischen Bereich; Verwaltung sollte – wie fast immer – möglichst nichts kosten. Hier war also ein strategisches Thema von eminenter Bedeutung, mit dem das kommissarische Präsidium umgehen musste. Trotz Bedenken nahmen wir

durchaus kooperationsbereit mit dem Präsidium der FH OOW unter der Leitung der kommissarisch amtierenden Präsidentin Christiane Claus die Gespräche auf. Zwei Übergangspräsidien, beste Voraussetzungen also für die Verhandlungen mit dem MWK ...

Der Gesetzentwurf kam im Mai 2009 und wies zu unserem Entsetzen dem geplanten „Lenkungsausschuss“ weitreichende Kompetenzen zu: die Hochschulentwicklungsplanung in Schnittstellenbereichen, die Stellenfreigabe von Professuren und die Entscheidung über die Berufungslisten! Sowohl das Präsidium als auch der Senat der Universität sahen hierin eine Aushöhlung der Kompetenzen des Präsidiums und forderten in der Anhörung des Wissenschaftausschusses, die extrem kurzfristig anberaumt stattfand, die Streichung der weitreichenden Kompetenzzuweisungen. Bei der Entscheidung über die Berufungslisten gelang das. Außerdem wurde nach massiver Intervention erreicht, dass der/die Vorsitzende des Lenkungsausschusses, der/die im Falle einer Uneinigkeit zwischen den Hochschulleitungen die entscheidende Stimme hat, vom Ministerium nicht nur im Einvernehmen mit den Hochschulräten ernannt werden kann, sondern dazu auch die Zustimmung der Senate beider Hochschulen gehört. Einmal jährlich sollen die Hochschulräte – gemeinsam mit dem Hochschulrat der Hochschule Emden/Leer – tagen und sich über die Hochschulentwicklungsplanung im Nordwesten verständigen. Im akademischen Bereich, in dem es schon länger – auch ohne staatliche Vorgaben – erfolgreiche Kooperationen gibt (Hörtechnik, Informatik, Engineering Physics), wurden sieben Arbeitsgruppen eingesetzt; für die Dienstleistungsthemen fanden in den einzelnen Bereichen – Personal, Finanzen, Gebäudemanagement, Bibliothek, Hochschulrechenzentrum – zahlreiche Gespräche statt, und die

28. September 2009
Die Universität und die Jade-Hochschule kündigen auf einer Pressekonferenz an, dass sie den aus dem Projekt „Oldenburg Stadt der Wissenschaft 2009“ hervorgegangenen Plan verwirklichen wollen und das so genannte „Schlaue Haus“ als Ort der Präsentation von Wissenschaft bauen wollen, obwohl die Ratsmehrheit der Stadt sich dem Projekt verweigert.

29. Oktober 2009
Erstmalige Vergabe des von der Universität initiierten und von der EWE Stiftung finanzierten „Helene-Lange-Preises“ für Nachwuchswissenschaftlerinnen in den Bereichen Mathematik, Naturwissenschaften, Informatik und Technik. Der Preis ist mit 10.000 Euro dotiert.

4. November 2009
Der Senat wählt die Medizinerin und Vizepräsidentin der Universität Marburg, Prof. Dr. Babette Simon zur neuen Präsidentin.

verliefen größtenteils zäh, zäh, zäh. So ist der Rahmenkooperationsvertrag, der qua Gesetz geschlossen werden musste, in jeder Hinsicht ein Oktroi, dessen Umsetzung zudem kostenneutral laufen soll – was letztlich bedeutet, dass die Kooperation zu Lasten der Universität geht: Keine vielversprechende Aussicht für eine gelungene Zusammenarbeit, deren Aufwand im Ministerium offenkundig niemand im Blick hat. Nachdem ich mich seit eindreiviertel Jahren mit diesem Thema beschäftige, komme ich in Abwandlung des geflügelten Wortes von Karl Valentin zu dem Schluss: „Kooperation ist schön, macht aber viel Arbeit."

Das „Schlaue Haus"

Um den Gedanken der „Stadt der Wissenschaft 2009" aufzugreifen und in die „Übermorgenstadt Oldenburg" weiterzutragen, hatte OB Schwandner die Initiative ergriffen, in bester Lage der Stadt ein Haus der Wissenschaft, das „Schlaue Haus", zu errichten. Das historische Wohnhaus am Schlossplatz 16, das renoviert und mit einem sehr modernen Anbau versehen wird, soll einen Bogen spannen von der Architektur des 16. zum 21. Jahrhundert. In dem Niedrig-Energie-Haus werden Veranstaltungen und Tagungen stattfinden und zugleich mit den Bereichen „Energie & Klimaschutz" sowie „Wohnen & Leben in der Zukunft" wissenschaftliche Kernkompetenzen der Oldenburger Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen vorgestellt werden. Als jedoch der Rat der Stadt das Projekt ablehnte, fanden sich binnen weniger Wochen die Universität und die neue Jade Hochschule Wilhelmshaven/Oldenburg/Elsfleth zusammen, um das Vorhaben zu retten, indem sie gemeinsam die Gründung einer Non-Profit GmbH vorantrieben. Für die Universität war es schon lange ein Desiderat, in zentraler Innenstadtlage vertreten zu sein. Mit privaten Fördermitteln aus der regionalen Wirtschaft und Mitteln aus dem Konjunkturpaket II gelang es, das notwendige (Eigen-)Kapital dafür aufzubringen – zumal mit der Oldenburger Tourismus und Marketing GmbH eine Mieterin für einen Teil des Gebäudes gefunden wurde, die sehr gut passt. Dies ist auch ein sehr schöner Beweis für eine freiwillige Kooperation der beiden Hochschulen.

European Medical School

Unterdessen wurde in dem Kreis um die Universitätsmitglieder Prof. Reto Weiler und Prof. Birger Kollmeier sowie Prof. Hans-Rudolf Raab vom Klinikum der Stadt Oldenburg kräftig an der European Medical School weitergearbeitet. Im Sommer 2009 reichte das Wissenschaftsministerium das verbesserte Konzept erneut beim Wissenschaftsrat ein, und es gründete sich die Vereinigung „Freunde und Förderer der Universitätsmedizin Nordwest“ zur Unterstützung dieses Vorhabens. Universitätsintern ging die Debatte weiter – aber inzwischen deutlich versachlicht. Ende Oktober 2009 machte sich schließlich der Medizinausschuss des Wissenschaftsrates an zwei Tagen vor Ort ein Bild, indem er Gespräche mit Beteiligten aus der Universität und den drei Krankenhäusern führte, die Krankenhäuser besichtigte und sich auch in der Rijksuniversiteit Groningen über das Projekt informierte, das bei der Begehung die ausdrückliche Unterstützung des damaligen niedersächsischen Wissenschaftsministers Lutz Stratmann fand. Mit Freude hörten wir (vollkommen vertraulich, versteht sich), dass die Begutachtung erfolgreich war, und insbesondere das innovative Lehrkonzept in Zusammenarbeit mit Groningen sehr gelobt wurde. Trotzdem gingen daraufhin weitere Fragen ein, was nicht nur ein Beleg für die Gründlichkeit des Wissenschaftsrates war, sondern insbesondere von der politischen Brisanz dieses Unterfangens zeugte, das deutschlandweit die Gemüter im Bereich der Hochschulmedizin aufs Äußerste erhitzte.

18. November 2009
Bewilligung des Sonderforschungsbereichs „Roseobacter“ im Bereich der Meeresforschung durch die DFG. SFB-Sprecher ist Prof. Dr. Meinhard Simon.

16. Dezember 2009
Nach mehrwöchigem Streik von Studierenden um die Studienbedingungen in den Bachelor-/Master-Strukturen diskutiert der Senat deren Anliegen und nimmt einige Forderungen auf.

1. Februar 2010
Prof. Dr. Babette Simon übernimmt das Amt der Präsidentin der Carl von Ossietzky Universität.

Quellen für die Zeitleiste u.a.: Campuszeitung UNI-INFO; der Pressedienst der Universität; Hermann Helmers, Geschichte der Universität Oldenburg, Oldenburg 1983; Hilke Günther Arndt u.a., Vom Seminar zur Universität, Oldenburg 1993.

Fazit

Trotz des exorbitant hohen zeitlichen Aufwands durch die Doppelbelastung – meine Aufgaben der hauptberuflichen Vizepräsidentin mussten ja weiterhin wahrgenommen werden – habe ich es als inhaltliche Bereicherung empfunden, Verantwortung nicht nur für die Verwaltung, sondern auch für den akademischen Bereich zu tragen. Durch die Vielzahl von Repräsentationspflichten und die Teilnahme als Universitätsvertreterin in Gremien von An-Instituten und Kooperationseinrichtungen habe ich neue und tiefere Einblicke in das vielfältige akademische Leben der Universität erhalten, die auch für meine genuinen Aufgaben als Vizepräsidentin für Verwaltung und Finanzen einen guten Hintergrund bilden. Als besonders belastend hingegen habe ich die internen Auseinandersetzungen um die Präsidentenwahl empfunden, die streckenweise mit harten Bandagen geführt wurden.

Für mich persönlich nehme ich die Erfahrung mit, dass immer noch ein bisschen mehr geht – im Sinne Peter Sloterdijks sozusagen „die erfolgreiche Ausweitung der Übungszone“. Dazu kommt die in dieser langen Übergangszeit weiter gewachsene Überzeugung, dass es sich lohnt, für unsere Carl von Ossietzky Universität, für exzellente Forschung und Lehre, zu arbeiten – auch wenn manchmal die Widersprüche besonders hervortreten. So zum Beispiel, wenn gerade basisdemokratische WissenschaftlerInnen, Studierende oder auch MitarbeiterInnen meinen, das Präsidium könne auf dem Verordnungswege Fakultäten als Träger der Lehre zu einer Vielzahl von Reformen des Studiums zwingen, wie es bei den Streiks der Studierenden im Dezember 2009 gefordert wurde. Damals habe ich zu den Präsidiumskollegen gesagt: „Endlich mal jemand, der an die Allmacht des Präsidiums glaubt.“

Universitätsleitung 2008 – 2010

Kommissarische Präsidentin
Dr. Heide Ahrens

Vizepräsidenten (VP)
Prof. Dr. Hans-Jürgen Appelrath, 1. VP für Forschung (2009–2010)
Prof. Dr. Mathias Wickleder, 2. VP für Lehre (2009–2010)

Heide Ahrens

Dr. Heide Ahrens, in der Lüneburger Heide geboren und aufgewachsen, studierte in Bonn Polititologie, Kommunikationswissenschaften und Germanistik. Nach dem Examen arbeitete sie zunächst für das Bundespresseamt und im Bundestag als Wissenschaftliche Mitarbeiterin, um dann nach der berufsbegleitenden Promotion (1994) in die Alexander-von-Humboldt-Stiftung als Referatsleiterin zu wechseln, wo sie von 1995 bis 1999 tätig war. Beim Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft wirkte sie anschließend fünf Jahre als Programmmanagerin im Bereich „Programm und Förderung“, ehe sie 2004 an der Universität Bremen das Dezernat für Akademische Angelegenheiten übernahm. Das Amt der Vizepräsidentin für Verwaltung in Oldenburg trat sie am 1. März 2007 an. Als Prof. Dr. Uwe Schneidewind 2008 überraschend als Präsident zurücktrat, übertrug ihr der damalige Wissenschaftsminister Lutz Stratmann kommissarisch die Leitung der Universität Oldenburg, die sie bis zum Amtsantritt von Präsidentin Prof. Dr. Babette Simon im Februar 2010 wahrnahm. Anfang 2011 entschied sich Heide Ahrens, als Leiterin der Abteilung „Wissenschaft“ ins schleswig-holsteinische Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr nach Kiel zu wechseln.

Anhang

Fakultäten/Institute 186

Wissenschaftliche Zentren 186

Forschungszentren 186

Studienmöglichkeiten 187

Haushalte 190

Stiftungsprofessuren 192

Ehrenpromotionen 193

EhrenbürgerInnen 194

Ehrensenatoren 194

Personenregister 195

Abbildungsnachweise 199

Fakultäten/Institute

Fakultät I – Bildungs- und Sozialwissenschaften
– Institut für Pädagogik
– Institut für Sonder- und Rehabilitationspädagogik
– Institut für Sozialwissenschaften

Fakultät II – Informatik, Wirtschafts- und Rechtswissenschaften
– Department für Informatik
– Department für Wirtschafts- und – Rechtswissenschaften

Fakultät III – Sprach- und Kulturwissenschaften
– Institut für Anglistik und Amerikanistik
– Institut für Niederlandistik
– Institut für Slavistik
– Institut für Germanistik
– Institut für Musik
– Kulturwissenschaftliches Institut: Kunst – Textil – Medien
– Betriebseinheit Fremdsprachenzentrum

Fakultät IV – Human- und Gesellschaftswissenschaften
– Institut für Evangelische Theologie und Religionspädagogik
– Institut für Geschichte
– Institut für Philosophie
– Institut für Sportwissenschaft

Fakultät V – Mathematik und Naturwissenschaften
– Institut für Biologie und Umweltwissenschaften (IBU)
– Institut für Chemie und Biologie des Meeres (ICBM)
– Institut für Mathematik
– Institut für Physik
– Institut für Psychologie
– Institut für Reine und Angewandte Chemie (IRAC)
– Betriebseinheit Botanischer Garten
– Betriebseinheit für technisch-wissenschaftliche Infrastruktur (BI)

Wissenschaftliche Zentren

– Interdisziplinäres Zentrum für Bildung und Kommunikation in Migrationsprozessen **IBKM**

– Didaktisches Zentrum **DiZ**

– Zentrum für interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung **ZFG**

– Center für Lebenslanges Lernen **C3L**

– Center for Interface Science **CIS**

– Zentrum für Süd-Nord-Bildungskooperation **ZSN**

– Center for Environmental Modelling – **CEM**

– Center for Sustainability Economics and Management **CENTOS**

– Zentrum für Windenergieforschung **ForWind**

– Zentrum für Umwelt- und Nachhaltigkeitsforschung **COAST**

– Zentrum für Hörforschung **ZfH**

Forschungszentren

– Neurosensorik

– Sicherheitskritische Systemes **FZSKS**

Stand: Januar 2010

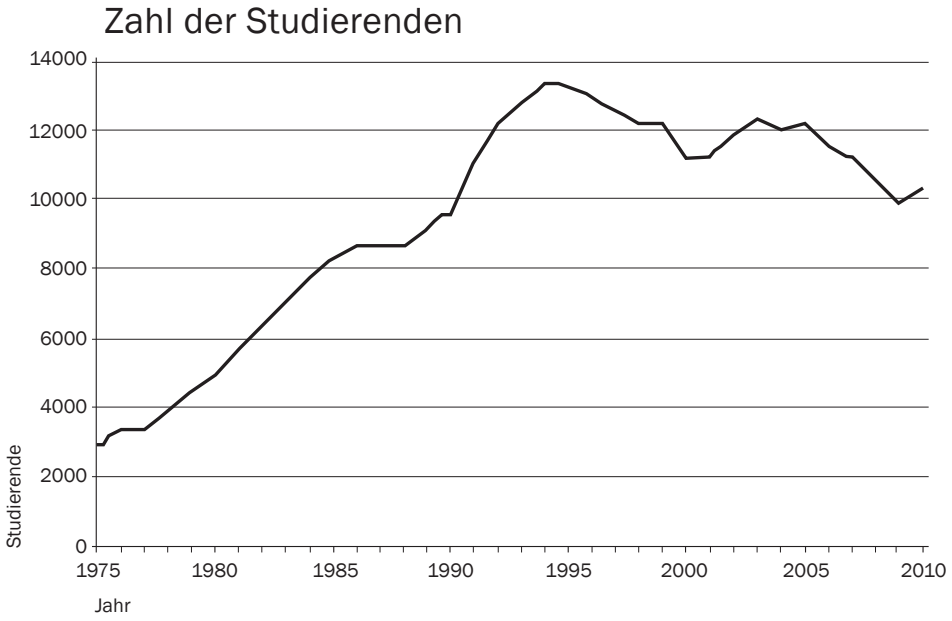
Studienmöglichkeiten

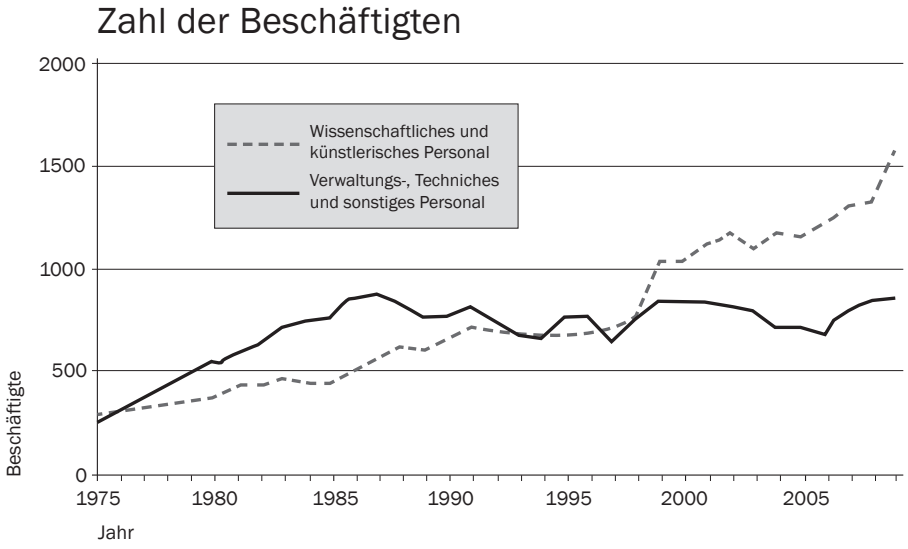
Masterstudiengänge (MA)
Zwei-Fächer-Bachelor (2FB)
Fach-Bachelor (BA)

	BA	2FB	MA
Anglistik	–	✓	–
Betriebswirtschaftslehre für SpitzensportlerInnen	✓	–	–
Betriebswirtschaftslehre mit juristischem Schwerpunkt	✓	–	–
Bildungsmanagement	–	–	✓
Biologie	✓	✓	✓
Business Administration in mittelständischen Unternehmen	✓	–	–
Chemie	✓	✓	✓
Comparative and European Law – Hanse Law School	✓	–	✓
Deutsch als Fremdsprache	–	–	✓
Deutschland – Osteuropa: Kulturkontakte in Vergangenheit und Gegenwart	–	–	✓
Eingebettete Systeme und Mikrorobotik	–	–	✓
Elementarmathematik	–	✓	–
Engineering Physics	✓	–	✓
English Studies	–	–	✓
Erziehungs- und Bildungswissenschaften	–	–	✓
Europäische Geschichte	–	–	✓
European Master in Migration and Intercultural Relations	–	–	✓
Ev. Theologie und Religionspädagogik	–	✓	–
Frankoromanistik/Französisch	–	✓	–
Gender Studies	–	✓	–
Geographie	–	✓	–
Germanistik	–	✓	✓
Geschichte	–	✓	–
Hispanistik/Spanisch	–	✓	–
Hörtechnik und Audiologie	–	–	✓

	BA	2FB	MAed
Informatik	✓	✓	✓
Informationsrecht	–	–	✓
Innovationsmanagement	–	–	✓
Integrated Media – Audiovisuelle Medien in Praxis, Theorie und Vermittlung	–	–	✓
Interdisziplinäre Sachbildung	–	✓	–
Interkulturelle Bildung und Beratung	✓	–	–
Italianistik	–	✓	–
Kulturanalysen: Repräsentation, Performativität, Gender	–	–	✓
Kunst und Medien	–	✓	–
Kunst- und Medienwissenschaft	–	–	✓
Landschaftsökologie	–	–	✓
Language Sciences	–	–	✓
Lehramt an Grund- und Hauptschulen	–	–	✓Ed
Lehramt an Gymnasien	–	–	✓Ed
Lehramt an Realschulen	–	–	✓Ed
Lehramt für Sonderpädagogik	–	–	✓Ed
Lehramt für Wirtschaftspädagogik	–	–	✓Ed
Management Consulting	–	–	✓
Marine Umweltwissenschaften	–	–	✓
Materielle Kultur: Textil	–	✓	–
Mathematik	✓	✓	✓
Microbiology	–	–	✓
Museum und Ausstellung	–	–	✓
Musik	–	✓	–
Musikwissenschaften	–	–	✓
Niederlandistik	–	✓	✓
Ökonomische Bildung	–	✓	✓
Ökumene und Religionen/Theologie	–	–	✓
Pädagogik	✓	✓	
Philosophie	–	–	✓
Philosophie/Werte und Normen	–	✓	–

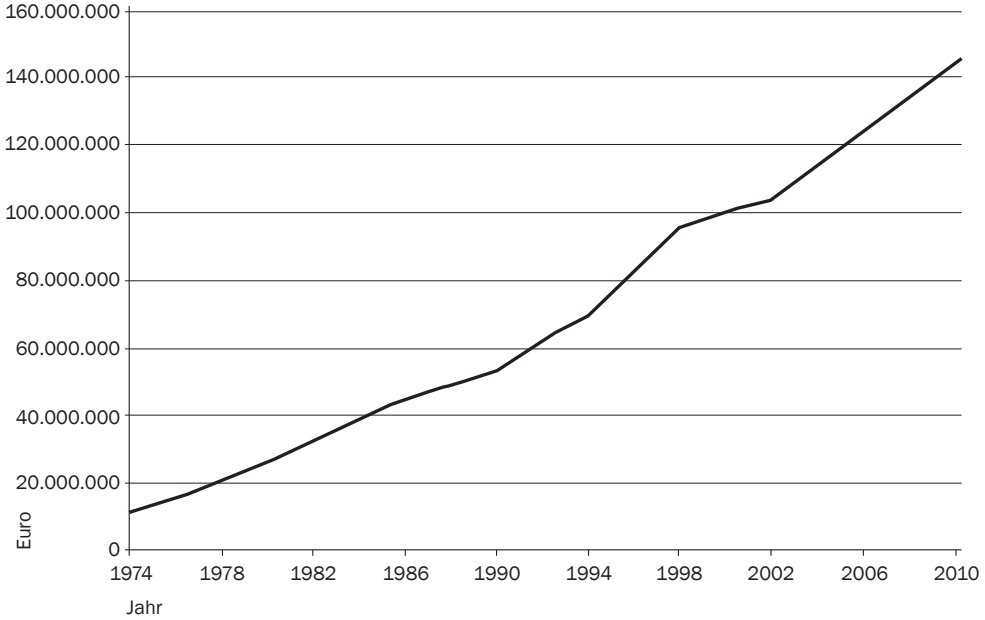
	BA	2FB	MA
Physik	✓	✓	✓
Politik-Wirtschaft	–	✓	–
Postgraduate Programme Renewable Energy	–	–	✓
Psychology and Cognitive Neuroscience	–	–	✓
Slavische Studien: Sprache – Kultur – Gesellschaft	–	–	✓
Slavistik	–	✓	–
Sonderpädagogik	–	✓	–
Sozialwissenschaften	✓	✓	✓
Sport und Lebensstil	–	–	✓
Sportwissenschaft	–	✓	–
Sustainability Economics and Management	–	–	✓
Technik	–	✓	–
Umweltmodellierung	–	–	✓
Umweltwissenschaften	✓	–	–
Water and Coastal Management	–	–	✓
Wirtschaftsinformatik	✓	–	✓
Wirtschafts- und Rechtswissenschaften	–	–	✓
Wirtschaftswissenschaften	✓	✓	–



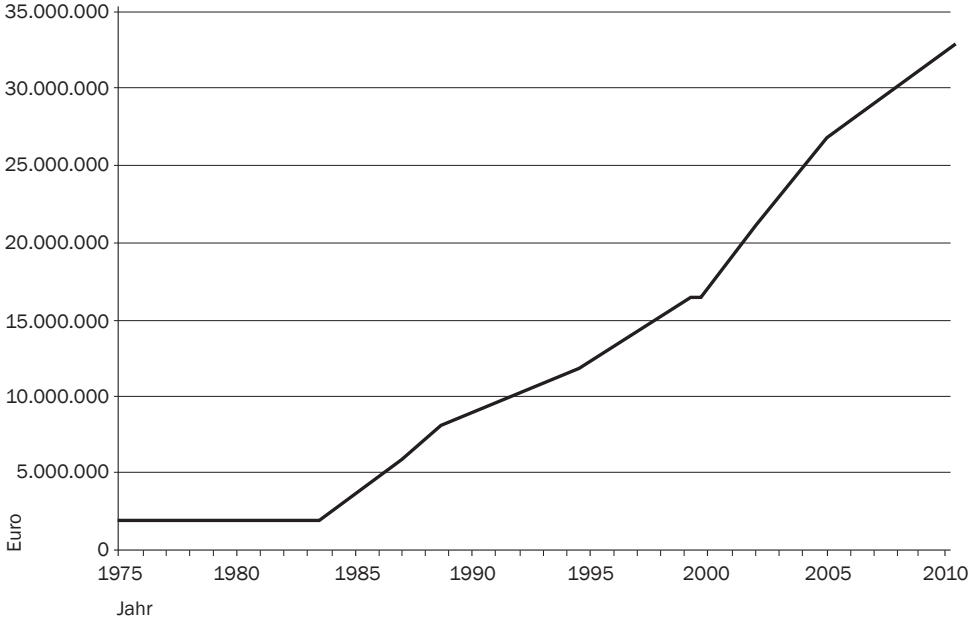


Quellen Seite 190/191: Landesbetrieb für Statistik Niedersachsen, Zahlenspiegel der Universität Oldenburg, Verwaltungssysteme (HIS und SAP) der Universität Oldenburg, Haushaltsplan des Landes Niedersachsen 1975

Haushaltsansätze



Forschungs- und Sondermittel (Drittmittel)



Stiftungsprofessuren (in Klammern die Förderer)

Wirtschaftsinformatik, 1997, (EWE AG und Kleiner Kreis)
Marine Biodiversitätsforschung, 2001, (Senckenberg)
Stiftungsprofessur Hannah-Arendt, 1998, (Niedersachen Stiftung)
Medizinische Strahlenphysik, 2004, (PIUS-Hospital)
Entrepreneuship, 2005, (Der kleine Kreis)
Neurosensorik, 2007, (VW-Stiftung)
Slavistische Literaturwissenschaft, 2007, (Stifterverband)
Küstenforschung, 2007, (GKSS)
Informatik in der Bildung, 2008, (EWE AG)
Energietechnologie, 2008, (EWE-Forschungszentrum)
Ökonomische Bildung, 2008, (Der kleine Kreis)
Medizinische Strahlenphysik, 2010, (PIUS-Hospital)
Windenergiesysteme, 2010, (EWE AG)
Energieinformatik, 2010, (OFFIS)

Ehrenpromotionen (Dr.h.c.) bis 2010

FAKULTÄT I – Erziehungs- und Bildungswissenschaften
Prof. Dr. Wolfgang Mitter (Frankfurt) – 27. November 2002
Prof. Dr. Joist Grolle (Hamburg) – 12. Mai 1999
Prof. Dr. Paulo Reglus Neves Freire † (Sao Paulo) – 7. Juli 1997
Wolfgang Schultze (Hannover) – 28. April 1993

FAKULTÄT II – Informatik, Wirtschafts-und Rechtswissenschaften
Prof. Dr. Michael Hoel (Oslo) – 23. Juni 2009
Prof. Dr. Jürgen Helle (Oldenburg) – 27. Februar 2009
Prof. Dr. Daniel D. Gajski (Irvine) – 10. Februar 2006
Dr. Hartwin Kramer (Oldenburg) – 28. Juni 2004
Dipl.-Ing. Peter Waskönig (Saterland) – 27. März 2003
Prof. Dr. Theo Härder (Kaiserslautern) – 11. Dezember 2002
Prof. Dr. Amir Pnueli (Rehovot-New York) – 24. November 2000

FAKULTÄT III Sprach-und Kulturwissenschaften
Hauwa Ibrahim (Nigeria) – 9. Dezember 2010
Prof. Dr. Gerhard Schulz (Melbourne) – 9. Juli 2004
Prof. Józef Szajna (Warschau) – 4. Dezember 2002
Prof. Dr. Andrzej Boguslawski (Warschau) – 30. September 1998
Prof. Dr. Rudolf Arnheim † (Ann Arbor) – 22. September 1995
Prof. Dr. Jeanne Hersch † (Genf) – 10. Februar 1993
Gertrud Meyer-Denkmann (Oldenburg) – 1. März 1988

FAKULTÄT IV – Human- und Gesellschaftswissenschaften
Prof. Dr. Miriam Gillis-Carlebach (Ramat-Gan, Israel) – 23. Oktober 2009
Prof. Dr. Peter Gay (New York) – 20. Juni 2008
Prof. Dr. Ludwig von Friedeburg † (Frankfurt) – 23. Juni 2006
Prof. Dr. Sharif Fayez (Afghanistan) – 23. Juni 2006
Prof. Dr. Hans-Peter Dürr (München) – 22. Januar 2002
Prof. Dr. Peter von Oertzen † (Hannover) – 9. November 1998
Prof. Dr. Willard Van Orman Quine † (Boston) – 3. Juni 1997
Prof. Dr. Seiichiro Namba (Osaka) – 7. August 1996

Prof. Dr. phil., Christian Graf von Krockow † (Göttingen) – 17. Januar 1996
Prof. Dr. Aron R. Bodenheimer † (Zürich-Tel Aviv) – 15. Februar 1995
Prof. Dr. Leo Trepp † (Kalifornien) – 7. Juni 1989

FAKULTÄT V – Mathematik und Naturwissenschaften
Jos Beurskens (Niederlande) – 16. November 2009
Prof. Dr. Gerold Wefer (Bremen) – 4. Juli 2007
Prof. Dr. Klaus von Klitzing (Stuttgart) – 20. November 2006
Prof. Dr. Wolf Singer (Frankfurt) – 3. Juni 2005
Prof. Dr. Wolfgang Eisenmenger (Stuttgart) – 28. Juni 2002
Prof. Dr. Rüdiger Wehner (Zürich) – 26. Juni 2002
Prof. Dr. Lynn Margulis (Massachusetts) – 22. Juni 1999
Prof. Dr. Hans Rudolf Christen (Schweiz) – 17. Juni 1999
Prof. Dr. Gotthilf Hempel (Rostock) – 8. Dezember 1994

Ehrenbürgerin und Ehrenbürger

Rosalinde von Ossietzky-Palm † (Schweden) 3. Oktober 1991
Erwin Fritzsche † (Oldenburg) 8. Dezember 1993
Horst Milde (Oldenburg) 21. Mai 1996
Fritz Heine † (Bonn) 5. November 2001

Ehrensenatoren

Heinz Neumüller † (Oldenburg) 12. Dezember 1996
Dr. Christopher Pleister (Berlin) 17. Januar 1997
Prof. Dr. Andrzy Jamiolkowski (Torun) 4. November 1999
Dr. Jörg Bleckmann (Oldenburg) 5. November 2008

Personenregister

Adler, Hans Henning, 25
Ahrens, Heide, 47, 160, 169, 171, 183
Albertz, Heinrich, 26, 41
Albrecht, Ernst, 69, 106
Appelrath, Hans-Jürgen, 103, 134, 142, 171, 176, 183
Arendt, Hannah, 94, 100, 106, 110, 111, 121, 151
Arnheim, Rudolf, 193
Bader, Fritz, 44
Bahr, Egon, 60
Beurskens, Jos, 194
Blanke, Thomas, 108, 114, 116
Bleckmann, Jörg, 194
Bleicher, Willi, 26
Bleumink, Jan, 47
Bodenheimer, Aron R., 194
Boguslawski, Andrzej, 193
Boldt, Werner, 107
Brandt, Willy, 36, 60, 87, 91, 99, 100
Brandt, Katja, 5
Braun, Kim, 5
Brinker, Werner, 137, 174
Bruns, Johann, 52
Buchrucker, Johannes, 29, 92
Busch, Friedrich W., 29, 42, 45, 46, 48, 54
Cassens, Johann-Tönjes, 91
Christen, Hans Rudolf, 194
Christo, 50
Claus, Christiane, 179
Claus, Volker, 81, 103
Collins, Rich, 84
Dahm-Brey, Corinna, 5, 147
Damm, Werner, 137, 141
Daxner, Michael, 82, 83, 87, 89, 99, 101, 103, 115, 116, 123, 131
Deister, 159
Dierkes, Josef, 48, 52
Döbrich, Peter, 53
Doering, Sabine, 148, 160, 169, 171
Dröge-Modelmog, Ilse, 115
Dückert, Thea, 91
Dürr, Hans-Peter, 193
Eilers, Johann, 137
Eisenmenger, Wolfgang, 194
Eliasson, Olafur, 150
Ellwanger, Karen, 148, 158, 159, 160, 169
Engell, Hans-Jürgen, 101
Engholm, Björn, 137
Ewen, Carl, 55
Ewert, Kurt, 53
Exner, Michael, 135
Fayez, Sharif, 193
Fircks, Wolf-Dietrich von, 116
Flechtheim, Ossip, 91, 99
Fleischer, Hans, 21
Forch, Hubert, 59
Framheim, Gerhild, 69
Freire, Paulo Reglus Neves, 183
Fried, Erich, 91, 99
Friedeburg, Ludwig von, 193
Fritzsche, Erwin, 194
Furck, Carl-Ludwig, 53
Gadamer, Hans-Georg, 95
Gajski, Daniel D., 193
Gay, Peter, 193
Gillis-Carlebach, Miriam, 193
Gmehling, Jürgen, 119

Goldmann, Edith, 57
Gorny, Peter, 85
Grathoff, Dirk, 97, 98, 107
Grieb, Ina, 108, 116, 142
Grolle, Joist, 21, 23, 193
Grubitzsch, Siegfried, 78, 115, 116, 117, 119, 142, 143, 147, 156, 157, 158, 159
Grunenberg, Antonia, 111, 121
Habermas, Jürgen, 95
Hanft, Anke, 105, 135
Härder, Theo, 193
Harms, Gerhard, 1, 4, 10, 29, 48, 55, 88, 106, 147
Hartung, Elfriede, 137
Heine, Fritz, 194
Helle, Jürgen, 193
Helmers, Hermann, 13, 48, 181
Hempel, Gotthilf, 194
Hersch, Jeanne, 105, 193
Hirche, Walter, 52
Hoel, Michael, 193
Holzapfel, Dieter, 135
Höpner, Thomas, 43
Horstmann, Manfred, 90, 92
Ibrahim, Hauwa, 183
Illich, Ivan, 95
Jaeckel, Klaus, 90
Jamiolkowski, Andrzy, 194
Jaspers, Karl, 26, 150, 163, 177
Jeddeloh, Werner zu, 171
Jungk, Robert, 91, 99
Kaminski, Hans, 115
Kattmann, Ulrich, 115
Kempowski, Walter, 55
Kleinloh, Alexander, 35
Klitzing, Klaus von, 194
Klump, Georg, 176
Knorre, Susanne, 137
Kodron, Christoph, 53
Köll, Peter, 45, 57, 85
Kollmeier, Birger, 45, 104, 113, 149, 176, 181
König, Dominik von, 106
Kopelew, Lew, 91, 95, 99
Kraiker, Gerhard, 97, 107
Kramer, Hartwin, 193
Krockow, Christian Graf von, 79, 194
Krollmann, 83
Krüger, Rainer, 5, 11, 33, 35, 39, 45, 46, 48, 49
Krumbein, Wolfgang, 43
Küpker, Erich, 52
Kutsupis, Apostolos, 116
Lafontaine, Oskar, 100
Landfried, Klaus, 137
Lange, Josef, 178
Legassow, Valerij, 91
Lenzen, Dieter, 88
Leszczinksi, Christian, 92
Leussink, Hans, 23
Lippe, Rudolf zur, 95, 106
Luther, Joachim, 7, 43, 61, 103
Lüthje, Jürgen, 29, 31, 37, 46, 48, 49, 50, 57, 58, 73, 85, 88, 99, 108, 116
Margulis, Lynn, 194
Markl, Hubert, 102
Maydell, Jost von, 48, 116, 142
Mellert, Volker, 35, 44, 85
Merzbacher, Friedrich, 50, 57
Metzger, Jürgen, 45

Meyenberg, Rüdiger, 25, 28, 142
Meyer, Hilbert, 88
Meyer-Denkmann, Gertrud, 193
Milde, Horst, 52, 87, 140, 194
Mitter, Wolfgang, 53, 193
Möller, Rolf, 34, 50, 52, 57, 137
Mruck, Armin, 107
Müller, Wilfried, 151
Müller-Wille, Wilhelm, 23
Mutzenbacher, Esdras Heinrich, 13
Namba, Seiichiro, 193
Nave-Herz, Rosemarie, 43
Nebel, Wolfgang, 131, 142
Neumüller, Heinz, 194
Neuweiler, Gerhard, 109
Niewerth, Heinrich, 48, 52
Oertzen, Peter von, 193
Ohaus, Werner, 53
Oldenburg, Herzog Friedrich Ludwig von, 13
Oppermann, Thomas, 120, 124, 126
Ossietzky, Carl von, 1, 2, 4, 5, 6, 11, 25, 26, 29, 35, 41, 51, 54, 55, 64, 88, 91, 99, 100, 101, 107, 181, 182
Ossietzky, Rosalinde von, 99
Ossietzky-Palm, Rosalinde von, 194
Panikkar, Raimondo, 95
Parisi, Jürgen, 103
Peisert, Gerd, 69
Pestel, Eduard, 38
Pieper-Seier, Irene, 28
Pleister, Christopher, 94, 194
Plessner, Helmuth, 56
Pnueli, Amir, 193
Poeschel, Jürgen, 138
Polkehn, Walter, 55
Preuss, Ulrich K., 109
Promies, Wolfgang, 29, 46
Quine, Willard V. O., 95, 193
Raab, Hans-Rudolf, 181
Raapke, Hans-Dietrich, 13, 34, 47, 49, 53, 58, 85
Radek, Ulrich, 44, 92
Remmers, Werner, 53
Rheude, Rainer, 26, 91, 100, 123, 142
Rieken, Marion, 142
Riesche, Hans Peter, 28
Rossmann, Detlev, 33
Roth, Gerhard, 109
Rullkötter, Jürgen, 125
Rüttgers, Jürgen, 115
Saner, Hans, 150
Schellnhuber, Hans-Joachim, 7, 93, 104
Scherf, Henning, 109, 137
Schick, August, 44
Schily, Konrad, 137
Schmidt, Wolfgang, 44
Schminke, Horst Kurt, 85
Schneidewind, Uwe, 90, 131, 139, 145, 147, 165, 169, 171, 173, 174, 178, 183
Scholz, Günter, 143
Scholz, Wolf-Dieter, 45, 142
Schreiber, Elmar, 171
Schröder, Gerhard, 100, 101, 124
Schuchardt, Helga, 109, 110, 124
Schulenberg, Wolfgang, 13, 48, 80
Schuller, Dieter, 28, 43
Schultze, Wolfgang, 193
Schulz, Gerhard, 193
Schulz, Reinhard, 150

Schulz, Thorsten, 134
Schütz, Dietmar, 117
Schwandner, Gerd, 148
Siebel, Walter, 41
Simon, Babette, 179, 181, 183
Simon, Hans-Arnold, 22, 29
Simon, Helmut, 26, 41
Simon, Meinhard, 176, 181
Singer, Peter, 116
Singer, Wolf, 194
Sloterdijk, Peter, 182
Sprockhoff, Wolfgang, 28
Stratmann, Lutz, 124, 137, 148, 181, 183
Suhr, Elke, 107
Susskind, Lawrence E., 84
Szajna, Józef, 193
Tebben, Meinhard, 29
Thümmler, Heinz, 68
Tilemann, Heinrich, 138
Timm, Jürgen, 108
Trepp, Leo, 194
Uppendahl, Herbert, 92, 115
Valentin, Karl, 180
Vetter, Heinz Oskar, 26
Wachsmann, Gerhard, 8, 34, 48, 49, 75
Walter, Gerlinde, 143, 160, 169
Wandscher, Heiko, 34
Waskönig, Peter, 1, 4, 5, 8, 59, 94, 129, 136, 137, 138, 139, 193
Wätjen, Hans-Joachim, 5
Wefer, Gerold, 194
Wehner, Rüdiger, 194
Weiler, Reto, 111, 137, 148, 151, 158, 159, 160, 169, 171, 173, 181
Weißbach, Jürgen, 28, 47, 48
Weizäcker, Carl Friedrich von, 95
Weizsäcker, Ernst Ulrich von, 89
Weizsäcker, Richard von, 60
Wettig-Danielmeyer, Inge, 52
Wickleder, Mathias, 171, 183
Wilhelmer, Helga, 5
Wolter, Andrä, 45
Wulff, Christian, 125
Wunderlich, Paul, 93
Zillessen, Horst, 54, 57, 59, 61, 68, 69, 83, 85, 86, 91, 95, 103

Abbildungsnachweise

Nordwest-Zeitung, 46, 59, 116, 117, 171, 183
Fotoarchiv Universität Oldenburg, 11
Rijksuniversiteit Groningen, 47
Wilfried Golletz, 87, 144, 145
Evelyn Zillessen, 86
Thorsten Ritzmann, 183

Titelbilder: Fotoarchiv Universität Oldenburg, Rijksuniversiteit Groningen, Nordwest-Zeitung (2), Wilfried Golletz (2), Friederike von Heyden